

GESAMMELTE SCHRIFTEN BAND 2

JOHANNES AGNOLI

Als Band 1 der *Gesammelten Schriften* erschien 1990 *Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik*.

Band 3 - *Subversive Theorie. Die Sache selbst und ihre Geschichte* - erscheint im Winter 1995/96.

Weitere Bände sind in Vorbereitung.

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort..... | 4 |
| Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit..... | 6 |
| Vorab-Bemerkung..... | 6 |
| Klassisches | 7 |
| Erbauliches..... | 8 |
| Systematisches | 10 |
| Subversives | 11 |
| Nachwort | 12 |
| Der Staat des Kapitals | 13 |
| Vorbemerkung..... | 16 |
| Die „Autonomie der Politik“ | 17 |
| Der Staat - Gesellschaftsplaner und realer Kapitalist | 30 |
| Anmerkungen | 47 |
| Revolutionäre Strategie und Parlamentarismus | 54 |
| Vorbemerkung..... | 54 |
| Anmerkungen | 71 |
| Klasse und Staat in der BRD Die Rolle des modernen Staats in der Planung von sozialen und Arbeitskämpfen..... | 73 |
| Aus der Diskussion | 82 |
| Der Strukturwandel des Staaten-Spätkapitalismus..... | 84 |
| Der Rechtsstaat im Spätkapitalismus und deutsche Erfahrung..... | 92 |
| Vorbemerkung..... | 92 |
| Einige Bemerkungen über Recht und Macht..... | 93 |
| Der „Rechtsstaat“ | 96 |
| „Norm“ und „Wirklichkeit“ | 100 |
| Doppeldeutigkeit der Verfassung | 102 |
| Der Bürger verteidigt die Macht..... | 104 |
| Der Vorrang des Rechts und die Vormacht des Staats | 106 |
| Spätkapitalismus und Transformation des Staates | 111 |
| Abermals zum real existierenden Rechtsstaat | 115 |
| Anmerkungen | 117 |

| | |
|---|-----|
| Die Logik des Staates und das Recht auf Rebellion | 122 |
| Anmerkungen | 129 |
| Restaurative Tendenzen in der BRD | 130 |
| Die restaurative Tendenz in der BRD | 130 |
| Die Diskussion um das Grundgesetz | 131 |
| Zur Kriminalisierung | 131 |
| Zur organisatorischen Seite des revolutionären Prozesses | 134 |
| Anhang: Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition | 136 |
| Nachweise | 143 |

Vorwort

Der Zusammenbruch des Sowjetsystems (nennen wir es der Kürze wegen so, auch wenn die Sowjets, die richtigen, darin nur eine Nominalrolle spielten) hat bei etlichen Zeitgeist-Vertretern zum Zusammenbruch der Urteilskraft geführt. Unfähig geworden, unter Regeln zu subsumieren, schließen sie aus dem erbärmlich-tragischen Scheitern einer geschichtlichen Antithese kurz auf die einzige Richtigkeit der nun geschichtslos gewordenen These. Ihnen erscheinen die kapitalistische Produktionsweise, neutral freie Marktwirtschaft genannt, und die ihr angemessene Form Staat, trügerisch unter der Sammelbezeichnung „Demokratie“ angeführt, im Strahlenkranz des Wahren, Guten, Schönen. Von ihrem vorläufigen Erfolg und vom wundersamen Ende der Geschichte geblendet (ich kam anderswo schon darauf zu sprechen), meiden sie die Anstrengung der Vernunft und werden erbaulich. In der Konsequenz dieser Neuen Empfindsamkeit kehren sie ins Religiöse zurück und finden einen angemessenen neuen Gott. „Er gibt seinem alten Kameraden“ - namentlich dem früher geliebten Vaterland - „mit dem Ellenbogen einen Stoß; und bauz paradauz, der Götze liegt am Boden“ (Diderot, Rameaus Neffe; in Goethischer Übersetzung und in Hegelscher Zitierweise).

Statt Erbauliches zu Produktion und Verfassung, wird hier Kritisches angemeldet. Eine ältere Kritik, wird man einwenden, die die allgemeine Wetterlage nicht ändern kann. Indessen: eine Kritik altert in dem gleichen Maß und mit der gleichen Geschwindigkeit, mit denen ihr Gegenstand als überholt gilt. In unserem Fall ist es offensichtlich anders: gerade der Gegenstand Kapitalismus und sein Staat ist nicht nur nicht überholt, hat vielmehr alles übrige überholt und weggeräumt. Er hat sich als siegreich durchgesetzt, damit aber auch seine Mängel, seine Fehler: sich selbst als Fehlkonstruktion bestätigt. Und daß das Ende des Gegenteils, die Falsifizierung des Staatskommunismus, die Perpetuierung des Kapitalismus mit sich bringe, das ist genau der Kurzschluß. Insofern ist meine Kritik weder alt noch neu; sie folgt ihrem Gegenstand in Permanenz auf dem Fuß.

Zu den italienischen Aufsätzen einige kurze Hinweise. Abgesehen von der Arbeit über „Rechtsstaat und Spätkapitalismus“, handelt es sich um die Transskription von Vorträgen, die ich in Italien gehalten habe: in Neapel 1977 bei einem Seminar, das vom „Ausschuß für die Verteidigung politischer Gefangener“ veranstaltet wurde; in Garda 1982 bei einer Konferenz der UIL (der sozialdemokratischen Gewerkschaft, aber vor Gewerkschaftern, die zum Teil auf Autonomie drängten); in Rom 1983 bei einem Internationalen Seminar über „Das politische Verbrechen“, veranstaltet von der Zeitschrift *Critica del Diritto*. Daß sie alle um das gleiche Thema kreisen, verdankt sich vermutlich dem Umstand, daß dies ohnehin mein Thema ist und daß ich offensichtlich zu den so genannten Kreisdanken gehöre. Mir ist die Gnade nicht zuteil worden, aus immer neuen Einfällen immer neue innovatorische Theorien zu entwickeln.

Den Übersetzerinnen und Übersetzern gilt nicht nur mein pflichtgemäßer Dank, sondern auch meine lebhafteste Anerkennung für die mühevollen Arbeit, meine italienische Rhetorik in deutsche Sachlichkeit übertragen zu haben. Ich habe hie und da Änderungen vorgenommen, nicht in der Sache, sondern in der Sprache - teils um meine eigene Diktion ein wenig zu berücksichtigen; teils um die Argumente selbst ins Deutsche zu übersetzen. Sprache und Gesellschaft hängen zusammen; es gibt Sprachgebilde, die argumentativ nur in veränderter Form korrekt wiedergegeben werden können. Das gleiche gilt für die Metaphern, mit denen der italienische *discorso* (es ist schon nicht

ganz richtig, ihn mit Diskurs wiederzugeben) gerne operiert. Da wird zum Beispiel aus einer italienischen „sede“ (vielleicht einem Sessel) ein deutscher „Ort“. Schwieriger ist es mit den Begriffen. Von ihnen meint man irrtümlicherweise, sie besäßen Internationalität. Nicht einmal die Mathematik kann sprachliche Barrieren überwinden. Eine Lösung böte sich mit dem Gebrauch des Englischen an - aber eine schiefe Lösung, denn erstens ist Englisch in beklemmender Weise begriffsarm; und zweitens weiß ich dies nur von Anderen, da ich selbst des Englischen nicht mächtig bin.

Einiges ließ ich weg: italienische Besonderheiten, die den deutschen Leser nicht interessieren; oder besondere Mitteilungen für den italienischen Leser über ihm unbekannte Sachverhalte, zum Beispiel in der Erläuterung grundgesetzlicher Bestimmungen.

Zurück zur Sache. Auch die hier wieder vorgelegten Überlegungen bedürfen der einen oder anderen Richtigstellung, der Ergänzung, der Aktualisierung - eine Binsenwahrheit. Die Grundargumentation behält ihre Gültigkeit. Der Staat des Kapitals, mit ihm die Politik und die ihr zugrundeliegende Ökonomie haben den eingangs genannten Zusammenbruch unbeschadet, also unverändert überstanden. Sie haben vor der Erfolgskommission der Geschichte bestanden. Der Staat aber ist nach wie vor vor den Richterstuhl der Vernunft zu laden: als eben unverändert, unverbesserlich, rückfällig. Und das Kapital tummelt sich nun gänzlich uneingeschränkt in der Weltmarktgesellschaft und herrscht und subsumiert und zerstört. Es ist so barbarisch geblieben, daß selbst Freunde der gegebenen Zustände und Anbeter des patriotischen Götzen es „zivilisieren“ möchten, übrigens „bis zur Unkenntlichkeit“ - die neuzeitlichen Wirtschaftsmissionäre.

Die radikale Änderung, nicht zum Besten, aber zu Menschlicherem rückt zur Zeit in die Ferne. Vorerst muß es bei der Negation bleiben.

Und weil dem so ist, schlage ich das Alte zur Diskussion wieder vor, es der Aufmerksamkeit des Lesers angelegentlich empfehlend.

San Quirico di Moriano, Herbst 1994

Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit

„Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung“ (GG 5,3).

„Der Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ (Bundesverfassungsgericht).

„Eine andere, dem Volke befohlene Verheimlichung ist die von der wahren Beschaffenheit der Konstitution“ (Immanuel Kant). „Das befohlene Stehen auf dem Boden entbindet nicht von der Pflicht, über die wahre Beschaffenheit des Bodens Mitteilung zu machen“ (Agnoli).

Vorab-Bemerkung

Die Bestimmung des Gelehrten stammt - wie alle wissen - von Johann Gottlieb Fichte; auf die Dürftigkeit der Zeit wies seinerzeit Hölderlin hin. Fichtes Bestimmung erfolgte im Glauben an den Aufbruch einer neuen Zeit; Hölderlin fand die Zeit eher dürftig und fragte sich bekanntlich, was denn ein Dichter in einer solchen Zeit solle.

In unserer Zeit bleibt die Dürftigkeit unsichtbar und fremd. Allenthalben herrscht bruchloser Aufbau. Wiederherstellung der Werte. Wiederfindung des Auslands, Entdeckung der Würde der Natur samt Tier und Pflanze. Brüche kommen zwar reichlich vor, aber in anderen Gegenden; und bestätigen derart unsere eigene, nie endenwollende Welle des Aufwärts. Oder anders: Ein Ende meldet sich doch an, kommt aus dem US-Amerikanischen und verkündet (eu-angelion), anders als Marx' Traum vom Beginn der wirklichen Geschichte, die erreichte Geschichtslosigkeit: den Endsieg der westlichen Ordnung, von den Segnungen der Akkumulation bis zu den Errungenschaften des liberaldemokratischen Rechtsstaats. Die gelehrte Welt (also die Wissenschaften, die sich nicht um bare Chemikalien oder um physikalische Quantitäten kümmern, sondern um menschliche Zu- und Um- und Mißstände) bleibt hier nicht im Abseits. Sie wirkt kräftig mit an der Festigung des Ordnungsgefüges, der Wertesysteme, der kommunikativen Interaktionen; an der Etablierung der Neuen Staatsbürgerlichkeit, der Neuen Inner- und Äußerlichkeit, der Neuen Funktionalität. Sicher wie fast nie zuvor gilt die konstruktive Arbeit als die wahre Mission des Gelehrten: Die Vernunft wird bemüht, teils zur systematisch wohlgeordneten Vereinfachung von Gesamtzusammenhängen (Reduktion von Komplexität genannt), teils als Stifterin friedfertiger Kommunikation (der philosophischen Textverarbeitung der Informatik), teils und in genauer Umkehrung wird ihr der Kampf angesagt und aus Betroffenheit der freudige Sprung ins Spirituelle, in den Brei der Seele unternommen. Letzteres ist nicht der Rede wert. Bedenklicher ist schon, daß die Vernunft bei den neuen Aufklärern ihrer geschichtlichen Aufgabe beraubt wird. Unbotmäßiges anzustiften und das jeweils Infame (ob Kirche, Staat, Despotie oder sonstige Herrschaft) einfach zu zerstören - wie Voltaire zu sagen pflegte.

Nicht daß die gelehrte Welt die Bruchlosigkeit unkritisch hinnähme. Nolte kritisiert die Historiographie und daß es ihr nicht gelungen sei, den deutschen Faschismus asiatisch zu deuten; Habermas kritisiert Nolte und dessen Abbau der Vernunft; Tugendhat kritisiert (und zwar laut „FR“ durchaus konstruktiv) Habermas' kritische Freundlichkeit. Dennoch herrscht durchweg Vertrauen vor. Und wer kritisch mißtraut, vor allem der Macht (und damit sich auf den Weg der Emanzipation begibt), sich aber positiver Vorschläge und konstruktiver Politik enthält, kann ganz ungewollt mit den grundgesetzlich vorgeschriebenen Normen des Projektierens in Konflikt geraten.

Die Dürftigkeit der Zeit aber, die sich auf allen Ebenen in den eingefrorenen, erfolgreich stabilen Strukturen konkretisiert - diese Dürftigkeit, in der sich inzwischen selbst Alternatives selbstzufrieden beruhigt, verlangt nach Destruktion. Das „Ordnungsgefüge“ muß abgebaut, das Vertrauen ausgeräumt werden; der Zweifel und seine sprengende Kraft müssen wieder zu ihrem Recht kommen, damit endlich sich das satte Bild ändert und angesichts dramatischer Entwicklungen die Symbole des Positiven, des Guten und Schönen verschwinden: das selbstzufriedene Fernsehgesicht Kohls und die ausgestrahlte Klugrednerei Vogels. Deutschland indessen (glücklicherweise neuerdings nur West) scheint das Land zu bleiben, wo die Kritik immer konstruktiv blüht. Deutsche politische Kultur? Fortwährende, ununterbrochene deutsche intellektuelle Tradition?

Klassisches

Der Größte unter den deutschen Aufklärern belehrt uns eines anderen. Der Überlieferung und den eigenen Bekundungen nach galt ihm die Pflicht als erhabener Name, das moralische Gesetz in unserer Brust als nützliche Einrichtung, der gestirnte Himmel über uns als bewunderungswürdig. Ansonsten aber zermalmte er alles, was ihm in den Sinn, vielmehr in den Kopf kam: die metaphysische Einheit der Welt, die Objektivität von Raum und Zeit, die Unsterblichkeit der Seele, die Beweise der Existenz Gottes. Zugegeben: Den goetheschen „Alten Herrn“ ließ er bei aller Abweisung durch eine, von ihm als praktisch bezeichnete Hintertür wieder zu; aber nur als eine Art Druckinstanz zwecks Besserung des Alltagsverhaltens, genauer als „Postulat“, damit wir alle anständig leben und den Menschen nicht als Mittel (zum Beispiel für die Realisierung von Gewinnen auf dem Markt oder zur Herbeischaffung parlamentarischer Mehrheiten), sondern allemal als Zweck betrachten.

Heinrich Heine (laut Goebbels auch ein Destruktiver, ein „Element der Dekomposition“) hielt Kant für einen entschiedeneren und entscheidenderen Revolutionär als die französischen Jakobiner. Und Giosué Carducci (Nobelpreis 1906) nahm Heines Hinweis wieder auf „Decapitaron Emmanuele Kanti il Dio, Massimiliano Robespierre il Re“ - was so viel heißt wie: Kant köpfte Gott, Robespierre den König. Womit Kant an die erste Stelle der zerstörenden Kräfte der Geschichte rückte.

Aber Kant begnügte sich nicht damit, Gott wegzuräumen. Er tat Schlimmeres: Er schlug der Wissenschaft den wertfreiobjektiven Kopf ab und setzte ihr einen neuen, vernunftgemäßen auf: das Prinzip Parteilichkeit, die soziale Verpflichtung. Nur die Wissenschaft sei wahr, die dem gemeinen Manne zu seiner Würde verhülfe (Hartenstein, Nachlaß VIII, 625). Es kam noch Destruktiveres hinzu. 1794, am 12. Oktober, erreichte ihn der „allernädigste Spezialbefehl“ Seiner Königl. Majestät, sich fortan der philosophischen „Einstellung und Herabwürdigung des Christentums“ zu enthalten. (Übrigens: Die erste Fassung des Radikalenerlasses, so man anstelle des Christentums die FdGO setzt). Derart gemäßregelt, kam Kant hinter die Schliche der verfaßten politischen Ordnung und legte sich mit den Verfassungsjuristen an. Im „Streit der Fakultäten“ setzte er das Prinzip Parteilichkeit voll ein. Mögen die Juristen im Sinne ihres sozialen Auftrags positive Arbeit leisten und den gegebenen Zustand bejahen. Der Philosophie kommt Wichtigeres zu: aller befohlenen Verheimlichung zum Trotz das Volk über die „wahre Beschaffenheit“ der Verfassung aufzuklären. Die wahre Beschaffenheit: Damit meinte Kant keineswegs den sattem bekannten Bruch zwischen Norm und Wirklichkeit, wobei der Politik und den Gelehrten die Aufgabe zufiele, das Lädierte zu restaurieren. Kant meinte schlicht und negativ die Brüchigkeit der Norm selbst. Er vindizierte der Philosophie das Recht, alle konsitutionelle Illusion zu zerstören und die Fiktion der Volksvertretung

als die Realität der Herrschaft zu enthüllen. Alle Verfassungsbejahung nannte er beim Namen: „lügenhafte Publizität“ (Streit der Fakultäten, Königsberg 1798).

Kants Auffassung über die Bestimmung des Gelehrten blieb bekanntlich nicht folgenlos. Das destruktive Element setzte sich fort in der hegelschen Fassung des Negativen als des Motors im Bewußtsein der Freiheit - auch wenn der älter gewordene Hegel (sehr im Gegensatz zum im Alter weiser gewordenen Kant) die Negation am Ende in der allgemeinen Versöhnung des Staats wieder aufhob. Ein schlechter Meister, der aber einen um so besseren Schüler hatte. Der gute Schüler schloß sich Kants „kritischem Geschäft“ an und schob die Hegeische Versöhnung wieder beiseite. Marx wollte weder aufbauen noch bejahen, sondern in erster Linie negieren. Wie Heine der geschichtlichen Aufgabe der De-komposition traditionell verbunden, ging er noch einige Schritte weiter: in die Tiefe, zur Basis der Gesellschaft - zu den „Müttern“, frei nach Goethe. Ihm genügte die Aufklärung über die wahre Beschaffenheit der Verfassung nicht mehr. Über die Erkenntnis der verfaßten Lügenhaftigkeit hinaus und nach der Mitteilung über das wahre Wesen des Verfassungsstaats mußte die Wirklichkeit des Wesens enthüllt werden: seine Funktion. Er zerstörte die Illusion der schönen Form, die einen häßlichen Inhalt organisiert. Derart stand die Unvernünftigkeit einer Produktionsweise nackt da, aus der sich bürgerliche Zweckrationalität, Rentabilität und Respektabilität speisen. Alle, die von ihrer Arbeit und deren Verkauf leben, „befinden sich ... im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft einen Gesamtausdruck geben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen“ (Bakunin und Asien? Nein: Marx und Deutschland, MEW 3,77).

Negation und Destruktion fehlen also in der deutschen Gelehrtengegeschichte nicht, haben vielmehr ihre Klassiker, die sich durchaus sehen lassen können. Diese ihre zerstörerische Vernunft findet Vertreter auch dort, wo das allgemeine Bildungsbewußtsein oder das Wissen des Bildungsbürgertums sie gar nicht vermutet. Die wenigsten hierzulande wissen zum Beispiel, wie der „Benimm-Knigge“ in Wirklichkeit gewesen: der „Freie Herr“ Knigge, radikaler Jakobiner, der die terreur verstand und des Ca ira gedenkend und die deutschen Zustände kritisierend sich darüber beklagte, daß in Deutschland „die schönen Laternen ach so unnütz herumstünden“.

Erbauliches

Es fragt sich nur, ob diese Tradition nicht das „andere Deutschland“ sei, das vom gängigen, positiv-aufbauenden, ganzen Deutschland geschichtlich beiseite geschoben wurde.

Zur Beruhigung indes: Knigges Laternen - ob schön oder nicht - bleiben heutzutage sinnvollerweise bei ihrer eigentlichen Leistung und beleuchten weiterhin nur die Straßen. Dem Gelehrten hingegen bleibt nach wie vor die Kantsche Aufgabe und der Marxsche Vorschlag, die philosophisch-politische Destruktion der stabil abgesicherten und durch Konsens abgesegneten Dürftigkeit weiter zu treiben. Gewiß gerät er dabei leicht ins Abseits, entzieht sich dem allgemeinen Wohlwollen und macht sich verdächtig. Nur muß er die Gefahr auf sich nehmen, wenn er seine Bestimmung und sich selbst ernst nimmt. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als jenseits aller behördlichen Auflage (GG 5,3) die Brüchigkeit des Bodens und die Freiheitsfiktionen des auf dem Boden stehenden „Palastes“ (wie die Ägypter die Strukturen der Herrschaft nannten) anzuzeigen. Wenn er aber als Gelehrter sich an Kant orientiert, so macht er sich auch Kants Klugheit zu eigen (vgl. dessen Antwort auf den Königlichen Spezialbefehl, s.o. A XV ff.) und befaßt sich mit Boden und Palast

anhand zweier, zurecht berühmter Versuche, die wahre Beschaffenheit des Bodens zu verschleiern und so dem Zeitgeist entsprechend zu verfahren.

Der Zeitgeist stiehlt sich in der Tat förmlich aus der richtigen Bestimmung der gelehrten Arbeit davon und wählt den Weg der Konsensus-Beteiligung: Werden die Zustände und deren Normen bejaht, so verlieren die Mißstände ihre Wirklichkeit und verwandeln sich in korrigierbare Zufälle, für deren Beseitigung die bekannte Selbstreinigungskraft (des Marktes, der Macht, der Parlamente) zuständig ist.

Die erste Gestalt des Zeitgeistes erkennt sich zwar als kritisch, erkennt aber die negative Bestimmung nicht an, daß zunächst und vorsorglich de onmibus dubitandum sei. Sie setzt vielmehr auf die vorsorgliche Bemühung um das Gute, das trotz mancherlei Schwäche konstitutionell garantiert sein soll. Die trostreiche Versicherung aber, daß der Boden trotz gelegentlicher giftiger, aber jederzeit abstellbarer Infiltration doch gesund sei, läßt aus der Philosophie die reine Erbauung entstehen. Allen aufklärerischen Beteuerungen zum Trotz und gegen das eigene Programm, sich vorzüglich an der ratio zu orientieren, entdeckt diese neue staatserbauliche Vorstellung das allgemeine Element, auf dem und aus dem alle politische Interaktion erst ihre menschliche Eigenschaft gewinnt: die LIEBE. Aber selbst die Liebe kann das Rationale in sich haben, zu zerstören (Goethe, Marienbader Elegie). Vor dieser Gefahr gerettet, vor dem Abgrund aufgefangen und ins Positive geführt wird die Liebe, wenn von der Erbauung ihr ein Objekt der Lust geboten wird, das jenseits aller Kritik liegt, transzendental gegen alle schlechten Erfahrungen abgeschirmt bleibt und also um seiner selbst willen geliebt werden kann.

Gewiß läßt sich da die ursprüngliche Aufklärung nicht leugnen. Der Liebe wird ein definitorisch in sich rationaler Gegenstand geboten, der alles Abrutschen ins Emotional-Barbarische verhindert und Gediegenheit garantiert. Die Liebe zum Vaterland, der Patriotismus im ursprünglichen Verstand des Wortes hat ausgedient, läßt überdies Unerfreuliches aufkommen: unverdauliche Kost mit längst abgelaufenem Verfallsdatum. In diesem Punkt bleibt die Philosophie philosophisch und hält an der Destruktion fest. Erbaulich wird sie am neuen Gegenstand -unverfänglich, einsehbar, durchaus der Bejahung wert: die Erbauung streicht die Liebe zum Vaterland und proklamiert die Liebe zur Verfassung, den Verfassungspatriotismus. So bestätigt sich Friedrich Engels Erkenntnis: daß im Rest der Welt ausdrücklich und mit Nachdruck die staatliche Macht auf der Befolgung der Gesetze und auf der Beachtung der konstitutionellen Ordnung besteht; und daß in Deutschland hingegen verlangt wird, Gesetz, Ordnung, Verfassung nicht nur zu beachten, sondern auch zu lieben.

Aus Angst vor der Zerrüttung der politischen Kultur und vor der Anzweiflung der erprobten Institutionen gerinnt die freie Vernunft zum reinen Gefühl und geht im doppelten Sinne ein: erstens überhaupt und zweitens in die Liebe. Die Philosophie hatte sich im späten Mittelalter - auch dank des destruktiven Nominalismus - von der Knechtschaft befreit. Sie wollte nicht mehr ancilla theologiae sein und hatte ihre Autonomie zurückerobert. Nun fällt ihre erbauliche Gestalt zurück in den gesellschaftlichen Zustand der Magd: ancilla constituionis. In der Absage an die mögliche zerrüttende Autonomie einer Gesellschaft, die nach Emanzipationsformen sucht und Ordnungsnormen -das sind Herrschaftsformen - mit Argwohn betrachtet, liefert die Affirmation des Zustands und die Verteidigung des Bodens endlich die lang ersehnte Legitimationsideologie - dem bis dahin intellektuell eher gescholtenen Verfassungsschutz. Nur sehen die praktizierten Handlungen dieser Art der institutionalisierten Liebe doch anders aus als in der ehrlichen Absicht der Erbauung, wenn es um die vermeintlichen oder wirklichen Feinde der Verfassung geht. Die revolutionäre Tragödie des jakobinischen Terrors hat sich zwar schon längst - dem berühmten Spruch folgend - in die konstitutionelle Komödie verwandelt (vgl. Robespierres Rede vom 12. Dezember 1793 und GG

18); inzwischen aber ist aus der Liebe das Satyrspiel geworden: Am Celler Loch stand grinsend der neue Chauvin.

So wird Kant umgedreht: Die wahre Beschaffenheit der Verfassung liegt darin, daß die Verfassung wahr ist. Womit sich alles weitere Denken über sie, alle kritische Mitteilung, alle Destruktion des Palastes erübrigen. Dem Verfassungspatriotismus ist der destruktive Gelehrte ein Skandalon.

Systematisches

Die Erbauung bejaht sich selber und erfreut sich breiter Zustimmung. Die andere positive Gestalt des Zeitgeistes steht der Zustimmung eher reserviert gegenüber. Braucht eine lebendige Form „Staat“ nicht den Streit der Meinungen und der Interessen, der Gruppen und Partner - also die Pluralität? Schon Cia-netti (Korporationsminister 1943) sah die Notwendigkeiten sozialer Konflikte ein; fügte aber hinzu, daß sie in geregelter Weise ausgetragen, überhaupt geregelt und nicht geschürt werden sollten. Zur konstruktiven Form gerann der sinnreiche Gedanke erst in der Systemtheorie und in ihrer Vorstellung von der konsolidierenden Aufgabe des Streits und von der konstruktiven Eigenschaft des Konflikts. Die Verfassung garantierte ohnehin die Auseinandersetzung und will sie gar fördern - sofern sie auf dem Boden stattfindet.

Nicht Liebe gilt hier also als gesicherte Grundlage der politischen Form, sondern der KONFLIKT. Er stabilisiert das System, gibt ihm die Struktur und sichert seinen Erfolg. Wo aber der Konflikt sich funktional anmeldet, bleibt das kritische Element nicht aus. Konflikte ohne kritische Gedanken geraten zum bloßen Schattenboxen und verlieren ihre Funktion. Kritik scheint also eine systemische Bedingung der Stabilität zu sein. Nur setzt sie eine besondere, immer wieder betonte und gelobte Eigenschaft voraus: Kritik muß die Negation abstreifen, von der Zermalmung absehen und einsehen, daß sie konstruktiv sich auswirken soll. Die konstruktive Kritik - wieder ein schwarzer Schimmel des Zeitgeistes - macht permanent konstruktive Vorschläge, will Verbesserung und Verfestigung des Zustands. Sie ist insofern auch Kritik der Kritik, als sie sich gegen den Kahlschlagsversuch wendet, den die destruktive Kritik sich zum Ziel setzt. Der letzteren fehlt - systemisch betrachtet - die Funktionalität des Positiven.

Dem Positiven im Konflikt gilt also die Sorge, von ihm aus wird alles Neue überprüft. Eine Theorie, der es ernst um das Staatswesen ist und der der Staat Wesen bedeutet, muß sich bei der Analyse neuer Kräfte, die sich auf der politischen Bühne anmelden, dieser nicht nur mit Liebe, sondern auch mit Strenge annehmen. Denn im System beziehen sich bekanntlich alle Felder, Prozesse, Bewegungen, Sachverhalte und Personen nicht nur eng und bloß interaktionell aufeinander; sie bilden vielmehr ein feinmaschiges und daher störanfälliges Netz. Wird eine der Maschen zerstört und schlüpft daher ein dysfunktionaler Konflikt, eine fremde Absicht, eine autonome gesellschaftliche Kraft hindurch, kann sich die komplexe Beziehung von Funktion und System destabilisieren und die Destruktion durchsetzen.

Dagegen hat die Systemtheorie ein viel zuverlässigeres Sicherungsmittel gefunden als irgend ein Gerede, das ohne Herrschaft verlief: die Norm, die für Integration sorgt. Dieses Mittel, das übrigens von Max Weber stammt, heißt nicht Liebe, sondern Verantwortung. Neue Kräfte werden in die Pflicht der Verantwortung genommen. Erst in dem verantwortungsbewußten, nicht bloß gesinnungsmäßigen Eingang in den Palast zeigen sie ihre „Fähigkeit zur Politik“. Handelt eine Gruppe verantwortlich, so legt sie alles Subversive ab, arbeitet mit am Auf- und Ausbau und erlangt derart

volle Akzeptanz: Sie wird zunächst oppositionsfähig; sodann koalitionsfähig; schließlich regierungsfähig: fester Bestandteil der Macht, der das vormals Unbotmäßige in den Palast einführt und es in die Normen, Spielregeln, Einzäunungen zurückholt. Anders gesagt: Sie wird systemische Funktion ebenso wie ihre Vertreter sich in Funktionäre der Repräsentanz verwandeln. Diesem Sog, der viel mächtiger ist als die Macht der Verfassungsliebe, können sich am Ende weder die gute A. Vollmer noch die böse J. Dittfurth entziehen.

Wer will leugnen, daß die Systemtheorie mit ihrem Gegenstand (dem Verfassungsstaat) ebenso kritisch verfährt wie die Nachfolge der kritischen Theorie: also kritisch, aber konstruktiv. Sie tut zuweilen sogar mißtrauisch, aber nur der Form halber. Denn es kommt ihr genau auf das Gegenteil an: auf die Schaffung neuer Vertrauensverhältnisse. Dazu dient ihr kompliziertes Glasperlenspiel, die Logik ihrer beziehungsreichen Argumentation. So wie destruktive Kritik ihr ein Greuel ist, bleibt ihr das wirkliche Mißtrauen suspekt, da dieses den Glauben an die Richtigkeit des Zustands untergräbt. Im Grunde - und ohne es zu wissen oder zu wollen findet die Systemtheorie ihre politische Vollendung in der konstitutionellen Garantie der Machtkontinuität: im „konstruktiven Mißtrauensvotum“.

Ich weiß nicht, ob die Mitglieder des Parlamentarischen Rats sich des etymologischen Witzes dieses Sprachungetüms bewußt waren. Jedenfalls findet die Systemik in ihm ihre nachträgliche Begründung. Denn die Abwahl eines alten Kanzlers durch einen neuen mitten in der Legislaturperiode ergibt sich aus einer konfliktualen Lage und symbolisiert auf diese Weise genau den Konflikt, der für Stabilität sorgt. Das konstruktiv gehandhabte Mißtrauen lebt aus dem Vertrauen in die Kontinuität der Macht (deren Verfall die Arbeit des Gelehrten gelten soll):

Da aber dem Vertrauen bekanntlich doch die Liebe zugrunde liegt, finden sich Erbauliches und Systemisches am Ende wieder zusammen und basteln gemeinsam an der neuen Staatstheodi-zee. Die Liebe zur Verfassung läßt sich vom Bösen in der politischen Welt nicht irremachen; und die Systemik sorgt sogar für seinen funktionalen Einbau. Die systemisch vollendete Erbauung verwirklicht sich in dem verfassungsmäßig abgesicherten, hohen Grad an Toleranz: dem neuleibnizschen Beweis der säkularisierten Theodizee. Nur hat auch diese - wie die ursprüngliche - ihre Tücke. Denn Gott liebte zwar seinerzeit die beste aller möglichen Welten, beobachtete aber sehr genau - zwecks Korrektur und endzeitlicher Strafe - die zufällige Bosheit der Menschengattung. Eine Liebe, die die Verfassung schützt, kommt ohne Kontrolle nicht aus. Aus diesem einfachen Grunde werden all diejenigen, die liebevoll toleriert werden, auch systematisch observiert.

Subversives

Am Ende müßte doch die neue Konstruktion stehen. „Wo bleibt das Positive?“ In der dürftigen Zeit finden wir es nur in der Negation, im Nirgendwo - in der sogenannten Utopie. In der Tat: Die Utopie, die aus der Destruktion aller Strukturen der Ungleichheit, der Unterdrückung, der Herrschaft entsteht, das ist heute der einzig mögliche Ausweg aus der sich anbahnenden Vernichtung. Und das heißt für den Gelehrten: Der gesellschaftliche Konflikt muß von seiner systemischen Stabilisierungsfunktion befreit, aus aller Verfassungsliebe entlassen, in seine geschichtliche Würde der Destabilisierung zurückgeholt werden. Die Verteidigung der Destabilisierung gehört zur Verteidigung und Verwirklichung der Freiheit. „Wer behauptet, die Freiheit ernsthaft zu wollen und gleichzeitig alle destabilisierende Tätigkeit bekämpft, widerspricht sich selber“ (Geymo-nat).

Nachwort

Der Zweifel meldet sich an: Ich schreibe hier auf Deutsch, für deutsche Leser. Und deutsche Leser sind ernste und ernstzunehmende Leute. Das Schlußproblem also: Wie kann Aufklärung darüber stattfinden, daß die Bestimmung des Gelehrten die De-struktion sei, ohne daß dabei der furor teutonicus die Begleitmusik spiele? Die Melodie, die die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen soll, braucht den basso continuo der Ironie - den sicheren Schutz gegen den konstruktiven Irrweg.

Der Staat des Kapitals

„Zivilgesellschaft“ oder bürgerliche Gesellschaft? Aus der Vorbemerkung zur italienischen Ausgabe von 1978

Für die italienische Übersetzung eines deutschen Aufsatzes (dessen Thema allerdings von mir vor einiger Zeit in einem Seminar an der Turiner Universität behandelt wurde) sollen einige nähere Bestimmungen vorausgeschickt werden.

In der Einleitung zum Aufsatz wird der Leser eine freundlich polemische Art wahrnehmen können, mit der ich mich mit der Staatsdiskussion in der deutschen marxistischen Wissenschaft auseinandersetze. Meine kritischen Bemerkungen gelten verständlicherweise nicht allen methodischen oder thematischen Richtungen; sie meinen jedenfalls nicht die Versuche, in die marxistische Analyse neue Gesichtspunkte einzubringen - so etwa bei engagierten Forschern wie Preuß, Offe oder Hirsch, um drei auch in Italien zu recht bekannte Namen zu nennen. Es handelt sich vielmehr um beinahe beiläufige Hinweise auf die strikt traditionalistische Argumentation, die wir sowohl bei den sogenannten Revisionisten (den Theoretikern des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ - Stamokap) antreffen, wie auch in einem Anti-Revisionismus, der selbst am traditionellen Prinzip vom Primat der Ökonomie und von der, dialektisch genannten Trennung zwischen Ökonomie und Politik festhält. Beide bemühen sich in der Methodenfrage redlich darum, den einheitlich-ganzheitlichen Charakter des Systems von möglichen Abweichungen freizuhalten. Man könnte geradezu von einer Angst vor der He-terodoxie, gar vor der Häresie sprechen. Um beiden zu entgehen, klammert man sich an zwei obligate Forderungen der Orthodoxie. Die erste Forderung besteht in der in Deutschland bekannten „korrekten Staatsableitung“. Danach findet alles, was sich in der Politik ereignet oder politisch wirksam wird, seine letzten Gründe ausschließlich in der ökonomisch gefaßten Kapitalbewegung. In einer solchen Ableitung verliert die Klassenbewegung der abhängig Arbeitenden ihre eigene Dynamik als potentiell autonome Kraft, als Logik der Negation. Die zweite Forderung geht auf die Einhaltung der „Marx-Treue“ zurück. Sie verwandelt sich in einen intellektuellen Zwang scholastischer Prägung. Keine These, keine Hypothese gilt als gesichert, wenn sie nicht auf irgendeine Weise bestätigt, sozusagen autorisiert wird durch irgendeinen Verweis auf die bekannten klassischen Texte. Selbst bei der theoretischen Diskussion arbeitet die wechselseitige Kritik nicht so sehr auf der Ebene einer Gegenüberstellung von Analyse und realem Prozeß als vorwiegend auf der Ebene der Übereinstimmung von Analyse und „Klassiker“-Schriften, allen voraus dem „Kapital“.

Das gilt auch für das anscheinend immer aktuelle Thema der „Autonomie des Politischen“. Und dies trifft vor allem für jene marxistische Richtung zu, die die Frage des Staatseingriffs in die Kapitalverwertung in den Mittelpunkt des Problems gerückt hat: eben für die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Sehen wir einmal von dem Grundmangel der Stamokaptheorie ab, nichts Weiteres als die ideologische Rechtfertigung einer vorweg entschiedenen, durch Bündnisopportunität bestimmten Strategie dazustellen: es bleibt theoretisch ein Rest begrifflicher Verwirrung - die Folge der politischen Verunsicherung. Die Steuer- und Sozialpolitik sowie die staatliche Ankurbelung von Produktion und Beschäftigung, also die *funktionale* Beteiligung an der Ökonomie (die normale

Wirtschaftspolitik aller bürgerlichen Staaten), die sich ebenso *funktional* gegen Sonderinteressen wendet und andere Sonderinteressen punktuell begünstigen kann, wird verwechselt mit der *politischen Autonomie der Intervention*. Die letztere wäre aber gleichbedeutend mit der durchgängigen Freiheit der Entscheidung, die ein Staat träge unabhängig von den Erfordernissen der Akkumulation und von den Forderungen und den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Durch diese Verwechslung verliert der Begriff der Staatsintervention seinen Sinn. Denn die wirkliche Autonomie besteht nicht in der Gestaltung von Räumen, die kapitalfrei oder für das Kapital unwichtig sind oder durch Uneinigkeit der Einzelkapitale verfügbar werden für einen vom Staat besorgten Ausgleich. Sie besteht vielmehr nur bei einer von Grund auf verwirklichten Unabhängigkeit der Politik vom allgemeinen Kapitalverhältnis. Und das will heißen: das Politische ist wirklich autonom nur als Revolution, als Praxis, die die Logik der kapitalistischen Entwicklung durchkreuzt und alle Subsumption unter die Verwertung aufhebt.

Die bei der traditionellen Linken Italiens in Gang gekommene Diskussion über die Autonomie des Politischen kehrt ganze Argumente um und streift den Zusammenhang von Produktionsweise, Gesellschaft und Staat gänzlich ab. Kennzeichnend dafür ist das Fehlen einer Analyse, die die enge Beziehung zwischen dem *Staat als Zwangssystem* und dem *Zwangsscharakter der Tausch- und keine Gebrauchswerte produzierenden Arbeit* thematisiert. In einer solchen Beziehung sehe ich einen der wesentlichen Gründe für die Bildung des „politischen Staats“. Stattdessen redet man von der persönlichen Autonomie von Politikern, politischen Gruppen und Kräften in einer (soziologisch verstandenen) Wechselwirkung mit anderen Personen oder anderen Kräften. In diesem Sinn redet man auch von der Autonomie der Arbeiterpartei gegenüber der Arbeiterklasse (Tronti), gewissermaßen nach dem Muster sozialdemokratischer Kanzler in der BRD: „Ich bin der Kanzler des ganzen Volkes“ (Willy Brandt). Das Ganze löst sich in der Entscheidungsautonomie des politischen Personals gegenüber dem ökonomischen oder sonstigen nichtstaatlichen Führungspersonal auf. Auf diese Weise wird die Gesellschaft in abgedichtete Abteilungen zerstückelt, von denen der Staat sich absondern kann. Damit soll er vorgeblich den komplexen Strukturen der „Industriegesellschaft“ angemessen und vor allem frei verfügbar für beliebige politische Perspektiven sein.

Mit den vorgelegten, knappen Überlegungen nehme ich mir vor, das Problem auf ein wirklichkeitsnäheres, sicherlich auch elementareres Niveau zu bringen. Es sind vor allem drei miteinander verflochtene Aspekte zu klären. Der erste bezieht sich auf die materielle, nicht bloß formelle Möglichkeit des autonomen Handelns des bürgerlichen Staats - die Autonomie im traditionellen Sinn; sodann geht es um die ebenso materielle Grenze dieser Autonomie; schließlich sollen die Ursachen erörtert werden, die die Notwendigkeit der Form Staat begründen und zugleich seine inneren Veränderungen bedingen. Es wird zu sehen sein, inwiefern sich daraus eine Neubestimmung des historischen Auftrags bürgerlicher Staaten ergibt: nicht so sehr die Übersetzung der Klassenherrschaft in politische Machtausübung, auch nicht die Sicherung der Extraprofite des Monopolkapitals (um zwei bekannte Punkte aufzugreifen); vielmehr die strategisch-organisatorische Funktion, die Aufgabe, eine garantierte und umfassende Reproduktion zu institutionalisieren und langfristig zu „verstaateten“. Es versteht sich: die Verstaatung selbst nicht als Ergebnis eines politischen oder sonstigen Machtspruchs; eher als unausweichliche Folge eines funktionsfähigen Kapitalismus.

In diesem Punkt haben wir Einiges neu zu überlegen. Ich denke etwa an die enge Verflechtung zwischen dem Staat als Form der *allgemeinen* Zusammenfassung der Gesellschaft auf der einen Seite, und andererseits den einzelnen Kapitalen oder Kapitalgruppen, die die *besonderen* realen „Subjekte“ der Gesellschaft darstellen; aber auch an das Verhältnis von allgemeiner Zusammenfassung und von der Verknüpfung und Interessenverwicklung zwischen Bourgeoisie und

abhängigen Klassen, zwischen Kapital und Arbeit. Es geht also um das weite politische Gebiet der Strukturreformen - bekanntlich um ein undurchsichtiges Knäuel von Mißverständnissen. Aus dieser ausgleichenden und synthetisierenden Leistung des Staats entsteht gerade der „Schein der Autonomie“, der Schein einer „höheren“ Eigenschaft des Staats, sozialen Konflikten und Kämpfen übergeordnet, der gesellschaftlichen Zwiste überhoben. Aber diese Autonomie hat auch eine reale Dimension, nicht etwa in der Möglichkeit, in die Planung einzelner Kapitale sich einzumischen. Mehr ins Gewicht fällt es, daß der Staat die bürgerliche Klasse zu einer Einheit macht. Denn die bürgerliche Klasseneinheit ereignet sich nicht auf dem Markt und im Zirkulationsprozeß. Sie bildet sich erst in ihrem Staat, der als Form die durch Partikularinteressen und die Marktkonkurrenz zerrissene Bourgeoisie wieder zusammenfügt. Die Form Staat besorgt also eine doppelte Vereinheitlichung: Synthese der bürgerlichen Gesellschaft zum einen und damit auch Integration oder Repression ihres negativen Elements; zum anderen Zusammenfassung der bürgerlichen Klasse und somit Bildung, auch auf der Ebene der Macht, der Allgemeinheit des Produktionsverhältnisses als ökonomischer, sozialer, politischer Totalität.

(In einem zweiten Teil der italienischen Vorbemerkung gehe ich ausführlich auf eine, in Italien strittige Frage ein, die aber polit-philologisch auch europäischen Ausmaßes ist: ob bei Marx, zurückgreifend schon bei Hegel (gewiß nicht bei Kant) die „bürgerliche Gesellschaft“ - bürgerlich sei oder zivil. Also: *società borghese* oder *società civile*? *société bourgeoise* oder *société ci-vile*? Am Anfang steht die englische politische Philosophie und ihre *civil society*.)

Ich brauche hier die langen, gelehrten Ausführungen zum Thema und zur Problematik der Übersetzerkunst nicht zu wiederholen. Nebenbei - um die Sache klarer zu bestimmen - stelle ich auch die italienische Übersetzung des „dunklen“ Worts von Marx: „Berechtigung des Zufalls“ (Grundrisse) richtig. (Berechtigung wird mit *giustificazione* wiedergegeben, *giustifica-zione* aber heißt Rechtfertigung). „Bürgerliche Gesellschaft“ also: nur ein Spiel um Wörter und mit Wörtern? Am Ende vielleicht ein unsauberes. Hinter der Philologie versteckt sich ein Interesse, das etwas mehr ist als bloßes Erkenntnisinteresse und eine beachtliche ideologische Umdeutung meint. Wenn die Gesellschaft, in der wir leben, nicht *borghese* oder *bourgeoise*, sondern *civile* ist und alle Vorzüge der vorstaatlich-überstaatlichen *civil society* kennt, so wird sie terminologisch als ein unantastbares „Wertesystem“ ausgegeben. Im italienischen politischen Alltagsgebrauch des Worts wird dies deutlich: dem korrupten reformbedürftigen Staat und seiner seichten politischen Klasse steht die *società civile* in ihrer ganzen moralischen, produktiven, kulturellen Qualität entgegen. (So bemühen sich politische Parteien, an Stelle der eigenen Vertreter „Persönlichkeiten aus der *società civile*“ ins Wahlrennen zu schicken. Mit einem Wort: die kapitalistische Eigenschaft der Gesellschaft wird abgestreift, die sozioökonomische Bedingtheit der Politik vergessen und das *bourgeoise* Verhalten als allein gültige Norm gesetzt.)

Die Fehlübersetzung hätte übrigens in einer Rückübersetzung unfreiwillig humoristische Folgen: die „Verbürgerlichung der Arbeiter“ würde zu ihrer „Zivilisierung“; die bürgerliche Wissenschaft marxistischen Sprachgebrauchs wiese nicht auf ihre Standortgebundenheit hin (wie erinnerlich, Karl, aber Mannheim und nicht Marx), sondern auf eine besonders zivilisierte Denk- und Forschungsmethode, von der gut bürgerlichen Küche will ich lieber nicht reden.

Deutschland hat es hier ausnahmsweise besser und kennt eine sachlich korrekte, wenn auch sprachlich gekünstelte, immerhin erfreuliche Lösung: man trennt die bürgerliche Gesellschaft säuberlich von der Zivilgesellschaft ab. Das Spiel mit Wörtern mag bleiben, bleibt aber sauber. Übrigens dürfte seit 1983 die Sache selbst schon bei Hegel nicht mehr strittig sein. „In ihr“ - der bürgerlichen Gesellschaft - „ist der Bürger „Bourgeois“, nicht „Citoyen“, meinte also Hegel,

Naturrecht und Staatswissenschaft -Vorlesung in Heidelberg Winterhalbjahr 1817/18, §89. In der von Karl-Heinz Ilting besorgten Erstausgabe, (Klett) Stuttgart 1983 auf Seite 108. Strittig bleibt nur, warum Hegel in der Berliner Vorlesung über das gleiche Thema diese Bestimmung nicht anbringt. Das ist aber, wie ein Dichter zu sagen pflegte, eine ganz andere Frage.)

Vorbemerkung

Die Diskussion über die konkrete Eingriffsfähigkeit des Staats bei der Regulierung der Kapitalverwertung, vor allem bei der möglichen Vermeidung wirtschaftlicher Krisen, hat zu einer eigentümlichen Verschiebung und schließlich auch zur Verschleierung der spezifisch politischen Problematik geführt - und zugleich zu einem politischen Realitätsverlust. Dafür ist fraglos die einseitige Perspektive verantwortlich zu machen, die, sei es in der Form der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus („Revisionismus“), sei es in der Form der Kritik, die an dieser Theorie geübt wird („Antirevisionismus“), Wirklichkeit und Wirksamkeit des Staats an seiner unmittelbar ökonomischen Existenz festmachen will. Auf der einen Seite wird der Staat als bestimmende reale Macht betrachtet, da er sich als „ökonomische Potenz“ betätigen und in den Verwertungsprozeß des Kapitals direkt einmischen kann; oder auf der anderen Seite wird der Staat als bloße Ideologie, „Überbau“ im bornierten Sinn gesehen, da er anscheinend diese spezifisch ökonomische Fähigkeit nicht haben kann.

Dieser Realitätsverlust soll hier - emblematisch und insofern scharf betont - für die Schwäche der theoretischen Seite der Linken in der Bundesrepublik Deutschland und für die dadurch bedingte Erfolglosigkeit des praktischen Kampfs um die radikale Veränderung der Gesellschaft (zu deutsch: Revolution) an den zwei entgegengesetzten Vorstellungen des Verhältnisses von Kapital und Staat kurz dargestellt werden.

In der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus tritt der Staat förmlich auf die geschichtliche Bühne als ein ungeheurer Machtblock, der kapitalistische Herrschaft nicht bloß vermittelt oder ermöglicht, sondern als „selbständige ökonomische Potenz“ sich mit der Kapitalpotenz verschmilzt. Irreal ist diese Vorstellung an sich nicht. Sowohl die Verschmelzung von Staatsapparat und ökonomischen Führungsgruppen (Großkapital) wie die ständig wachsende Gegenwart des Staats in ökonomischen und sozialen Prozessen ist eine schlichte Tatsache. Nur wird dieser tatsächliche Sachverhalt nicht als Folgeerscheinung der Entwicklungsphasen der Kapitalakkumulation und den diesen Phasen entsprechenden, in der Wirklichkeit stattfindenden Klassenbewegungen gefaßt. Vielmehr wird er als Ausdruck einer politischen Machtkonstellation *interpretiert*, in der nicht ökonomisch-gesellschaftliche Kräfte agieren, sondern politische Subjekte mit ökonomischen Interessen: die Monopole und der Staatsapparat. Die politische Strategie entwickelt sich nach diesen, soziologisch bestimmten Machtstrukturen und schlägt die entsprechenden beachtlichen Purzelbäume. Die ungeheure Mächtigkeit des Staats der Monopole erscheint als günstigste Bedingung, den Staat zum Instrument einer antimonopolistischen Demokratie und des Übergangs zum Sozialismus zu machen. Durchaus stringent argumentiert: Da Staat und Monopol wesentlich Machtgebilde sind, muß (und darf) um die Macht, um den Zutritt zum Schaltbüro der Machthebel gekämpft werden, damit der Übergang vollzogen werden kann. Je stärker die Machtkonzentration ist, um so sicherer ist es, daß die der Arbeiterbewegung zufallende Macht stark ist. Dazu muß der Bevölkerung fest zugeredet werden, damit sie die Notwendigkeit des Machtantritts der

„Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten“ einsieht: ein großartig als Dialektik ausgegebenes Mysterium.

Auf der anderen Seite wird der Staat zur Hilfslosigkeit verurteilt. Seine ganze Politik scheitert an den zwingenden Erfordernissen der Kapitalverwertung und stellt sich als Ausdruck der Machtlosigkeit heraus. Parlamente, Regierungen, Parteien sehen nur noch zu, wie die Gesellschaft sich entwickelt und können höchstens als Polizei und Armee ein kümmerliches Leben führen. Irreal ist diese Vorstellung ebenso wenig wie die andere. Nur: das Kapital erlangt hier umfassende Kräfte. Es bewegt sich und bastelt aus der Naturwüchsigkeit der „stofflichen Zirkulation, der Marktbewegung, der Ausgleichung von Profitraten, über Produktionsebene und Kostenpreise“ und immer wieder auf dem Hintergrund der fallenden Profitrate und unter dem Druck des sich durchsetzenden Wertgesetzes die Totalität der Gesellschaft zusammen: ein als politische Ökonomie ausgegebenes Mysterium. Daraus wird der Schluß gezogen, daß der „Staat“, und das ist konkret der ganze Zusammenhang politischer Kräfte, Bewegungen, Machtmechanismen, Kommunikationsnetze und auch „Staatsorgane“, ohnehin nur für Rahmenbedingungen zuständig, erstens wenig zu sagen hat und nur eine illusionäre Machtexistenz führt; zweitens ohnehin in Permanenz nur als Ableitung seiner Funktionen existiert. Die Folge ist eine uneingestandene Absage an den politischen Kampf und an jede Konfliktstrategie. Führt das ein Mysterium zum Zureden, so dieses zum Zusehen, wie das Ganze sich entfaltet.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß revisionistisches Zureden und antirevisionistisches Zusehen eines Tages als willige Träger politischer und wissenschaftlicher Macht zusammenfinden werden.¹

Die „Autonomie der Politik“

Es bereitet keine Schwierigkeiten, dem Staat als Überbauphäre eine gewisse Eigenständigkeit zuzugestehen. Diese Sphäre wird geschichtlich in den Reproduktionsprozeß kapitalistischer Gesellschaften durchaus eingegliedert, meist unter dem besonderen Aspekt einer Wechselwirkung, die nach angeblich dialektischer Auffassung zwischen Überbau und Basis stattfinden soll. Das eigentliche Realitätsproblem aber wird immer betrachtet in der genauen Sicht der möglichen Zuordnung des Staats zur materiellen Basis der gesellschaftlichen Reproduktion. Entscheidend ist also die Frage, inwiefern der Staat *selbständig ökonomisch* tätig werden kann und nicht nur eine bloß ideologisch bestimmte, allgemeine Funktion in der Reproduktion des Kapitals zu erfüllen hat. Die immer wieder in den Vordergrund gerückte, zwar mit konkreter geschichtlicher Realität ausgestattete, aber dennoch überbaumystisch gefaßte Aufgabe des Staats, die Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten, hat immer noch einen ideologischen Charakter. Die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft wird nicht gesehen als Form organisatorischen Eingriffs *für* die Verwertung des Kapitals selbst und *in* die Reproduktion des Kapitals, sondern immer nur als rechtliche Regelung, die „neben und außer“ der wahren, weil ökonomischen Existenz der Gesellschaft deren Entwicklung begleitet.²

So gesehen, und bei aller Anerkennung staatlicher Aufgaben, bleibt der Staat immer noch ein beiläufiges, wenn auch notwendiges Ergebnis der Kapitalbewegung: eine Realität zweiten Grades, eine Realität, von der man zuweilen den Eindruck hat, als ob die Reproduktion einer kapitalistischen Gesellschaft ohne sie eigentlich auskommen könnte. Daß es den Staat doch gibt, wird ökonomistisch erklärt durch das allerdings stichhaltige Argument, daß das Kapital ein unmittelbares Interesse habe,

die Erfüllung gewisser, nicht profitabler Aufgaben einer solchen „außerhalb der Gesellschaft“ bestehenden Organisation zu übertragen.

Dabei gerät der doppelte, in sich durchaus widersprüchliche Charakter des Staats vollkommen in Vergessenheit, der unter anderem auch zu der bürgerlichen Mystifikation von der „Autonomie der Politik“ geführt hat.

In bürgerlicher Sicht stellt sich der Staat als eine allgemeine Instanz dar, die mit der unmittelbaren Bewegung des Kapitals und den damit verbundenen Klassenauseinandersetzungen wenig zu tun hat und die sich gewissermaßen selbständig entfaltet, als Norm, als Idee, als Staatsverfassung und „Verfassungswirklichkeit“. Diese Autonomie nimmt vielfältige Formen an. Sie bedeutet, daß die Existenz des Staats nach eigener Gesetzmäßigkeit verläuft, daß sie also weder unmittelbar noch vermittelt mit der ökonomischen Entwicklung gekoppelt ist. Sie bedeutet ferner, daß die „Politik“, verstanden als Machtzentrum oder als Machtzentren, in der Lage ist, nicht nur in die ökonomische Entwicklung einzugreifen, sondern die Entwicklung der Ökonomie nach eigenen Plänen, nach eigenen Zielsetzungen und auch gegen die unmittelbaren Kapitalinteressen zu lenken. Die Autonomisierung der Politik spitzt sich dann zu auf Machtkämpfe politischer Führungsgruppen (Cliques oder Parteien), die - und das ist für den bürgerlichen Staat entscheidend - ihre Auseinandersetzungen nach rechtlich fixierten, wenn auch sich ständig verändernden Spielregeln austragen. In dieser Perspektive werden gesellschaftliche Veränderungen im wesentlichen als Ergebnis des Kampfs um die Macht und um die bewußte Gestaltung politischer Zustände betrachtet. Dabei wird das wirkliche Verhältnis genau umgekehrt: Die Ökonomie als Basis gesellschaftlicher Reproduktion gerät in den Bereich des bloßen sekundären Mittels zur Durchsetzung politischer Programme. Derart verkündet die bürgerliche Wissenschaft, als Ausdruck einer sozialen Bewegung, die die materielle Produktion und die daraus sich ergebenden Gewinne zum Fundament des ganzen Lebens gemacht hat, den absoluten Vorrang des Ideals und verdunkelt so jene Zustände, welche aufzuklären sie vorgibt.

Aber auch auf der anderen Klassenseite muß man sich vor Verdunkelung hüten. Man muß vorsichtiger und wirklichkeitsnäher mit der Wahrheit umgehen, daß der Staat eine bloße Überbauerscheinung sei: die Seite einer lediglich formalen Bestimmtheit, deren ganze Wirklichkeit von der Kapitalbewegung abhängt.

Gewiß ließe sich manches Mißverständnis vermeiden, würde man den durchaus tauglichen Begriff der Überbauerscheinung genau, das ist: dialektisch, fassen. Daß das Dialektische hier aber im argen liegt, ist ja bekannt (schon Engels konnte das feststellen). Aus dem Überbau wird allenthalben der „bloße“ Überbau gemacht. Hier muß offensichtlich näher spezifiziert werden.

Als Organisation der Gesellschaft, speziell als Organisation der Klassenverhältnisse³ auf der einen Seite, auf der anderen

Seite der Rahmenbedingungen von Produktion (vor allem in der Zirkulation), erhält der Staat einen Realitätscharakter, den er als bloße Überbauerscheinung, genauer: als bloße „Verfassungsordnung“ noch nie gehabt hat. Das gleiche gilt auch für die Gesetze. Daß Gesetze, gesetzliche Regelungen in ihrer Normativität betrachtet, eine bloß ideologische Erscheinung sind, darüber besteht kein Zweifel. Gesetze können aber ihre eigene Formbestimmtheit der Normativität überschreiten. Sie führen nicht nur eine normative Existenz am Rande tatsächlicher Vorgänge, sondern sie greifen gerade als Zwangsgesetze, d. h. als eine materielle Gewalt, in die Wirklichkeit ein und verändern sie. Der Übergang von der absoluten Ausbeutung der Arbeitskraft zum „normalen“ Arbeitstag am Anfang der englischen Kapitalakkumulation verdeutlicht diese materielle Seite des „Überbaus“: Die für die Kapitalbewegung wesentliche Umpolung der Mehrwertproduktion vom

absoluten zum relativen Mehrwert, also eine ökonomische Wende, wurde kraft Staatsgesetzes herbeigeführt. Es ist, wie Marx sagt, eine unumgängliche Bedingung der Kapitalreproduktion, daß „das Kapital endlich an die Kette der Regulation gelegt“ wird (Kapital 1, MEW 23, 258). Von dem bloß normativen Charakter der Gesetze kann hier keine Rede mehr sein. Vielmehr legen sie die bloß ideologische Äußerlichkeit ab und werden zu „übermächtigen gesellschaftlichen Hindernissen“ innerhalb der Kapitalbewegung (Marx). Die außerökonomische, politische Gewalt, die im bürgerlichen Staat immer in Form des Gesetzes auftaucht, kann also auch zur ökonomischen Gewalt werden, wenn das Gesetz Ausdruck der staatlichen Durchsetzbarkeit ökonomischer Forderungen ist; oder wenn das Gesetz als staatliche Zwangsmaßnahme bestimmte ökonomische Prozesse der „Regulation“ unterwirft. Marxens Hinweis auf die Regulation, und das bedeutet wohl auch eine tendenzielle Regulierbarkeit der Ökonomie, fordert zu einer Präzisierung heraus; umsomehr, als sich darin eine organisatorische Seite äußert, die als staatlich-rechtliche Vermittlung den ökonomischen Prozessen entgegentritt.

Der diesen Sachverhalt fassende Begriff des organisierten Kapitalismus ist mißverständlich und überdies politisch bedenklich, da für apologetische Zwecke seitens der Bourgeoisie verwendbar. Sie macht daraus die Fähigkeit ihres Staats, wirtschaftliche Krisen zu vermeiden. Noch mehr: In ihrer Sicht werden Krisen, wenn sie schon organisatorisch zu bewältigen sind, zufällige, steuerbare Erscheinungen und die krisenfeste Ökonomie zu einem staatlich geplanten linearen Wachstum. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit räumte bekanntlich mit dieser Ideologie auf. Es wäre aber gefährlich, würde man den politischpraktischen Folgen solcher Regulierungsversuche keine Bedeutung beimessen. Sind ökonomische Krisen langfristig auch unvermeidbar, weil sie sich der institutionellen, in Regeln fixierten Planung durch die Zyklenbewegung entziehen, so geht mit dem bloßen Regulierungsversuch eine, strategisch wesentliche Verschiebung der politischen Strukturen einher (die so genannte Stärkung des Staats). Das wirkt sich auf einer anderen Ebene konkret aus.

In der Sphäre der Zirkulation bleibt der organisierte Kapitalismus ein immer wieder unternommener Versuch (mit Teilerfolg).

Geht es hingegen um das sich in der Produktion vollziehende Verhältnis von Arbeit und Kapital, so stellt der staatlich geregelte Kapitalismus keinen Versuch dar, sondern eine, durch die Mehrwertproduktion selbst bedingte Wirklichkeit. Auf dieser Ebene, der Ebene der konkreten Existenz von Produzenten und Produktionsmitteln, auf der sich auch Reproduktions- und Produktionsbereich überschneiden, findet durchaus z.T. bewußte Lenkung gesellschaftlicher Prozesse statt. Und dies vermittelt sich auch weiter in die Ökonomie hinein, da Ökonomie bekanntlich ohne das Tauschverhältnis Lohnarbeit/Kapital ein Unding wäre. Zur bewußten Ausgestaltung gehört schon die vom bürgerlichen Staat erst ermöglichte Durchsetzbarkeit des allgemeinen Gleichheitsverhältnisses auf dem Markt, das sich am Anfang der Kapitalakkumulation naturwüchsig eingestellt hatte. Die staatliche Vermittlung sorgte dafür, daß daraus kein zerstörerischer Wildwuchs wurde.

Da sie aber seit jeher nicht von „Kapitalisten“ vorgenommen wurde, *erscheint* sie - ein notwendiges Ergebnis der Kapitalbewegung, als solches den Erfordernissen der Akkumulation strikt folgend - als autonome, nur durch freien Willen und durch ideale Zielorientierung bestimmte Handlung politischer Führungsgruppen: die rein ideologische, mystifizierende Vorstellung des Staats, die die Herrschaft legitimieren soll.

Der Doppelcharakter des Staats geht in der Wirklichkeit aus der Koppelung widersprüchlicher sozialer und organisatorischer Aspekte hervor. Hier einige der wichtigsten: Eine der Kapitalbewegung unterworfenen Instanz behauptet sich als *notwendige* Bedingung für die Existenz

des Kapitals selbst und kann daher auf die eigene, ursächliche Grundlage zurückwirken; ein politisches System, dessen spezifische historische Aufgabe in der ak-kumulationsorientierten Regelung gesellschaftlicher Beziehungen liegt, kann sich mit Kräften konfrontiert sehen, die diese Regelung tendenziell ablehnen und aufgrund der konstitutionellen Eigenschaft des Systems selbst Druck (Legitimitätsdruck) ausüben; organisatorische Macht wird an politische Gruppen delegiert, die aus dem gleichen Legitimationsdruck die Delegation als persönliche unabhängige Entscheidungsbefugnis beanspruchen; die gleichen Gruppen endlich verfügen über das geeignete Macht- und Gewaltmonopol, um eigene Pläne durchzusetzen, scheitern dabei aber an den unüberwindlichen Schranken der sie beauftragenden Ökonomie.

Im allgemeinen werden die sozialen Aspekte dargestellt, die in der Tat eine stoffliche Differenzierung zwischen dem Kapital (seinen Verwertungsinteressen) und der Gesamtheit des gesellschaftlichen Systems (dem Interesse der Massen an der Bedürfnisbefriedigung) mitbedingt. Der Staat setzt sowohl auf der einen Seite spezifische Klasseninteressen des Kapitals organisatorisch durch, und gleicht widerstrebende Interessen (der viel zitierten Kapitalfraktionen) aus.⁴

Auf der anderen Seite berücksichtigt der Staat, da seine besondere Form als eigenständige Existenz das Allgemeine ist, auch allgemeine Interessen und faßt daher gesellschaftliche Widersprüche zusammen. Nicht, daß er einen gegen das Kapital gerichteten sozialen Auftrag dazu hätte - wie dies häufig in der Politikwissenschaft dargestellt wird. Für sie erscheint in konsequenter Fortsetzung des oben erwähnten Denkmusters Politik als etwas Listiges (die List der bürgerlich-demokratischen Vernunft), das von vielen Seiten, Gruppen und Klassen zum plura-len Ausgleich beauftragt, doch von allen und nach allen Seiten sich freihält und dadurch das Allgemeinwohl hinter dem Rücken der Partikularinteressen besorgt. Vielmehr schließt gerade die Reproduktion derjenigen Bedingungen, die der Durchsetzung von Kapitalinteressen dienen, notwendigerweise die Berücksichtigung von Klassen ein, die in ihrer gesellschaftlichen Stellung - sei es als Produzent, sei es als breite abhängige Masse - nicht auf der Kapitaleite stehen.

Gerade hier setzt sich aber die Wirklichkeit des Doppelcharakters des Staats durch. Wenn auch die Basis einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft allein in dem sich verwertenden Kapital zu finden ist, so reicht dies für die Begründung besonderer politischer Formen nicht aus. Auf dem Hintergrund des ganzen Akkumulations- und Verwertungsprozesses - und diesen teils bedingend - bleiben immer noch notwendige, weil nicht abzuschaffende Bereiche, soziale Gruppen, ökonomisch ins Gewicht fallende Größen, die der Staat in die Erfüllung seiner Aufgabe miteinbeziehen muß, und die sich unmittelbar nirgends als „Kapital“ (in der Form der Ausbeutung oder Unterwerfung) darstellen bzw. sich bewegen. Sie stehen vielmehr als bloß konsumierende Größen oder als zukünftige Produktivkraft endgültig oder vorläufig außerhalb der Mehrwertproduktion: Rentner, Randgruppen, Kinder - und vor allem die Reproduktivkraft Frau.⁵

Nur bleibt es nicht auf diese Gruppierungen beschränkt, für die ebenso Randorgane des Staats zuständig sein könnten: Polizei, Fürsorge und - hier allerdings in einem sehr spezifischen Sinn - die Schule. Das gilt vielmehr und in noch stärkerem Maße für das Leben der Klasse, die Hauptbedingung und zugleich Gegenpol der Kapitalproduktion ist: die im Produktions- und Reproduktionsbereich Arbeitskraft liefernden Frauen und Männer.

Gewiß leben die Arbeiter in allen Äußerungen ihrer individuellen und familiären Existenz vom ausbezahlten Lohn. Insofern zahlt - konkret gesprochen - das Kapital deren Reproduktionskosten, und sie fallen der Kapitalbewegung zu und der Kapitalakkumulation zur Last. Dieses Konkrete wird aber bald zur Abstraktion, wenn man den wirklichen Prozeß der sich immer weiter entwickelnden, sich immer mehr verändernden Beziehungen zwischen der *Gesamtklasse* und dem *Einzelkapital*

betrachtet. Man muß vor allem in Rechnung stellen, daß die Gesamtklasse für das Einzelkapital nicht existiert. Um sie kümmert sich das Einzelkapital höchstens karitativ über die Vermittlung privater Fürsorgeverbände und kirchlich gestimmter, bourgeois Frauenvereine. Der Staat hingegen muß bei der Durchsetzung einer an der Akkumulation orientierten Politik nicht nur widerstreitende Interessen der verschiedenen Kapitalgruppen, in erster Linie der eigentlichen Führungsgruppen der Wirtschaft (Konzerne) ausgleichen: Das Wesen der parlamentarischen Vermittlung; besteht nicht nur darin, Klassenauseinandersetzungen konstitutionell zu neutralisieren und Arbeiterparteien in den „Pluralismus“ einzugliedern. Der Staat muß vielmehr bei seiner Tätigkeit die *gesellschaftliche Existenz der Arbeiter* organisatorisch fassen und teilweise ökonomisch tragen, will er die grundlegende, objektive Bedingung der Kapitalakkumulation sichern. Am 8. Kapitel des ersten Buchs des Kapitals geht die Wirklichkeit nicht vorbei - auch wenn Marx' Repetitoren die Dialektik des „normalen Arbeitstags“ lediglich als Ornamentik verwenden. Die „Wirksamkeit“ des Staats bei der Kapitalreproduktion beschränkt sich nicht auf den bloßen Klassendienst, Leib (aller) und Eigentum (der Bourgeoisie) zu schützen.⁶

Ebenso sehr muß der Staat die wirklichen Bedingungen einer Reproduktion der Arbeitskraft „neben und außerhalb“ der unmittelbaren Verwertung besorgen. Dieser Sachverhalt muß kurz näher erläutert werden, da er - wie oben erwähnt - den konkreten Grund für die staatliche Eingriffsfähigkeit und -notwendigkeit in die Grundstruktur des Verwertungsprozesses bildet.

Zunächst aber eine Präzisierung: Es geht hier nicht um eine Korrektur der an sich richtigen Theorie der gesellschaftlichen Reproduktion, die in einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft stets erweiterte Reproduktion von Kapital ist. Es steht fest (und wird selbst von der bürgerlichen Wissenschaft verklausuliert zugestanden), daß der Träger (das Subjekt) des gesellschaftlichen Weiterlebens bei uns das „Kapital“ ist: kein bloßes Investitionsmittel, sondern ein umfassendes Verhältnis. Es schließt Lohnarbeit und Produktionsmittel sowie das diese beiden verbindende Verhältnis, damit aber das *Wesen* unserer Gesellschaft ein. Damit faßt die „Lohnarbeit“ kategorial die ganze Existenz der Arbeiter, einschließlich Familie usw. abstrakt zusammen. Darüber besteht kein Zweifel. In Wirklichkeit aber fällt das „Kapital“ in Einzelkapitale auseinander, die als solche *allgemeine* Reproduktionsbedingungen weder herstellen noch tragen können. Das Gesamtkapital, aus dessen Fond die gesellschaftlichen Kosten (dies reicht konkret von den So-zialisationskosten bis zur Finanzierung periodischer Wahlkämpfe - dieser Rückbezug auf konkrete Vorgänge muß immer gegenwärtig bleiben) bestritten werden, ist zunächst nur eine Vermittlungskategorie. Sie stellt sich über den teils naturwüchsigen, teils angestrebten Zusammenhang der Zirkulation (Konkurrenz, Planungsversuche, National- und Weltmarkt) her und kann also nicht bewußt selbst tätig werden (es sei denn, es käme der zwar vorstellbare, aber in der Tat illusorische Weltmonopolist zustande). Daraus ergibt sich ein Zweites, das mit der bloßen Vermittlungseigenschaft des Gesamtkapitals zusammenhängt. Auf der Seite der Arbeiter treten Existenzbedingungen auf, die sich der totalen Subsumtion unter die Verwertung der Einzelkapitale entziehen. Anders gesagt: So total findet die Kapitalreproduktion in der Wirklichkeit nicht statt, daß sie ohne eine „außerökonomische“ Gewaltinstanz auskäme. Sie sorgt nicht nur für Ruhe und Ordnung, sondern ebenso sehr -und das ist wesentlicher - für das Arbeiterleben und -weiterleben. Das ist eine Trivialität, die dennoch zutrifft - und häufig vergessen wird.

Drittens endlich trennt sich das Tauschverhältnis nirgends (trotz Integrations- und Bestechungsversuchen des Kapitals) von seiner Negation, von der einzig wirklichen Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise, also vom Klassenkampf. Re sultiert auch der Klassenkampf aus dem Produktionsprozeß (und wird insofern instrumentalisierbar), so sprengt er ihn zu gleich - tendenziell

und in Permanenz. Das Tauschverhältnis als Grundlage der Reproduktion und als sich fortsetzende Be stätigung der Unterdrückung der Arbeit und deren Unterwer fung unter das allmächtige Kapital, hält in Wirklichkeit die von ihm selbst hervorgerufene Spannung nicht ewig durch. Und dennoch muß das Kapital alles unternehmen, um genau diese Spannung durchzuhalten.

Erst aus diesem Widerspruch erklärt sich die Notwendigkeit des Staats, der politischen Zusammenfassung bürgerlicher Gesellschaften. Diese müssen an eine sog. „außer“gesellschaftliche Instanz allgemeine Reproduktionsaufgaben übertragen, die in vorkapitalistischen Gesellschaften ohne diese allgemeine Vermittlung von den Ständen und den Zünften organisatorisch wie finanziell getragen wurden. Dem gegenüber drängt die im Kapitalismus unumgängliche Vermittlung aber - wie gesagt - zur bewußten Lenkung. Erst aus diesem Widerspruch und aus der in ihm angelegten Entwicklung bestimmen sich politische Organisationsformen und deren Transformation.

Darauf wird noch einzugehen sein. Hier ist zunächst einer der möglichen inhaltlichen Gründe für die Abzweigung einer besonderen Instanz zum Zweck der gesamt-gesellschaftlichen Organisation aufzuzeigen. Er braucht nicht unbedingt der wesentliche Aspekt zu sein. Aus ihm kann sich aber konkreter als aus den sonst vorgenommenen Ableitungen eine Perspektive entwickeln, die mit dem gewiß widersprüchlichen Sachverhalt fertig wird: daß einerseits der Staat nichts, das Kapital alles ist; daß aber andererseits in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern die radikale Umwerfung unmenschlicher Produktionsweise weniger an der Machtvollkommenheit des Kapitals als an den konterrevolutionären Mechanismen und Techniken des kapitalistischen Staats scheitert.

Die Klärung dieses elementaren Widerspruchs ermöglicht eine politische Umsetzung theoretischer Kapitalanalysen, die die besondere Wirklichkeit staatlicher Machtmechanismen *praktisch* durchschaut und sie also auch treffen kann. Hier bildet sich auch der Zusammenhang von ökonomischem und politischem Kampf, der den vereinzelt Konflikt zu einem umfassenden verallgemeinert. Eines erfährt der Klassenkampf stets an seinen Höhepunkten: Das Einzelkapital läßt sich schlagen; dahinter bleibt aber das theoretisch bloß „abgeleitete“ politische Machtsystem, das praktisch das schon geschlagene Kapital retten kann. Fiat war im Herbst 1969 am Ende, der italienische Staat noch lange nicht.⁷ Um es noch einmal zu betonen: Nicht die bornierte formale Bestimmung (Verfassungsinstitute) ist damit gemeint, sondern die Organisationsformen, die unmittelbar mit der Existenz einer politisch gefaßten Gesellschaft verbunden sind. Darunter fallen Verbände, Massenmedien, Parteien, auch Arbeiterparteien, mit der ganzen, sehr elastischen Abstufung ihrer Möglichkeiten der Machtausübung und der Beeinflussung, die je nach der spezifischen ökonomischen Entwicklung und der Klassenlage manipulativ integrierend oder direkt unterdrückend vorgehen. Es kommt noch hinzu, daß gerade die teilweise Übernahme der Klassenreproduktion die Ein-bruchstelle in das politische Bewußtsein der Arbeiter bildet. Dies geschieht nicht nur in der Form der (in der Tat weitgehend illusionären) Sozialpolitik; sondern und entschiedener in der Form von Arbeiterorganisationen, die äußerlich die Präsenz der Klasse im bürgerlichen Staat darstellen und diesen zuweilen zu kurzfristigen, aber wirksamen sozialen Kompromissen zwingen können. Darauf gründet sich der Erfolg sozial-demokratischer Integrations- und Bestechungsversuche.⁸

Die Zuständigkeit des Staats für die Lebensmöglichkeit der Arbeiterklasse ließe sich nun aus der bekannten Funktion: „Herstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen“, ebenso überzeugend wie nichtssagend ableiten. Fraglos bilden die Arbeiter in ihrer umfassenden gesellschaftlichen Existenz die allgemeinste Bedingung der kapitalistischen Produktion. Das erklärt jedoch die Einbruchstelle noch nicht ausreichend. Vielmehr zeigt sich in der Wirklichkeit, daß die Unzuständigkeit des Kapitals und seine Unfähigkeit durch die Form der eigenen Reproduktion bedingt ist. Das heißt: Es ist in der

kapitalistischen Produktion selbst angelegt, daß der Arbeiter unter den Bedingungen des Kapitalismus ebenso wenig ohne Staat auskommt wie das Kapital selbst. Mit einem wesentlichen Unterschied freilich: Dem Kapital ist der Staat das Instrument der Durchsetzung seiner Interessen und gleichzeitig der notwendige Organisator des äußeren Rahmens für die Verwirklichung solcher Interessen; dem Arbeiter erweist sich der Staat tagtäglich als Instrument seiner Unterdrückung, zugleich aber auch als Mittel seiner Existenz - die politische Seite der Entfremdung.

Eine solche Funktion des Staats ergibt sich nicht aus politischer Machtvollkommenheit noch aus gewollter Abwälzung von Reproduktionskosten auf das Steueraufkommen. Es wirkt sich darin auch keine geplante Arbeitsteilung gesellschaftlicher Machtblöcke, etwa der Monopole und der politischen Bürokratie aus. Eher ist zu vermuten, daß sie durch die Widersprüchlichkeit von Arbeits- und Verwertungsprozessen bedingt wird, als der konkreten Bewegung, in der Arbeitskraft und Produktionsmittel zusammengefügt und Werte hervorgebracht werden. In diesem, dem eigentlichen Produktionsprozeß oder der einfachsten Basis des kollektiven Lebens erfährt der Arbeiter als Subjekt des Arbeitsprozesses lediglich eine abstrakte Vergesellschaftung. Nicht er wird Teil des Ensembles, sondern nur seine zum bloßen Objekt der Verwertung verkürzte Tätigkeit: seine verkaufte Arbeitskraft.⁹

Von der formalen Seite her stellt sich das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital als Tauschverhältnis dar, das von der materialen Seite her zu einem Ausbeutungsverhältnis wird. Diese Einschränkung, an die der lohnauszahlende Unternehmer bürgerlich gesehen durchaus zu Recht festhält, bestimmt das Ausmaß des Interesses des Kapitals an der Existenz der Arbeiter. Deren ganze Arbeitskraft und deren Lebensbedingungen werden im Produktionsprozeß selbst keineswegs reproduziert, vielmehr nur verwertet und gegen Äquivalent ausgetauscht. Gerade auf diese Weise konkretisiert sich die wesentlichere Seite der Privataneignung - wesentlicher als die Aneignung des gesellschaftlich hergestellten Gebrauchswerts. Noch bevor das Produkt und die „Gewinne“ vom Kapital privatisiert werden, noch bevor also der Gebrauchswert zu einem bloßen Tauschwert reduziert wird, findet die Enteignung der Arbeitskraft und ihre Überführung in das Privateigentum der Unternehmer statt. Mit anderen Worten: Das Kapital ist an der eigenen Reproduktion und an der Wiedereinsetzbarkeit der Arbeitskraft zwar interessiert, aber es kümmert sich nicht um die Reproduktion der vereinzelter Arbeiter als konkrete Individuen. Es kümmert sich nur um die vergesellschaftete Arbeitskraft und verhält sich dem konkreten Arbeiter gegenüber genauso gleichgültig, wie ihm der Gebrauchswert und der Gebrauchsscharakter einer Ware gleichgültig ist. Die Grobheit der Beziehung verlangt eine grobe Darstellung: Dem Kapital - und das ist in der Wirklichkeit keine mystische Gesamtgröße, sondern immer ein bestimmtes Unternehmen und ein bestimmter Unternehmer - kommt es in erster Linie darauf an, daß gegen gezahlten Lohn der einzelne und vereinzelter Arbeiter pünktlich und gesund das Fabriktor passiert und sich an die Arbeitsstelle begibt. Was sich außerhalb des unmittelbaren Tausch- und Ausbeutungsverhältnisses ereignet: Essen, Trinken, Familienleben, Schulbesuch der Kinder, Mütter- und Väterberatung der Arbeiterfamilie, Bumsen, Wohnen, gehört dem Bereich der Produktion nicht mehr an und entfällt förmlich, obwohl genau hierin (und nicht in der produktiven Verausgabung der Arbeitskraft) die wirkliche Reproduktion der Arbeiter als Gesamtgruppe, als Klasse stattfindet. In diesem spezifizierten Sinn fällt die Aufgabe der Reproduktion der Arbeiter organisatorisch dem Staat zu und verschafft ihm einen Spielraum für zweckbestimmte, das ist: im Interesse der Kapitalreproduktion liegende Entscheidungen, die äußerlich dem „Wohl der arbeitenden Bevölkerung“ dienen.¹⁰

Wichtig ist dabei allerdings nicht der offensichtliche, wenn auch politisch in bestimmten Situationen durchaus wirksame Sozialbetrug. Wichtiges liegt nur in dem dahinter sich verbergenden

Vorgang. Im gleichen Maß, wie der Staat die umfassende Klassenreproduktion organisatorisch übernimmt, *verstaatlicht* sich die gesellschaftliche Existenz der Arbeiter. Hierin steckt die materielle Ursache der politisch-manipulativ erzwingbaren Fixierung der Arbeiter auf die staatlichen Verkehrsformen des Kapitalismus: ihrer Zustimmung zu dem sie in Ausbeutung haltenden System.¹¹ Dies zeigt sich unmißverständlich im Sozialisationsprozeß. In der Koppelung von Verstaatlichung der Sozialisation und Vergesellschaftung der Arbeitskraft enthüllt sich die enge Beziehung von Staat und Kapitalakkumulation, nach deren Erfordernis sich bekanntlich die Sozialisation gestaltet.

Diese, unter dem verharmlosenden Namen der „Ausweitung der Staatsaufgaben“ laufende Verstaatlichung nimmt immer härtere Formen an. Sie bedingt keineswegs eine neue Qualität des Staats - auch nicht aufgrund des bekannten und strapazierten Umschlags der wachsenden Quantität in eine neue Qualität. Es tritt durchaus die alte Qualität hervor, wenn auch in einer der Entwicklung angemessenen Form. Die Übernahme der Reproduktionsaufgaben durch den Staat, damit die Erhärtung von dessen besonderer Existenz, ergibt sich notwendigerweise aus dem Akkumulationszwang, der in der geschichtlichen Entwicklung sich sinnlich wahrnehmbar äußert als zeitökonomische Unmöglichkeit der Kapitalisten, sich direkt mit Politik zu beschäftigen. Sie hatten anderes, Wichtigeres zu tun: Sie mußten eben akkumulieren. Eine solche Übernahme kennzeichnet allgemein die kapitalistische Produktionsweise (die daher als solche eine Schwächung des Staats nicht durchhält); und ergibt sich nicht -wie einige Theorien es vermuten - aus der zunehmenden Monopolbildung und der ihr entsprechenden Allianz von Monopolen und politischem Apparat. Die allgemeine Schulpflicht als die erste Stufe einer durchgängigen Verstaatlichung der Sozialisation wurde in Preußen gewiß nicht unter dem Druck einer politischen Allianz von Ruhrmonopolen und hohenzollernischem Hof eingeführt.¹²

Die unvermeidliche Borniertheit und Unbekümmertheit der Einzelkapitale bleibt nicht ohne Folgen. Sie wirbelt dialektisch die mechanische Gegenüberstellung Staat-Gesellschaft, oder Politik-Ökonomie, Basis-Überbau durcheinander. Es braucht zunächst gar nicht betont zu werden, daß der Staat die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeiterklasse nur dann trägt, wenn er selbst ökonomische Potenz ist, also eine eigene ökonomische Basis hat.¹³ Überdies: So trennbar der Staat als außer der Konkurrenz und der unmittelbaren Kapitalbewegung stehende Reproduktionsinstanz auch von der wirklichen Basis der Gesellschaft sein mag, so verbunden bleibt seine Tätigkeit mit der Kapitalproduktion selbst, da - über die Vermittlung des Tauschverhältnisses zwischen Kapital und Lohnarbeiter - der Arbeiter, der für das Kapital nur in der Form des variablen Teils in die Mehrwertproduktion eingeht, als konkreter Pol des Tausches, als Verkäufer von Arbeitskraft, nicht innerhalb der Kapitalbewegung mystisch entsteht (kein Produkt der Verwertung ist), sondern Existenz aus der umfassenden Verkehrsform der Gesellschaft ist. Das bedeutet schließlich: Die *gesellschaftliche* Eigenschaft des Arbeiters, Mehrwertproduzent zu sein, ergibt sich unmittelbar aus dem ökonomischen Gang der Verwertung; die gesellschaftliche *Existenz* der Arbeiterklasse findet tatsächlich außerhalb der unmittelbaren Tauschbeziehung statt, die vielmehr diese Existenz nur ermöglicht. Anders gesagt: Setzt auch das Leben, das materielle Leben des Arbeiters die Kapitalproduktion voraus (denn ohne sie wird kein Lohn ausbezahlt), so kann das Kapital selbst die Erledigung des komplexen und umfangreichen Geschäfts der Organisation des Lebens nicht bewältigen. Wird aber dieses Geschäft vom Staat bewältigt, so „greift“ dieser in die Verwertung selbst viel konkreter „ein“, als in der bloßen Maßnahme der wirtschaftspolitischen Intervention.

Diesen notwendigen Eingriff leistet er nicht infolge der eigenen, bedingten Formbestimmtheit politisch-rechtlicher Art (Verfassung, Regierungsform, Freiheit der demokratischen Grundordnung), sondern durch seine tatsächliche Gewalt und durch die ihm zur Verfügung stehenden und auf sein

Organisationsziel hin verfügbaren Machtmittel zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse. Also: nicht kraft Ideals, sondern kraft Amtes, das seine Schranken gerade *nicht* in der bloß abgeleiteten Qualität seiner Machtausübung findet, sondern im Organisationsziel selbst, das die Machtdelegation mit einem imperativen Mandat versieht: die Garantie der Akkumulation.

So schließt sich der sozialen Verdoppelung des Staats ohne Bruch diese zweite Verdoppelung an. Einmal liegt eine rein ideologische Formbestimmtheit vor, der eine ideologische Funktionalität entspricht (die Funktionalität bestimmter Verfassungsordnungen für die kapitalistische Produktionsweise). Zum anderen entwickelt sich eine organisatorische Formbestimmtheit, die die Verwirklichung des gesellschaftlichen Inhalts (eben Kapitalakkumulation) überhaupt erst möglich macht: die reale Funktionalität, die die abstrakte Basis-Überbau-Trennung ebenso aufhebt wie die Geschlossenheit einer selbständigen und selbstbezogen handelnden politischen Sphäre sprengt.

Diese Funktionalität bestätigt nicht nur die Produktionsverhältnisse. Sie dehnt sich auch auf die inhaltliche Gestaltung des Tauschverhältnisses aus. Die unmittelbare Beziehung von Arbeitern und Kapital, die sonst sich als Marktbeziehung darstellt, erfährt selbst eine zunehmende Verstaatlichung. Der Staat unterwirft der gesetzlichen Regelung Vorgänge, die früher sich naturwüchsig (auf dem Markt) vollzogen. Wie Marx richtig prognostizierte, verwirklicht sich im Spätkapitalismus in noch stärkerem Maße als in der ersten Phase der Kapitalakkumulation das allgemeine Reproduktionsprinzip kapitalistisch produzierender und bürgerlich organisierter Gesellschaften: das Prinzip des politischen Staats. Daß die Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital tendenziell zur Institutionalisierung drängten, lag schon im rechtlich-vertraglichen Charakter der Abmachung zum Verkauf von Arbeitskraft. Nicht umsonst findet die Bourgeoisie im Rechtsstaat ihr eigenes kollektives Lebenselement. „Da der Staat die Form ist, in welcher... die ganze bürgerliche Gesellschaft einer Epoche sich zusammen faßt, so folgt, daß alle gemeinsamen Institutionen durch den Staat vermittelt werden, eine politische Form erhalten“ (Marx: *Deutsche Ideologie*, MEW 3, S. 62).

Da wird das Lohnverhältnis zum Politikum, seine Fassung zur politischen Form, die Ausbeutung zur rechtsstaatlich sanktionierten Unterwerfung. Unumgänglich „müssen die Proletarier, um persönlich zur Geltung zu kommen, ihre eigene bisherige Existenzbedingung, die zugleich die der ganzen bisherigen Gesellschaft ist, die Arbeit, aufheben. Sie befinden sich daher auch in direktem Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gegeben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen“ (Marx: *Deutsche Ideologie*, MEW 3, S. 77).

Die Verdoppelung in der sozialen Funktion: auf der einen Seite nur das Kapital, auf der anderen Seite aber auch die Gesamtgesellschaft zu vertreten, konkretisiert sich erst in diesem Widerspruch von Ideologie und organisatorischer Macht. Und eben hierin liegt der Kern des widerspenstigen Pudels: der „Staatsautonomie“, die genau in dem Moment keine ist, in dem sie sich zu konstituieren scheint. Der Staat entfaltet sich in der Wirklichkeit als eine Instanz, die keine bloß ideologische Konstruktion mehr ist. Die Kategorie des Überbaus trifft in dem Moment nicht mehr für ihn zu, in dem er für die Reproduktion des ganzen Tauschverhältnisses „zuständig“ ist. Zugleich aber gerät der Staat immer mehr unter die Bedingungen der Verwertung selbst in dem gleichen Maße, in dem er zunehmend durch die Regelung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital in die Grundstruktur der Verwertung eingreift, um sie durchgängig garantieren zu können. Deshalb ist er auch etwas ganz anderes als ein bloßer Apparat der Macht politischer Führungsgruppen, der diesen Führungsgruppen frei zur Verfügung stünde und über den konsequenterweise ohne Rücksicht auf die Kapitalverwertung frei verfügt werden könnte, sofern man die Macht ergreift - zum Beispiel um eine abgehobene Reformpolitik durchzuführen. Mit der autonomen Intervention hat der Staat sich schon

längst selber in die Grundstruktur der Verwertung begeben und unterliegt unmittelbar deren Logik. Erst dieser Prozeß macht die wirkliche, nicht personell bedingte oder an Gruppeninteressen (z. B. der Monopole) gebundene, sondern wesentliche Symbiose von Ökonomie und Politik aus.

An diesem Aspekt verdeutlicht sich der Widerspruch zwischen ökonomischer Erfordernis und politischem Wollen. Die gesamtgesellschaftliche Garantie liegt nicht lediglich in dem als Gesetz verkündeten, mit Gewalt durchsetzbaren Programm der oberflächlichen Aufrechterhaltung von Herrschaft vor: in der klassischen Form des Klassenstaats liberal-polizeilichen Typus, der die Ökonomie von außen unterstützt und ihrer Entfaltung freien Lauf läßt. Seit Beginn des Imperialismus hört der Staat auf, bloßer Nachtwächter der Bourgeoisie und Tagespolizist gegen das Proletariat zu sein. Der Faschismus enthüllte in der besonderen geschichtlichen Lage einzelner Nationalgesellschaften mit seinem korporativistischen „Dreieck“ Arbeiter-Unternehmer-Regierung vollends das enger gewordene Verhältnis von Ökonomie und Politik.¹⁴

Die politisch gesicherte Existenz der Klassengesellschaft hat schon längst den äußerlichen Charakter abgestreift und tritt funktional nicht mehr nur mit der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, sondern mit der Reproduktion des sich verwertenden Kapitals in Verbindung. Daher schließt sie auch punktuell die Einschränkung der Lebensbedingungen der Kapitalistenklasse und der Verwertungsbedingung einzelner Kapitale ein, wenn sich die Einschränkungen als akkumulationsnotwendig erweisen. Das bedeutet: Die Garantie geht von der staatlichrechtlich durchsetzbaren Aufrechterhaltung der politisch vermittelten Klassenmacht des Kapitals zwar aus; zugleich aber hinüber zur ökonomisch wirksamen Regelung der Mehrwert-*produktion*.

Die Regelung ist fraglos der *Mehrwertrealisierung*, dem Markt und dem Konkurrenzverhältnis vorgelagert und stellt insofern keine „Wirtschaftslenkung“ im üblichen Sinn dar. Andererseits: Besteht Ökonomie als materielle Basis wesentlich in der Herstellung von „Lebensmitteln“ aller Art und in der Reproduktion der, dieser Herstellung zugrunde liegenden Verhältnisse, so vollzieht sich der wirkliche Prozess der gesellschaftlichen Reproduktion in erster Linie in der Produktionssphäre. Darüber herrscht Einigkeit. Wenn aber dem so ist, so trifft es ebenso zu, daß der „Staat“ - um es noch einmal zu betonen - permanent genau in diese Sphäre eingreift. Dies ereignet sich bei jeder staatlichen Maßnahme der Einkommenspolitik, bei jeder Tarifverhandlung, bei jedem Akt gesetzlicher Festlegung eines Mindesturlaubs. Auch bei Tarifverhandlungen, denn die Gewerkschaften gehören zwar der „Verfassungsordnung“ formell nicht an, bilden dennoch einen Teil des politischen Systems. Nicht von ungefähr fällt die endgültige Klärung der Schadensersatzansprüche der Metallindustrie Schleswig-Holsteins gegenüber der IG-Metall (nach den großen Streiks 1956) in die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts.

Festlegung von Löhnen (wozu auch die gesetzliche Normierung eines Mindestlohns gehört, ebenso aber die durch Staatsgesetz verfügbare Beteiligung des Kapitals an der ärztlichen Wiederherstellung der Arbeitskraft, da dies einen Teil des Lohns ausmacht) entscheidet keineswegs über Klassenherrschaft. Sie gehört aber, als Festlegung des Tauschäquivalents, direkt der Kapitalverwertung an - dem *ökonomischen* Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital. Darin wirkt sich gewiß die Kapitalbewegung aus, aber nicht, weil der Staat ausgeschaltet bleibt, sondern weil er - eben der Staat des Kapitals ist.

Nicht, daß es keine *wirtschaftspolitischen*, Lenkungsversuche gäbe. Im Gegenteil: sie rücken immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und bestimmen auch in einem erheblichen Grad Verschiebungen innerhalb des Apparats und der Machtstrukturen des Staats. In dieser Hinsicht verdienen die in Frankreich und in Italien bestehenden Planungskommissionen eine genauere Analyse - nicht so sehr ihres doch kümmerlichen *wirtschaftspolitischen* Erfolgs wegen,

sondern auf Grund der politischen Verschiebungen, die ihre Tätigkeit hervorruft. Die zur ökonomischen Planung und zur Krisenvermeidung geschaffenen Machtzentren funktionieren weiter, auch wenn sie erfolglos bleiben, und verschärfen derart die *gesellschaftliche* Unterdrückung: gegen Kapitalanarchie geschaffene Ketten, an die am Ende nicht die Unternehmer gelegt werden, sondern die Gewerkschaften. Ähnliches, obgleich auf einem komödienhaften Niveau, geschieht in der westdeutschen Konzentrierten Aktion, die ohnehin nur Einkommensplanung anstreben soll.

Für die inhaltliche Bestimmung der staatlichen Funktion bleibt der Regelungsversuch in der Produktionssphäre wesentlich. Auf dem Weg der Verrechtlichung der Klassenbeziehungen - einer Verrechtlichung, die bis in die Betriebe hineinreicht (siehe Betriebsverfassungsgesetz) - faßt der Staat die Produktion als Prozess und als Verhältnis in institutionalisierten Formen zusammen.¹⁵

Hierin behauptet der Staat seine spezifische Eigenschaft und seine geschichtliche Existenz, die politische Form kapitalistisch produzierender, bürgerlich konstitutionalisierter Gesellschaften zu sein. Gleichgültig, wohin die Reflexion ihn einordnet: in den Überbau, in die bloße Formbestimmtheit, in die Ideologie (lauter Reflexionskategorien), er ist und bleibt in der immanenten Anarchie der Kapitalbewegung und in dem darin sich verwirklichenden doppelten Konflikt der Kapitale und der Klassen der einzige *reale Gesamtorganisator*. Der Ruf nach dem Schutz des Staats und nach den rettenden Kräften beim Ausbruch gesellschaftlicher Krisen, den die Unternehmer ausstoßen, hat gar keinen „ideologischen“ Grund. Er entspricht einer ökonomischen Zwangssituation: das Kapital läßt sich nur in einem „regierbaren“ Land verwerten.

Wie gesagt: Das macht die Widersprüchlichkeit der Autonomie aus. Im Prinzip liegt sie als *materiale* Unabhängigkeit politischer Führungsgruppen (Parteiapparate, Staatsbürokratie, Regierung, Parlamente, Gerichte) gegenüber den ökonomischen Zusammenballungen nicht vor, da die Inhalte der Politik, selbst der Interventionspolitik, von den Erfordernissen der Reproduktion des materiellen Lebens bestimmt, also vom Zwang zur Verwertung und zur Akkumulation (zum „Gewinn“ als dem auch bürgerlich eingestandenen Motor unserer Gesellschaft) diktiert werden. Die Herren des Staats üben Macht über das Volk aus; und keine gesellschaftliche Herrschaft, die sich gegen die Herren der Ökonomie kehren könnte. Gewiß tritt der Staat zuweilen als Ausgleichsinstanz unterschiedlicher Kapitalinteressen auf und kann unter Umständen zwischen verschiedenen Verwertungsperspektiven (den sogenannten Kapitalfraktionen) wählen. Die Perspektivwahl selbst erfolgt nicht nach dem freien Ermessen der Politiker, sondern nach dem unterschiedlichen Druck in der Akkumulation der einzelnen Industriezweige und Produktionsabteilungen.

Von der *formalen* Seite sieht das Verhältnis jedoch anders aus. Der Staat könnte die ihm zufallende organisatorische Arbeit gar nicht leisten, wäre er nicht mit formal eigenständiger Macht ausgestattet.¹⁶

Dabei stehen sich materiale Abhängigkeit und formale Selbständigkeit nicht abstrakt-getrennt gegenüber. Sie unterscheiden sich in wichtigen Aspekten, so z. B. hinsichtlich ihres Verschleiерungscharakters. Gerade die Möglichkeit der Perspektivwahl verdunkelt das ganze Verhältnis: Was spezifischen Kapitalbewegungen folgt, erscheint als freie politische Entscheidung. Formal hingegen tritt die Autonomie unverhüllt hervor: Sie ist klar erkennbar und gibt sich freudig zu erkennen, denn gerade in der offenen Art ihrer Durchsetzbarkeit steckt ihre Fähigkeit, den realen Prozeß zu verdecken. (Selbst die mächtigsten Monopole sind nicht in der Lage, von sich aus Gesetze zu verkünden.)

In der Wirklichkeit pendelt die Politik ständig zwischen beiden Polen hin und her: auch formale Macht ist reale Macht. Hinzu kommt noch die „Berechtigung des Zufalls“ (Marx, Grundrisse S. 30), der jederzeit zu unvorhergesehenen Machtkonstellationen führt und den Spielraum der Autonomie

erweitert. Im konkreten Fall kann die formale Macht selbst zur materialen werden, wenn die zu regelnden Inhalte aus der Mehrwertproduktion herausfallen und unmittelbar nur das private Leben der „Staatsbürger“ betreffen. Verliert die Ökonomie ihr unmittelbares Interesse an der Politik, so wird diese aus der materialen Abhängigkeit entlassen. Nicht hinter jeder Maßnahme des Staats steckt ein Verwertungsinteresse; noch äußert sich in jedem Gesetz der politisch umgesetzte Wille irgendeiner Kapitalfraktion. Auf der zwar nicht ökonomiefreien, aber von der material unmittelbaren Herrschaft des Kapitals frei gelassenen Ebene tummeln sich selbständig Politiker, Parteien, Sittlichkeitsvereine, der Sportbund und die Dichter. Gerade für die Rolle eines Gesamtorganisations aber ist diese partielle Autonomie bedeutsam, zumindest ideologisch nützlich. Die Lückenlosigkeit einer nur vom Verwertungsinteresse bedingten Bestimmung der Politik erscheint stellenweise aufgebrochen. Die propagierte Orientierung des Staats am Allgemeinwohl erhält eher Überzeugungskraft, wenn solche Bereiche einer inhaltlich werdenden formalen Eigenständigkeit erstens breit genug sind; zweitens und vor allem öffentlich verbreitet werden. Daher auch das unverhältnismäßige Gewicht, das sie bei den Massenmedien bekommen. Man denke an die Diskussion über die Freigabe der Pornographie - eine vermutlich völlig frei von ökonomischen Pressionen zustandegekommene Entscheidung, die wirkungsvoll die Freiheit eines politischen Systems dokumentiert, dessen organisatorische Macht vielmehr im Dienst der Erhöhung der Arbeitsintensität steht und der Bestätigung des Ausbeutungsverhältnisses. (Oder auch: die Pornographie wird freigegeben; den Linksradiكالen das Berufsrecht weggenommen, sofern - und hier bricht wieder die Verwertungsorientierung durch - die Ausübung eines Berufs mit emanzipatorischem Gebrauch des Organisationsapparats verbunden werden kann.)

Das Wichtigste an der formalen Autonomie freilich, die zugleich sich als Macht der Form darstellt und als solche sich legitimiert (der klassenenthobene, an partikulare Inhalte nicht gebundene Staat), liegt darin, daß sie in der Ausübung des staatlichen Hauptgeschäfts sich in einer allgemeinen Organisationsbefugnis konkretisiert. Eine solche Befugnis steht dem realen Kapital, also dem Einzelkapital nicht zur Verfügung, noch hätte sie als Kommandogewalt eines Kapitalisten eine ausreichende Legitimationsbasis. Sie könnte also unter den Bedingungen der heutigen Gesellschaft das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nicht einmal partiell regeln (im Rahmen eines einzelnen Betriebs), stünde sie nicht in der alleinigen Verfügung des Gesamtorganisations.

So betrachtet, ist der Staat als politisches System kein „Agent“ des Kapitals, auch wenn in besonderen geschichtlichen Situationen eine Regierung als Agentur einzelner Großkapitale und Monopole Partikularinteressen grob-sinnlich zum Erfolg verhilft. Es gibt ohne Frage Politiker, die schlichtweg bestochen sind; ebenso wie massive Druckversuche des Kapitals bei der Ausgestaltung der staatlichen Praktiken in der Wirtschafts-Han-dels-Außenhandelspolitik. Er, der Staat, *kann* kein Agent des Kapitals sein, weil das Gesamtkapital keine reale Größe ist, sondern eine allerdings reale Vermittlung - es sei denn, das Gesamtkapital fiele mit dem Gesamtorganisator zusammen. Er richtet sich nur punktuell nach dem Einzeldruck, im wesentlichen organisiert er die gesamtgesellschaftliche Reproduktion in der allgemeinen Linie des gemeinsamen Interesses aller Einzelkapitale an der Akkumulation.¹⁷

Das ist eine grobe Strukturierung, die im Einzelfall sicherlich der Spezifizierung bedarf. Zu fragen wäre z. B. nach den besonderen Beziehungen zwischen Gesamtorganisator und den einzelnen quantitativen Formen des Kapitals: Kleinkapital, Mittelkapitale, Monopole. Man soll sich auch vor der Mystik allgemeiner Ableitung hüten und dem Zufall, dem von Marx erwähnten, die Existenzberechtigung nicht absprechen. Bei der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik wie selbst bei der staatlich durchgesetzten Regelung der Produktionsverhältnisse stellen sich häufig unmittelbar

gegebene, insofern nur künstlich ableitbare Beziehungen zwischen ökonomischen Gruppen und politischen Entscheidungsgremien ein. Ebenso können Politiker in der Anwendung ihrer formalen Macht zuweilen gegen Kapitalinteressen verstoßen, ohne daß das Kapital in der Lage sei, sie zur Ruhe zu setzen. Es liegt im objektiven Zusammenhang, ob formale Macht auch auf der Ebene der Kapitalreproduktion und nicht nur in Randbereichen sich verselbständigt und akkumulationswidrig verfährt. Das trifft zum Beispiel für eine ganze Reihe wesentlicher Entscheidungen der faschistischen Führung in Italien ab 1936 ebenso zu, wie für rein politisch motivierte, daher auch als „einsam“ bezeichnete Beschlüsse des ersten Kanzlers der BRD (Röhrenembargo). Bleibt diese Möglichkeit des Verstoßes der Politik gegen die Ökonomie, d. h. im Grunde des Mißbrauchs politischer Macht außeracht, so verkommt das dialektische Verhältnis zur bloßen Mechanik, aus deren Sinnlosigkeit man sich nur durch phantasievolle Ableitungen retten kann.

Vielmehr zeigen gerade diese Verstöße mehr als alle Abhängigkeit politischer Gruppen von den ökonomischen Erfordernissen, worin die Grenzen der formalen Macht des Staats liegen. Nicht die punktuelle Möglichkeit der Politik, sich akkumulationswidrig und kapitaldesinteressiert zu verhalten und zu entscheiden, macht die wirkliche Autonomie aus. Autonom handeln nur Politiker, die die Disfunktionalität ihrer Entscheidungen - Dis-funktionalität zur Akkumulation - durchhalten können. Gegen das rationale Programm des Kapitals kann jeder, auch ein Parteiführer und ein Staatsdiktator spinnen. Die Frage ist, wie lange man ihn spinnen läßt. Fehlt die Funktionalität und kündigt das Kapital das politische Bündnis mit der Staatsführung (also mit der stofflichen Seite des Staats) auf, so wird einem Regime oder einer Führungsgarnitur der Boden entzogen. Das gilt für den Übergang vom alten liberalen Staat zum faschistischen Regime und für die Restauration des parlamentarisch-oligarchischen Staats im gleichen Maß.

Wenn auch vorläufig festzuhalten ist, daß ein jedes bürgerliches System entweder personell oder strukturell transformiert wird, sobald es gegen den Akkumulationszwang verstößt, so bestimmt der gleiche Zwang auch die entgegengesetzte Wirklichkeit des Staats - nicht als ökonomische, sondern als schlichte politische Potenz. Eine jede Befreiungsstrategie, die diese Verdoppelung der bürgerlichen Gesellschaft lediglich als Sache der bürgerlichen Gesellschaft ansieht und als deren Sorge; und da her entweder nur gegen das Kapital oder nur gegen dessen politische Organisation vorgeht oder - was noch schlimmer ist - an beiden teilnimmt, scheitert am eigenen Realitätsverlust. Die FIAT-Arbeiter sahen die Realität genau in der Festlegung der Objekte ihres Kampfs: fabbrica e Stato. Zusammenfassend:

Die reale Funktion als Gesellschaftsplaner wächst dem Staat insofern aus der Kapitalbewegung zu, als der Akkumulationszwang die Tätigkeit des Kapitals auf die eigene Verwertung und Realisierung, also auf die bloß ökonomische Reproduktion einengt. Das wurde oben am Problem der Reproduktion der Arbeiter deutlich. Dies gilt erst recht bei der allgemeinen Verrechtlichung des Klassenverhältnisses, sobald dieses sich als gesellschaftlicher Antagonismus darstellt und die Sphäre der unmittelbaren Mehrwertproduktion und der unmittelbaren Konfrontation im Betrieb überschreitet. Das Einzelkapital - selbst der größte Konzern - plant die Produktion von Mehrwert; kann u. U., allein oder über Kartellierung, selbst die Realisierung des Mehrwerts in Profiten auf den Markt planen. Es kann Formen und Intensität der Ausbeutung und auf diese Weise auch das unmittelbare Verhältnis vom konstanten zum variablen Kapital, die unmittelbare Klassenbeziehung im Betrieb zeitökonomisch und lohnpolitisch bis ins einzelne regeln und derart die Arbeiter in die Verwertung einplanen. Die für die Kontinuität seiner Produktion wichtigste Aufgabe entzieht sich aber seiner Planungsmöglichkeit. Das Einzelkapital schafft es nicht, soziale Auseinandersetzungen und Konflikte, zugespitzt: den Klassenkampf, planbar zu machen. Selbst bei geringfügigen

Umweltkonflikten muß es bekanntlich die staatliche Vermittlung einschalten. Aus eigener Macht zwingt es zu massenhaftem Verkauf der Arbeitskraft, bringt aber gesellschaftliche Widersprüche und Widerstände nicht unter Kontrolle. Vielmehr ist seine eigene Reproduktion die Ursache solcher Konflikte und seiner Unfähigkeit, sie zu lösen - im gleichen Maß zum Beispiel, wie die Reproduktion zyklisch verläuft und soziale Krisen hervorruft. Auch hier: das Kapital bewältigt die eigene Wirklichkeit nicht. Aus ihm entsteht gesellschaftliche Anarchie, durch seinen Druck breitet sich Reproduktionschaos aus, entfalten sich Klassenkämpfe. Aus der ihm eigenen Kraft kann es aber weder gesellschaftliche Prozesse in der Hand halten noch gesellschaftliche Existenz organisatorisch sichern, noch Klassenkämpfe neutralisieren. Das leistet nur das organisatorische Gesamtsystem, der „Staat“ in seinen wirklichen politischen Strukturen, die - um es noch einmal zu sagen - breiter und konkreter angelegt sind als das, was man üblicherweise Staatsorgane nennt.

Hier zeichnen sich die entscheidenden Widersprüche ab. Die Unfähigkeit des Kapitals, mit der Desintegration in der Fabrik fertig zu werden und die Konflikte zu meistern, sowie die entsprechende Delegation der organisatorischen Macht an den Staat bedeutet keineswegs, daß der Riß langfristig oder gar endgültig zugenäht wäre. Wenn das Kapital die soziale Befriedung nicht schafft, und das bedeutet: als Einzelkapital sie weder finanzieren noch planmäßig durchführen kann (auf Grund sonst drohender Unterbrechung der eigenen Verwertung und also des Endes der eigenen Akkumulation); und der Staat die Krisenbewältigung übernimmt, so braucht sich der Erfolg nicht unbedingt einzustellen. Die Bedingungen von Erfolg oder Mißerfolg liegen vielmehr außerhalb des Befriedungs- und Ordnungswillens des Staats wie außerhalb des Verwertungswillens des Kapitals, *weil* sie innerhalb des Produktionsprozesses und dessen staatlich besorgter Verrechtlichung, aber zugleich gegen sie sich erfüllen.¹⁸ Die Koppelung von Produktionsverhältnis und Verrechtlichung der Beziehungen in der Produktionssphäre, heute Bedingung für die Weiterexistenz des Kapitalismus, trägt in sich dieses vorantreibende negative Element. Hier verbinden sich in der Tat Fabrik und Staat. Die Desintegration in der Ökonomie (die Störung und Zerstörung des Produktionsflusses) trifft auch die Politik, wenn die Verrechtlichung und die Verstaatlichung der Konflikte im Betrieb und „in der Stadt“ der Klassenoffensive nicht standhält. Die Arbeiter können sich durch Insubordination (den großen Schrecken, also Terror, vor dem sich die Bourgeoisie am meisten fürchtet) dem Ausbeutungsmechanismus der Fabrik und dem Machtmechanismus des Staats gleichzeitig entziehen.¹⁹

In solchen geschichtlichen Situationen ist eine Gesellschaft nicht mehr regierbar und Kapital nicht mehr verwertbar. Und umgekehrt: Gegenüber der Möglichkeit solcher Situationen muß der kapitalistische Staat durch langfristige institutionelle Strategien versuchen, die Voraussetzungen für die Regierbarkeit und Reproduzierbarkeit einer ökonomisch und sozial aus den Fugen sich begebenden Gesellschaft herzustellen und aufrechtzuerhalten. '

Der Realitätsgrad des Staats hängt von seiner Möglichkeit ab, Krisensituationen zu bewältigen, die die Kapitalakkumulation unvermeidlich hervorbringt. Man kann es freilich auch anders ausdrücken: von seiner Fähigkeit, Befreiungsbewegungen und die Tendenz zur Freiheit einzudämmen und zu neutralisieren.

Der Staat - Gesellschaftsplaner und realer Kapitalist

Wirtschaftskrisen und Unregierbarkeit einer Gesellschaft hängen geschichtlich gesehen nicht unbedingt zusammen. Ebenso wenig führen antizyklische Eingriffe des Staats zu einem Wechsel

politischer Institutionen, nicht einmal zu einem Regierungswechsel. Fraglos bringen ökonomische Krisen die Widersprüche des Kapitals ans Licht, zeigen konkret seine Unfähigkeit, die eigene Wirklichkeit zu bewältigen und zugleich die Brüchigkeit seines Staats. Bei diesem wird vor allem die Labilität seiner Stellung zwischen konkurrierenden, der Rettung und der Reproduktionsgarantie bedürftigen Kapitale und Kapitalgruppierungen auf der einen Seite deutlich; wie auf der anderen Seite der Zwang, sich in dem Dilemma als Stütze einer Restmöglichkeit der Verwertung-Existenzsicherung der Arbeiter (Währungsstabilität-Vollbeschäftigung) zu offenbaren. Eine „Staatskrise“ folgt aber daraus nicht: das „Land“ bleibt regierbar.²⁰

Für die politischen Führungsgruppen tritt allerdings eine Erschwerung der spezifischen Aufgabe ein, allgemeine Erfordernisse der partiell unterbrochenen Akkumulation (die die durchgängige Abhängigkeit der Politik vom Kapital bedingen) und die dringender werdenden Forderungen der Einzelkapitale nach zumindest minimaler Profitsicherung untereinander auszugleichen. Die Lage - eine durchaus normale - kann aber gemeistert werden, selbst beim Auftreten sozialer Erschütterungen bleiben diese im Rahmen des resignierenden Protestes oder der ritualisierten gewerkschaftlichen Reaktion. Gegen einen zur punktuellen autonomen Aktion drängenden Protest reichen Manipulation und Unterdrückung als gewöhnliche Mittel zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Reproduktion vollauf aus. Gewiß kann sich in besonderen Situationen (Italien 1920-22; Deutschland 1933) die Rekonstruktion des normalen staatlichen Lebens mit einer auch konstitutionell gefaßten Veränderung des politischen Systems verbinden. Dies bedeutet aber lediglich, daß die Reproduktion nur auf der institutionellen Ebene in eine Krise geraten ist; und daß sie wieder in Gang gebracht wird durch entsprechende institutionelle Korrekturen. Auch in diesem Fall bleibt das Land regierbar, die korrigierten Spielregeln erfüllen ihre integrative Funktion und das Kapital regeneriert sich durch die Krise hindurch.

Dies gilt allgemein für alle zyklischen Rezessionen. Die jetzige wird - sofern sie im ökonomischen verläuft - ebenso wenig zum Untergang des Kapitalismus führen wie die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Sie hat sicherlich ihren „wirtschaftswissenschaftlichen“ Sinn: Sie räumt mit der Illusion einer antizyklischen Politik auf, die im intervenierenden Staat Keynesschen Typs monetäre Maßnahmen und psychische Investitionsreiz-Entwicklung als Garantie des Wachstums gefunden zu haben glaubte. Sie räumt auch mit Vorstellungen auf, die auf dem Umweg verschlungener Vermittlungen zur Doktrin des programmierbaren staatsmonopolistischen (Privat)kapitalismus geführt hatten. Und sie hat politisch-ökonomisch einen noch konkreteren Sinn. Durch diese Krise entfällt auch die letzte, kommunikativ verbreitete Hoffnung auf eine Versöhnung von Arbeit und Kapital im Zeichen einer unendlich fortschreitenden Prosperität der kapitalistischen Länder.

Die Frage ist nur, ob die Rezession im ökonomischen bleibt, ob sie überhaupt lediglich auf die bekannten, theoretisch hinlänglich geklärten zyklischen Ursachen zurückzuführen ist. Oder ob sie sich in dem Maße mit den „klassischen“ Mitteln einer staatlichen Verwaltung ökonomischer Schwierigkeiten nicht mehr bewältigen läßt, in dem in den sozusagen normalen Ablauf kapitalistischer Zyklen ein Bruchfaktor nicht mehr rein ökonomischer Art eingebrochen ist und die Gesetzmäßigkeit der Kapitalbewegung von innen her über den Haufen geworfen hat. Daß die Wiederherstellung, vielmehr die erneute Erkennbarkeit des Konkurrenzverhältnisses auf dem Weltmarkt dabei eine entscheidende Rolle gespielt hat, hängt mit dem Totalitätscharakter der Produktionsweise zusammen: Die Unfähigkeit und die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus wurden wieder ins Bewußtsein gehoben. Dennoch liegt die entscheidende Ursache nicht im *Konkurrenzverhältnis*. Maurice Dobb konnte neulich feststellen, daß selbst einer äußerlich gesehen rein wirtschaftlich-

monetären Erscheinung wie der Währungskrise und der Weltinflation in Wirklichkeit tiefer greifende *Klassenkonflikte* zugrunde liegen. (Diskussion in der Unità, 23., 28., 30. April und 4. Mai 1974.)

In der Tat ist der „soziale Friede“ in seinen vielfältigen Formen der Manipulation, der Integration, des sozialen Betrugs und der sozialen Errungenschaften inzwischen weltweit aufgekündigt worden. Wenn auch in verschiedener Stärke, je nach der besonderen geschichtlichen Lage der einzelnen kapitalistischen Nationalgesellschaften, meldet sich immer mehr die „Negation von Fabrik und Staat“ an, überspringt günstige konjunkturelle Aufschwünge, verschärft die ökonomische Krise dort, wo diese aus der Kapitalbewegung entsteht - oder führt sie herbei, wenn sie sich zyklisch noch nicht einstellt. In einer solchen Situation nutzen alle Interventionsmöglichkeiten und Stabilitätsmaßnahmen des Staats nicht mehr viel, die Kapitalreproduktion noch zu retten. Die Negation zielt im Grunde weder auf Demokratisierung politischer Zustände und Institutionen noch auf eine „Humanisierung“ der Mehrwertproduktion, noch - trotz Sorge um den Arbeitsplatz - auf die Wiederankurbelung der Ausbeutung. Als unlösliche Einheit von Befreiung und Befriedigung der Massenbedürfnisse setzt sie sich andere Ziele, die selbst dort revolutionär sind, wo das volle Bewußtsein ihres umwälzenden Charakters noch fehlt und sie in biederer Art als Umweltschutz-Aktion (ein Beispiel für viele) ausgegeben wird.

Analysiert man diese Ziele genau, hinter den zuweilen zweifellos unsicheren, rohen oder schillernden Erscheinungsformen, die sie annehmen - und die auch zu scheinbar irrationalen, bürgerlicher Betulichkeit nicht ganz geheuren Ausbrüchen zweideutiger Art führen können²¹ - so konkretisieren sie sich auf zwei Ebenen, auf denen die wesentlichen Prozesse der gesellschaftlichen Existenz stattfinden.

Einmal vollzieht sich in der Sphäre der unmittelbaren Produktion, innerhalb der stofflichen Seite des Verhältnisses Kapital-Arbeit in zunehmend starkem Maß, auch wenn die Intensität von Land zu Land variiert, eine der Kapitalverwertung zuwiderlaufende Bewegung. Die „Arbeiterrebellion“, gesteigert zuweilen bis zur schlichten Arbeitsverweigerung selbst in Rezessionszeiten,²² zielt ohne die traditionelle politische Vermittlung, d. h. ohne repräsentative Organisationen dazwischen zu schalten darauf, die gewalttätig-degradierende Funktionalität des Verwertungsprozesses zu treffen, sie durch eine *andere* Form der Arbeit: durch freie, schöpferische Tätigkeit abzulösen. Der Aufstand des Arbeitsprozesses gegen den Verwertungsprozeß in der Produktion mag auch zur Humanisierung der Arbeit beitragen. In Wirklichkeit trifft er den Kern der kapitalistischen Produktionsweise und will sie nicht verbessern, sondern zerstören. Zerstörerisch - und daher zwingend unter Kontrolle zu bringen - sind die im Laufe der langjährigen Rebellion entwickelten Kampfformen. Sie konkretisieren sich vor allem in einer strategischen Linie der permanenten, autonomen Arbeitsunterbrechung und Arbeitsinsubordination, die - wie das italienische Beispiel zeigt - heute für die „normale“, das ist entlang ökonomischer Gesetzmäßigkeit verlaufende Reproduktion großer Kapitale (der Monopole) weitaus gefährlicher sind, als die rein politisch vermittelte Präsenz der Arbeiterklasse in den Instituten des bürgerlichen Staats.

Zweitens: auf der Ebene gesamtgesellschaftlicher Prozesse setzt sich die Absage an die Verwertung fort in der umfassenderen Tendenz, nicht nur die Mehrwertproduktion in Frage zu stellen, sondern auch das ihr zugrundeliegende Produktionsziel: die Schaffung von Tauschwerten. Die radikale Umwälzung des Produktionsziels vom Tauschwert zum Gebrauchswert, oder, wenn man so will: der Aufstand des Gebrauchswerts gegen den Tauschwert, hat bisher noch nicht die reifen Formen und den Grad der Bewußtheit erlangt, der sich bei der unmittelbaren Konfrontation zwischen Arbeit und Verwertung feststellen läßt. Es tut sich aber genug, um Kapital und Staat zu alarmieren. Wenn auch auf der untersten, spontanen Stufe der Bewußtseinsbildung, gehören viele

konfliktuale Erscheinungen im Reproduktionsbereich: Häuserbesetzungen, Besetzung von Warenhäusern und Supermärkten, Forderungen nach Kinderstätten, Schulen, also nach den sozialen Diensten jenseits der Warenqualität, von Null-Punkt-Aktionen bis auf die - auf einer schon hohen Stufe der Bewußtheit - von den „Konsumenten“ vorgenommenen Festsetzung der Waren und Güterpreise²³ in den gleichen Negationszusammenhang, in dem in der Fabrik die ökonomische Zerstörung der Produktionsweise vorangetrieben wird. In diesem Zusammenhang verschwindet denn auch die nur theoretisch postulierte - in der abstrakten Analyse zuweilen sinnvolle, in der Praxis relativ belanglose - Scheidung von Produktionsbereich, in dem Mehrwert geschaffen wird und Reproduktionsbereich, wo Tauschwerte sich in Profite umsetzen.

Fraglos lassen sich empirisch-soziologisch, innerhalb dieser einheitlichen Klassenfront, Differenzierungen, Spaltungen und immanente Konfliktsituationen ausfindig machen. Es kommen dabei Kriterien der Sozialforschung zur Geltung, die immer gegen den „Begriff“ der Arbeiterklasse und den „Begriff“ der Massen ins Feld geführt werden und die eindeutige Funktion haben, angesichts sozialer und politischer Krisen das fein strukturierte Gemüt der Bourgeoisie zu beruhigen. In der Tat: Mag der Klassenkampf noch so „toben“, mag die Produktion stok-ken und Bastionen des Imperialismus fallen: „wissenschaftlich“ gesehen handelt es sich um geschichtliche Zufälle. Nun bieten solche Kriterien auch analytische Mittel zur genaueren Fassung der Klassenwirklichkeit vom Standpunkt der Arbeit (und nicht des Kapitals) aus und sind keineswegs lückenlos parteilich schon besetzt. Die Wirklichkeit als Totalität treffen sie jedoch nicht.²⁴ Die Absage an die kapitalistische Produktionsweise, die in den letzten Jahren sich ausgebreitet hat, kennt keine Quali-fikations- oder Einkommensschränken mehr.²⁵

Angesichts dieser Situation, die zugleich Enthüllung des Wesens des Kapitalismus bedeutet und zur *praktischen Kritik der politischen Ökonomie vom proletarischen Standpunkt aus* führt, kommt das Kapital mit den gewöhnlichen Mitteln seines Staats nicht mehr aus. Die Notwendigkeit einer neuen institutionellen Strategie, die die Planung oder vielmehr die Planbarmachung solcher Vorgänge ermöglichen soll, gründet sich allerdings nicht machtpolitisch, sondern strikt ökonomisch. Sie wird durch die Transformation bedingt, die die kapitalistische Produktionsweise immanent erfahren hat und die das Kapital unter einen durch die wieder mit voller Geltung aufgetretene Weltmarktkonkurrenz unausweichlich gewordenen *Planungszwang* gestellt hat - wobei es praktisch völlig belanglos ist, ob sich die Planung der einzelnen Kapitale erfolgreich durchsetzen kann. Im wesentlichen handelt es sich um zwei Grundbedingungen, die die Planung erzwingen und die genau den zwei Rebellionsmomenten zuwiderlaufen. Die zunehmende *Konzentration und Zentralisation* der Kapitale (bis hin zur Erscheinungsform der Monopolbildung) erfordert dringend eine stärkere Durchsetzbarkeit der Tauschwertorientierung gegen die Befriedigung von Massenbedürfnissen. Das Kapital, namentlich das Großkapital kann sich heute weniger denn je leisten, sich dem Druck von „Massenwünschen“ zu beugen und seine Selbstverwertung sozialen Diensten, Aufgaben und Ausgaben zu opfern. Noch stärker, weil beide Momente treffend, wirkt sich jene immanente Veränderung aus, die sich in der *Erhöhung der organischen Zusammensetzung* des Kapitals konkretisiert und nicht nur äußerlich den Absatz unnötiger Waren betrifft, sondern innerlich in die unmittelbare Produktion von Mehrwert einerseits, in die Entwicklung der Profitrate andererseits einschneidet. In diesem geschichtlichen Entwicklungsstadium des Kapitalismus wirkt sich die Rebellion nicht mehr nur störend aus und läßt sich daher naturwüchsig nicht mehr auffangen: durch die gewöhnlichen Mittel des liberaldemokratischen Staats. Sie bricht zerstörend in die Kapitalreproduktion ein, weil sie sowohl die Produktionsplanung für den Markt als auch deren Voraussetzung: die Kontinuität der Produktion und die Kontrolle über den kontinuierlichen Ablauf des Verwertungsprozesses über den Haufen wirft.

Sie wirkt tödlich: „Auf je größerer Stufenleiter sich ... das capital fixe entwickelt ..., um so mehr wird die Kontinuität des Produktionsprozesses oder der beständige Fluß der Reproduktion äußerlich zwingende Bedingungen der auf das Kapital begründeten Produktionsweise“. (Marx, Grundrisse 591)

Die Forderung des Kapitals, eines Kapitals, das sich - wie oben dargestellt - nur um das Tauschverhältnis und um die Profitrealisierung kümmern kann, an den Staat bestimmt sich in der Perspektive der ihm drohenden Gefahr, der „planend“, das ist durch die Bereitstellung und Ausnutzung entsprechender Instrumente (vom Verfassungsorgan bis zu technologischen Subsystemen), entgegengewirkt werden soll. Es geht um den Versuch einer Neutralisierung und optimalen Eliminierung der Negation in den vielfältigen Bereichen, in denen sich Massenbedürfnisse *politisch* (das heißt: in der Machtfrage) artikulieren können und in dem spezifischen Bereich, in dem die Kontinuität des Produktionsflusses durch Arbeitsverweigerung und Insubordination einerseits unterbrochen wird; andererseits institutionell nicht geregelte Formen der Unterbrechung *politisch* die Kontrollierbarkeit und Planbarkeit einer Unterbrechung unmöglich machen. In der Umkehrung ergibt sich der gesellschaftliche Inhalt der staatlichen Planung: durch verstaatlichte Formen der politischen Artikulation die Rebellion in die Konstitutionalität, und das ist genau in die Akkumulationsfunktionalität zurückzuzwingen; durch rechtlich geregelte, der Planbarkeit zugängliche Formen der Austragung von Arbeitskonflikten den „beständigen Fluß der Reproduktion“ zu sichern. Es ist nur ein greifbares Kennzeichen dieser, Ökonomie und Politik verschmelzenden Planversuche, daß sie zwar auch den Markt betreffen, aber den Markt nicht als Umlaufverhältnis konkurrierender Kapitale, sondern den *Arbeitsmarkt* als Umschlagstelle des Tauschverhältnisses von Arbeit und Kapital.

Immer mehr muß also die Staatspolitik auf die Garantie des Produktionsflusses, auf die Kontrolle und Planbarkeit der Arbeitsunterbrechung und auf die Einkapselung der gebrauchswertorientierten Massenbedürfnisse zielen. Die Instrumente sind vielfältig (auch die Konservierung des Bestehenden kann Phantasie entwickeln); die von den einzelnen Nationalgesellschaften gebotenen Beispiele der akkumulationsadäquaten Gesellschaftsplanung müßten einzeln analysiert werden - erstens für die Ausarbeitung einer emanzipationsadäquaten Praxis; zweitens für die genauere Bestimmung möglicher Widersprüche, deren Ausnutzung die Strategie des Kapitals schwächen könnte. Freilich gibt es auch scheinbare Widersprüche: nur in der Simulation, also rein spielerisch vorstellbare Möglichkeiten der Umkehrung (der „Umfunktionierung“) bürgerlicher Errungenschaften, die in Wirklichkeit einen klug durchdachten und erdachten Bestandteil der Neutralisierungspolitik bilden. Das klassisch zu nennende Beispiel bietet die Beteiligung von Arbeitervertretern an der „Bestimmung“ über marginale Bedingungen der Produktion. Gerade die legalisierten und dadurch der Rechtskontrolle unterworfenen Formen der Mitbestimmung gehören zu den wirksamsten Mitteln der Planbarkeit, der kontrollierbaren Austragung von Konflikten im Produktionsbereich. Der Widerstand der Unternehmer gegen die Mitbestimmung in Westdeutschland offenbart ohnehin nur die taktische Klugheit des Kapitals. In Italien schießt der Industriellenverband (Confindustria) nach der westdeutschen Regelung.

Gesellschaftsplanung kann sich vordergründig und im ideologischen Angebot (zum Beispiel in Wahlzeiten) als technischtechnologisch konzipierte Verbesserung der Lage der abhängigen Massen und als listiges Instrument des Fortschritts anbieten. Der „Planstaat“ erscheint hier als Diener des Volks, seine Integrationspolitik als Fortschritt zur Humanisierung der Gesellschaft. Die parteipolitischen Unterschiede im Angebot erweisen sich als nur machtpolitisch wichtig, für den wirklichen Zustand der Massen (der „Konsumenten“masse und der Klasse der unmittelbaren Produzenten) als wesentlich belanglos, wenn auch marginal interessant. Gegen die Hebung der

Qualität des Lebens läßt sich nichts einwenden - wenn nur die Ursachen verschwinden, die die Qualität des Lebens zerstören. Die Vertreter des Kapitals und *seines* Staats sprechen eine weniger mystifizierte, dafür erfreulicherweise sinnvollere Sprache. Angesichts der ökonomischen Krise zeigen sie genau an, wo in Wirklichkeit das kritische Problem liegt: „Das heutige Problem ist nicht die Hebung der Lebensqualität in der Fabrik, sondern die Kontinuität des Lebens *der* Fabrik“²⁶ - eben die Kontinuität des Flusses der Reproduktion.

Damit meldet sich die Koppelung von Gesellschaftsplan und Krise an. Der doppelte, auf der gesellschaftlichen Ebene und in der unmittelbaren Produktion vorangetriebene Angriff gegen das Kapital und seinen Organisator macht erst die *wirkliche* Krise des Kapitalismus aus, die auch den regenerativen Charakter des Zyklus sprengt. Sie trifft nicht die bloße Verwertung, sie geht vielmehr weit über die ökonomisch auftretenden Verwertungsschwierigkeiten hinaus und sprengt den Kern der Produktionsweise: die durch Tauschwerte bestimmte Mehrwertproduktion und ihre gesicherte Weiterexistenz.

Insofern kann man von einer *Verschiebung der Krisenachse* im heutigen Kapitalismus sprechen, deren Beachtung in den Mittelpunkt langfristiger politisch-strategischer Überlegungen rücken muß. Gegenüber dieser konfliktualen Perspektive des Zusammenbruchs verlieren die bekannten, rein ökonomischen Überproduktionserscheinungen nicht etwa an Bedeutung. Zyklen und Klassenkampf lassen sich nicht mechanisch trennen. Nur bedeutet die Verschiebung, daß der Konkurrenzkampf der Kapitalisten auf dem Weltmarkt nicht länger als Ursache einer endgültigen Krisensituation zu sehen ist; und daß dem - entsprechend auf der Ebene planender Eingriffe des Staats nicht mehr der Versuch des ökonomischen Krisenmanagements und der Regulierung wirtschaftlicher Abläufe die wesentliche Verzahnung von politischer Maßnahme und Kapitalerfordernis darstellt.

Oben wurde schon die neue Seite des Staatseingriffs kurz erörtert. Die (alte) Frage der Staatsintervention in das Konkurrenzverhältnis (Krisenmanagement; versuchte Organisation der Kapitalverwertung; Maßnahmen, die sich letztlich gegen den tendenziellen Fall der Profitrate richten) und in den Verwertungsprozeß (Milderung der Disproportionalität und der Überproduktion durch staatliche Wirtschaftspolitik) wird für eine Funktionsanalyse des bürgerlichen Staats zwar nicht gegenstandslos, schon weil eine solche Krisenpolitik - zum Beispiel als Stabilitätspolitik ausgegeben - immer versucht wird. Sie rückt aber *politisch* in eine sekundäre Position. Die wirkliche Krise kann sich nach wie vor auch in der Zirkulation äußern, sie findet aber in produktionsspezifischen Konfliktsituationen statt. Die Kapitalreproduktion wird wesentlich (und das heißt: in der Perspektive eines tatsächlichen Zusammenbruchs) nicht durch akkumulationsimmanente Schwierigkeiten gefährdet, sondern im zunehmenden Maß durch Störung und Zerstörung der Mehrwert- und Tauschwertproduktion.²⁷ Daher geht es -um es gedrängt zu sagen - bei den einzelnen Planmaßnahmen und Planungsformen des Staats um institutionelle Eingriffe, die Logik des Kapitals, die spezifische Rationalität der Mehrwertproduktion vor der Rebellion der Arbeit gegen die Verwertung und der Rebellion des Gebrauchswerts gegen den Tauschwert zu schützen. In dieser Lage verliert aber das Kapital seine Protagonistenrolle. Die Masse der Bevölkerung (die „Konsumenten“) und die unmittelbaren Produzenten werden zu Protagonisten: Das Klassenverhältnis bricht in die Kapitalbewegung ein und erweist sich als bestimmender Faktor.

Die Nötigung, unter dem Zwang zur Produktionskontinuität die artikulierte Störung zu neutralisieren und auszuschalten, ergibt sich durchaus aus den immanenten Veränderungen der Produktionsweise. Denn sowohl das Wiederaufleben der offenen Klassenkämpfe in einigen kapitalistischen Ländern wie auch die höhere Bewußtheit der Massen entfalten sich nicht von irgendwoher, sondern genau entlang der hohen Stufe der Akkumulation.²⁸ Wesentlich dabei ist aber,

daß die Klasse - sonst unter das Kapitalverhältnis subsumiert als bloße Arbeitskraft - sich nunmehr autonom macht, sich von den Akkumulationsbedingungen freikämpft und sich förmlich, wenn auch nicht (immer) mit Feuerwaffen, auf das Kapital einschießt. Gesellschaftsplanung in dem dargestellten, besonderen Sinn ist also weder eine Ideologie der Technokraten (auch wenn technologisch sich gebende Führungsgruppen daraus ihre Ideologie machen) noch eine Wunschvorstellung kapitalkonformer Systemtheoretiker. Fraglos können hinter den einzelnen Plangesetzten und staatlichen Maßnahmen besondere, von der jeweiligen Lage der kapitalistischen Gesellschaften bedingte, mit jeweiligen Kapitalgruppen verbundene Bewegungen und Verbände innerhalb der politischen Kräfte stehen. Das macht auch Gewicht und Rolle der verschiedenen parteipolitischen Fronten aus, die zu formell je verschiedenen Perspektiventscheidungen kommen können. Im Einzelfall treten beim gesellschaftspolitischen Lenkungsversuch beachtliche Unterschiede auf: etwa in der Regulierung des Arbeitsmarktes, bei der gesetzlichen Normierung der Arbeitskämpfe (obzwar gerade hier der Spielraum einer differenzierten Regelung eingeschränkt ist), bei der Verteilung vorhandener finanzieller Mittel. Hier, vor allem im Planungsstadium, können technische „Führer“ ihren Tummelplatz finden. Wichtig ist aber, den Zwang zur Planung und deren Charakter begrifflich genauer, konkreter zu fassen, um dadurch - unter anderem - der Versuchung zu entgehen, die technokratisch sich gebende Wende in der Politik dezisionistisch einzuschätzen. In der Tat gehört es zur Ideologie und zur Verschleierungstendenz des heutigen Kapitalismus, Planungselemente, Krisenmanagement und Systematisierung kollektiver Vorgänge als nicht mehr kapitalistisch auszugeben, sondern als (positive) Folgeerscheinung des Machtantritts klassenenthobener, an Verwertungsinteressen nicht mehr gebundener und vom Kapital daher nicht mehr gesteuerter oder steuerbarer Führungsgruppen. Die generelle Planungsaufgabe des staatlichen Organisators erwächst vielmehr organisch aus der notwendig gewordenen Produktionsplanung der Einzelkapitale. Sie weitet diese gesamtgesellschaftlich aus in dem Maß, in dem für das Einzelkapital (für das reale Kapital also) es zur unumgänglichen Rahmenbedingung geworden ist, daß gesellschaftliche Bewegungen und Prozesse in institutionell geregelter Weise überschaubar, kontrollierbar gemacht werden und letzten Endes jedes Gewicht für die kurz- oder langfristige Weiterentwicklung der Mehrwertproduktion verlieren.²⁹ Und das wird von den politischen Vertretern des Kapitals durchaus erkannt, auch wenn sie verständlicherweise der Wirklichkeit einen verschleiern Namen geben und die Neutralisierung des Klassenkampfes ordnungspolitische Sicherheit nennen - ein Wort indessen, das die Beziehungen zu spezifischen Formen der Unterdrückung keineswegs leugnet. Kurt Biedenkopf meint, „daß es zu den unerläßlichen Rahmenbedingungen einer marktwirtschaftlich betriebenen Wirtschaftspolitik gehört, den Unternehmen wenigstens für die Zeiträume ihrer eigenen Planungszyklen eine ordnungspolitische Sicherheit zu gewähren, d. h. ihnen eine verlässliche Auskunft darüber zu geben, mit welchen Änderungen im Bereich der gesellschaftlichen, gesellschaftspolitischen Daten sie rechnen müssen. Niemand ist bereit,... das allgemeine politische Risiko mit in Kauf zu nehmen, daß sich die ordnungspolitischen Daten kurzfristig grundlegend ändern“.³⁰

Bildet die Gesellschaftsplanung einen Bestandteil der institutionellen Strategie, die praktische Umsetzung in der spezifisch bürgerlichen Formbestimmtheit der Politik (rechtlichstaatliche und rechtsstaatliche Regelhaftigkeit, organisatorische Zusammenfassung gesellschaftlicher Kräfte, Ritualisierung von Konflikten) einer permanent gewordenen, präventiven Konterrevolution,³¹ so erscheint sie vordergründig als bloße Willkürmaßnahme zur Herrschaftssicherung. Sie ruft daher den Eindruck einer massenfeindlichen, nur vom Machtstreben der Bourgeoisie bestimmten Verschwörung hervor.³² Es wird zwar immer einen komplexen Zusammenhang von Absprachen, objektiven

Erfordernissen, informell vorgebracht, aber manchmal auch sehr formell-institutionell weitergegebenen Wünschen geben. Ökonomie und Politik, konkret gesprochen die ökonomischen Herrschaftsgruppen (die Bourgeoisie) und die politischen Führungsgruppen zetteln keine förmliche Verschwörung gegen das Volk oder gegen die abhängigen Klassen an. Dennoch planen sie gemeinsam Maßnahmen und gesetzliche Regelungen und treffen ebenso gemeinsam die nötigen Anstalten - gewiß nicht „gegen das Volk“, sondern lediglich zu ihren eigenen Gunsten und zur Aufrechterhaltung der Kapitalreproduktion. Dazu gehört zum Beispiel, daß der Produktionsantagonismus nicht nur auf dem Weg der öffentlichen Kommunikation verdeckt wird, sondern ebenso sehr institutionell ausgeschaltet werden soll durch *bewußt* herbeigeführte Verlagerung politischer Interessen auf Einkommens- und Verteilungsprobleme: die tendenzielle Verschleierung des Klassenkonflikts der Produktionssphäre durch die Pluralität sektorialer Konflikte in der Distributionssphäre.³³ Hier können nur Mystiker glauben, die spezifische Umpolung von Klassenunterschieden, die zum Beispiel unter dem Namen des Pluralismus läuft, erfolge planlos und ohne Arg: bewußtlose Folge geistesgeschichtlicher Entwicklung (für die einen) oder der Kapitalbewegung (für die anderen).

Die Neutralisierung der Massenartikulation und des unmittelbaren Produktionsverhältnisses stellt jedoch kein politisches Machtprogramm dar - weder der Bourgeoisie noch der Politiker, so sehr die erstere an ihrer Herrschaft (auch eine Rahmenbedingung der Akkumulation) festhalten will und die letzteren in menschlich überaus verständlicher Weise gerne Träger von Machtbefugnissen bleiben oder werden wollen. Nicht der Machtanspruch macht den Plan und die damit verbundene Veränderung im politischen System (die Transformation des Verfassungsstaats) erforderlich, sondern der Akkumulationsprozeß. Erst in dessen Folge stellt sich das Machtproblem. Wäre ungestörte Akkumulation auch bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe möglich, würde sich die Bourgeoisie mit der Institutionalisierung der Konfliktsituation begnügen und sich keineswegs auf einen Machtkampf einlassen. Ihre Klassenherrschaft gründet sich ökonomisch und braucht die unmittelbare Beteiligung an der Staatsmacht nicht. In anderen geschichtlichen Situationen unternahm die Bourgeoisie nichts gegen die politische Machtstellung des Adels, sofern sich dieser der Kapitalentfaltung nicht in den Weg stellte und deren formelle Bedingung: die Regelmäßigkeit, oder den Rechtsstaat akzeptierte (Beispiel Preußen).³⁴ Gewiß muß dies - ebenso nach der geschichtlichen Spezifizierung - relativiert werden. Soziologisch gesehen geraten einzelne Kapitalfraktionen oder -gruppen in der Frage der politischen Formbestimmtheit in Gegensatz zu anderen und streben auch andere Formen der Machtausübung an. Der Sachverhalt ist von der Faschismus-Diskussion her hinlänglich bekannt. Ebenso kann in soziologischer Sicht die Transformation der politischen Formbestimmtheit, also die besondere Macht- und Verfassungsstruktur des Staats sich aus dem Zusammenwirken besonderer gesellschaftlicher Interessen einerseits, verschieden orientierter Führungsgruppen andererseits ergeben. Solche Bündniselemente sind zuweilen für die institutionelle Regelung durchaus bedeutsam. Man denke an die nachfaschistischen Verfassungen, die in einzelnen Ländern (zum Beispiel Frankreich und Italien -weitaus weniger Westdeutschland) eine Kompromißlösung darstellten - der labilen Klassenlage, aber auch der Verunsicherung über den weiteren Verlauf der weltpolitischen Konflikte geschuldet. Oberflächlich im bornierten Wortsinn sind diese geschichtlich feststehenden Erscheinungsformen nicht. Als Ausdruck wirklicher Prozesse übernehmen sie den entsprechenden Wirklichkeitsgrad.

Demgegenüber ist es aber anders, wenn - in der schon angedeuteten Veränderung des Verhältnisses von ökonomischer Basis und politischem Überbau - die soziologische Sicht und die ideologische Faktendarstellung nicht gerade beiseite geräumt, aber doch ihrerseits relativiert

werden. Der Staat als realer Organisator existiert weder neben und außer der Gesellschaft, noch kann er sich der materiellen Basis entheben. Alle Transformation des bürgerlichen Staats der Gegenwart: von faschistischen Regimes über korporative Planungsstrukturen bis zur „Ordnungspolitik“ und den Praktiken der „Sicherheitsüberprüfung“, von der Machtverschiebung innerhalb der Verfassungsorgane bis zur Verstaatlichung der Parteien und der Gewerkschaften, findet ihre Grundlage in der Koppelung und im Widerspruch von Akkumulationsstand auf der einen Seite (der Seite des Kapitals) und Grad der Klassenreife (auf der Seite der Arbeit, gesellschaftlich gesehen des Proletariats). Diese wesentlichen Faktoren, als autonome Wirklichkeit genommen, entziehen sich aber sowohl dem politischen „Machttrieb“ wie einem politisch durchsetzbaren Profit- und Überprofitstreben. Sie schaffen objektiv Widersprüche im Kapitalverhältnis, zu deren Auflösung der Staat mit seinen gesellschaftlichen Planmaßnahmen dazu tendieren muß, die gesellschaftliche Reproduktion zu verstaatlichen. Sofern der Staat sich durchsetzt in der Form von Staatsgesetzen, fällt diese spezifische Verstaatlichung gesellschaftlicher Beziehungen mit einer durchgängigen, tendenziell totalen Verrechtlichung zusammen. Die Verrechtlichung vollzieht sich freilich nicht in einem juristisch quantitativen Sinn: als bloße Inflation der Gesetzesmasse, als Überhandnehmen formaljuristischer Fixierungen. Es geht dabei vielmehr um die weitestgehend lückenlose Durchsetzung der sozialen Regelhaftigkeit mittels des Macht- und Gewaltmonopols und der Kontrollorgane des Staats. Sie findet auch bei Delegierung von Ordnungsbefugnissen, also von Kontroll- und Regulierungsmacht an gesellschaftliche Organisationen statt, da die Delegierung nicht naturwüchsig entsteht und gegen den Staat ohne dessen Sanktionierung wuchert, sondern rechtlich, verfassungsrechtlich und politisch geordnet und abgesichert wird. Es gehört genau zur Gesellschaftsplanung, sicherzustellen, daß die gesellschaftlich „autonom“ getroffenen Vereinbarungen und stipulierten Abkommen (Tarifabkommen) sich keineswegs naturwüchsig oder entlang der Klassenkampfbewegung durchsetzen, sondern staatlich erzwingbar werden - etwa in der Form der arbeitsrechtlichen Verbindlichkeit und der arbeitsgerichtlichen Entscheidung. Verstaatlichung und Verrechtlichung bedeuten in erster Linie, daß alles Gesellschaftliche (Beziehungen, Kämpfe, Organisationsformen, Verhältnisse: Produktion und Reproduktion) sich in politisch überwachter, rechtlich-kontraktualer und nicht konfliktualer Form entwickelt. Daß solche Verstaatlichungstendenzen eine irreversible Rückentwicklung politisch offener Systeme bildet, daß also die Überschneidung von der sich erhöhenden organischen Zusammensetzung des Kapitals mit der Aufkündigung des „sozialen Friedens“ durch die Arbeiterklasse in der Produktion, der Negierung der Profitfinalität in der Zirkulation die kapitalistische Gesellschaft zum autoritären Staat zwingt, braucht nicht weiter erörtert zu werden.³⁵ Ein systemimmanenter Widerstand kann diese Involution nicht umkehren, auch wenn er punktuell der Verteidigung von Rechtspositionen dient.

Die Forderung, gesellschaftliche Prozesse zu planen, ergeht nicht speziell an die jeweiligen Regierungen, sondern an das politische System als ganzes.³⁶ Es ist dabei gleichgültig, ob die „organisierten Kräfte“ reformistisch oder konservativ sind. Daß auch Parteien oder Fraktionen, die als linksreformistisch gelten, sich in die Zwangsfunktion einfinden, soziale Konflikte, namentlich zwischen Arbeit und Kapital „einzukapseln“, zeigen die „linken“ Reformvorschläge zur englischen Gewerkschaftsgesetzgebung und Arbeitskämpfverfassung (vgl. Leviathan, 4/74, S. 484 f.). Höchstens variiert die jeweilige ideologische Begründung und sicherlich auch die Schärfe, mit der die Verrechtlichung ausfällt. Und ins Gewicht fallen auch die Unterschiede in der Verteilung der Lasten und Planungskosten, auch wenn am Ende die Hauptlast immer vom Hauptopfer getragen wird. Auf das sich daraus ergebende, für die Erarbeitung strategischer Perspektiven wichtige Problem der Vor- und Nachteile reformistischer oder konservativer Regierungen kann hier ebenso wenig eingegangen

werden wie auf die andere Frage, welche der beiden politischen Richtungen eher planungsfähig und planungswillig sei. Selbst das Kapital ist sich über diese Frage nicht im klaren. Sie ließe sich viel leichter lösen, bestünde sie wesentlich im ökonomischen. Vorhandene Ressourcen nach den allgemeinen Richtlinien programmierter oder programmierbarer Investitionen verwertungsorientiert und also akkumulationsfunktional einzusetzen, ist ein Geschäft, das vermutlich eine bourgeoise Partei besser besorgen kann als eine proletarische. Muß aber der Konflikt im unmittelbaren Produktionsverhältnis *erfolgreich* formalisiert werden, sieht die Sache schon anders aus. Selbst bei der Disziplinierung der Klasse im Fall der Massenarbeitslosigkeit bleibt es problematisch, welche Regierung am besten für die Regierbarkeit des Lands geeignet ist. Denn auch in diesem Fall liegt das Planungsziel nicht in möglichen Arbeitsmarktverschiebungen oder in Maßnahmen einer normalen, bekanntlich schon längst als illusionär erkannten Sozialpolitik,³⁷ sondern in vorweg ausgebildeten Kanalisierungsinstrumenten, die den politischen Druck der arbeitslosen Massen auffangen.

Da nicht die Arbeitslosigkeit die Kapitalreproduktion gefährdet (vielmehr gehört sie zur „Gesundschumpfung“ und wird von Seiten des Kapitals periodisch gefördert), sondern der Umschlag des sozialökonomischen Zustands (unverkäufliche Arbeitskraft und entsprechende physische Reproduktionsschwierigkeit der Klasse) in die politische Aktion, werden auf der politisch-staatlichen Seite gerade die Arbeiterparteien und -Organisationen planungszuständig.

Das *theoretische* Problem der Gesellschaftsplanung liegt in einem anderen Bereich - in dem schon oben erwähnten des Realitätscharakters des Staats und seiner effektiven Fähigkeit, Planungsaufgaben zu übernehmen.

Daß so selbstverständlich die Möglichkeit und die Wirksamkeit staatlicher Regulierungen im Kapitalismus für eine marxistisch sich verstehende Analyse nicht ist, zeigt sich an der verunsicherten Diskussion der letzten Zeit. Defensive Marx-Repetition findet sich stets verpflichtet, sich gegen technologisch-technokratische Vorschläge, Simulationen und Untersuchungen zu wenden. Dabei werden nicht nur ökonomische und Gesellschaftsplanung verwechselt oder in eins gesetzt, die Abhängigkeit der letzteren von einer sich der Planung entziehenden Kapitalbewegung nicht als Schranke begriffen, sondern in den abgeleiteten Beweis der Nichtexistenz umgemünzt. Ebenso ungünstig wirkt sich die permanente Verwechslung aus, den objektiv gegebenen Zwang zur Planung als Zwang zum Planungserfolg zu betrachten - obwohl man völlig zu recht auf die Widersprüchlichkeit so genannter Sachzwänge hinweist.

Zentral für die strikte Leugnung bewußt vorgenommener Lenkungen in der gesellschaftlichen Reproduktion durch den kapitalistischen Staat ist aber die Bedeutung, die dem Wertgesetz beigemessen wird. Daß das Wertgesetz in der Kapitalbewegung sich hinter dem Rücken der Akteure und in der von ihm bewirkten Einheit von Produktion und Zirkulation „blind“ durchsetzt; daß es in der Tat alle umfassende, über die Produktion der Einzelkapitale hinausgehende Programmierung und Lenkung der Zirkulation, alle ökonomisch gefaßte Organisation des Kapitalismus über den Haufen wirft, haben die letzten Entwicklungen auf dem Weltmarkt hinlänglich und erneut bewiesen. Allein gerade diese konkret erfahrbare Wirksamkeit begründet den Planungszwang. Das Wertgesetz verwandelt sich nirgends zu einem mystischen Demiurg mit totaler Zuständigkeit, dem alles Geschehen - von der Wiege bis zur Bahre des Kapitalismus - aufgebürdet werden könnte, einschließlich der revolutionären Negation.³⁸ Umgekehrt: Der Planungszwang ergibt sich aus der Möglichkeit, daß ein Faktor der Mehrwertproduktion sich dem Wertgesetz bewußt entzieht und es insofern außer Kraft setzt. Das kann gewiß nicht der Staat mit einer gezielten, programmierten Wirtschaftspolitik leisten. Selbst die, in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus angedeutete, antirevisionistisch heftig kritisierte Änderung des Wertgesetzes durch die Garantie der

Extraprofite hebt dessen Wirksamkeit nicht auf, sondern verschiebt nur dessen Folgen und führt zu neuen Erscheinungsformen.³⁹ Das Wertgesetz kann vielmehr nur von demjenigen Produktionsfaktor außer Kraft gesetzt werden, der es überhaupt erst in Kraft treten läßt - obgleich unter dem Zwang, sich als Arbeitskraft zu verkaufen. Marx betonte diese Seite (die Seite des subjektiven Faktors im revolutionären Prozeß) durchaus, auch wenn er in der verkürzten Formel von der Expropriation der Expropriateurs das Ende der kapitalistischen Produktionsweise als scheinbar deterministisch-mechanisch sich ergebende Folge der „immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst“ erscheinen läßt (Kapital, 1, MEW 23, S. 790 f. Ebenda heißt es allerdings auch: Zu diesen Gesetzen gehört auch das Wachsen der Empörung der „durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ - eine interessante Bemerkung, die bei der Behandlung der Organisations- und Parteifrage meist vergessen wird). In der abstrakt-ökonomischen Sicht gehören allerdings Wertgesetz und Staat getrennten Bereichen an; und staatliche Versuche zur Planung des Verhältnisses Arbeit-Kapital fielen in der Tat ins Wasser der Ideologie. In der gleichen, nur politisch verschobenen, von der Ortodoxie zum Revisionismus verkommenen Sicht aber zeigte sich die bewußte revolutionäre Bewegung, die politische Negation des Wertgesetzes als abgeleitet und relativ belanglos. Sie wäre im großen geschichtlichen Sinn buchstäblich unnötig. Der Übergang zum Kommunismus, Ergebnis der „Verkehrsform selbst“ und eines sich zur Negationsspitze selbst treibenden Gesetzes bedürfte der Arbeiterrebellion nicht. Sie würde sich förmlich *ereignen* und die revolutionäre Organisation des Proletariats entspräche als „bewußter“ Träger eines bloßen Ereignisses der (meines Erinnerns von Max Weber so definierten) alten Sozialdemokratie: ein Verein, gebildet zur Herbeiführung einer ohnehin stattfindenden Mondfinsternis. Nicht, daß die vom Wertgesetz bestimmte, ökonomische Bewegung und die dadurch bedingten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse widerspruchsfrei wären. Das Wertgesetz konkretisiert in sich den Widerspruch des Kapitalismus. Allein: In diesen Widerspruch muß erst die *nicht* zur Logik der Kapitalbewegung gehörende Logik der Revolution einrasten, um seine Sprengkraft zu entfalten. Das System der Mehrwertproduktion wird also zwar entlang seiner Widersprüchlichkeit, aber nur von seiner Negation überwunden: „der *Klassenkampf* als Schluß, worin sich die Bewegung und die Auflösung der ganzen Scheiße auflöst“ (Marx, MEW 32, 75). Daher besteht kein Gegensatz zwischen dem Wirken des Wertgesetzes und dem Versuch einer Regelung gesellschaftlicher Prozesse durch den staatlichen Organisator, der sich gegen die „Auflösung der ganzen Scheiße“ wenden und das Ausscheren des unmittelbaren Produzenten verhindern will. Derart kann von einem Zusammenhang zwischen *blind* wirkendem Wertgesetz und bewußter politischer Perspektivwahl und -entscheidung der Führungsgruppen gesprochen werden. Scheinbar paradox, gänzlich unorthodox und also genuin marxistisch zusammengefaßt: Der Staat hat die Funktion, durch seinen Eingriff in die gesellschaftliche Reproduktion und vor allem in das unmittelbare Produktionsverhältnis das Wertgesetz entweder präventiv aufrechtzuerhalten oder - in revolutionären Situationen - wieder in Kraft zu setzen: Die Kontinuität der Mehrwertproduktion soll die Gesellschaft bestimmen, und nicht das rebellische Verhältnis des Arbeiters zur Verwertung noch die Ablösung der Tauschwertfunktionalität durch die Rationalität der Bedürfnisse.

Das bedeutet allerdings, daß das vermittelte Interesse des Kapitals an seinem Staat eine Verlagerung erfährt. Bekanntlich hat der Staat seit jeher um der Akkumulation willen den Einzelkapitalen Bedingungen und teilweise Beschränkungen der Selbstverwertung aufgenötigt. Im heutigen Akkumulationsstadium kommt noch eine neue Zwangslage des Kapitals und zugleich eine Veränderung in dem politischen Bewußtsein der Kapitalisten hinzu: bestimmte Opfer ohne weitere Korruptions- und Umpolungsversuche (Abwälzung auf jeweils andere Kapitalisten) auf sich zu nehmen,

um die eigene Weiterexistenz zu sichern - es versteht sich aber dabei von selbst: immer unter der Voraussetzung der Funktionstreue des Staats und der Politik gegenüber der Akkumulation. Aber in der entsprechenden Veränderung gilt für den Kapitalisten das gleiche Prinzip, das sich negativ für den Arbeiter auswirkt. Nicht die Qualität des Lebens in der Fabrik, sondern das Leben der Fabrik ist entscheidend; nicht die Quantität des Profits, sondern das Leben des Profits. Das vermittelte Interesse geht hier beträchtlich über die naturwüchsige Interessiertheit an der Profitmaximierung hinaus und zielt eindeutig - koste es, was es wolle, wenn nur die Kosten in den Grenzen der Akkumulation bleiben - auf den Schutz des Gesamtorganisations: auf die Verteidigung des *ganzen* Staats.

Bildet die Kontinuität der Produktion bei einem hohen Entwicklungsgrad des Kapitals die Grundbedingung seiner Reproduktion, so fällt sie mit der Kontinuität der „Regierbarkeit“ und der Kontrolle und mit der tendenziellen Kontinuität der gesellschaftlichen Lenkung als der politischen Garantie der Produktion zusammen. Die Priorität der Gesellschaftsplanung gegenüber der ökonomischen bestätigt auf diese Weise die politische Verschiebung, die im Verhältnis Staat-Kapital stattgefunden hat: rein äußerlich eine „Autonomisierung“ der Politik und die Bildung staatseigener Kompetenzen, deren Träger sozusagen partnerschaftlich mit den Trägern des Kapitals (mit den Monopolherren) in eine Allianzverbindung treten; in Wirklichkeit nur die Verlötung zwischen Funktionalität des Staats und funktionierenden Akkumulationsbedingungen. Der Staat wird in das Kapitalverhältnis hereingeholt.

Auf der Ebene der oberflächlichen ideologischen Repression oppositioneller Bewegungen drückt sich diese spezifische Verschmelzung in der Identifikation von freiheitlich-demokratischer Ordnung und sozialer Marktwirtschaft aus. Auf der Ebene der wirklichen Verhältnisse, in denen oppositionelle Bewegungen für das Kapital entweder nicht existent sind oder nicht existent gemacht werden sollen, besteht die Verschmelzung in der Nötigung, Profitinteressen der Einzelkapitale in den Dienst der Aufrechterhaltung des Staats zu stellen. Gerät der Kapitalismus in Schwierigkeit, so richtet sich ein „Krisenprogramm in erster Linie auf die Garantie der Staatskontinuität auch auf Kosten eines temporären ökonomischen Rückflusses“ (Guido Carli). Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß Staatskontinuität nichts Weiteres bedeutet als Weiterexistenz und Funktionsfähigkeit des organisatorischen Machtapparats - der anderen Seite des „Lebens der Fabrik“. ⁴⁰

Mit der Gesellschaftsplanung gehen unlösbare Widersprüche einher, die deren Schranken bestimmen. Sie bedürften einer eingehenden Analyse, die hier (noch) nicht geleistet werden kann. Eine Schwierigkeit muß aber behandelt werden, die teils lediglich mit der Finanzierungsfrage eines Plans zusammenhängt (denn zu seiner Verwirklichung gehören auch kostspielige Reformen), teils über den Umweg der Finanzierungsfrage zum Problem der *ökonomischen* Eigenrealität des bürgerlichen Staats zurückführt. Das Problem findet seine theoretische Aktualität und - was wichtiger ist - seine strategische Bedeutung in der bekannten Diskussion, ob der Staat als Gesamtverband nicht nur als „ideeller“, sondern auch als „reeller“ Gesamtkapitalist fungiere.

Formell kann die allgemeine Aufgabe des planenden Staats als „Befriedungspolitik“ bezeichnet werden. Sie kennt zwei Seiten, die sich gegenseitig ergänzen. Einmal geht es negativ um die planmäßig betriebene, ideologische wie polizeiliche Einschränkung der sozialen Wirksamkeit emanzipatorischer Bewegungen. Nicht zufällig begann schon der erste, im großen Maßstab unternommene Versuch einer totalen Verrechtlichung und Verplanung: der italienische faschistische Korporatismus, mit einem Gesetz zur Entfernung „unzuverlässiger“ Beamter, vor allem Lehrer aus

dem öffentlichen Dienst.⁴¹ Dies tangiert jedoch die Kostenfrage, also die Frage nach der ökonomischen Staatspotenz nicht unmittelbar. Anders ist es mit der anderen Seite der institutionellen Strategie bestellt. Will diese über die bloße Unterdrückung sozial wirksamer Andersdenkender hinaus mit der Herstellung oder Sicherung des „sozialen Friedens“ die unumgängliche Bedingung für die Kontrollierbarkeit und Planbarkeit des Klassenverhältnisses und des Klassenverhaltens erreichen, so muß sie über eine ökonomisch kalkulierbare finanzielle Basis verfügen: über relativ stabile Fonds, die frei vom Verwertungsinteresse der Einzelkapitale sind und daher dem Staat einen freien Entscheidungsraum gewähren. Hier stößt man aber auf eine beachtliche Schwierigkeit. Die Stabilität der verfügbaren Fonds läßt sich gesetzlich nicht herbeiführen. Sie hängt mit Sachverhalten zusammen, die sich dem organisierenden Eingriff des Staats entziehen. Binnenwirtschaftlich setzt sie eine schon erreichte, schon gesicherte stabile Konjunkturlage voraus und damit eine schon vorhandene gesellschaftliche Beruhigung zumindest innerhalb der Kapitalreproduktion selbst. Hinzu kommt noch die ökonomische Bewegung auf dem Weltmarkt, die sich sowohl der Kontrolle wie auch der Entscheidungsbefugnis nationalstaatlicher und am nationalen Kapital festgemachten Regierungen entzieht. Paradoxerweise müßte also das Ziel des sozialen Friedens schon erreicht werden, um den sozialen Frieden wirklich herzustellen.

Verbinden sich - mit anderen Worten - ökonomische und soziale Krise, oder ist diese der ersteren vorgelagert, scheitert die institutionelle Strategie schon an der Unmöglichkeit eines solchen, im voraus gesicherten Zustands. Offensichtlich kann dem nur in präventiver Form vorgebeugt werden - und insofern läuft jede wirksame Strategie als Plan des bürgerlichen Staats oder vielmehr als Folge einer objektiven Zwangslage der kapitalistischen Reproduktion auf die schon erwähnte präventive Konterrevolution hinaus, deren Permanenz sich aus der Permanenz der potentiellen Aufkündigung der Mehrwert- und Tauschwertproduktion (gleich Revolution) ergibt. Und dazu reicht die Finanzdecke nicht immer aus.

Eine andere, ebenso mit der Finanzdecke oder der ökonomischen Basis gegebene Schwierigkeit liegt in dem bloßen Vermittlungscharakter des Staats als „Gesamtkapitalisten“. Ebenso wie die Stabilität der ihm zur Verfügung stehenden Fonds (die langfristig planbare Kontinuität und Steigerung des Steueraufkommens) wird ihre Quantität (die Geldmenge) nicht von ihm, sondern von der Akkumulation der realen Einzelkapitale bestimmt. Um eine wirklich autonome Planung der Gesellschaft vornehmen zu können, die auch keinerlei Rücksichten auf die Erfordernisse einzelner Unternehmen und Industrien nimmt, müßte der Staat entweder alles Kapital an sich reißen,⁴² oder aber über ein *eigenes* produktives Kapital und über dessen realisierten Mehrwert verfügen können. Er müßte also nicht nur als Vermittlungskategorie gesamtkapitalistisch fungieren, sondern selbst *realer Kapitalist* werden.

Indessen fände sich gerade in diesem Verhältnis der wesentliche Widerspruch des bürgerlichen Staats: als realer Kapitalist nach realen Profitinteressen zu handeln; als realer Organisator gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Beide Positionen stoßen sich gegenseitig ab. Der reale Kapitalist (keine abstrakte Größe, sondern die einzeln existente gesellschaftliche Qualität des Kapitals) tendiert dazu, die allgemeinen Verkehrsformen als Mittel unter die Verwertung zu subsumieren. Der reale Organisator hingegen muß die allgemeine Verkehrsform als Grundbedingung der Reproduktion jenseits einzelner Verwertungsinteressen und -zwänge am Leben erhalten.

Eine doktrinäre Lösung dieses Widerspruchs bietet die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, die durch die Interessen- und Machtidentifikation zweier *sozialer* Gruppierungen (Staatsapparat und Monopolherren) die dialektische Spannung eliminiert und der Staat als „Staat der Monopole“ auf dem Vermittlungsweg des Bündnisses mit dem Gesamt(groß)kapital zusammenfließen

läßt. In der Tat gibt es ein Auseinanderfallen von Verwertungszwang und Garantie der allgemeinen Verkehrsform, also vom Kapitalinteresse und Staatsinteresse nicht, wenn sie sich beide als gesamtgesellschaftliches Interesse der alles subsumierenden Monopole vermitteln und als Einheit von politischen und ökonomischen Führungsgruppen verwirklichen lassen. Die Beziehung zwischen Staat und Kapital entwickelt sich in dieser Perspektive als mechanisch-totale Indienstnahme des ersteren durch eine besondere Gruppe des letzteren - eine Weiterführung der berühmten Kuusinenschen Faschismusdefinition.⁴³ Irreal ist die Perspektive nicht, wenn sie ihre eigene Voraussetzung verleugnet und dem Staat sozusagen die Chance einräumt, aus den *eigenen*, ihm als realem Kapitalisten zufließenden Gewinnen seine Politik zu finanzieren, seine Reproduktionsausgaben zu bestreiten. Die strategische Folge der Theorie ergäbe dann einen einsehbaren Sinn. Die Machtergreifung auf parlamentarischem Weg brächte mit dem Eintritt in das Schaltbüro der Macht zwar nicht die Arbeiterklasse zur Herrschaft, aber zumindest ihrer substitutiven Partei die politische Verfügung über die Wertmasse der gesamtgesellschaftlichen Produktion sowie über ihre Reinvestierung - bekanntlich die einzig konkrete Form der Investitionskontrolle. Nur stimmt die Strategie erst wenn der Staat zu einem solchen realen Kapitalwesen *gemacht* wird. Die historisch sich bietende, einzige wirkliche Alternative ist denkbar nur, wenn der Staat selbst Gesamtmonopolist wird: die Form der Übergangsgesellschaft, von der auch Engels gesprochen hatte, die sich schon jenseits der bloß juristischen Form des Kapitals als Privateigentum entwickelt, aber immer noch innerhalb der ökonomischen Weise der Mehrwertproduktion. Der Übergangscharakter einer solchen Gesellschaft äußert sich in der Verfügbarkeit der Wertmasse für die staatliche Planung, so daß immerhin soziale Ausgaben („soziale Dienste“) im großen Maßstab und ohne Rücksicht auf Verwertungsinteressen programmiert und verwirklicht werden können.⁴⁴ Freilich gibt es auch in der Wirklichkeit einen „Gesamtkapitalisten“. Die einzig theoretisch ableitbare *Realität* des Gesamtkapitalisten fällt jedoch durchweg mit der einzig empirisch feststellbaren zusammen. Und diese liegt nicht in der organisatorischen Vermittlung des Staats (dessen Realität auf der Ebene der allgemeinen Reproduktion sich findet und nicht der Mehrwertproduktion - mit einer unter noch zu entwickelnden Einschränkung);* sondern in der ökonomischen Vermittlung der Einzelkapitale untereinander über die Zirkulation (durchschnittliche Profitrate, Konkurrenz, Konzentration und Zentralisation - bis zum Weltmarkt).

Deshalb läßt sich die Widersprüchlichkeit der finanziellen Sicherung eines Gesellschaftsplans nicht lösen. Von der Form her stehen dem Staat die (Macht)mittel zur Verfügung, die Kosten auf die Profite zu wälzen. Das Haupthindernis findet sich aber auf der materiellen Seite. Nicht nur hört die kapitalistische Produktionsweise auf, wenn jenseits regenerierender Zyklen die Profitrate tendenziell auf Null herabgedrückt wird und die Akkumulation aufhört. Wird Gesellschaftsplanung ohne Rücksicht auf die Akkumulation durchgeführt, so verstößt dies offensichtlich gegen die eigene Zielsetzung. Statt radikale Absagen und revolutionäre Umtriebe präventiv zu verhindern, schafft man auf eine solche, akkumulationswidrige Weise deren objektive Voraussetzungen. Der Plan verkehrt sich in sein Gegenteil.

Ein Ausweg aus dieser Aporie (der Grundaporie aller Staatspolitik) läßt sich mit normalen Mitteln kaum finden. Die gleiche Wertmasse muß nun sowohl die Akkumulation wie die gesellschaftliche Reproduktion (und ihre Planung) gleichzeitig speisen, so daß die eine nur als Einengung der anderen sich durchsetzt. Das „Sozialprodukt“ ist bekanntlich keine beliebig, jenseits der Wertproduktion vermehrbare, bloß monetäre Größe, sondern ein Produktionsquantum. Das wußte schon Mephisto, als er durch den Vorschlag der beliebig hohen Geldemission sich

anschkte, die Wirtschaft (in den ersten Stadien der kapitalistischen Entwicklung) der totalen Inflation und somit seinem obersten Höllenherrn zuzuführen (vgl. Goethes Faust).

Der wirkliche Widerspruch zeigt sich allerdings auf einer anderen Ebene, auf der die Realität des Organisators sich in die Irrealität (und nicht nur Idealität) des Gesamtkapitalisten konkret umkehrt. Üblicherweise wird dies an der Unfähigkeit des Staats festgemacht, erfolgreich und krisensteuernd in den ökonomischen Prozeß einzugreifen. In Wirklichkeit offenbart sich die Irrealität einer, aus dem unmittelbaren Kapitalverhältnis nur *scheinbar* entlassenen, weil nicht als Privatperson oder als Privatgruppe auftretenden, staatlich-ökonomischen Potenz genau dort, wo der Staat vielmehr *selbst real als Kapitalist bestätigt*: selbst produziert, als Unternehmer auf dem Markt auftritt, vorgeschossenes Geld und aufgekaufte Arbeitskraft verwertet. Dies ist eine Wirklichkeit, die erst voll einsichtig gemacht werden muß. Erstaunlicherweise sperren sich sowohl marxistische Traditionalisten (die sogenannten Revisionisten) wie die antirevisionistische Orthodoxie gegen die Tatsache, daß auch der Staat profitabel investiert und zu investieren versucht, Arbeitskraft im strengen Sinn ausbeutet und also Mehrwert produziert.⁴⁵ Dabei braucht diese Tatsache gar nicht minimiert zu werden aus der dogmatischen Befürchtung, es könnten sich so etwas wie Einbruchsteilen in die allgemeine Auffassung vom heteronomen Charakter des Staats bilden. Eher führt sie einen viel härteren Nachweis für die Unmöglichkeit eines realen, und nicht bloß als politische Vermittlung existenten staatlichen Gesamtkapitalisten. Dem Problem kommt man allerdings nicht näher, bleibt man - als Ausweg aus der unbewältigten Tatsache - bei der bekannten Ansicht, Verstaatlichung der Produktion und Auftreten des Staats als Unternehmer komme nur als „Verstaatlichung des Verlustes“ vor - ein Vorkommnis, das sich in die vergebliche Funktion lückenlos einfügt, im wesentlichen nur für die Erhöhung der Profite rentabel produzierender Monopole zu sorgen. Mag auch das eine wie das andere stattfinden: Wesentlicher ist, daß der Staat in *eigener* Funktion als Profitmacher auftritt. Weder die Renault- noch die Alfawerke „sozialisieren“ Verluste (da sie vielmehr mit Gewinn arbeiten wollen), noch dienen sie der Bildung von Extraprofiten anderer Autokonzerne. Gewiß ließe sich heuristisch-kunstvoll selbst aus dem staatlichen Gewinnstreben eine im Dienst privater Monopole stehende Funktionalität staatlicher Produktionsbetriebe ableiten. Die Ableitung würde indes die Tatsache des staatlichen Profitmachers nicht abschaffen.

Dadurch geht ökonomisch eine Veränderung des Staats vor sich, aus der sich auch politische Folgen ergeben. Gerade im Hinblick auf die Gesellschaftsplanung erweist sich das neue Verhältnis als wesentlich, da aus der eigenen ökonomischen (Produzen-ten)tätigkeit dem Staat vordergründig eine Potenzierung der Autonomie gegenüber privaten Kapitalinteressen zu erwachsen scheint. Und mit der Potenzierung scheint auch die Möglichkeit einer Planung sich zu verbinden, die - wie dies von den Führern der KPI häufig hervorgehoben wird - sich sowohl ökonomisch wie auch sozial nicht mehr am Verwertungszwang orientiert, sondern an der Bedürfnisbefriedigung: die „demokratische Programmierung“. Die Veränderung hängt notwendiger Weise mit dem „Wesen“ des Kapitalismus zusammen, an dessen Totalität der gute politische Wille eines alternativen Gebrauchs der Staatsunternehmungen zerbricht. Diese Totalität (das durchgängige Verwertungsgebot) führt die autonom-unternehmerische Tätigkeit des Staats in die Grenzen der Akkumulation zurück. Die Verselbständigung an der ökonomischen Basis verkürzt sich zur bloßen Umpolung vom Einzelkapitalisten als existierender Charaktermaske zum Kapitalisten „Staat“, der als konkrete Existenz wieder den Charakter der Maske übernimmt: Anstelle des privaten Fabrikherrn und neben ihn tritt kein jenseits kapitalistischer Ausbeutungs- und Befehlsstrukturen tätiges, gemeinwirtschaftliches „Wesen“, sondern der staatliche Fabrikherr. Zum „padrone privato“ tritt der „padrone di Stato“ hinzu, der als solcher nicht im geringsten daran denkt, anderer Leute Profite zu

sichern oder gar Extraprofite zu genehmigen, sondern selbst an die eigenen Profite und Extraprofite denkt.

Ebenso wenig kann der Staat sein eigenes Kapital, seine Wirtschaftsunternehmungen als Mittel der Krisensteuerung einsetzen. Die Krise trifft auch die verstaatlichten Sektoren der Produktion - ebenso wie die soziale Krise und die politische Absage der Klasse keinen Halt vor den Toren der Staatsbetriebe macht.

Derart bestätigt sich gerade in den Sektoren, in denen der Staat selbständige ökonomische Tätigkeiten entfaltet, nicht die Unabhängigkeit der Politik, sondern die Vorherrschaft (und die Totalität) des Kapitalverhältnisses. Dies kommt vor allem in den Industriezweigen deutlich ans Licht, die in handgreiflicher Weise in der Marktkonkurrenz stehen, zum Beispiel in der Automobilindustrie. Nicht nur, daß die Organisation der Arbeit in den verstaatlichten Autofabriken strikt an der Mehrwertproduktion orientiert ist und keinerlei Möglichkeiten der Übernahme gesellschaftlicher Reproduktionskosten eröffnet und in der Folge weder eine Einsetzbarkeit für Gesellschaftsplanung im demokratischen Sinn (Demokratisierung der Produktion) noch Gebrauchswertproduktion zuläßt. Überdies kann der Staat als Produzent seine Produkte nicht einmal antizyklisch-deflatorisch ein- und absetzen. Nur ein „politischer Autopreis“ (von Alfa, oder früher vom VW) könnte eine „andere“ Qualität verstaatlichter Betriebe entwickeln und insofern auch den Weg zu einem evolutionären Übergang in den Kommunismus „durch die Verkehrsform selbst“ (hier durch allmähliche Ausweitung verstaatlichter Sektoren) öffnen. Doch verlassen in Mailand genau so wie in Wolfsburg nur Tauschwerte die Montagehallen.

In der offensichtlichen Nötigung zu einem so genannten marktkonformen Verhalten, unter der das verstaatlichte Kapital in kapitalistischen Ländern steht, kommt das Gesetz zum Ausdruck, daß sich der Staat als „Unternehmer“ keinen Ersatzmarkt schaffen und keine mehrwertenthobene Produktion leisten kann - daß also (*horribile dictu*, bürgerlich-wissenschaftlich gesehen) selbst bei der ökonomischen Tätigkeit des Staats das Wertgesetz sich durchsetzt.

Insofern tritt die *besondere* Realität des „Kapitalisten“ auch beim Staat voll auf. Nur geht ihm dabei genau die *allgemeine* Realität eines nicht nur theoretisch postulierten („ideeller Gesamtkapitalist“), sondern auch *tatsächlich fungierenden* Gesamtkapitalisten verloren.⁴⁶ Deutlich wird dieser Verlust (ein Existenz- und kein bloßer Funktionsverlust), wenn man sich den prozessualen Verlauf der personifizierten Existenz des Kapitals verdeutlicht. Der reale Einzelkapitalist finanziert aus dem realisierten Mehrwert die Reproduktion sowohl des eingesetzten Kapitals - des konstanten wie des variablen, wie auch der eigenen Person, also seine *gesamte* und von ihm aus gesehen *gesamtgeseellschaftliche* Eigenreproduktion: von der Erneuerung des Maschinenparks, über den Ankauf von Rohstoffen, den Aufkauf wertschaffender Arbeitskraft bis zu den toten und Transportkosten und zur eigenen physischen Existenz einschließlich Versorgung der Familie und Vorsorge einer etwaigen statusbedingten Geliebten, falls er ein Mann ist; der Familie und eines statusbedingten Begleiters, falls er eine Frau ist. Der Staat wäre analog dazu nur dann ein realer Gesamtkapitalist, wenn er aus der Realisierung des in den staatseigenen Betrieben geschaffenen Mehrwerts sowohl die Akkumulation des investierten Kapitals wie sämtliche gesellschaftliche Reproduktionskosten herauswirtschaften könnte. Die Ironie dabei wäre, daß ein derart real erfolgreicher Staat am Ende sich genötigt sieht, aus dem erzielten Gewinn auch die Ausgaben für diejenigen Rahmenbedingungen zu decken, die *allen* Einzelkapitalen zugute kommen, und somit mit dem eigenen Gewinn den Erfolg der eigenen Marktkonkurrenten zu finanzieren.⁴⁷ Vielmehr und umgekehrt sieht sich der Staat genötigt, sich selbst gegenüber als abhängiger Organisator zu betätigen und die Kosten für die Rahmenbedingungen der eigenen Kapitalistenrealität aus dem Steueraufkommen zu decken.

Exemplarisch: Die Straßen-, Kanal- und Zugverbindungen von und nach Wolfsburg, von und nach Alfa-Sud sind nicht mit VW- oder Alfacorps gebaut worden.

Das will heißen: Er kann durchaus realer Kapitalist sein, aber nur als Unternehmer neben anderen. Als solcher verliert er die allgemeine Qualität, vermittelnde Zusammenfassung aller Kapitale und gesellschaftlich die zusammenfassende Form aller Klassen und Individuen zu sein. Er tritt voll in die Sphäre der Konkurrenz ein und kann sich von der eigenen ökonomischen Realität her nicht mehr als Regulator des Kapitalverhältnisses betätigen.

Der wirkliche Widerspruch liegt also nicht darin, daß der Staat, ohne Mehrwertproduzent zu sein, angeblich in die Rolle eines realen Gesamtkapitalisten einschlüpft. Handelt er als Kapital, so streift er seine „öffentlichkeit“ ab: *Wird der Staat zum realen Kapitalisten, so ist er kein Organisator mehr - kein Staat.* Das gilt erst recht für die Sphäre der unmittelbaren Produktion selbst. In staatlichen Betrieben der kapitalistischen Gesellschaft findet keine *gesellschaftliche* Aneignung der Produkte vergesellschafteter Arbeit statt. Wird der Form nach das Privateigentum als juristische Größe auch von einer anderen juristischen Eigentumsform (der „öffentlichen Hand“) abgelöst, so überspringt diese Ablösung die Grenze spezifisch kapitalistischer Aneignung nicht: Unmittelbarer Produzent und Produkt bleiben getrennt; die Beziehung zwischen Arbeiter und Unternehmer bleibt im Rahmen des Tauschverhältnisses; der Staat wirft die Produkte als Tauschwerte zwecks Akkumulation auf den Markt.⁴⁸ Aus diesem Grunde erfährt auch die stoffliche Voraussetzung der Mehrwertproduktion in staatlichen Betrieben keine Änderung: die Organisation der Arbeit, da kapitalistisch, erhärtet die Abhängigkeit des unmittelbaren Produzenten in der Fabrik und die untergeordnete Stellung des Arbeiters in der Klassengesellschaft. Anders gesagt: Die „reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ bleibt im vollen Umfang erhalten, es wird nach wie vor „im Gegensatz zu, und unbekümmert um, den Produzenten“ ausgebeutet. Das Fehlen der gesellschaftlichen Aneignung führt auch in solchen Betrieben dazu, „dass die Stufenleiter der Produktion nicht nach gegebenen Bedürfnissen, sondern umgekehrt die Masse des Produkts durch die durch die Produktionsweise selbst vorgeschriebene und stets wachsende Stufenleiter der Produktion bestimmt wird“ (Marx, Resultate, S. 63).

Das besagt sicherlich nichts über mögliche, taktisch-strategische Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit partieller Verstaatlichungsmaßnahmen, etwa im kommunalen Bereich. Aber die politische Illusion und die strategische Globalhoffnung müssen ausgeräumt werden, Verstaatlichung im Kapitalismus (wahrscheinlich „Verstaatlichung“ überhaupt) ändere fundamental die Produktionsweise und damit auch die Klassenlage der Arbeiter einerseits, den Waren- und Tauschwertcharakter der produzierten Güter andererseits. Statt dessen stellt sich eher eine bedenkliche Seite ein, die mit dem *politisch*-ideologischen, allgemeinen Charakter des Staats zusammenhängt und die zur Vortäuschung einer der Allgemeinheit verpflichteten Eigenschaft des Betriebs führen kann und die Möglichkeit einer einheitlichen Kampffront bei Lohn- und gesellschaftspolitischen Konflikten beschneidet. Eine solche Gefahr tritt dennoch nur bei einem niedrigen Stand der Klassenreife und der politischen Bewußtheit ein. Wer seine Arbeitskraft verkaufen muß, kommt schnell dahinter, daß der Kapitaleigner gesellschaftlich unsichtbar bleiben oder sich eine „öffentliche“ Vertretungsmaske anlegen kann. Hier stößt der bürgerliche Staat auf eine zweite, weitaus entscheidendere Schranke seiner Lenkungsmöglichkeiten. Die erste findet sich - wie bereits gesehen - in dem Widerspruch zwischen Akkumulationserfordernis und Planungskosten. Sie bedingt übrigens auch die strukturelle Unmöglichkeit und das Scheitern einer jeden „systemverändernden“ Reformpolitik, da die Mittel, die dafür aufgebracht werden müssen, in dem Grad zunehmen, in dem sich die Klassenabsage verschärft und also - entlang der neuen Krisenachse -

die Mehrwertproduktion sich reduziert. Das heißt aber, daß der planende Staat immer komplexere und teurere Auffangmechanismen und tech-nisch-manipulative Subsysteme schaffen muß, je geringer und langfristig unkontrollierbarer, nicht planbarer die zur Verfügung stehenden Fonds sind. Ein lehrreiches geschichtliches Beispiel bietet Giolittis Reformversuch im vofaschistischen Italien: Die hohen Integrationskosten (politische Warenpreise und politische Löhne) zwangen ökonomisch das norditalienische Kapital zu einem politischen Kurswechsel. Es sei daran erinnert, daß sich in solchen Kosten etwas Konkretes verbirgt als die bloße Sozialausgabe im staatlichen Etat. In ihnen schlägt sich für das Kapital die Verbindung von Akkumulationsstand und Klassenreife „geschäftlich“ (in der Form der Abzweigung von Geldern aus der reinvestierbaren Wertmasse) nieder.

Jenseits der Ökonomie aber zerbricht die präventive Politik erst an der Schranke des Klassenwiderstands gegen jede Form der Institutionalisierung des Klassenkonflikts und dessen staatlicher Repräsentationsform und gegen die rechtliche Ritualisierung des gesellschaftlichen Antagonismus - wie sie im transformierten Verfassungsstaat der kapitalistischen Gegenwart inzwischen zur allgemeinen, irreversiblen Tendenz geworden ist. Auch hier stellt sich ein Reaktionszusammenhang ein. Je konkreter die Artikulationsmöglichkeit der Massenbedürfnisse und der gesellschaftlichen Negation ist, um so dringender versucht die Bourgeoisie, ihren Staat zu reformieren in Richtung auf eine transformierte „Demokratie“. Daraus ergibt sich aber, daß die von vielen emanzipatorisch gerichteten Kräften und Gruppen erhoffte, zuweilen schlicht erträumte Verfügbarkeit des bürgerlichen Staats für die Überwindung von Ausbeutung und Herrschaft und die mit dieser Hoffnung verbundene Strategie (die doppelte wie die einfache) in eine theoretische Dimension gerückt wird, die sowohl ihre Substanzlosigkeit zeigt wie auch neue Wege der revolutionären Praxis erkennen läßt.⁴⁹

Wenn dies verstanden wird, kann die Ebene der bloß moralisch-agitatorischen Argumentation verlassen werden, die auf die Gültigkeit von Normen, Ideen und Traditionen (auch des Kampfes) pocht. Es wird dann möglich, Prozesse der radikalen Veränderung und der Befreiung nicht mehr als Folge der Tätigkeit freier, offener oder geheimer, dezisionistisch gerichteter Gruppen aufzufassen und also zu meinen: es genüge, alte, konservative oder reaktionäre politische Führungsgruppen abzulösen, um die richtige Richtung sich dann abwickeln zu lassen.⁸¹

Gegen solche naive Politik funktionieren die Machtmechanismen des bürgerlichen Staats seit jeher mit erstaunlicher Präzision, bezeichnenderweise auch wenn sie in oberflächliche, zeitweilige Formschwierigkeiten geraten. Nur wenn sich der Logik der institutionellen Strategie die Logik des Klassenkampfes entgegenstellt und diese die ihren emanzipatorischen Inhalt genau verwirklichende organisatorische Form gefunden hat, halten das Kapital und sein Staat die neue Wirklichkeit nicht mehr aus.

Anmerkungen

1. Es ist unbestritten, daß Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie sich nur beiläufig mit dem Staat befaßt hat - an den wenigen Stellen allerdings nicht gerade in der Perspektive einer Belanglosigkeit des Staats für die gesellschaftliche Reproduktion und die Kapitalreproduktion. Er hatte sich aber eine Untersuchung des Staats ausdrücklich vorbehalten. Aus dem natürlichen Vorgang, daß er nicht mehr dazu kam, sich damit zu beschäftigen (bekanntlich wegen Ablebens), machen einige heutige Marxisten in makabrer Weise den theoretischen Zusammenhang, daß der Staat als Wirklichkeit (nicht als abgeleitete Funktion) eine bloße

Erscheinung sei, der näheren Beschäftigung nicht wert. Freilich muß die schlichte menschliche Dimension berücksichtigt werden: da antirevisionistisch gestimmt (was durchaus die richtige Perspektive ausdrückt), sprechen sie sich für die Hilflosigkeit des Staats aus, nur um das Gegenteil zu den Revisionisten zu betonen.

2. Eines sei schon hier festgestellt: Ohne organisatorische Einwirkung des Staats findet Kapitalreproduktion nirgends statt - es sei denn, man nehme an, diese ereigne sich gewissermaßen ohne die physische Reproduktion der Gesamtbevölkerung. Für diese interessiert sich das Kapital sehr wenig. Schon deshalb sieht es sich außerstande, gesamtgesellschaftliche Prozesse organisatorisch zu regeln. Darüber aber weiter unten etwas Näheres.
3. Zur Präzisierung: Klassenverhältnisse entstehen nicht politisch, sondern in der Produktion von Mehrwert. Sie organisieren sich aber in der politischen Sphäre als reale Größen. Daher kann der Staat sie auch durch Gesetze regulieren und im politischen Kampf zusammenfassen.
4. Kapitalfraktionen bilden eine stehende Redewendung, ohne daß hier genaueres darüber zu erfahren wäre. Hier nur ein Hinweis zur Klärung: Entgegen landläufig tradierter Meinung der Seminar marxisten sind Kapitalfraktionen keine festgefügtten Kapitalgruppen; sie bilden sich vielmehr und bilden sich um je nach konjunktureller und Akkumulationslage. Das macht sie für die Politik nicht faßbar und daher nicht kalkulier- und kontrollierbar. Kapitalgruppen finden sich in der Export- und Währungspolitik zusammen, die in der binnenwirtschaftlichen Kreditpolitik wieder auseinandergehen. Und umgekehrt. Das ist übrigens auch für eine zu erneuernde Beschäftigung mit dem Faschismus wichtig. Die von Jürgen Kuczynski festgestellte, und teilweise richtig analysierte Funktion von Kapitalfraktionen in der Weimarer Zeit bei der Entstehung des deutschen Faschismus und bei der Machtergreifung der Nazis braucht nicht unbedingt als feststehendes Erklärungsschema für alle Zeiten zu gelten.

Randgruppen sind freilich meist nur polizeilich existent. Nach der Rationalität des Kapitals gehören sie ausgemerzt. In der gängigen Interpretation wird Marx zuweilen zu einem handfesten Liberalen umgebildet. Staat und Recht zur bloßen Überbauerscheinung zu relativieren, die lediglich die „Ordnung der äußeren Beziehungen der Individuen“ und die „Erhaltung des äußeren Friedens“ regelt, bildete das intellektuelle Hauptgeschäft der liberalen Aufklärung in Deutschland: von Thomasius aus über Gundling (immerhin 1671-1729) bis zum „tiefsten Stand... (der) Wertschätzung des Staats ... bei den Gebildeten“ (Windelband: Lehrbuch der Geschichte der Philosophie, 15. durchgesehene und ergänzte Auflage, Tübingen 1957, S. 455. Und: Wilhelm von Humboldt: Idee zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, 1792). Diverse Papiere, Diskussionsbeiträge, Analysen und Ableitungen materialistisch-dialektischer Art der letzten Zeit in der BRD können ihre bewußtlose Anknüpfung an die ähnlich gelagerte Position des liberalen Bürgertums der deutschen Klassik nicht leugnen. Es bleibt gewiß der Erläuterung und näheren Beschäftigung wert, inwiefern Marx selbst sich an dieses Denken anschließt oder vielmehr sich von ihm beeinflussen läßt. Ein „Liberaler“ war er aber bestimmt nicht. Sowohl das eine wie das andere wird im allgemeinen - da bewußtlos - aus purer Ignoranz geleugnet. Auch der Staat kann zu Ende gehen. Darüber weiter unten.

Ein Beispiel für diesen Zusammenhang: Bekanntlich wäre der vereinzelte Arbeiter ohne Gewerkschaften der Willkür des Kapitals ausgesetzt. Ebenso bekannt ist, daß gewerkschaftlich geforderte, staatlich durchgesetzte Urlaubsregelungen als zeitökonomische Einschränkung der

Ausbeutung zur Mehrwertproduktion gehören. Dogmatische Ökonomen aber weigern sich, in einer solchen Regelung einen Eingriff des Staats in die Kapitalverwertung zu sehen.

5. Es ist bekannt, wie wesentlich für die Entwicklung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie gerade diese Unterscheidung sich auswirkte. Aber auch für die praktisch politische Konsequenz ist das Auseinanderfallen von Arbeit und Arbeitskraft von zentraler Bedeutung.
6. Ökonomisch könnte das Kapital unmittelbar, ohne staatliche Vermittlung aus dem erzielten und realisierten Mehrwert auch die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeiterklasse besorgen. Denn die Wertmasse, aus der das Kapital die Finanzierung seiner Aufgaben schöpft, entsteht nicht außerhalb der Kapitalproduktion. Auf diesen Widerspruch gehe ich weiter unten noch kurz ein. Zu beachten wäre, daß dieser ökonomischen Möglichkeit offensichtlich keine soziale und politische entspricht. „Die Bourgeoisie hat nicht das Zeug, selbst direkt zu herrschen“, meinte schon Engels. Brief an Marx 13. 4. 1866, MEW 31,208.
11 Die Umpolbarkeit des Proletariats auf den bürgerlichen Staat ist ein gesellschaftlicher Sachverhalt, kein Naturgesetz. Sie kann sich jederzeit verändern und verschwinden. Auch das „Vertrauen“ in die Kompromißfähigkeit des Staats ist veränderbar in Zeit und Raum. In der BRD ist es höher - vorläufig - als anderswo. Für den italienischen Arbeiter ist der Staat nur Staat der pa-droni, auch wenn er diesen Zustand nicht bekämpft.
7. 12 Zeichnet sich die Gefahr ab, daß die Politik die Ökonomie überfordert und die staatlich besorgte Klassenreproduktion in den Sozial- und Integrationsmaßnahmen des Staats akkumulationsdisfunktional ausschlägt, bahnt sich sehr schnell eine „Subversion des Staats in Richtung auf noch autoritärere und faschistische Formen an. Vgl. Agnoli/Blanke/Kadritzke, Vorwort zu Alfred Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Edition Suhrkamp, 1973, S. 23 ff.
8. 13 Aus dem Steuereinkommen. Insofern handelt es sich um eine schwankende Basis, die die jeweilige Akkumulationslage und die finanzielle Grenze der Sozialpolitik anzeigt.
9. 14 Näheres dazu in meinem Aufsatz „Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat“ in: Das Argument 41, H. 6, 1966.
10. 15 Man könnte einwenden, diese Verrechtlichung betreffe immer nur die sogenannten „äußeren“ Bedingungen der Kapitalproduktion und -reproduktion. Indessen: der bei Marx vorkommende Ausdruck „äußere Bedingungen“ hat keinen qualitativen Sinn. Gemeint ist keine sekundäre Wirklichkeit, keine qualitative „Äußerlichkeit“ im beschränkten Sinn; vielmehr das, was zwar außerhalb des unmittelbaren Konkurrenzverhältnisses, zugleich aber als Bestandteil des Kapital- oder genauer des Produktionsverhältnisses innerhalb des wirklichen Prozesses stattfindet.
11. 16 Ideologisch äußert sich die formale Eigenständigkeit staatlicher Macht darin, daß die Staatsorgane auch die Kapitalisten treffen. Diese zählen rechtlich zum Bestand des Volks - die konstitutionelle Folge der allgemeinen Marktgleichheit von Käufern und Verkäufern. Die in der Warenzirkulation sich vermittelnde Gleichheit drückt sich im gleichen Stimmrecht aus. Alle konservativen Versuche, ein Mehrklassenwahlrecht einzuführen, müssen an dieser Bestimmtheit des Wahlrechts scheitern. Eher zu verwirklichen ist entweder eine weitgehende Manipulation der Wahlen (durch besondere Wahlsysteme, Sperrklauseln und so weiter); oder aber die gänzliche Abschaffung des Wahlrechts. Letzteres würde zwar bürgerliche Freiheiten einschränken, das Prinzip der Marktgleichheit aber nicht antasten.
12. 17 Die „Agenten“-doktrin zeigt eine eigentümliche Widersprüchlichkeit. Da Kapital nur als Einzelkapital (oder als „Fraktion“) existiert, befände sich der Agent in einer bevorzugten

Maklersituation. Widerstreitende Kapitalinteressen verlangen nach einem Kompromiß, oder nach einem entscheidenden Durchbruch. In beiden Fällen stärkt sich die Position der Ausgleichsinstanz. Die Konsequenz der Agentendoktrin ist die Anerkennung der Eigenmacht des Staats.

13. 18 Trotz der Nötigung zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft besteht keine naturwüchsige Bereitschaft zur Ausbeutung und zur Unterwerfung. Mögen die Psychologen mit der individuell-zufälligen Form dieses Problems sich beschäftigen. Politisch sind Befreiung und Freiheit keine Ideale, sondern materielles Bedürfnis eines jeden Unterdrückten. Unter diesem „Trieb“-aspekt müßte z. B. Aggression untersucht werden.
14. 19 Auf diese Koppelung geht die Parallelität von Arbeiterunruhen in den Fabriken (wilde Streiks usw.) und Ordnungskrisen im politischen System zurück,
15. die die Situation des kapitalistischen Europa seit 1968 charakterisiert. Zu analysieren wäre hier deren Verbindung zum wieder auftretenden Krisenzyklus.
16. 20 Die Regierbarkeit der Gesellschaft bildet immer die größte Sorge der Bourgeoisie. „Alle politisch organisierten Kräfte sind aufgefordert, gegen das Ungeheuer der Unregierbarkeit - die große Bedrohung für die heutige Industriegesellschaft - ins Feld zu ziehen.“ La Stampa, Tageszeitung der Agnelli-Gruppe, 20.10.1974. Die Aufforderung erging ausdrücklich auch an die KPI.
17. 21 Dazu gehören sowohl die spontanen Revolten (Reggio Calabria) wie auch die vordergründig bornierten Aktionen gegen Industrie- oder Kernreaktorenbau - eine moderne Form von Maschinenstürmerei. Wichtiger dürften die vielfältigen Formen der von Offe behandelten „Disparitätenkonflikte“ sein, deren horizontaler Charakter (Distributionskonflikte) bei einer genaueren Untersuchung des auch in ihnen wirkenden Widerspruchs von Tausch- und Gebrauchswert letztlich in den vertikalen Produktionskonflikt zurückgeht.
18. 22 Eine neue Erscheinung: daß die Kampfkraft der Arbeiter in den zyklischen Krisen nicht mehr in sich zusammenbricht. Daß die Insubordination in der
19. Fabrik trotz drohender Massenentlassung nicht aufgegeben wird (nicht nur in Italien, sondern auch in deutschen Betrieben), verschärft die Unkontrollierbarkeit der Krise.
20. 23 Die Hausbesetzungen sind inzwischen in der BRD kriminalisiert worden. In Italien wurden neulich Supermarktbesetzer, die von sich aus die Preise bestimmt, den Verkauf aber weitergeführt hatten, freigesprochen: Die einseitig vom Supermarkt festgelegten Preise widersprächen dem Prinzip des zwischen Käufern und Verkäufern von Waren (z. B. der Ware Arbeitskraft) frei verhandelten Preises. Die Klassenbezogenheit des bürgerlichen Rechts wird an der BRD-Gerichtspraxis deutlich: Die Besetzung eines Hauses zwecks Verhinderung des Abbruchs gilt als gewalttätiger Rechtsbruch; die Zwangsräumung ganzer Familien zwecks Abbruch gilt als friedlicher Rechtsakt.
21. 24 Ebenso brüchig werden diese Kriterien in ihrer politischen Fassung, in der sie zur simplen Feststellung integrierter, auch bestochen oder aristokratisch genannter Schichten von Arbeitskraft-Verkäufern verkommt.
22. 25 Dieser systemnotwendige, gewalttätige Charakter des Kapitalismus kennt auch keine geschlechtliche Grenze. Der „Arbeiter“ hier ist zugleich die Arbeiterin, der Ausgebeutete die Ausgebeutete, der Proletarier die Proletarin. Eine eingehende Untersuchung (und die praktische Erprobung) der Vermittelbarkeit von Klassen- und Geschlechterfront wäre dringend geboten. Sie kann freilich in erster Linie nur von den unmittelbar Betroffenen, von den Frauen, geleistet werden. Gemeinsam auf alle Fälle ist die Absage an Mehrwert und Tauschwert. Es ist

- nicht alles gewonnen, wenn die Frau sich von der Herrschaft des Mannes befreit, um sich dann als Tauschware Arbeitskraft wiederzufinden.
23. So Guido Carli, Präsident der Banca d'Italia, der italienischen Staatsbank im Jahresbericht 1974, vgl. La Stampa 1.6.1974.
 24. Die Verschiebung der Krisenachse wird von den traditionellen Arbeiterparteien nicht beachtet. Das führt zu einer gefährlichen Diskrepanz zwischen der Entwicklungslinie der Klasse und der Generallinie der Partei, deren Strategie immer noch von der ökonomischen Bewegung und vom immanenten Kapitalverhältnis ausgeht und sich weiter bestimmt in der Analyse des „Kräfteverhältnisses“ der verschiedenen Gruppierungen der bürgerlichen Gesellschaft, wie es sich in der entsprechenden partei- und parlamentspolitischen Repräsentation manifestiert. Die Klassenlinie entwickelt sich entlang der Negation der Kapitalbewegung. Sie wird durch diese fraglos bedingt, aber nicht bestimmt.
 25. In diesem Zusammenhang muß auch die immer deutlicher werdende Verschiebung im Kapital von der Vorherrschaft des Finanzkapitals zur Durchsetzung des Industriekapitals näher betrachtet werden. Die Verschiebung der wesentlichen Krisensituation von der Zirkulationssphäre zurück in die Produktion hängt auch mit dieser Form der Kapitaltransformation zusammen. Dadurch wird der Staat (die „Rahmenbedingung“ überhaupt) in das Kapitalverhältnis zurückgerückt (vom Überbau in die Basis), aus dem er in Anlehnung an gelegentliche Äußerungen der „Deutschen Ideologie“ orthodox entlassen und von dem er zwecks Legitimation der politischen Generallinie revisionistisch getrennt worden war.
 26. „Nutznießer unseres Systems sind Arbeitnehmer“, Rede K. Biedenkopfs über die aktuelle politische Situation aus der Sicht der CDU, am 31. März 1975 in Frankfurt. Vgl. Frankfurter Rundschau 12.4.75, S. 6. Es versteht sich, daß vom entgegengesetzten Klassenstandpunkt aus dieser Sachverhalt anders darzustellen ist: „Staatsmaßnahmen zur notwendigen Stärkung der marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen gegen kollektivistische Umtriebe und zum Schutz der freiheitlichen Ordnung gegen Feinde der Freiheit“. Man merke aber: „Wenn von Freiheit die Rede ist, muß man genau zusehen, ob sich nicht Privatinteressen dahinter verbergen“ (Hegel).
 27. „Verschwörungstheoretische“ Erklärungen führen häufig zu strategischen Fehleinschätzungen. Das ist bekannt. Ebenso bekannt ist ihre wissenschaftliche Dürftigkeit, gerade in materialistisch-dialektischer Sicht. Andererseits: Es gibt durchaus Herrschaftspläne. Die herrschende Klasse ebenso wie die Träger der politischen Macht versuchen eine ganze Menge von Sozialisations- und Manipulationsmechanismen einrasten zu lassen und suchen nach wirksamen Sozialtechniken. Zuweilen lassen sie ganze Institute zu diesem Zweck arbeiten.
 28. Der Versuch, der in letzter Zeit für kapitalistische Gesellschaften eine existenznotwendige Bedeutung gewonnen hat, Distribution von der Produktion zu trennen, das politische Gewicht der letzteren zu negieren, gesellschaftliche
 29. Prozesse und deren politische Seite als bloße Verteilungsprobleme auszugeben, habe ich in der „Transformation der Demokratie“ erläutert.
 30. Das Interesse der Bourgeoisie an der unmittelbaren Machtausübung wird zuweilen überschätzt, auch in der Form seiner Ideologisierung, als ob es also eine Frage politischer Ideale wäre, bestimmte Staatsformen und Regierungsformen durchzusetzen, und nicht eine Frage der Akkumulationsfunktionalität. So mißverständlich auch Gulijew, Demokratie und Imperialismus, Berlin 1972, S. 221: „Das Idealziel der imperialistischen Bourgeoisie besteht natürlich (sic!) darin, sich von der Demokratie zu befreien und das Volk aus dem politischen Leben

auszuschalten." Nun, gerade letzteres war „Idealziel“ aller herrschenden Klassen und Gruppen auch in vorimperialistischen Zeiten.

31. Die Frage, ob jede einzelne Staatstransformation sich aus der Kapitalbewegung ableiten läßt, ist eine akademisch-alexandrinische. Der Staat ist geschichtlich Ergebnis der beginnenden Kapitalakkumulation, nicht als Idee, die philosophisch antizipiert wurde (Bodin, z. B.) sondern als Wirklichkeit. Inzwischen ist aus dem Ergebnis eine Voraussetzung der Akkumulation geworden. Seine Transformation hingegen bleibt ein Ergebnis und hängt mit der doppelten Ursächlichkeit von Akkumulation und Klassenbewegung zusammen.
32. Es gibt in dieser Hinsicht kein „Subjekt“ der Planung in Form von Planungskommissionen oder allein zuständigen Ministerien. Der Existenzweise des bürgerlichen Staats, also seiner Formbestimmtheit entsprechend handelt es sich um eine „Pluralität“ von Instanzen und Subjekten, die teils bewußt, teils naturwüchsig die Aufgabe erfüllen. In bürgerlicher Einschätzung (oder Wunschenken) gehören die kommunistischen Parteien und Gewerkschaften auch zu dieser Pluralität.
33. Wolfgang Müller/Christel Neusüss: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Probleme des Klassenkampfes Sonderheft 1, 1971. Müller/Neusüss' Analyse des illusionären und zugleich instrumenteilen Charakters der Sozialpolitik des bürgerlichen Staats trifft durchweg zu und ist meisterhaft; die genauere Einschätzung der Staatsfunktion genau im Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital hingegen ist gründlich verfehlt.
34. Eine ganze Reihe marxistischer Untersuchungen bemüht sich, selbst den Klassenkampf lückenlos unter die Wirkung des Wertgesetzes zu subsumieren, statt dessen doppelte Wirklichkeit zu sehen: die durch die Produktionsweise selbst bedingte Verdoppelung der Natur des Arbeiters. Die Folge solcher Positionen: Die Befreiung erscheint als mechanische Schlußphase eines, durch das Wirken des Wertgesetzes und nicht durch den Kampf des Proletariats zustande gekommenen, Zusammenbruchs der Kapitalakkumulation.
35. Siehe zum Beispiel die Konkurrenz, die unter der Bedingung partieller Monopolisierung und weitgehender Oligopolisierung (der Ausdruck ist bekanntlich bürgerlichen Ursprungs, desungeachtet aber sachgerecht und auch in der Kritik der politischen Ökonomie anwendbar) und der damit zusammenhängenden partiellen Marktplanung neue Formen annimmt - in erster Linie auf dem Weltmarkt, also jenseits eher organisatorisch faßbarer, binnenwirtschaftlicher Nationalbereiche.

40 Carli ist ein Vertreter des Kapitals und kein ideologischer Kritiker des bürgerlichen Staats und der Sozialpolitik. Das „Leben der Fabrik“ ist nach ihm zu recht das wirkliche Problem: die ökonomische Decke der Produktion soll nicht einstürzen. Die rein staatliche Legitimationsdecke hingegen spielt eine sekundäre Rolle. Die heutige Krise ist - anders gesagt - keine bloße Legitimationskrise. Dazu: Stephan Leibfrieds Besprechung von Offes „Strukturprobleme des kapitalistischen Staates“ 1972, in: Politische Literatur, 1/1974, S. 114 ff.

36. 41 Die erste gesetzliche Fixierung: Gesetz vom 25. Dezember 1925, Nr. 2300, über die „Überprüfung der Staatsbediensteten“.
37. 42 Die Frage ist, ob der Staat damit aufhört, bürgerlich zu sein. Ökonomisch bliebe man bei der Mehrwertproduktion und bei der bürgerlich-kapitalistischen Organisation der Arbeit. Klassenanalytisch gesehen kommt es - wie in Italien, wo über ein Drittel des produktiven Sektors verstaatlicht ist oder mit Staatsbeteiligung arbeitet - zur Bildung eines neuen bürgerlichen Klassentyps, der so genannten „borghesia di stato“. Vor diesem Problem steht die

- KPI mit ihrem Programm der Ausweitung des Staatssektors bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise.
38. 43 O. Kuusinen: „Faschismus, Kriegsgefahr und die Aufgaben der kommunistischen Parteien“, Referat auf dem XIII. Plenum des Ekki, Moskau 1934, S. 38 ff.
 39. 44 Abgesehen von der stofflichen (und nicht bloß definitiven) Seite, daß der Staat nur dann realiter sich als Kapitalist betätigt, wenn er etwas produzieren läßt und auf dem Markt verkauft: die Stamokap-Theorie, vor allem in ihrer politisch-strategischen Vorstellung einer Ausschaltung der Monopole im Rahmen der „antimonopolistischen“, aber immer noch kapitalistisch produzierenden Demokratie (vgl. die Anmerkung oben über die KPI) läuft auf eine, bisher nur von bürgerlichen Ideologen behauptete Konstellation hin aus. Werden die Kapitale als Subjekte der Produktionsplanung und der Staat als Subjekt der Gesellschaftsplanung zusammen gefaßt, so wird die „Überwindung“ von Produktionsanarchie und Distributionsungerechtigkeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft für möglich gehalten.
 40. 45 So K. Zieschang: Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Sozialistische Politik 24, 1973, S. 24: Der Staat tritt als Wert- und Mehrwertproduzent nicht auf, sondern er setzt sich ein, um „den monopolistischen Ausbeutungsprozeß auszudehnen und zu vertiefen“ durch Bereitstellung entsprechender Rahmenbedingungen.
 41. 46 Anders in der Stamokap-Vorstellung, nach der der Staat tatsächlich als Kapitalist fungieren muß - und zwar in seiner Gesamtform: „Das Kapitalverhältnis (kann) nur noch aufrechterhalten werden, indem der kapitalistische Staat selbst als fungierender Kapitalist auftritt“, in: Der Imperialismus in der BRD, Berlin 1972, S. 251.
 42. 47 Mit dem Erlös der Alfawerke müßte der italienische Staat für die reibungslose Verwertung des Fiat-Kapitals sorgen. Richtig am Verhältnis ist allerdings, daß der Staat keine Markt- und Preispolitik betreibt, die zu einer ruinösen Konkurrenzsituation der Privatkapitale führt. Man kann dies als Zeichen der Interessenverschmelzung von Privat- und Staatskapital betrachten, gewiß nicht als eine willfährige Politik zugunsten der Monopole. In Wirklichkeit ist es das Kapitalerfordernis selbst, das jenseits der juristischen Eigentumsform auch den Kapitalisten Staat zwingt, die gleiche Preispolitik zu betreiben wie die Privatkapitalisten.
 43. 18 Dabei bestätigt sich auf der stofflichen Seite sowie auf der personellen Ebene, also in der innerbetrieblichen Struktur das Organisationsprinzip der kapitalistischen Produktion als eines Verwertungsprozesses. Der Staatsmanager tritt als hierarchische Spitze der staatlicherseits auf dem Arbeitsmarkt gekauften
 44. Arbeitskraft mit der gleichen Kommandogewalt entgegen, wie sonst ein jeder Privatmanager. Selbst für die Schaffung des „besseren Betriebsklimas“ und für die Herbeiführung humanerer Fabrikzustände nützt in unserer Gesellschaft die Verstaatlichung der Betriebe gar nichts. Die Verrechtlichung des Arbeitskampfes und die Verstaatlichung seiner Träger (Parteien und Gewerkschaften) - der Kern der Gesellschaftsplanung - treffen die Organisationen, weniger die Klasse, sofern sich diese nicht lückenlos mit den Organisationen identifiziert. Gegen eine autonom gewordene und autonom handelnde Klasse (die aus den Organisationen immer noch Instrumente machen kann) sind sie stumpf, Dazu J. H. Goldthorpe: „Die britische Arbeitskampfverfassung“, in Leviathan M1A, S. 499. Goldthorpes Aufsatz gehört zu den wichtigsten Beiträgen über dieses Thema.

Revolutionäre Strategie und Parlamentarismus

Vorbemerkung

Aus Allendes Sturz haben große und kleine Arbeiterparteien des kapitalistischen Westens die Bestätigung der Generallinie einer im wesentlichen parlamentarischen Strategie gewonnen. Teils aus theoretischer Ableitung, teils aus Opportunismus, teils endlich aus der Resignation, keine revolutionäre Lage mehr erhoffen zu können, versuchen sie, sich voll in den bestehenden Machtapparat einzubauen. Läßt sich dieser nicht durch den Klassenkampf auflösen, so sollen seine Regeln anerkannt und ausgenutzt werden. Derart will man die institutionelle Strategie, die die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft sichert, „dialektisch“ in ihr Gegenteil verkehren: Veränderung durch Anpassung.

Die drei schon klassisch zu nennenden Formeln, die den Sozialismus ohne Revolution heraufbeschwören wollen, sind die Volksfront in Frankreich, die antimonopolistische Demokratie in Westdeutschland, der historische Kompromiß in Italien. Allen drei gemeinsam ist die rein formale Vorstellung eines klassenneutralen Verfassungstaats, der sich je nach dem Kräfteverhältnis der Klassen untereinander und nach dem parteipolitisch-parlamentarischen Machtverhältnis alternativ gebrauchen läßt. Die politische Form erscheint in dieser Perspektive als bloß logische Kategorie, von allem sozialen Inhalt getrennt - und mit jedem sozialen Inhalt beliebig ausfüllbar. Sie gilt also nicht mehr als Form eines bestimmenden Inhalts: Organisation der Produktionsweise, sondern als Ausdrucksform des politischen Wollens, Organisation von Bündnissen und Programmen.

Auf diese Weise stellt sich die Frage erneut, ob der Staat der Bourgeoisie sich zum Volksstaat verwandeln läßt oder konkret gesprochen, ob der parlamentarische Weg eine, wie auch immer gefaßte revolutionäre Bewegung ersetzen kann. Die Alternative gilt nicht nur für die traditionellen Arbeiterparteien. Deren Führungsspitzen haben sich ohnehin schon entschieden, und es fragt sich in dieser Hinsicht nur, ob die Basis bereit ist, der Führung blind zu folgen. Auch neue Gruppierungen der Linken sehen sich mit der Realität des bürgerlichen Staats konfrontiert und hören die Lockrufe eines gegenseitigen Loyalitätsangebots. Am konkretesten zeigt sich dies in Italien, da in Italien vorläufig der Klassenkampf immer noch am weitesten entfaltet ist.

Mit der Bildung der Partei der proletarischen Einheit (PdUP)¹ und mit der Annäherung zwischen der neuen Partei und der Manifestogruppe hat eine neue Phase der links von der KPI organisierten Linken in Italien begonnen. Im gleichen Maß, in dem die organisatorische Stärkung erfolgt, muß das Verhältnis der Bewegung zu den anderen politischen Kräften und zu den institutionellen Rahmenbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft geklärt werden. Die nächsten Wahlen kommen auch für Italien mehr oder weniger bestimmt - und mit ihnen die strategische Perspektivwahl für die Linke, im Wahlgang eine formelle Überprüfung der eigenen Lage zu sehen oder aber den Revolutionsakt der *modernen Industriegesellschaft*.

Gleichgewichtiges vollzieht sich in Westdeutschland gewiß noch nicht, kann aber jederzeit durchaus eintreten. Daß die Arbeiterklasse als eigenständige politische Macht sich auch hier bei uns rekonstruiert, läßt sich allenthalben schon feststellen. Daran wird sie bestimmt nicht durch die Versuche der Ideologisierung seitens der bürgerlichen Sozialwissenschaft gehindert.²

Daher die Aktualität dieses Aufsatzes. Er wurde in Italien etwa ein Jahr vor dem heißen Herbst veröffentlicht und fiel in eine Phase der Klassenkämpfe und der politischen Konflikte innerhalb der italienischen Linken, in der die größte kommunistische Partei der kapitalistischen Welt - durch den französischen Mai und die Studentenbewegung in Italien und Deutschland verunsichert - zur Bejahung einer fundamental außerparlamentarischen Strategie zu tendieren schien. Die mögliche Aktualität resultiert aber auch aus der entgegengesetzten Entwicklung, die inzwischen eingesetzt hat. Die Führung der kommunistischen Partei Italiens ist zur Zeit dabei, der Perspektive einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung eine ebenso radikale Absage zu erteilen. Damit verbindet sich die sogenannte *Depotenzierung* des Klassenkampfes, d. h. also die politische Weigerung, im Klassenkampf die eigentliche wesentliche Waffe der Befreiung zu sehen. Letzter Ausdruck dieser Entwicklung, die auf eine lückenlose Sozialdemokratisierung hinausläuft, ist die in letzter Zeit direkt an die Christlich-demokratische Partei und an das norditalienische Kapital ergangene Aufforderung zum *historischen Kompromiß*.

Mit dem historischen Kompromiß melden sich die unmittelbaren Folgen eines institutionellen Wegs konkret an, dessen Ablehnung in dem folgenden Aufsatz als notwendig für eine konsequent kommunistische Politik der Emanzipation festgestellt wird.

Der *compromesso storico* hat eine völlig neue Qualität in die KP-Politik gebracht. Sie deckt sich nicht mehr mit der alten Volksfrontpolitik oder mit der Vorstellung einer *antimonopolistischen Demokratie*. Sie bricht im Grunde selbst mit der kontinuierlichen Entwicklung der italienischen Partei: mit der von Gramsci geprägten und von Togliatti konsequent weitergeführten Tradition. Den Kern der traditionellen Generallinie bildete die Auffassung eines *historischen Blocks* sozialer Gruppen um die tendenziell hegemonische Klasse des Industrieproletariats. Es handelte sich aber immer um einen Block der abhängigen Massen, zu den mit einem spezifischen sozialen Auftrag auch die Intellektuellen hinzustoßen sollten. Die Basis des historischen Blocks lag in erster Linie in der Einheit von Industrie- und Landproletariat einerseits, den breiten Massen des Südens andererseits. Der historische Kompromiß löst nunmehr den historischen Block ab: Die Allianz wird dem Klassegegner angeboten, politisch der Führung der Christdemokraten, gesellschaftlich den *anständigen Kapitalisten*, zum zweifellos edlen Zweck der Modernisierung und der weiteren Industrialisierung des Landes. Mit anderen Worten: es wird eine Allianz geboten zwischen der Arbeiterpartei auf der einen Seite und den politischen Vertretern des Kapitals und selbst dem Großkapital auf der anderen Seite, damit der Akkumulationsprozeß und die Kapitalverwertung ungestört weitergehen können. Letzteres ist wichtig und zeigt das Interesse des Kapitals an diesem Kompromiß an. Seit dem erneuten Ausbruch der Klassenautonomie im Herbst 1969 gelingt es dem Kapital in Italien nicht mehr, die Arbeiter in die Produktionsdisziplin zurückzuholen; noch gelingt es dem Staat, institutionell oder terroristisch (die bekannte *Spannungsstrategie*) das gebrochene Subsumtionsverhältnis lückenlos wiederherzustellen. Die KP Italiens hat völlig recht, wenn sie sich als die einzige politische Kraft darstellt, die dieses mühevollen Geschäft besorgen kann. Nur ihre Beteiligung an der Regierung gewährleistet, daß dem Land „eine neue Führung gegeben wird, die über eine wirksame politische und moralische Autorität verfügt und ernsthaft und verständlich zu den Arbeitern über Disziplin reden kann“.³

Ob der „historische Kompromiß“ eine reale und realisierbare Perspektive darstellt, ist aus mehreren Gründen allerdings fraglich. Erstens ist die italienische Christlich-demokratische Partei (DC) selbst derart regierungsunfähig geworden, daß sie ebenso koalitionsuntüchtig ist. Zweitens: Der Kompromiß findet auf der Kapitalseite keineswegs einhellige Zustimmung. Gewiß scheint in ihm eine letzte Möglichkeit zu liegen, die gestörte Akkumulation mindestens sozial wieder regenerierbar zu

machen und also z.T. die Potenzierung der ökonomischen Krise durch den Klassenkampf teilweise aufzufangen. Was aber im Interesse einiger großer Kapitalgruppierungen des Nordens liegt, stößt gegen das Interesse der Großagrarier des Südens ebenso wie gegen die politischen Programme des im Lande investierten USA-Kapitals.

Drittens endlich ist es zu bezweifeln, ob die italienische Arbeiterklasse die neue Strategie sich zu eigen machen wird. Bei der kürzlich in Genua abgehaltenen Arbeiterkonferenz der KPI sollte nach dem erklärten Willen der Parteiführung „der große Vorschlag des historischen Kompromisses in die Hände der Arbeiter gelegt werden.“ Nun, die Arbeiter haben das Angebot gar nicht zur Kenntnis genommen und zogen es vor, das Problem des Generalstreiks zu diskutieren.⁴ Daß das Interesse der Klasse für die politischen Vorschläge ihrer größten Organisation auch zur offenen Distanzierung werden kann, zeigten die Turiner Ereignisse anläßlich der großen Chile-Demonstration vom 19. November 1973. Der Versuch der KP-Führung, eine gegenüber radikalen Linken abgegrenzte Kundgebung mit der DC abzuhalten, und d. h. praktisch die Klassenlinke zu spalten in eine radikale Gruppe auf der einen Seite und in eine Allianzgruppe des *compromesso storico* auf der anderen Seite, scheiterte am Widerstand der Fiat-Arbeiter. Sie sagten ihre Beteiligung nur einer Einheitsdemonstration zu, die sich klar als Ausdruck der Klassenlinken erkennen ließe. Sie setzten ihren Willen durch - bezeichnenderweise in der organisatorischen Regie der Metallarbeitergewerkschaft.

Inzwischen hat das Ergebnis des Mai-Referendums (1974) über die Scheidungsgesetze, der Sieg eines „Nein“, das sich immer mehr global gegen die Politik der Christdemokraten und gegen deren stillschweigendes Bündnis mit den Faschisten richtete, die Durchsetzbarkeit des historischen Kompromisses noch zusätzlich erschwert. Angesichts der ökonomischen und sozialen Krise des Landes scheint zwar ein Eintritt der KPI in eine bürgerliche Koalitionsregierung notwendiger denn je. Andererseits haben sich die Gegenfronten eher versteift. Die Führung der Partei - durch die letzten Ereignisse erheblich verunsichert - pocht zwar nach wie vor auf ihre Kompromißlinie, schlägt zugleich aber auch Alternativmöglichkeiten vor, die auf die Rekonstruktion einer „*neuen oppositionellen*“ Politik hinauslaufen. Indessen liegen historischer Kompromiß und neue Opposition nicht sehr weit auseinander. Denn mit der letzteren meint man nicht den Neubeginn fundamental oppositioneller Politik, sondern den *Eintritt in das demokratische Wechselspiel von Regierung und Opposition*. Daher werden gerade im Sinne dieser Rückkehr zur Oppositionsstrategie die Annäherungsversuche an die Mitte fortgesetzt, die revolutionäre Perspektive wird nicht mehr zurückgedrängt, sondern schlicht abgesetzt. Auch der *Neuen Opposition* gelingt es nicht, politische Artikulation einer Massenbasis zu sein, die zum unmittelbaren Angriff neigt - selbst in der Form einer präventiven Verteidigung gegen den faschistischen Terror. Bezeichnenderweise versucht die KP-Führung, die antifaschistische Militanz auf ein legales Maß zurückzuschrauben und betont formalistisch - wie die SPD am Ende der Weimarer Zeit - daß die Verfassung die stärkste Waffe gegen den Faschismus sei. Inhaltlich wird der Einbau in das institutionelle System weiter forciert und gewinnt zuweilen ideologische Aspekte, die man mit dem Wort Sozialdemokratisierung nur unzulänglich umschreiben kann. So pries Francesco Valentini in dem *kommunistischen* Blatt *Paese sera* (vom 27. September 1974) Togliatti und Berlinguer als Schüler *nicht von Lenin oder Mao, sondern von Cavour*; und die KPI selbst mit folgenden Bemerkungen: Die eventuelle Regierungsbeteiligung einer westlichen kommunistischen Partei wäre alles andere als *umstülpend*; sie hätte vielmehr den Charakter der aufgeklärten Konservation und der *demokratischen Restauration*. Eine kommunistische Partei als glückliche Synthese von aufgeklärtem Konservatismus und restaurierter parlamentarischer Demokratie? Das bildet in der Tat eine günstige Ausgangsstellung für den Kompromiß mit dem *fortschrittlichen* Kapital, den Technokratengruppen der

christlichen Demokratie und dem vorurteilslosen Militär; aber gewiß nicht für eine Hegemonialpolitik der Arbeiterklasse.

Es kommt schließlich ein Letztes hinzu - eine zusätzliche Brüchigkeit zwischen der Parteiführung und der Massenbasis. Nicht nur der formelle „*Eintritt in die Regierungssphäre*“¹¹ oder der ebenso formelle „*Eintritt in das demokratische Wechselspiel von Regierung und Opposition*“ (was dasselbe ist) bereiten der italienischen - und nicht nur der italienischen - KP-Führung gegenüber der Basis Kopfzerbrechen, sondern ebenso sehr der Erfolg einer solchen Linie. Sicherlich sind viele Kommunisten bereit, die Linie taktisch zu akzeptieren, in der Erwartung, daß die Taktik nicht abermals, wie schon oft in der Geschichte traditioneller Arbeiterparteien, die Strategie verschlingt und der politische Erfolg die Revolution entläßt. Die KP-Führung weiß aber genau, daß sie bei einer Regierungsbeteiligung die Revolutionserwartungen, selbst die Hoffnung nach Strukturreformen enttäuschen muß. Insofern ist es verständlich, wenn KP-Führer resigniert zugeben: Sie hielten zwar den historischen Kompromiß für unumgänglich und für den einzigen Weg, sich den Zugang zur Macht zu eröffnen; sie wußten aber selber nicht, welche Politik sie als Koalitionspartei verfolgen sollten. Was übrig bleibt, ist negativ: Die fortwährende Spaltung einer an der Basis, in den Fabriken und in den Wohnvierteln weitgehend geeinten Klasse.

Kurz vor den französischen Wahlen 1968 versicherte Benoit Fra-chon, Sekretär der CGT, in einem Interview mit dem *Spiegel* (Nr. 26, 1968), worin er gegen die Studentenbewegung des Französischen Mai und die „*Provokationen*“ des „*Deutschen*“ Cohn-Ben-dit Stellung bezog, daß nicht die Pariser Barrikaden, sondern der Stimmzettel die wirkungsvollste Waffe zur Bekämpfung des de Gaulleschen Regimes sein würde. Die führenden Gruppen der französischen Arbeiterbewegung, obwohl sie aus dem studentischen Aufstand Nutzen gezogen hatten und ihn teilweise als den Funken betrachteten, an dem sich das Feuer des Generalstreiks entzündet hatte, gaben in Erklärungen dieser Art deutlich zu verstehen, daß nach ihrer Auffassung der Königsweg zum Sozialismus in den am meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern über den Wahlkampf und -sieg verlief mit der- wie Benoit Frachon hinzufügte - darauffolgenden Konstituierung einer *wahrhaft demokratischen Volksregierung*. Es handelt sich also nicht so sehr um einen kontingent-taktischen Schritt als vielmehr um eine strategische Entscheidung, die auf einer *fortschrittlich* gefaßten, unkritischen, ja apologetischen Interpretation des konstitutionellen parlamentarischen Systems beruht. Im übrigen unterscheidet sich die Haltung der KPF nicht von der, die die schwedische und die österreichische kommunistische Partei in letzter Zeit eingenommen haben; aber auch nicht von der Linie, die von der neuen deutschen kommunistischen Partei seit ihrer Gründung eingehalten wird. Die Tatsache, daß die KPI Berührungspunkte und Momente der Solidarität mit der Studentenbewegung und ihren antiautoritären Motivationen (die extrem kritisch sind gegenüber den traditionellen Organisationsprinzipien und den traditionellen Kampfmethoden) gefunden hatte, läßt eine komplexere und eine spezifiziertere Situation entstehen.⁵

Hinzu kommt noch der Denkprozeß, der nach der sowjetischen Intervention in der CSSR in Gang gekommen war, ein Denkprozeß, der - soll er wirklich marxistisch sein - nicht davor Halt machen wird, die kommunizierenden Röhren zwischen der sowjetischen Generallinie mit ihrem unverhohlenen Hegemonialanspruch (Theorie des Führungsstaats und der Führungspartei) einerseits und den sozialdemokratisch-parlamentarischen Rückentwicklungen einiger westlicher kommunistischer Parteien andererseits aufzudecken.⁶

Man weiß, was für ein Ende die „*Revolution*“¹¹ durch Stimmzettel in Frankreich nahm. Die krude empirische Tatsache der Wahlniederlage der KPF ist indessen relativ unbedeutend. Es lassen sich höchstens einige polemische Erwägungen politikwissenschaftlicher Art dazu anstellen. Der quantitative

Rückschlag der Kommunisten und der Linken im allgemeinen (erzielte Stimmen) ist im Verhältnis zu den qualitativen Ergebnissen (Sitze) weit geringfügiger: eine Differenz, die wie man wohl weiß, auf das Wahlgesetz zurückzuführen ist. Den Verlust von Parlamentssitzen rechtfertigt man gewöhnlich als Folge eines ungerechten Wahlsystems, als ein Ergebnis, daß sozusagen arglistig vom Klassenfeind erzielt worden ist, um ein strategisch richtiges Prinzip (die grundsätzlich auf Wahlen ausgerichtete Orientierung der kommunistischen Partei) durch ausgeklügelte legale Mechanismen zu verfälschen. In Wirklichkeit verhält es sich eher umgekehrt. Eine vernünftige kommunistische Strategie, die den parlamentarischen Weg zum Sozialismus wählt, kann dies nicht tun, ohne die Auswirkung des geltenden Wahlsystems zu berücksichtigen. In diesem Punkt gibt es also keine Entschuldigung: als sie sich für die Teilnahme am Wahlkampf (mit der daraus folgenden Verurteilung des studentischen *Aben-teuertums*) entschlossen, wußten die Führer der KPF wahrscheinlich, wie man in der Fünften Republik zu wählen pflegt; und daß das System des Mehrheitswahlrechts anders funktioniert als das des Verhältniswahlrechts, da es den Parteien der Rechten eine größere Möglichkeit an die Hand gibt, labile Gruppen des Kleinbürgertums zu mobilisieren. Aber dies sind Randbemerkungen.

Der wichtigste Aspekt der französischen Wahlen besteht vielmehr in dem Kurswechsel de Gaulles. Indem er vom Plebiszit zur Auflösung der Kammer übergang, nahm der General zu der klassischen Methode Zuflucht, die der Parlamentarismus den bürgerlichen Führungsgruppen zur Lösung politischer Krisen anbietet.⁷

Diese Entscheidung gewinnt eine grundsätzliche Bedeutung. Sie hilft Zweifel klären und Unsicherheiten aufräumen hinsichtlich der spezifischen Funktion, die die traditionellen, bürgerlichstaatlichen Institutionen ausüben: sei es im allgemeinen Zusammenhang des Klassenkampfes, sei es in der besonderen Situation eines modernen Staats, der sich anschickt, von den parlamentarisch-demokratischen Strukturen zu neuen Strukturen technokratischen Charakters überzugehen.

Dies alles ist auf dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Veränderungen zu sehen, die in den letzten Jahrzehnten vor sich gegangen sind.

Anders als der *Konkurrenzkapitalismus der Periode, die grob gerechnet ökonomisch bis zum Beginn des Imperialismus, sozial bis zu den ersten Korporationsvorstößen reicht, übernimmt der moderne Kapitalismus auch soziale Aspekte der Befriedung und der Manipulation der abhängigen Massen (Konsumgesellschaft)*, und weist gleichzeitig dem Staat Distributionsaufgaben zu, die vorher vom Markt übernommen (jedoch nicht eingelöst) wurden. Deshalb tendiert er immer mehr dahin, staatliche Organisationstypen, die sozial gesehen Klassencharakter haben, in ökonomischer Hinsicht jedoch sich marktneutral verhalten, zugunsten eines ideologisch-sozial sich pluralistisch gebenden Staats zu überwinden, der gegenüber jeder sozialen *Schicht* Distributionsfunktionen ausübt; der zugleich aber mit bestimmten präferenzgebundenen Entscheidungen innerhalb der Ökonomie und des Produktionsbereichs tätig wird. Es handelt sich um den Versuch - in Italien ist er im Gange, in der BRD und in Großbritannien scheint er bereits eine gewisse strukturelle Perfektion erreicht zu haben, die nur durch schwere Krisen erschüttert werden kann -, den Staat in ein mehr oder weniger direktes Organisationsinstrument für den Prozeß der Kapitalakkumulation umzuwandeln. Obwohl eine solche Umwandlung sich der bestehenden, durch die Verfassung gegebenen Einrichtungen bedient und die konventionellen politischen Organe formell nicht ausschaltet, bringt sie doch tiefgehende Veränderungen innerhalb des realen Mechanismus der politischen Macht mit sich. Die versuchte Koppelung von Planung und Mehrwertproduktion setzt Entscheidungsinstanzen voraus, die sich jenseits der von der Verfassung vorgesehenen Instanzen, jenseits des streng juristisch abgegrenzten Bereichs der sogenannten staatlichen Organe und in erster Linie jenseits des Parlaments etablieren.

Andererseits haben die englischen und die westdeutschen Erfahrungen gezeigt, wie wichtig die „*Volksvertretung*“ für die politische Disziplinierung der Massen ist: Sie hält die Illusion eines nur politisch geregelten, an der sozialen „*Gerechtigkeit*“ orientierten Verteilungsausgleichs aufrecht. Wie man schon im vergangenen Jahrhundert voraussah, ist das Parlament zu einem wirkungsvollen Instrument der sozialen Integration und Befriedung geworden, das mit ziemlicher Sicherheit einrastet, um den sozialen Konflikt zu mildern, den Klassenkampf zu neutralisieren und ihn seines revolutionären Inhalts zu berauben. Die Barrikaden - seien es die symbolischen der Straßenkämpfe, seien es die wesentlich konkreteren des dauernden Kriegs gegen Unterdrückungs- und Ausbeutungssysteme - werden durch das Petitionsrecht des Einzelnen und ganzer sozialer Gruppen und das Recht auf Interpellation, Kritik und Opposition ersetzt, das von politischen Vertretern der lohnabhängigen Massen wahrgenommen wird. Die „proletarische Bestie“ wird auf diese Weise domestiziert und zwar genau in dem Maße, in dem sich ihre politischen Organisationen parlamentarisieren: den Wahlsieg ins Zentrum ihrer strategischen Konzeption rücken und auf diese Weise den Machtmechanismen genau ins Netz gehen. Daß die domestizierte Bestie zum Wachhund der bürgerlichen Villa werden kann, zeigt sich deutlich genug an der Haltung der amerikanischen und deutschen Gewerkschaften, wie auch an der ablehnenden Reaktion eines Teils der Arbeiterklasse gegenüber jeglichem Versuch der Erhebung des schwarzen Proletariats in den USA und gegenüber den Forderungen der sogenannten rebellischen Jugend im Bonner Staat.

Die Erfahrung der fortgeschrittenen Gesellschaften zeigt die Fähigkeit des modernen, organisierten Kapitalismus im vollen Licht, das parlamentarische System zu benutzen wie die Möglichkeiten einer zukünftigen Technokratie, aus den konventionellen Formen und Strukturen des Staats Nutzen zu ziehen. Auch wenn die grundlegenden politisch-ökonomischen Beschlüsse und Entscheidungen nicht innerhalb des Parlaments getroffen werden, kann man das parlamentarische System und seine historischen Merkmale (wie z.B. das allgemeine Wahlrecht) ins Spiel bringen, um die effektiven Zentren der Macht ohne allzu schwere soziale Störungen operieren zu lassen.

So geschah es in Frankreich im Sommer 1968. In einer objektiv revolutionären Situation, die durch eine subjektive Situation des Aufstands verschärft wurde, zwang der Rückgriff auf die alte und abgestandene Methode der Auflösung der Kammer und der Ausschreibung allgemeiner Wahlen die Linksparteien *an die Wahlen zu denken*; und trug derart mehr als jede andere politische und polizeiliche Maßnahme dazu bei, den revolutionären Schwung abzuwenden, der die Arbeitermasse ergriffen hatte. Die KPF setzte in einer solchen Situation auf die Verfassung und sah sich genötigt, die Umwälzung zu verleugnen. Während Studenten und Arbeiter die Solidarität der Barrikade entdeckten, begann die *revolutionäre* Partei aufs neue, von parlamentarischen Schlachten gegen Kapitalismus und Gaullismus zu träumen; von langen Reihen eingereichter Petitionen und Interpellationen; und entsprechend Wahlpropagandaformeln auszutüfteln, um auch nichtproletarische Stimmen zu fangen. Auf diese Weise wollte sie einerseits die Feindschaft der kommunistischen Partei gegenüber dem Regime und den Monopolen, andererseits auch ihre bürgerliche Würde, ihre *Reife und Fähigkeit zur Mäßigung* (so Benoit Frachon im Spiegel-Interview), ihren Charakter einer Partei der Ordnung unter Beweis stellen. Von daher die Attacken gegen die Studenten und gegen sehr viele, vor allem junge Arbeiter, die *leninistische* Verachtung für die „*Kinderkrankheit des Linksradikalismus*“ usw.

Die damalige Fehleinschätzung der französischen KP betrifft allerdings nicht so sehr die punktuelle politische Beziehung zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung. Vielmehr geht es zum einen um das Verhältnis, das sich im Laufe des Emanzipationskampfes zwischen Arbeiterklasse, anderen unterdrückten Gruppen und dem revolutionären Engagement herausgebildet hat; zum

anderen um den Zweck, die Funktion und die politische Eigenschaft (der Emanzipation oder der Unterdrückung) der gewöhnlichen Institutionen des bürgerlichen Staats. Dabei handelte es sich gewiß nicht nur um einen „französischen“ Irrtum. Auch im „Mondo Nuovo“ vom 20. Oktober 1968 konnte man lesen, daß „die Kämpfe im Land mit den parlamentarischen Kämpfen um die Verteidigung der Rechte der italienischen Massen zusammenfallen“. Das wäre in der Tat eine großartige Sache, würde es sich nicht in Wirklichkeit nur genau um die romantische Reproduktion der Konzeption von Turati und Bebel handeln. Es ist hinlänglich bekannt, wozu diese Tendenz geführt hat: *In der Perspektive der realen Entwicklung* tragen die konkurrierenden, nicht antagonistischen Kämpfe innerhalb des Parlaments dazu bei, die großen Massen von den konkreten Klassenkonflikten abzulenken.

Ohne Zweifel zeigt sich die Irrtümlichkeit dieser Einschätzung auch in der intellektuellen Unfähigkeit (die auf ein schematisches, undialektisches Denken zurückverweist), die komplexe Einheit zu sehen, die sich zwischen studentischer und Arbeitersituation in der technisch-wissenschaftlichen Kapitalverwertung und in deren staatlich erfolgter Vermittlung entwickelt. In der Tat nähern sich sowohl die politischen Bedingungen der gesellschaftlichen Existenz von Arbeitern und Studenten zunehmend an, wie die Produktionsverhältnisse, die die materielle Arbeit bestimmen, immer mehr sich auch als bestimmendes Element der wissenschaftlichen Arbeit durchsetzen. Konkret zeigt sich die Auswirkung dieser Situation in der täglich erfahrbaren Unmöglichkeit der Arbeiter und Studenten, direkt und wirksam in den Entscheidungsprozeß - sei es der Regierungsbürokratie, sei es der Führungs- und Herrschaftsgruppen des Produktionsbereichs (des Großkapitals), und der „Kultur“ einzugreifen, um zumindest eine, für menschlichere Arbeitsweise notwendige strukturelle und funktionale Reform zu verwirklichen. Es handelt sich nicht um eine Annäherung der Denkweise (die durch das geduldige Bemühen um gegenseitiges Verständnis und vor allem durch eine gemeinsame politische Praxis erreicht werden muß), sondern um eine Annäherung objektiven Charakters zwischen sozialen Kräften, die gezwungen sind, unter denselben, vom Kapitalismus diktierten objektiven Bedingungen zu leben und zu arbeiten. Die Forderung nach einem Zusammengehen zwischen Studenten und jungen Arbeitern auf dem Gebiet der politischen Praxis in Westdeutschland und Westberlin war die erste Folge dieser sich aus der Situation ergebenden Gemeinsamkeit.

Die „Revolte der Jugend“, die gerade auch die Revolte gegen die parlamentarischen Mechanismen einer PseudoVertretung umfaßt, hat überhaupt nichts zu tun mit einer teils als leichtsinnigen, teils als kriminell dargestellten studentischen Jugend, sondern mit dem klaren Bewußtsein der Entfremdung und der daraus folgenden Klassensolidarität, die sich in der Begegnung der zukünftigen Techniker und Forscher und der zukünftigen Arbeiter mit einem Erziehungs- und Arbeitssystem gebildet hat, das den einzelnen wie die Gesellschaft an der freien Entfaltung hindert, wie es eine rationalere Entfaltung der Produktivkräfte verunmöglicht.⁸

Die kapitalistische Welt wohnt in der Tat nicht einem teils amüsanten, teils gefährlichen Spektakel jugendlicher Abenteurer bei, sondern wird durch die Revolte der Produktivkräfte gegen ein ökonomisches Produktionssystem und ein politisches Verteilungssystem erschüttert, das durch die geschichtliche Entwicklung technisch, sozial, selbst kulturell überholt ist - ein System, das sich nunmehr mit den für den gesellschaftlichen Konservatismus typischen Mitteln verteidigt. Es bedient sich der Polizei, es läßt das Militär intervenieren, und es setzt in seiner wirkungsvollsten, weil *friedlichen*, jeden Gutgläubigen verführenden Form den Verfassungsmechanismus konterrevolutionär in Gang und appelliert damit gleichzeitig an das verfassungstreue, im Notfall sogar an das sonst obsolet gewordene, vaterländische Gewissen der *Bevölkerung*.⁹

Aus der gleichen Perspektive entwickelte die sogenannte Jugendrevolte ihre außer- und antiparlamentarische Politik. Die Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise erfaßt in durchaus richtiger Schlußfolgerung die verfassungsmäßigen Institutionen, deren integrierend-repressiver Charakter entdeckt oder vielmehr wiederentdeckt wird. Sie drückt keineswegs die unre-flektiert *linksradikale* Haltung sogenannter Randgruppen der Emanzipationsbewegung aus (junge Arbeiter, junge Techniker und Wissenschaftler, Studenten); sondern sie bewegt sich im Umkreis jener revolutionären proletarischen Kritik, für die nicht irgendein vorstellbares Ideal, sondern die unmittelbar erfahrene Produktionsweise den praktischen Schlüssel zur Analyse der politischen Organisationsform einer geschichtlich konkret existenten Gesellschaft liefert. Es ist also eine Kritik, die nicht von der ideellen Vorstellung dessen ausgeht was eine Volksvertretung und eine *wahrhaft demokratische Volksregierung* sein könnte und sollte; oder was sich mit einem Parlament machen ließe, das aus wahrhaft demokratischen Volksvertretern ideal zusammengesetzt wäre. Sie geht von der Realität des heutigen Kapitalismus aus, der seine Existenz zu verlängern sucht, indem er den Hebel bei den durch Parlamente und (bürgerliche) Regierungen tatsächlich durchsetzbaren Maßnahmen ansetzt. Dadurch übt das Kapital einen tatsächlichen, wirkungsvollen und bestimmenden Druck auf den politischen Entscheidungsapparat aus. Selbst in Krisensituationen - oder vorbeugend - versucht er nicht so sehr, offen zu dem terroristischen Regime überzugehen, das den alten historischen Faschismus kennzeichnet. Vielmehr geht es ihm darum, die verfassungsmäßig vorgesehenen Organe und Mechanismen praktisch zu transformieren, ohne die VerfassungsOrdnung juristisch zu ändern. Indem die Kritik an diesem Parlamentarismus abgewehrt wird, als sei sie eine Folge anarchischapolitischer Haltungen und als wiederhole sie die überholten Thesen des Anarchosyndikalismus, begeben sich die Traditionalisten der Arbeiterbewegung jeder Möglichkeit zu einer neuen Strategie gegen die neuen Formen des Kapitalismus. Sie bewegen sich außerhalb des Marxismus, weil sie sich außerhalb der gesellschaftlichen Realität stellen. Vordergründig stehen sie allerdings nicht außerhalb der Tradition des Marxismus-Leninismus. Vor einem halben Jahrhundert verwarf Lenin die linke Parlamentarismuskritik mit dem berühmten Argument: Die Kommunisten wüßten zwar, daß das Parlament ein Klassenorgan der Bourgeoisie sei; die Proletarier hingegen glaubten immer noch an das Parlament. Dieses Argument wurde inzwischen kanonisiert und dient als Legitimation des parlamentarischen Wegs zum Sozialismus. Die Kanonisierung geht offensichtlich von einer Arbeiterklasse aus, die nie etwas dazu lernt und daher immer noch am Glauben festhält. Vierzig Jahre nach Lenins Argumentation läßt sich indes feststellen, daß nicht das Proletariat, sondern nur noch die Führungen der westlichen kommunistischen Parteien an das Parlament glauben.

„Die Arbeiter werden de Gaulle mit dem Stimmzettel bekämpfen“: der stolze Satz, der vorgibt, einen höheren Reifegrad der Partei des Proletariats vorzuweisen (nicht so sehr des Proletariats, das eher geneigt scheint, der konstituierten Macht auf dem Boden unmittelbarer Kampfpraxis entgegenzutreten) vergißt in Wirklichkeit den Faschismus, vergißt die großen amerikanischen Monopole, den Neokolonialismus; er vergißt (und das ist für einen französischen Gewerkschafter noch paradoxer), daß nicht etwa die Wahl ins Parlament, sondern die Ernennung zum Mitglied der Planungskommissionen zum Machtzentrum führt. Er vergißt, daß seit der Zeit der Volksfront bis heute sich die Physiognomie des Kapitalismus in auffälliger Weise geändert hat und daß der Kapitalismus - auch dank der Erfahrungen mit dem faschistischen Korporativismus und mit den Keynes'schen Wirtschaftspraktiken - in seiner Expansion und Selbstverteidigung eine weit größere Effizienz erreicht hat. Wer glaubt, diesen Feind mit dem Stimmzettel bekämpfen zu können, bildet sich ein, der geschichtlichen Wirklichkeit kraft guten Willens ein Schnippchen schlagen zu können;

und verliert die Schlacht, weil er den Gegner unterschätzt und den strategischen Wert der Herrschafts- und der Befriedungsmittel falsch einschätzt, die ihm zur Verfügung stehen. Vielleicht gibt es nützliche Idioten, die sich dafür eignen, den Bereich der „revolutionären“ Opposition eines Parlaments zu erweitern. Die Hoffnung, eine solche Erweiterung könne eine revolutionäre Strategie ersetzen, die auf dem außerparlamentarischen sozialen Konflikt basiert, ist selber eine nützliche Idiotie - nützlich für den Kapitalismus. Der Kapitalismus selbst - auch der verkrachte italienische - ist alles andere als idiotisch, obwohl er sich bisweilen wie ein verrückt gewordener Krimineller aufführt. Seine spezifische staatliche Organisationsform ist keine nützliche und für die Revolution verfügbare Idiotie. Die historische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat die Illusion Engels gewiß nicht bestätigt, daß revolutionäre Bewegungen eher in der Luft der Legalität gedeihen als in der Luft der illegalen Mittel und des Aufstands. Jenseits aller moralisch-politischen Wertung lassen sich in der Strategie dieser berühmten Illusion keine Erfolge verzeichnen, die vielmehr zu dem beispielhaften Niedergang der deutschen Sozialdemokratie führte. Disraeli und Bismarck hatten nicht ganz Unrecht, als sie im vorigen Jahrhundert den Proletariern den revolutionären Willen beschneiden wollten, indem sie ihnen das Wahlrecht schenkten. Zugegeben: dies kann langfristig ebenso ein Irrtum sein. Aber es ist nur dann ein Irrtum, wenn das Wahlrecht als Mittel einer fundamentalen Opposition und dafür benutzt wird, innerhalb des bürgerlichen Staatsapparats exemplarische Zeichen der Gegenmacht aufzurichten. Disraeli und Bismarck haben hingegen Recht, wenn sich das Wahlrecht in den Mythos der verfassungsmäßig legalen Revolution verwandelt, die die Emanzipationsbewegung zu einer integralen und integrierten Parlamentarisierung verkommen läßt.

Wenn man zu einer strategischen Einschätzung des heutigen bürgerlichen Staates kommen will, ist es ohnehin wenig sinnvoll, sich auf die taktischen Vorschläge und Hypothesen der Klassiker des Marxismus zu beziehen; wie es im übrigen auch wenig Sinn hat, sich sorglos und um ökonomisch-soziale Analysen unbekümmert auf die Appelle und Visionen Bakunins zu berufen. Verbleibt man in kanonisierten Vorstellungen und sieht man von der historischen Veränderung ab, die in der kapitalistischen Welt vor sich gegangen ist, so gelangt man nur zu idealistischen Entwürfen und Perspektiven, die zuweilen einer gewissen romantischen und reaktionären Färbung nicht entbehren. Die Konzeption eines wirklich souveränen Parlaments bezieht sich z. B. auf reale Verfassungsbestimmtheit der beginnenden Kapitalakkumulation, als die industrielle Produktivkraft hauptsächlich durch Manufakturen und die Dampfmaschine repräsentiert wurde. Ähnliche reaktionäre Romantizismen blühen oft in sozialdemokratischen politischen Programmen, die darauf aus sind, die Sympathie kleiner Unternehmer zu gewinnen. Parallel zur parlamentarischen Restauration verspricht man die industrielle Restauration der kleinen Betriebe und die ökonomische Wiederherstellung jener idyllischen *Wettbewerbswirtschaft* des freien Tauschmarktes, verbunden natürlich mit einem gerüttelten Maß an staatlichen und rechtlichen Garantien. Diese Perspektive gilt auch für eine praktische, nicht an Doktrinen festgemachte Überprüfung der theoretischen Positionen von Marx, Engels und Lenin gegenüber dem Parlamentarismus. Wie schon angedeutet, geht es in erster Linie hier um Lenin. Die schon zitierten grundlegenden Irrtümer der französischen kommunistischen Partei und der französischen kommunistischen Gewerkschaft kann man zum guten Teil der traditionell-doktrinären Treue gegenüber bestimmten Thesen Lenins zuschreiben, die in eine Weltanschauung, in ewige und unveränderliche Axiome umgewandelt wurden. Als ob man nicht wüßte, welche Rolle und welche soziale Funktion - eben eine des Bremsens und der Frustration - *die Kinderkrankheit der Linken* seit Lenins Stellungnahme in theoretischen und politischen Konflikten der europäischen Linken übernommen hat. Marxistisch, d. h. in einer theoretischen Argumentation, die die Praxis einschließt, muß man die historische Tragweite, aber auch den zeitbedingten Charakter der

Leninschen Analyse sehen. In einer Situation, die der bitteren Ironie nicht entbehrt, muß man in dieser Hinsicht auf eine seltsame Differenz achten. Während die kapitalistischen Kräfte hemmungslos auf eigene Ordnungen und liberale Ideale förmlich pfeifen und angesichts der organisatorischen Erfordernissen des Kapitals eine staatliche Teilhabe auch an der finanziellen Verwertung des investierten Kapitals nicht verschmähen, konsultiert der Kommunist angesichts der Notwendigkeit, seine eigenen Kampfpositionen zu radikalisieren, ängstlich eine taktische Schrift Lenins und scheut vor jedem Versuch zurück, der mit Lenins Ordnungsvorstellungen bricht. Es handelt sich nicht darum zu verstehen, inwiefern Lenin vor einem halben Jahrhundert recht daran getan haben mag, die westlichen Parteien zu einer parlamentarischen Orientierung aufzufordern. Es handelt sich um die Einsicht, was sich in der Zwischenzeit geändert hat; welches die neuen ökonomischen und sozialen Bedingungen sind und welche Konsequenzen sich daraus für eine vernünftige Einschätzung der radikalen Kritik ergeben. Auch für Lenin gilt, was wir schon für die traditionalistischen französischen Genossen gesagt haben - nur daß er geschichtlich gerechtfertigt ist. In seinem Urteil über die parlamentarische Mitwirkung und über mögliche politische Allianzen geht Lenin von der Analyse einer Gesellschaft aus, die weder den Faschismus noch die technisch-manipulativen Möglichkeiten der post-faschistischen Umwandlung des bürgerlichen Staats kennen konnte. Noch weniger konnte er die Folgen berücksichtigen, die die Präsenz und Expansion des sozialistischen Lagers auf die Innenpolitik der westlichen Staaten, auf die soziale Haltung des Kapitalismus, in erster Linie auf die Deformation der westlichen Arbeiterbewegungen haben mußte. Die staatliche Organisation des kapitalistischen Reproduktionsprozesses hat zu einer strukturellen und funktionalen Verschiebung des inneren Staatsapparats geführt, bei der Lenins Voraussetzung, das Parlament könne das Zentrum der Macht sein, hinfällig geworden ist. Das müßte aber wirklich schon längst bekannt sein. In den am meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften hat die Anzahl der erworbenen Sitze innerhalb der Repräsentationsorgane einen derart sekundären Wert, daß eine rein auf die Wahlen ausgerichtete Strategie lediglich Zeit- und Energieverschwendung bedeutet. Hingegen hat sich - in einem von Lenin nicht vorherzusehenden Maße - die Rolle eines integrativen Machtinstruments immer deutlicher herausgebildet, dessen „Spielregeln“ gewiß keine Regeln des anständigen Verhaltens, des fair play sind, wie die Apologeten des englischen Unterhauses zu behaupten pflegen; sondern robuste Gesetze, die einen jeden ihrer konservativen Funktionalität unterwerfen, der sie anerkennt. Ihr vordergründig rationaler und von jedem klassenspezifischen Inhalt unabhängiger Charakter ist ein um so tauglicheres Mittel, den Klassencharakter der politischen Kämpfe zu verdecken. Und hier zeigt sich gerade die dialektische Vernunft der außerparlamentarischen und antiparlamentarischen Position der „Kinderkrankheit“ des Linksradikalismus. Erst dieser deckt entgegen der aufklärerischen Legende von der Vernünftigkeit des parlamentarischen Systems die antagonistische und klassenbedingte, gewalttätige Struktur unserer Gesellschaft wieder auf.

Gegen die dialektische Vernunft stehen handfeste Apparatsinteressen. Der Rückgriff auf Lenins Polemik gegen den Linksradikalismus und die harte Verurteilung der „Störungen“ einer klugen Anpassungspolitik, die die Taktik der Desintegration verursacht, haben spezifische ideologische Implikationen. In ihnen als der Garantie der Erhaltung festgefügtter Führungsgruppen steckt die Gefahr des *kommunistischen Konservatismus*. Bei dem permanenten Hang, jeden *Extremismus* als Kinderkrankheit zu brandmarken, riskiert der Sozialismus, sich selbst zur Sklerose zu verurteilen.¹⁰

Dieser alles andere als kühnen, aber immerhin doch qualifizierten Behauptung von Perlini kann man die bedrückend traditionalistischen Bemerkungen Waldeck-Rochets in seinem Bericht vor dem Zentralkomitee der KPF am 9. Juli 1968 gegenüberstellen. Nachdem er aus Cohn-Bendit nichts weniger als einen Wahlagenten de Gaulles gemacht hat, schließt Waldeck-Rochet mit dem Hinweis

auf den üblichen Linksextremismus als auf den Feind Nummer eins und die „*Hauptgefahr*“, die das „*Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den mittleren Klassen*“ zerstört. Spätestens hier schlägt die Argumentation allerdings Purzelbäume. Der Extremismus der Linken, der die Allianz mit den Mittelklassen verhindert, ist nach dem Genossen Waldeck-Rochet ein typisches Produkt eben der Mittelklassen selbst. Waldeck-Rochet warnt also die Arbeiter vor jenen Bürgern, vor jenen Angehörigen der Mittelklassen, die die Revolution wollen; die natürlichen Verbündeten der Arbeiter wären aber in jenen Mittelschichten zu finden, die keine Veränderung wollen, weil sie nicht bewußt unter der Last der bürgerlichen Strukturen leiden: in den konterrevolutionären Mittelschichten.

Die Motive der teils dogmatischen, teils sentimental fixierten auf die verfassungsmäßige Strategie haben unterschiedliche, manchmal zweifelsohne gerechtfertigte Ursprünge. Ein historischer Grund von auch moralisch beachtlicher Tragweite findet sich in der Tradition des antifaschistischen Kampfes. Die Blutopfer, die die Erneuerung des bürgerlichen Staats und die Restauration des parlamentarischen Systems gekostet haben, scheinen jede Unsicherheit in bezug auf die politische, moralische und gesellschaftliche Notwendigkeit der Verteidigung bestehender Verfassungen zu zerstreuen. Diese Motivation erscheint in Italien angesichts des mehrfach unternommenen Versuchs, ein autoritäres Regime wiederaufzurichten, noch begründeter. Man kann durchaus sagen, daß die kommunistische und sozialistische Partei (damals noch nicht integriert und instrumentalisiert, d. h. noch nicht völlig parlamentarisiert) in den fünfziger Jahren dazu beigetragen haben, die parlamentarische Verfassung gegen die Rechte zu retten. Aber das bedeutet noch lange nicht, daß die gerettete Verfassung ein fester Stützpunkt für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft und des Staats geworden sei. Daß sie umgekehrt - entsprechend dem Modell der erfolgten Umwandlung in der Bundesrepublik Deutschland - vielmehr eine Stütze autoritärer Rückbildung werden kann, zeigt der Prozeß der politischen Integration und der theoretisch-praktischen Auflösung der sozialistischen Partei Italiens. Man darf nicht vergessen, daß die Korruption der führenden sozialistischen Gruppe gerade mit der *Entdeckung* der ewigen Wahrheiten der parlamentarischen Spielregeln - im Unterschied zu den Methoden der Machtausübung in den sozialistischen Ländern - begann. Das gleiche gilt aber auch für Westdeutschland. Im schon weit entfernten Jahr 1962 ging die deutsche marxistische Linke zusammen mit den Liberalen im Namen der Verfassung auf die Straße, um sie gegen Strauß' mutmaßlich faschistoide Praktiken zu retten. Mit eben diesem Akt bereiteten sie Strauß' *Bekehrung* zur Verfassung vor und ebneten den Weg der Bildung einer christdemokratisch-sozialdemokratischen Großen Koalition. Gewiß war in der Vergangenheit die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie häufig eine politische Aufgabe des Proletariats. Nur haben sich daraus heute zweifelhafte Konsequenzen ergeben. Indem man gegen die bürgerlichen Rechte das politische System des Bürgertums verteidigte, schon weil dieses System seinerzeit die Überwindung des Faschismus bedeutete, verfiel man in eine falsche Identifizierung von bürgerlicher Demokratie und Kampf für den Sozialismus. Was ein Ausgangspunkt war, den man im Kampf gegen den Faschismus errungen hatte, verwandelte sich in ein Ziel für den viel umfassenderen Emanzipationskampf der Massen von jedem Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem. Um Lelio Basso zu paraphrasieren: Mit dem Ziel vor Augen, dem souveränen Volk das Fürstenzepter zu erobern, verteidigten Sozialisten und Kommunisten das parlamentarische System ohne sich die Frage zu stellen, ob das zu erobernde Zepter nicht auflange Sicht der Souveränität und vor allem der Freiheit des Volkes völlig unangemessen sei.¹¹

Das ist sicher keine leichte Diskussion in einem Land, in dem die bekanntesten Vertreter der politischen Organisationen des Proletariats sich mehr oder weniger explizit als Konstitutionalisten im Interesse des Proletariats selbst erklären. Vielleicht ist es legitim sich zu fragen, ob in einer

nationalen kapitalistischen Gesellschaft wie der italienischen, die noch kraß desintegriert und deshalb offen antagonistisch ist, der Prozeß der Umwandlung des bürokratisch-parlamentarischen Staats in einen autoritären, technokratisch-parlamentarischen *Rechtsstaat* sich aufhalten läßt. Das würde aber bedeuten: die objektive Entwicklung des heutigen Kapitalismus aufhalten und gleichzeitig die Versuche der herrschenden Klasse bekämpfen, den Staatsapparat zu modernisieren, ihn technisch effektiver und herrschaftsfunktionaler zu machen. Sowohl die Arbeiterbewegung wie die reaktionären Kräfte sprechen heutzutage von der *Reform des Staats*, wie man von der Reform der Universität, der Schulen, der Betriebsstrukturen und so weiter spricht. Es liegt jedoch allerhand Naivität in der Annahme, der Klassenkonflikt - auch in der sehr spezifischen Form eines Kampfs um die politische Macht - ließe sich als Wettstreit von Reformern austragen, als eine Art Konkurrenz zwischen reaktionären Plänen (z. B. der Einführung eines Mehrheitswahlrechts und ähnlicher Vorschläge) und fortschrittlichen Plänen, z. B. - wie in den Vorschlägen der KPI - der Einschaltung des Parlaments in die Diskussion über die Wirtschaftsplanung (*demokratische Programmierung*). Und dieselbe Naivität drückt sich auch in den Rufen nach einer fortschrittlichen Volksfront aus, die die Klassenschranken aus allgemeinen Gründen der politischen Moral, der „*Demokratie*“, der „*Humanität*“ überwinden soll - dies umso mehr als in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern die „*Überwindung*“ der Klassenschranken bis heute immer einen korporativistischen Charakter gehabt hat: Von den französischen Kommissionen über die „*konzertierte Aktion*“ der Sozialdemokraten bis zur englischen Einkommenspolitik.

Solche aufklärerischen Wünsche irren in drei grundlegenden Punkten: Erstens fällt der Einbau der Arbeiterpartei in einen im wesentlichen bürgerlichen Regierungsapparat (die Regierungsbeteiligung kommunistischer Führungsgruppen) nicht mit einer tatsächlichen Hegemonie der Arbeiterklasse bei der Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion zusammen; daraus folgt zweitens, daß allein die soziale und wirtschaftliche Machtübernahme durch die Massen (sei es im industriellen, sei es im wissenschaftlichen Produktionsbereich) einer hypothetisch vorstellbaren parlamentarischen Eroberung der Macht durch die proletarischen Parteien eine sichere Basis geben kann, um von da aus politisch die Emanzipation von jeglichem repressiven System und den Aufbau des Kommunismus voranzutreiben. Drittens schließlich nimmt die Regierungskollaboration zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien eine zweifach konterrevolutionäre Qualität an: sie schließt einen politischen Kompromiß ein, der auf lange Sicht die revolutionäre Perspektive zerstört; und gleichzeitig führt sie einen sozialen Kompromiß herbei, der den offenen Klassenkampf verhindert. Auf diesen letzten Punkt ist zu achten. Die Verwirklichung der Demokratie im Rahmen der gültigen Verfassungsformen (die Annäherung von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit) hat die Funktion, den Klassenkampf zu eliminieren und die Gefahr revolutionärer Umtriebe durch den Mechanismus einer friedlichen und versöhnlichen „*Wachablösung*“ politischer Führungsgruppen abzuwenden. Man denke nur an das englische Beispiel. Das kann durchaus bejaht, aber nicht als Schritt zu einer allmählichen Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse ausgegeben werden. Selbst bei radikalster Verwirklichung von Verfassungsnormen bliebe die konstitutionelle Struktur der Machtausübung bürgerlich, wie auf der anderen Seite die ökonomische Basis der staatlichen Beteiligung oder der Mitbestimmungsmodelle kapitalistisch bleibt: auf Mehrwertproduktion gerichtet. Kurz: Den bürgerlichen Staat in einen Staat der wahrhaften Volksregierung verwandeln zu wollen, hat den gleichen rein ideologischen und im Grunde reaktionären Charakter wie die Vorschläge, den Monopolkapitalismus dadurch zu überwinden, indem man ihn durch breite Streuung einer großen Anzahl von sogenannten Volksaktien zum *Volkskapitalismus* erklärt. Die Argumentation gilt auch hinsichtlich der bürgerlich-demokratischen Errungenschaft. Es liegt eine Art Faszination in

der Vorstellung, das Proletariat bemächte sich gerade der demokratischen Staatsorgane, die von der Bourgeoisie zwar in die Geschichte eingeführt, von ihr aber aufgegeben und verraten worden sind. Bei diesen Organen handelt es sich aber nicht um rein technische, und deshalb für jeden Gesellschaftstyp, für jede Produktionsweise und für jeden sozialen Inhalt verfügbare Aggregate. Zum Beispiel: das freie parlamentarische Mandat wird nicht unversehens progressiv und sozialistisch, wenn der Abgeordnete ein proletarischer Abgeordneter ist. Das Kapital bleibt bekanntlich kapitalistisch, wenn es, statt vergesellschaftet zu werden, den Privathänden bewährter und zuverlässiger Genossen anvertraut wird. Die politischen Errungenschaften des Bürgertums, deren Verwirklichung heute in die Hände der lohnabhängigen Massen übergegangen ist, bestehen vielmehr in konkreten Individualrechten, die wenig mit den staatlichen Organisationsformen zu tun haben und überdies häufig genug der geltenden politisch-rechtlichen Ordnung widersprechen. Man denke an das Streikrecht. Man denke an die Gleichheitsnormen, an die Meinungs- und Kritikfreiheit und an die Freiheit der aktiven Teilnahme an Entscheidungsprozessen - emanzipatorische Inhalte, zu deren Verteidigung sich in der Tat das Kämpfen lohnt. Nur stoßen diese Grundrechte des Menschen gegen die organisatorischen Bestimmungen der Verfassung, die dazu dienen, den politischen Willen der Massen zu kanalisieren und zu disziplinieren. Sie heben am Ende den emanzipatorischen Charakter der Grundrechte wieder auf.

Es wurde schon auf die negativen Folgen der Wahlstrategie (einer Strategie, die auf den Wahlerfolg abzielt und deshalb im konstitutionellen Rahmen bleibt) hingewiesen, die von der notwendigen Anpassung an den Mittelstand und an labile Gruppen innerhalb der Wählerschaft herrühren. Hierin zeigt sich nicht nur eine zufällige Schwäche, sondern eine wesentliche Veränderung im Verhältnis zwischen sozialem Konflikt und dessen politischer Austragung im Wahlakt. Die gesellschaftliche Dialektik entwickelt objektiv Situationen, die fraglos zur Zeit des Kampfs um ein allgemeines Wahlrecht nicht vorhanden noch vorhersehbar waren. Noch in den Anfängen der imperialistischen Periode fiel der Kampf des Proletariats für das gleiche Stimmrecht unmittelbar mit dem Klassenkampf zusammen: das Stimmrecht mußte gegen die Bourgeoisie errungen werden. Heute, da die Umpolung sozialer Konflikte auf Wahlauseinandersetzungen einen wesentlichen Bestandteil der institutionellen Strategie bildet, geht dieses ursprüngliche Verhältnis in die Brüche. Konzentriert sich die politische Tätigkeit einer proletarischen Partei primär auf die Stärkung ihrer Position innerhalb des bürgerlichen Staats und auf die Erhärtung ihrer Präsenz als *Alternativteil* des politischen Machtmechanismus, so geht ihre Präsenz und ihre aktivierende Funktion im Klassenkampf verloren. Oder sie verkommt zu der, als höhere dialektische Einsicht stilisierten Verlegenheitsparole, Wahlkampf sei Klassenkampf. Daß der erstere vielmehr den letzteren voll ersetzen soll, bestätigt sich im Verhalten der Parteiorganisationen beim Ausbruch politisch geprägter Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital. Die Absage an eine konkrete, eben aktivierende Präsenz beim Klassenkampf äußert sich in dem Versuch der Parteiführungen, unmittelbar entstehende Konflikte im Produktionsbereich einzudämmen und unter Kontrolle zu bringen. Zuweilen ergeben sich daraus gegensätzliche Interessen zwischen der Betriebsbasis einer Partei, die vom Konflikt lebt, und der Parteispitze, deren allgemeine Linie es verbietet, lokale Arbeitskämpfe, die für eine passive Mobilisierung durchaus nützlich sein können, zu einer totalen Konfrontation ausweiten zu lassen.

Um diese zu vermeiden, findet nicht selten eine Verkehrung der spezifischen Funktion der Partei statt. Sie wird nicht als aktives Element tätig, sondern als Bremse und als Instanz des allgemeineren Neutralisierungsapparats des bürgerlichen Staats, wenn die Arbeiter sich von zentralen Organisations- und Ordnungsbefehlen frei machen und den Klassenkampf autonom aufnehmen und führen. Als ideologische Begleiterscheinung stellt sich auch die Klassendiffamierung

ein: was sonst als revolutionäres Subjekt dargestellt wird, verwandelt sich in ein unreifes Kind, das irrational und zu früh und mit ungeeigneten Mitteln und überhaupt ungefragt losschlägt. Oder in ein verführtes Kind, das Opfer von Provokationen und Provokateuren.¹²

Das richtige Verhältnis läßt sich dann selbst in Krisensituationen schwer wiederherstellen. Anders, wenn man die Strategie wieder auf die Füße stellt und statt den Klassenkampf den Erfordernissen des Wahlerfolges zu opfern, die besondere politische Situation der Wahlzeit in den Dienst des Klassenkampfes stellt. Derart wird aus der Wahlbeteiligung proletarischer Parteien und aus ihrer parlamentarischen Präsenz ein sekundäres Mittel taktischer Natur. Die parlamentarische Opposition könnte sich der bürgerlichen Instrumentalisierung entziehen und zur politischen Verlängerung des konkreten Widerstands werden, der primär dort stattfindet, wo Gegenmacht sich in den Betrieben, an den Universitäten, in den sozialen und kulturellen Organisationen und Gruppierungen durchsetzt. Verwirklichen läßt sich diese Möglichkeit allerdings nur, wenn die Opposition Opposition bleibt und im Parlament als ständiger Widerstand wirksam ist, auf der sekundären politisch-rechtlichen Ebene die Revolution und den dauernden Kampf für die Emanzipation widerspiegelt. Das bedeutet aber, daß die parlamentarische Tätigkeit nicht als Mittel zur Gewinnung staatlicher Macht angewendet wird und daß die Opposition fundamental bleibt und sich in keine parlamentarische Fraktion verwandelt, die tendenziell regierungsorientiert ist: sich schlicht und einfach als Regierungsalternative anbietet.

Aus der Analyse der heutigen kapitalistischen Gesellschaften läßt sich erkennen, daß eine proletarische Opposition in den Vertretungskörperschaften ihre revolutionäre Aufgabe unter Vermeidung der Integrationsgefahr nur in dem Maße erfüllt, in dem sie selbst sich innerhalb einer grundsätzlich außerinstitutionellen Strategie bewegt. Daß dabei das Problem möglicher Allianzen eine zentrale Bedeutung erlangt, bleibt unbestritten. Allerdings ist dieses Problem zu lösen im Zusammenhang mit der umfassenden sozialen Bewegung und auf dem Hintergrund des sozialen Konflikts, und nicht aus der Sicht möglicher Stimmengewinne oder eines möglichen Wahlsiegs. Doch muß diese Strategie auch offen durchgehalten werden. Verschweigt man aus taktischen Gründen das desintegrierend revolutionäre Ziel, d. h.: spielt man taktisch das Spiel der oberflächlichen Bündnisse aus Wahlopportunismus, so erzielt man ausgezeichnete Wahlergebnisse, vermehrt die Zahl der Parlamentssitze und öffnet sich schließlich dem Zugang zu den Hebeln der Macht. Es wird aber nicht leicht sein, exakt die Grenze zwischen kluger Taktik und gefährlichen strategischen Konsequenzen einzuhalten. Einerseits degeneriert auf diese Weise der Wahlakt genau zu dem Sozialbetrug, der bei bürgerlichen Parteien üblich ist. Auf der anderen Seite betritt der Vertreter der Arbeiterklasse am Tag nach seinem schönen Wahlerfolg das Zimmer, wo besagte Hebel sich befinden, und stellt überrascht fest, daß er Sozialdemokrat geworden ist. Die Taktik verschlingt die Strategie, und der gute Wille scheitert an den objektiven Bedingungen der Parlamentarisierung. Dies alles redet keinem Purismus das Wort. Ob eine Partei der Fundamentalopposition sich an Wahlen beteiligt oder nicht, ist keine Frage des Prinzips, sondern der Einschätzung der allgemeinen ökonomischen und sozialen Lage sowie der besonderen Stellung und des parteipolitischen Kräfteverhältnisses. Die formelle Beteiligung bedeutet keineswegs schon Entscheidung für ein systemkonformes Verhalten. Allgemeine Wahlen können ohnehin ein ausgezeichnetes Mittel der Kontrolle über den Kontakt zwischen der organisierten Bewegung und den Massen darstellen: die *Heerschau* - wie man früher sagte - der verfügbaren Kräfte. Sie können auch einen praktischen Beweis für die theoretische Glaubwürdigkeit der proletarischen Parteien liefern, ohne allerdings jenen viel konkreteren Wert der Kontrolle, des Beweises anzunehmen, den die außerparlamentarische Praxis hat - sei es auf der Straße, sei es in ökonomischen und politischen Streiks. Offen ausgesprochen: Die Revolution braucht nicht die

passive Radikalisierung der Wähler, um die schicksalschweren 50,1 Prozent zu erreichen, sondern die aktive Mobilisierung: die revolutionäre Praxis und das revolutionäre Bewußtsein der Massen, die sich emanzipieren wollen. In dieser Hinsicht wiegt ein politischer Streik mehr als ein Wahlerfolg.¹³

Stellt sich die aktive Mobilisierung nicht ein, so führt die Erringung politischer Machtpositionen in einem intakt gebliebenen bürgerlichen Staat seitens einer proletarischen Partei keineswegs zu einem Übergang in die *Gesellschaft der Freien und Gleichen*, in den Kommunismus. Selbst die dadurch ermöglichte, partielle Veränderung in der Produktionsweise (Ausdehnung des verstaatlichten Sektors der Produktion) wäre nur eine Oberflächenerscheinung - eine Linderung nur in der juristischen Form des Eigentums, nicht in der Organisation der Arbeit, die nach wie vor auf Mehrwertproduktion ausgerichtet bliebe.¹⁴

Es genügt indessen nicht, vom geringen strategischen Wert der Wahlen zu sprechen und vor einem parlamentarischen System zu warnen, das sich in einen Appendix der realen Macht verwandelt oder in die Vertretung und die politische Organisation der realen Macht umfunktioniert hat. Nicht weniger wichtig ist die konkrete Analyse der gesellschaftlichen, ökonomischen und ideologischen Funktionen des bürgerlichen *Staats* in seiner Gesamtheit. Dieser wird oft selbst von proletarischen Parteien als ein Volks- und -wohlverstanden - *Rechtsstaat* dargestellt und propagiert. Während sich die Wächter über die traditionalistische Generallinie gern auf polemische Stellungnahmen Lenins gegen den Radikalismus der Linken beziehen, vergessen sie genauso gern seine Analyse der strukturellen und institutionalen Beziehungen des Rechtsstaats zur kapitalistischen Produktionsweise. Nicht, daß in diesem Punkt eine Revision Lenins überflüssig wäre. Die strategische Erwägung kann heutzutage nicht mehr von der begrifflichen Abstraktion eines Staats der Monopole ausgehen, der nur in dem mechanischen Sinn einer Protektion der Überprofite, der intensiveren Ausbeutung und der Unterstützung der imperialistischen Expansion operiert. Es gilt, die doppelte Funktion eines politischen Apparats zu verstehen, der - wie schon erwähnt wurde - Aufgaben und damit auch pluralistisch gefaßte Strukturen in der Distributionssphäre übernimmt; während er in bezug auf die Basis der Gesellschaft, auf den Produktionsbereich die gesamtgesellschaftliche Reproduktion des Kapitals betreibt und daher Klassenstaat bleibt. Es scheint, als hätte die italienische kommunistische Partei (auch in diesem Punkt zeigt sich die Folge ihrer Verfassungsfixierung) im Laufe der letzten Jahre diesen Charakter des Staats aus dem Auge verloren. Sie gleitet förmlich in seine allgemeine Verteidigung hinüber und gibt ihn als neutrales, beliebig benutzbares Wesen aus: eine allgemeine, gesellschaftlich nicht spezifizierte Entität, die von der materiellen Basis und den materiellen Widersprüchen des Lebens völlig unabhängig ist.

Im Grunde steht dahinter eine rein idealistische Vision (das alte Crocianische Erbe des italienischen Marxismus), die von abstrakten Begriffen dessen ausgeht, was die soziale Wirklichkeit ausmachen sollte. Die verkündete Perspektive der Strukturreformen reduziert sich derart oft nur auf eine andere Interpretation (eine intentional proletarische oder zuweilen simpel volkstümelnde Interpretation) bürgerlicher Organe und Machtmechanismen. Man verwendet dieselbe Methode und denselben Wissenschaftsbegriff des Neoliberalismus, der, ohne das kapitalistische System substantiell ändern zu wollen, dessen einzelne Elemente in andersartiger Weise - z. B. im Sinne der Zusammenarbeit zwischen den Klassen - interpretiert.

So wird der Arbeiter als *Konsument* gedeutet; das Parlament wird als reale und wirkungsvolle Volksvertretung dargestellt; das Oberhaupt des Staats wird als eine überparteiliche Qualität interpretiert, die auf das höchste Gut der Nation ausgerichtet ist.

Es wäre unrealistisch und wenig aufrichtig, nur an die historischen und subjektiven Gründe der konstitutionellen Orientierung zu denken, die für den Großteil der politischen Führer des Proletariats

charakteristisch sind. Es gibt auch strukturelle Gründe, die nicht verschwiegen werden dürfen und eine strengere Kritik erfordern. Jede Organisation tendiert zu ihrer Selbsterhaltung und zur Verteidigung ihrer eigenen historisch entwickelten Strukturen: die bekannte Gefahr der Verdinglichung, der Entfremdung von den Massen und der sich verselbständigenden Vorherrschaft der Interessen eines Apparats gegenüber den Mitgliedern der Organisation selbst. Das hat mit schlechtem Willen nichts zu tun, wohl aber mit den objektiven Folgen subjektiv ehrlicher Entscheidungen. Die großen Arbeiterparteien des europäischen Westens haben ihre Strukturen und ihre Strategie derart an den parlamentarischen Mechanismus gekoppelt, daß sie selbst nicht der Ideologie nach, wohl aber in der täglichen Realität des politischen Verhaltens und der politischen Beschlüsse im wesentlichen zu Wahlparteien geworden sind. Sie sind objektiv (und folglich nicht aufgrund mangelnder Moral führender Gruppen und des Apparats) zum periodischen Klassenkompromiß gezwungen. Unter dem Druck dieses objektiven Zwangs paßt sich ihre organisatorische Tätigkeit einem, ihren Anspruch als Avantgarde zerstörenden Machtmechanismus an. Es seien hier zwei Erscheinungsformen dieser Anpassung erwähnt. Man denke etwa an die spezifische Art der allgemeinen Mobilisierung, die während der Wahlschlachten stattfindet und die ständig mit der allgemeinen Demobilisierung (und Frustration) der eigenen Anhänger nach den Wahlen endet. Oder man denke an die propagandistischen Teilmobilisierungen, die jedesmal in Gang gesetzt werden, wenn die proletarische Parlamentsfraktion eine Gesetzesvorlage einbringt oder die Vertrauensfrage stellt oder eine Untersuchungskommission beantragt: Vorkommnisse, die belanglos sind, dem Publikum aber präsentiert werden als Handlungen, die die Welt bewegen und auf die völlige Umwerfung des Systems der etablierten Macht abzielen. Der objektive Charakter des Zwangs zeigt sich am französischen Beispiel sehr deutlich. Nachdem die Kammer aufgelöst und neue Wahlen angekündigt worden waren, mußten die französischen Kommunisten sich in falsche Identifizierungen (mit dem Kleinbürgertum) und in verfälschende Gegenpositionen (zu der Studentenbewegung und zu dem politischen Streik) verwickeln. Aber man täusche sich nicht: Sie waren dazu gezwungen, weil sie auf die Wahlen gesetzt hatten, und nicht auf die Wirkung der gesellschaftlichen Desintegration und der Verstärkung des Klassengegensatzes, die aus dem Generalstreik und aus der Annäherung zwischen Studenten und Arbeitern sich zu entfalten begannen. Was wäre geschehen, was hätte in Frankreich geschehen können, wenn die KPF ausnahmsweise die allgemeinen Wahlen boykottiert und die Legitimität der Auflösung der Kammer bestritten hätte. Keine rhetorische Frage, sondern lediglich die Feststellung einer verpaßten welthistorischen Situation.

Ähnliches ereignet sich in Westdeutschland. Nachdem die deutsche kommunistische Partei sich in streng konstitutioneller Observanz gebildet hatte, sah sie sich genötigt, sich gegen die außerparlamentarische Opposition der am weitesten vorangeschrittenen Gruppierungen der Linken abzusetzen, um das alte Disziplin- und Wahlgewand wieder zusammenzuflicken.

Solche falschen strategischen Entscheidungen greifen die Substanz einer Partei an. Setzt eine kommunistische Partei auf die Verfassung statt auf die Revolution und konstitutionalisiert sie sich, so verändert sich dabei von Grund auf auch ihr eigenes Organisationsprinzip. Sie verliert schließlich ihren Charakter: sie ist nicht länger avantgardistische Kraft, die den Bruch anstrebt und die Kader der dynamischen Gegengewalt stellt. Sie wird, wenn nicht direkt zur Ordnungspartei, so doch zu einer wohlgeordneten Partei ohne innere Dialektik (denn eine lebendige innerparteiliche Debatte könnte bekanntlich die Wähler verwirren); einer Partei von Kandidaten, die für die legale Arbeit der Gesetzgebungsorgane und der Regierungen bereitstehen; einer rechtschaffenen Partei, die die Stimmen der Rechtschaffenen verdient. Nun, wie man weiß: die Rechtschaffenen lieben die

Organisation der permanenten und aktiven Mobilisierung nicht, denn diese stört den Schlaf, die Träume, die Moral und den Konsum.

Hier stoßen wir auf eine wesentliche Ursache der Ablehnung einer neuen außerparlamentarischen Strategie seitens der traditionell kommunistischen Parteien. Jede kritische Haltung und jede wirklich fundamentale Opposition gegen den bürgerlichen Staat, die von der Perspektive der permanenten Mobilisierung der Massen ausgeht, bringt notwendigerweise eine Linderung der bestehenden Organisationsstruktur, der Funktion und Haltung führender Gremien, der Beziehung zwischen Kadern und Basis mit sich. Eine aktive Basis verlangt den Kadern härteres Arbeiten ab und macht den Abschied von den Bequemlichkeiten jeglichen parlamentarischen Abenteurertums und aller parlamentarischen Voluntarismen unvermeidlich.¹⁵

Es handelt sich hierbei um einen Wandel - die Aufhebung der Berufsrevolutionäre - der ohne intellektuelle Opfer, ohne Preisgabe materieller Gewohnheiten und Interessen und ohne das Risiko eines harten theoretischen und praktischen Übergangs sich nicht vollziehen kann. Das ist nicht ohne weiteres akzeptabel -obwohl genau hierin der Scheidepunkt zwischen versuchtem Kommunismus und angepaßter Sozialdemokratie liegt. Es wird an der Basis und in den Spitzengremien sicher viele Genossen geben, die (ohne zu wissen, daß sie damit das Lösungswort des borniertesten deutschen Konservatismus wiederholen) sagen werden: wir machen keine Experimente, wir setzen keine Organisation und keine Kampfmethod auf's Spiel, die wohlprobt sind und gut funktionieren, einem neuen Weg zuliebe, dessen Ausgang wir nicht kennen. *Laßt uns nicht zuviel riskieren, um nicht alles zu verlieren*, haben schon die deutschen Sozialdemokraten angesichts des Aufstiegs des Nazismus proklamiert. Aber eines Tages wird ein jeder Genosse anfangen, über das in der Tat etwas seltsame Phänomen nachzudenken, daß die von der Geschichte so erprobten Organisationen und Methoden in den kapitalistischen Ländern des Westens nicht nur in keinem Fall zur Revolution geführt haben, sondern nicht einmal dazu taugten, die Konterrevolution aufzuhalten.

Es ist hier nötig, alle Widersprüche zwischen angeblich revolutionärer und Integrationsstrategie zu eliminieren. Wenn man von den in den bürgerlichen Staat gesetzten Hoffnungen zu einer materialistischen Analyse der Kampfmöglichkeiten übergeht, wird es einem auch gelingen, von der Denkkrankheit loszukommen, die die Arbeiterbewegung ruiniert: von dem senilen Antiradikalismus der traditionellen Linken, die sich ständig auf die *Errungenschaften* zurückzieht und dadurch Kopf und Kragen zu retten versucht. Sie möchte den Kopf der eigenen unantastbaren Position als Partei retten, die sich in ehrenwerter Weise in die „*Volksvertretung*“ eingereiht hat; und den Kragen der für die Massen bestimmten, wohlwollenden Deutung der Organe, zu denen man gerade Zugang gewonnen hat und die als „*fortschrittlich*“, als „*demokratisch*“ ausgegeben werden.

Allzuviel Vertreter und Anhänger einer proletarischen Befreiung sprechen von der Revolution; und denken an die nächsten Wahlkämpfe. Sie zitieren den Satz Rosa Luxemburgs über den parlamentarischen Kretinismus, lassen sich jedoch von der parlamentarischen Funktionalität fortreißen und werden so selbst zu Funktionären der Konservierung bestehender Verhältnisse. Sie akzeptieren Mechanismen, die tendenziell oder real repressiv sind und suchen ihr Heil in einer *wahrhaft* demokratischen oder kommunistischen oder humanistischen Interpretation all dieser bürgerlichen Machtinstrumente, die sich im Laufe von hundert Jahren angesammelt haben.

Mit einem Wort: sie haben die elfte Feuerbach-These vergessen und beschränken sich darauf, den bestehenden Staat aufklärerisch zu interpretieren, statt ihn radikal zu *verändern*.

Anmerkungen

1. 1 PdUP, Partei der proletarischen Einheit ist hervorgegangen aus dem Zusammenschluß des linken Flügels der ehemaligen sozialistischen Partei der proletarischen Einheit mit dem linken Flügel der linkskatholischen politischen Bewegung der Arbeiter - movimento politico dei lavoratori). Die neue Partei hat ihre stärkste Position in der gewerkschaftlichen Linken, vor allem bei den Metallarbeitern.
2. 2 Mir scheint es, daß die Butzbacher Kommunisten den Weg der Klassenautonomie bis jetzt am eindeutigsten gezeigt haben.
3. 3 So Giorgio Amendola, Mitglied der Direktion der KPI, bei einem Kongreß über Industriesystem und ökonomische Entwicklung in Italien in Bologna am 14. April 1973, in seinem berühmten „Historischen Dialog“ mit Umberto Agnelli, dem jüngeren der beiden Agnelli Brüder. Vgl. die Protokolle des Kongresses, hrsg. von Il Mulino, Bologna 1973, S. 139.
4. Über die Widersprüche zwischen Basis und Führung in der Strategiefrage und über weitere Einzelheiten dieser Arbeiterkonferenz vgl. Bericht und Kommentar von Luciana Castellina im Manifesto vom 12. Februar 1974.
5. Inzwischen ist in dieser Hinsicht - sozusagen als einleitende Melodie zur vorgeschlagenen Konzertierung von Arbeiterbewegung und Kapital - eine wesentliche Änderung eingetreten. Die 1969 noch von der KPI selbst an die Anarchisten und an die anderen linken Gruppe ergangene Aufforderung, die eigene Position in die Partei einzubringen, um deren Dialektik zu verlebendigen, weicht neuerdings den üblichen Angriffen und Denunziationen gegen den Linksradikalismus.
6. Im Gegensatz zur Situation in Westdeutschland geht in Italien dieser „Denkprozeß“ weiter und erfährt immer wieder neue Anstöße. Zum Teil freilich ist in der KPI eine Art Ritualisierung des punktuellen Protestes eingetreten: Man wendet sich gegen gelegentliche Erscheinungen der kulturellen Unterdrückung, ohne ernsthafte politische Konsequenzen daraus zu ziehen.
7. Zur Erinnerung: Zunächst hatte de Gaulle vor, sich plebiszitär im Amt bestätigen zu lassen und also plebiszitär gegen die begonnene Desintegration der französischen Gesellschaft vorzugehen. In einer Generalstreiksituation aber hätte ein Plebiszit eher zur Polarisierung und also zur weiteren Desintegration der Gesellschaft führen müssen. Daher die viel klügere Politik, durch die Auflösung der Kammer und durch die Ausschreibung von Neuwahlen die Polarisierung zurückzuführen in die konstitutionelle Pluralität der konkurrierenden politischen Kräfte.
8. Die Verleugnung der Studentenbewegung und ihrer politischen Erfahrungen seitens einiger marxistisch-leninistischer Gruppierungen in neuerer Zeit verrät ihre eigentümliche Nähe zu den sonst als revisionistisch bekämpften kommunistischen Parteien. Gemeinsamer Nenner dürfte hier die Verunsicherung rigider Organisationsformen durch libertäre Tendenzen der Studentenbewegung selbst sein - vor allem seitdem diese libertären Tendenzen sich nicht mehr als spezifisch studentisch erwiesen haben, sondern nur als studentischer Ausdruck einer umfassenderen Bewegung, die schon längst von den Arbeitern ausgeht.
9. Das Zusammenfallen von wissenschaftlicher Forschung, Universitätsstudium und industriellem Produktionsprozeß hat nicht mehr bloß reinen Analogiecharakter. In der Beziehung von Ausbeutung und Macht zwischen Ordinarien und Akademischem Senat einerseits und Studenten andererseits spiegelt sich in der Phase wissenschaftlicher

Forschung und Vorbereitung der Produktion die Beziehung von Ausbeutung und Macht zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel sowie den Managern und den Arbeitern wider. Die Reproduktion dieser Beziehung impliziert auch die Positionen von vermittelten Strukturen, so daß z. B. die Rangordnung im Betrieb sich in der hierarchischen Universitätsordnung wiederholt. Die technokratische Hochschulreform paßt die alte noch feudale Hierarchie den kapitalistischen Erfordernissen an.

10. 9 T. Perlini: „Dialektik und falsches Bewußtsein“, in: Rinascita, 15. September 1967.
11. 10 Vgl. Lelio Basso: Il principe senza scettro, Feltrinelli, Milano 1958. Basso vertritt in dieser Schrift eine Verfassungsinterpretation, die an Wolfgang Abendroths Possibilismus bei der sozialistischen Deutung des Grundgesetzes erinnert.
12. 11 Nachträglich läßt sich feststellen, daß diese, für die französische KP spezifische Politik ihre Wiederholung im italienischen heißen Herbst erfahren hat. Die Politik der KPI hat die prinzipielle Ablehnung aller Klassenautonomie seitens traditioneller Arbeiterparteien bestätigt. Der in der Vorbemerkung schon zitierte Amendola hat übrigens die Klassendifferenzierung anläßlich des erwähnten Kongresses verdeutlicht: er „appelliert“ an die italienische Arbeiterklasse, die politische Führung des Landes mitzutragen, aber „ohne Mythologie ... wohl wissend, daß die Arbeiterklasse sich geändert hat... schon auf Grund ihrer chaotischen Bildung und durch den Einbruch unruhestiftender Elemente“, vgl. die zitierten Protokolle des Kongresses zu Bologna April 1973, in: Sistema industriale e sviluppo economico in Italia, il Mulino, 1973, S. 136
13. 12 Hier ist wiederum ein inzwischen erzielter Fortschritt der KPI-Führung anzumelden. Der Generalsekretär der Partei, Berlinguer versicherte im Zusammenhang mit dem historischen Kompromiß, die KP wolle in Italien selbst bei Erreichung der absoluten Mehrheit nicht allein ohne bürgerliche Parteien regieren.
14. 13 Noch ein Wort zur Verfassungsorientierung traditioneller Parteien. Wenn z. B. die DKP beteuert, daß auch für sie der wesentlichere Kampf in der Gesellschaft und nicht im Parlament stattfindet, so besteht kein Grund, ihre Ehrlichkeit anzuzweifeln. Wenn aber zugleich - wie häufig schon geschehen - von Parteiseite hinzugefügt wird: weil nur der außerparlamentarische Druck der Partei die parlamentarische Durchsetzung ihrer Politik ermögliche, so erhält die außerparlamentarische Strategie ganz eindeutig einen bloß instrumentellen Wert; und die Ehrlichkeit der Beteuerung läßt sich nur durch die Annahme einer beachtlichen Denkfähigkeit aufrechterhalten.
15. 14 Offen gesagt: Es ist viel leichter und bequemer, alle vier Jahre an propagandistische Strategeme zu denken, als dauernd auf eine Strategie zu reflektieren, die auch das Handicap des Unverständnisses vieler Wähler einbegreift. Der Hinweis scheint notwendig zu sein, daß dreißig von hundert, bestehend aus dem bewußten organisierten Proletariat, eine wirksamere Stoßkraft auf die konstituierte Macht bilden (und einen größeren emanzipatorischen Schwung besitzen) als dreißig von hundert Wähler auf dem Wege zum glorreichen Ziel von fünfzig pro hundert

Klasse und Staat in der BRD

Die Rolle des modernen Staats in der Planung von sozialen und Arbeitskämpfen

(Ein Vortrag, gehalten am 30. September 1982 in Garda vor italienischen Gewerkschaftern)

Ich werde nicht nur rein gewerkschaftliche Themen behandeln, denn die Fragestellung ist umfassender und berührt überdies ein aktuelles Problem: ob die Bundesrepublik Deutschland als Modell für andere Nationalgesellschaften gelten kann. Ich gehe die Frage in einer vielleicht abstrakt scheinenden Perspektive an. Zunächst: „Modell Deutschland“ - das enthält einen ambivalenten Sachverhalt; ambivalent auch in der Sicht der Politiker und der Publizisten, die sich an Deutschland aus zuweilen entgegengesetzten Gründen und mit konträren Schlußfolgerungen orientieren. Stellt Deutschland den Entwurf eines „modernen Staats“ dar? Schon der Ausdruck ruft hierzulande unangenehme Reminiszenzen hervor. Es ist nicht das erste Mal, daß in Italien versucht wird, politische und organisatorische Strukturen, also die Staatsform den Bedürfnissen nach Kontrolle und nach Programmierung einer modernen Industriewelt anzugleichen. Erfinder des „modernen Staats“ in Italien dürfte Alfredo Rocco gewesen sein. Er wollte mit seinen Reformen genau die widerstrebenden Kräfte der italienischen Gesellschaft befrieden, sie systematisch integrieren, um der italienischen Industrie die internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern, zugleich Italiens Expansionsziele und Großmachtstendenzen zu verwirklichen.

Oder bedeutet „moderner Staat“ lediglich ein wohlgeordnetes System, mit effizienter und korrekter Verwaltung und mit der Sicherung eines sozialen Gewebes ohne Risse und Verfälschungen? Also ein befriedetes und befriedigendes System?

Letzteres scheint in Deutschland Wirklichkeit zu sein, auch wenn neuerdings in italienischen Zeitungen Zweifel aufkamen angesichts der kritischen Situation, die sich zur Zeit in Deutschland vor allem auf wirtschaftlicher, weniger auf politischer Ebene abzeichnet. Was Deutschland als Modell für Italien betrifft, müssen sehr spezifische Unterschiede zwischen Deutschland und Italien berücksichtigt werden. Vielleicht liegt hierin der interessanteste Aspekt der Sache: Deutschland wird als Vorbild für eine Gesellschaft vorgeschlagen wie die italienische, die sich sowohl historisch wie auch im Einzelnen wirtschaftlich und gesellschaftlich anders als die deutsche entwickelt hat.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß dieser Vorschlag vor allem in verfassungsrechtlicher Absicht keineswegs neu ist. Erste Versuche dieser Art gehen in die 50er Jahre zurück, als die Florentiner politikwissenschaftliche Schule Giuseppe Maraninis sich offen für eine Übertragung ins Italienische der - wie es hieß - deutschen Stabilität erklärte: auf der einen Seite des institutionellen Systems, auf der anderen Seite der Stabilität in den Klassenverhältnissen und in den sogenannten industriellen Beziehungen, also in der unmittelbaren Konfrontation von Kapital und Arbeit auf Fabrikebene.

Heute ist dieses Thema offensichtlich noch brennender geworden, weil zusätzlich zu der Konfliktsituation noch die Last einer Wirtschaftskrise mit besonderen Merkmalen hinzukommt, die mit den deutschen Schwierigkeiten sich nicht gleichsetzen lassen.

Bei der Übertragung des Modells Deutschland ins Italienische müssen diese Unterschiede irgendwie ins Gewicht fallen, sonst wird aus der Übertragung eine Verfälschung - mit schädlichen

Auswirkungen für die Gesellschaft; oder vielleicht für gar nicht schädliche, sondern aufbrechende Wirkungen. Das hängt vom politischen Gesichtspunkt des Beurteilers ab.

Spreche ich von Unterschieden, so meine ich nicht, daß die politische Klasse Italiens ein außergewöhnlich hohes Maß an Korruption und Unfähigkeit im Vergleich zur politischen Klasse anderer Länder aufweist. Wir wissen, daß mittlerweile auch im Modellstaat Deutschland die politische Intrige aufgetaucht ist, die Korruption und Unordentlichkeit, die meiner Ansicht nach solange existieren müssen, bis es nicht möglich sein wird (sofern dies es überhaupt möglich ist), den objektiven Zwang zu beseitigen, der alle unsere Gesellschaften im Norden, Osten, Westen, Süden kennzeichnet. Und ich beziehe mich auch nicht auf das obligate italienische Nord-Süd-Problem. Ich sehe viel tiefergehende Unterschiede. Sie wirken sich auch auf die gewerkschaftlichen Aktivitäten aus und haben also unmittelbar mit Euren Problemen zu tun. Ich erwähne als Erstes die Vergesellschaftung der Arbeit, eine der wesentlichen Indikatoren für die Industrialisierung einer Gesellschaft; oder - in meiner Sprache - der Anzeiger für den Akkumulationsgrad, den eine kapitalistische Gesellschaft erreicht hat. Ich habe keine statistischen Daten über Italien. Auf jeden Fall steht es fest, daß die italienische Wirtschaft in erster Linie auf der handwerklichen Produktion einerseits und auf kleinem und mittlerem Kapital andererseits basiert, bei gleichzeitiger extremer Konzentration des Industriekapitals im Norden. Das heißt: es gibt große Industriekomplexe, die zwar tatkräftige Subjekte im politischen Betrieb sind, aber nicht die hauptsächlichen Träger der Ökonomie. Dazu ein Gegenbeispiel mit ungefähren Daten aus dem Gedächtnis: in Deutschland gibt es über 2 Millionen Privatunternehmen, aber etwa 70 % der deutschen Industrieproduktion konzentrieren sich auf 6 % der Unternehmen. Und dies bedeutet genau nicht nur Konzentration des Kapitals, sondern auch Vergesellschaftung der Arbeit. Bei deren hohem Grad nimmt das Klassenverhältnis zwischen Arbeit und Kapital auch auf der Bewußtseinssebene andere Züge an als in einem Land, in dem man noch vom „padrone“ sprechen kann. Es hat schon seine Bedeutung, daß die Bezeichnung „padrone“ (sei es der staatliche, sei es der private) im heutigen Deutschland ein unbekannter Ausdruck ist. Vor dem zweiten Weltkrieg war sie durch- aus bekannt: der „padrone“, das war der „Fabrikherr“. In einem Land mit der oben genannten Konzentration der Unternehmen: wo bleiben da die „padroni“? Es gibt nur noch wahrhaftiges, konzentriertes und akkumuliertes Kapital, sozusagen als tätige Geldmasse und nicht als personale Charaktermaske leibhaftig geworden. Es kommt ein zweiter, für unser Thema wichtiger Unterschied hinzu bei der Übertragung dieser gesellschaftlichen und ökonomischen Lage auf die politische Form. Ihr wißt, daß sowohl vom Gesichtspunkt der politischen Organisation, als auch auf gewerkschaftlicher Ebene die beiden Länder nicht vergleichbar sind. In Italien ist die Parteiartikulation sehr ausgeprägt, vielleicht auch chaotisch. Daneben steht eine gewerkschaftliche Organisation, die nicht die mächtige Einheitsgewerkschaft kennt, wie sie typisch für Deutschland ist. Aber gerade dieser Sachverhalt läßt in gewissem Sinn das Modell Deutschland hereinspielen: als politische Formel, die scheinbar die endgültige Lösung für die Überführung sozialer Konflikte auf die politische Ebene, das heißt: für eine Angleichung geordneter sozialer Verhältnisse an ein geordnetes Parteiensystem enthält; und für die Bildung eines allgemeinen Konsenses in der Bevölkerung, der keinerlei ideologischen Unbill zu kennen scheint. Das deutsche Parteiensystem hat in der Tat bislang effektiv funktioniert und alle möglichen Risse verhindert. Eben aus diesem Grund aber schauen diejenigen, die in Italien den Staat, also die Form der Zusammenfassung gesellschaftlicher Prozesse modernisieren wollen, ostentativ und gerne auf Deutschland. Von dieser Seite und sozusagen auf der politischen Alltagsebene kommt der Vorschlag, zur Begrenzung der Zahl der Parteien und daher zur Verbesserung der Regierungsbildung das Bonner Quorum (die 5 % -Klausel) einzuführen, dem man geradezu mystische Kräfte zuspricht.

Systemübertragungen setzen aber zugleich gemeinsame Elemente voraus. Und für unseren Fall gibt es in der Tat zwischen Deutschland und Italien etwas Gemeinsames. Auch in Deutschland, wie überall in der kapitalistischen Welt, ist trotz Klarheit des politischen Systems und trotz wirtschaftlichem Reichtum die Gesellschaft, in einem allgemeinen Sinn verstanden, in eine Krise geraten. Es handelt sich um keine streng politische noch um die bekannte ökonomische Krise, sondern um eine Krise des gesamten Reproduktionssystems in der sogenannten Industriegesellschaft. In Krise geraten ist die Fähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, sich in „normalen“ Bahnen weiter zu entwickeln - normal im Verständnis der 50er Jahre, als lineares Wachstum mit stabilen Raten, durchaus mit zyklischen Krisen als Ausgangspunkt für den erneuerten Aufschwung verbunden, zu einer Art Endzustand des Kapitalismus erklärt wurde. Das meiner Ansicht nach neue, allen Nationalgesellschaften eigene Element, das ein Umdenken über die Rolle des Staats im Verhältnis von Politik und Ökonomie verlangt, liegt in der schlichten Tatsache, daß die heutige Krise nicht mehr die gewohnte zyklische ist, sondern endemische Formen angenommen hat. Sie entzieht sich den „Heilmitteln“ des Marktes und ist vermutlich nur noch politisch unter Kontrolle zu bekommen. Nur auf diese Weise können die strukturellen Risse gekittet werden, die sonst zu einem durchgängigen Bruch des ganzen Produktionssystems ausarten können.

In Italien klingt dies freilich so, als ob hier von der vielzitierten Krise der Regierbarkeit die Rede wäre. Diese „Krise“ ist eher zu entmystifizieren. Auf empirischer Ebene bleibt Italien schließlich ein regiertes Land. Ein Skandal folgt dem anderen, eine Regierung löst die andere ab, ohne daß eine Revolte, eine Erhebung, eine Revolution ausbräche. Und in der italienischen Wirtschaft zeigen sich keine Produktionsrückgänge, die nicht in ganz üblicher Weise mit Fehlplanung, Absatzschwierigkeiten oder Konkurrenzdruck auf Weltmarktebene zusammenhängen. Gewiß kommt das Phänomen der Arbeitsverweigerung hinzu. Dessen Bewältigung gehört aber gerade zur Problematik des modernen Staats. Es gibt keine durchgängige Unterbrechung der Produktion, die schlimmer wäre als die in der ganzen heutigen kapitalistischen Welt. Ich nehme ohnehin an, daß die in den Vordergrund geschobene „Unregierbarkeit“ nur eine politische Formel für das wohlbekannte Spiel um die Macht ist - in Italien und anderswo. Politikkritisch gesprochen, haben wir es mit dem Bestandteil einer spezifischen institutionellen Strategie zu tun: wer regieren will, erklärt die Gesellschaft für unregierbar und meint in Wirklichkeit die Unfähigkeit Anderer zu regieren und bietet sich selber als einzig regierungstüchtig an. (Hier stoßen wir auf die ideologische Seite dieses Un-Problems. Ich nehme deshalb die Vorstellung von der Regierbarkeit nicht allzu ernst und warne vor dem inflationären Charakter der dabei benutzten Thesen). Anders gesagt, mit der Unregierbarkeit wird in Italien Unfug getrieben. Beispielsweise hat schon der Wahlsieg der Grünen in Hessen genügt, breite Kreise der italienischen Öffentlichkeit in Alarm zu versetzen wegen der vermuteten Krisenanfälligkeit, die plötzlich selbst die BRD befallen hätte. Verschiebungen im Parlament von so geringem Ausmaß können indes politische Prozesse höchstens am institutionellen Rand streifen. Die ganze wirkliche Staatsmacht liegt weder allein in der Regierung, noch im Parlament. Ein Land wird tatsächlich von einer politisch-administrativen Struktur verwaltet und in Ordnung gehalten. Somit kann man eher unterstreichen, daß die politisch-administrative Struktur in Italien modernisierungsbedürftig ist und nicht etwa das konstitutionelle System. Zu dieser Struktur gehören nun auch die Arbeiterorganisationen. Sie haben zwar mit der staatlichen Verwaltung im engen Sinne nichts zu tun; sie bilden aber Apparate, die Sektoren und Kräfte organisatorisch fassen und in die allgemein verwaltete Gesellschaft einbringen.

Wenn wir nunmehr von der Rolle des Staats in einer Reproduktionskrise sprechen, müssen wir herausfinden, warum und wie der Staat sich in diese Krise einschalten kann, um die

Reproduktionsfähigkeit wieder herzustellen. Und da wir in einer Gesellschaft leben, die auf kapitalistische Weise produziert, und die institutionell nach bürgerlichen Parametern und in bürgerlichen Formen organisiert ist, können wir die Frage so formulieren: auf welche Art ist der Staat noch in der Lage, gleich wie die jeweils nationale Konstellation auch sein mag, immer noch der „Staat des Kapitals“ zu bleiben. Hier sehe ich wieder Unterschiede zwischen Deutschland und Italien. Es geht nicht um eine allgemeine Sicht, sondern um ein genaues, spezifisches Problem: in welchem Sinne gibt es eine aktive Anwesenheit des Staats, die in Gesellschaft und Wirtschaft hineinwirkt? An diesem Punkt hört die Vergleichbarkeit auf. In Italien handelt der Staat als wirtschaftliche Präsenz sehr konkret, auch auf der Ebene der Kapitalverwertung. Etwa ein Drittel der italienischen Industrie ist verstaatlicht oder hat staatliche Beteiligung. Der Staat bewegt sich also weder diesseits noch jenseits, sondern innerhalb der Wirtschaft als wirtschaftliches Subjekt, als eigenständiger Kapitalist. Wir können hier eine seltene Eigentümlichkeit entdecken: Ginge die kapitalistische Entwicklung auf den Staatskapitalismus zu, wäre Italien viel weiter fortgeschritten als Deutschland. In Deutschland gibt es auch einige Formen von Staatsbeteiligung, aber in viel geringerem Ausmaß. Überdies geht die Privatisierung oder Reprivatisierung immer weiter, so daß Deutschland geradezu sich als klassisches Kapitalismusmodell darstellt, in dem der Staat kein Unternehmer ist.

Ganz anders ist die Situation nicht im wirtschaftlichen Bereich, sondern auf gesellschaftlicher Ebene. Hier kehrt sich das Verhältnis um: der Staat greift als Subjekt in die Prozesse ein. Und das bedeutet, daß nicht etwa private Fabriken über Staatsanteile dem Staat zugeführt werden, vielmehr daß die Gesellschaft vom Staat eingenommen wird - die Verstaatung der Gesellschaft. Der Staat präsentiert sich hier nicht als Kapitalist auf dem Markt, auch nicht als Gesamtkapitalist, sondern als Gesamtorganisator.

Das wäre die neue Rolle des Staats im Modell Deutschland.

Es handelt sich also dabei weniger um ökonomische Sachen.

Natürlich hat auch die Bundesregierung ihre Wirtschaftspolitik.

Sie kennt aber nicht die in der italienischen Wirtschaftspolitik so geläufigen Eingriffe (ich denke da z. B. an die Preisgestaltung) und keine direkte Beteiligung der Politiker an „Gewinn und Verlust“ der Unternehmen. Vermutlich liegt in Italien hierin, und nicht etwa in einer besonderen Mentalität der politischen Klasse, der Grund für den Austausch von Feindseligkeiten, für die permanente Auseinandersetzung finanzieller Art unter den verschiedenen Ministerien, Behörden, Organen.

Nicht, daß es in Deutschland anders wäre; es dringt aber nicht in gleichem Maße in die Öffentlichkeit und setzt sich nicht in die Alltagspolitik um. Auf der Ebene der Gesellschaftsplanung toßen eben keine großen materiellen Interessen aufeinander.

Ist diese Rolle des Staats neu? Ich denke doch. Die vormaligen kapitalistischen Gesellschaften kannten noch keinen Bedarf an einem sozusagen übergesellschaftlichem Sozialplaner. Damals genügte der Nachtwächterstaat, für die Wirtschaftspolitik im wesentlichen auf Währung und Staatsbilanz, auf Zoll- und Steuerwesen sich beschränkte. Der Staat befaßte sich weder mit der Produktionssphäre, noch mit der, im Grunde sich spontan entwickelnden gesellschaftlichen Reproduktion. Heute wird die Spontaneität schon von der umfassenden Vergesellschaftung der Arbeit, von der Kapitalkonzentration, schließlich von der Tatsache verhindert, daß ein gigantisches Produktionssystem andauernden Fehlzündungen ausgeliefert ist. Stockende Akkumulation, sinkende Profitraten, monetär nicht zu behebende Währungsengpässe verbinden sich mit einer zunehmenden sozialen Unsicherheit. Die Intervention des Staats auf Organisationsebene wird unumgänglich.

Es kommt ein Aspekt hinzu, der dem früheren Kapitalismus nicht bekannt war. Die Ausdehnung der Arbeitskämpfe und die Zunahme des Unbehagens und des Überdrusses an den Folgen

marktwirtschaftlicher Zustände, macht es notwendig, nach einer politischen Führung all dieser Erscheinungen zu suchen. Ich meine nicht etwa, daß sich die politischen Parteien in die Arbeitskämpfe und in die Konflikte einmischen. Das ist nichts besonderes, das haben sie immer getan. Es handelt sich vielmehr um den Versuch, Konflikte zwischen Arbeit und Kapital, aber auch im Reproduktionsbereich von einer autonomen Konfliktebene auf eine Ebene der im politischen System organisierbaren und also kontrollierten Konfliktualität zu überführen. Mit einem Wort: die politischen Parteien, zugleich Subjekte des Staats, sollen die Konfliktualität selbst in den Mechanismus der verfassungsmäßigen Politik einbauen. Das heißt also Stimmzettel statt Streikposten. Konflikte werden dadurch nicht eliminiert (sie gibt es in jederzeit in jeder Gesellschaft); sie werden sozusagen „konstruktiv“ in das System integriert, ihrer destruktiven Kraft entledigt.

Zwischen Arbeitskämpfen auf der einen Seite und Konflikten im Reproduktionsbereich auf der anderen Seite gibt es gewiß zuweilen Diskrepanzen. Es stellen sich dadurch Auswirkungen ein, die auch der Bewältigung einer Krise dienen können -eine Art klassenpolitischer Fassung des dividere, das das impe-rare erleichtert. Wichtig ist in diesem Fall und in meiner Sicht, also in unserer Sicht, daß die beiden sozialen Kräfte zueinander finden und eine gemeinsame Ebene der Negation kapitalistischer Zustände erreichen. Gemeinsam ist ihnen ohnehin die Absage an die Zweckbestimmtheit des Kapitalismus - eine Zweckbestimmtheit, die sich weniger um die Produktion von Gebrauchsgütern als um das Wachstum der Akkumulationsrate kümmert. Dagegen wehren sich sowohl Arbeiter, die den Ausbeutungsgrad in der Fabrik herabsetzen wollen (also: Lohnkämpfe), als auch all diejenigen, die im tertiären Sektor und in sonstigen Bereichen tätig sind und die Verwandlung alles Lebendigen in eine Ware abweisen. Beide finden nicht immer zueinander; aber am Ende in der Sache selbst sich zusammen gegen die Herrschaft des allgemeinen Tauschverhältnisses.

Davor haben die Kapitaleigner (padroni) bestimmt keine Angst, eher das Gefühl der Verunsicherung und ein gewisses Schutzbedürfnis. Sie und die Politiker (Kapital und Staat) wissen es nicht ganz genau, spüren es umso deutlicher: in der Absage an das Tauschverhältnis steckt substantiell die wirkliche Revolution (von der ich hoffe, daß sie doch noch in Gang kommt. Die Hoffnung und ihr Prinzip - die letzte Gottheit, die nach Fo-scolo die Gräber verläßt). Die Umwerfung aller Verhältnisse konkretisiert sich also - um eine Metapher zu benutzen, die am Ende gar keine ist, sondern der Begriff der Sache selbst -in der Erhebung des Gebrauchswerts gegen den Tauschwert. Herrscht in diesem Punkt Übereinstimmung zwischen besonderen Arbeitskämpfen und allgemeinen gesellschaftlichen Konflikten, fällt die strategische Antwort umso schärfer aus. Sie ereignet sich förmlich am deutschen Modell in dem Übergang vom Staat altliberalen Zuschnitts zu einem Rechtsstaat, den ich ohne Bedenken autoritär nenne. Das ist aber nicht gerade von geringem Sinn. Daß Deutschland ein Rechtsstaat ist, bedeutet also nicht Willkür noch Entscheidungsfreiraum für die Macht; und allemal nicht den faschistischen Staat. Daß dieser Rechtsstaat eine Umformung auf ideologischer Ebene erfährt, hängt von der Tatsache ab, daß er den heutigen Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsweise entsprechend die Grundrechte der Bürger zwar der Norm nach durchgängig, der Sache nach nur in den Grenzen verwirklicht, die von der Akkumulation bestimmt werden. Ich füge hinzu, daß diese Grenzen durchaus weit gefaßt sein können.

Es scheint mir angebracht, noch einmal auf den materiellen Aspekt des notwendig gewordenen staatlichen Eingriffs zurückzukommen. Ich fange hier mit Marx an. Marx hat betont (soweit ich mich erinnere im dritten Band des „Kapital“), daß die Bildung der großen Monopole mit ihrem ökonomischen und gesellschaftlichen Ungleichgewicht die Intervention des Staats provoziert. Das Kapital ist nicht in der Lage, mit den Problemen dieses Ungleichgewichts fertig zu werden. In diesem Sinne wies ich darauf hin, daß das Verwertungssystem ohne Staatseingriff sich nicht mehr reproduzieren

läßt. Das Kapital braucht heute also einen Staat, der nicht nur Garant des Marktes ist. Insofern liegt ein Bedarf der kapitalistischen Gesellschaft nach einem viel mächtigeren Staat als in der Vergangenheit vor. Man könnte allerdings fragen: war denn der Staat nicht immer notwendig und mächtig?

Dazu nur eine historische Erinnerung. Der Staat kommt keineswegs von weit her. Und nicht weil, wie Engels sagte (und darin war er ein wenig unbedarft), die primitiven Gesellschaften ihn nicht gekannt hätten - worauf man ironisch erwidern könnte, daß sie vielleicht deswegen primitiv und nicht fähig waren, diesen Zustand zu überwinden. Der moderne Staat vielmehr, der weder der polis noch der res publica, noch dem mittelalterlichen Gemeinwesen entspricht, ist etwa zwischen der Renaissance und der französischen Revolution entstanden in der Gleichzeitigkeit der Entwicklung, die das Bürgertum als herrschende Klasse und das Kapital als Produktionsweise zum Durchbruch brachte. In diesem Sinn ist der Staat modern; in einer viel präziseren historischen Form als früher aber auch notwendig. Im Unterschied zum vergangenen Jahrhundert, als alles sich mehr oder weniger spontan entwickeln konnte und der Staat nur eingeschränkte politische und polizeiliche Aufgaben hatte und insofern nur eine besondere Instanz war, erfordert heute die Reproduktion ein allgemeines Subjekt. Dieses Subjekt fällt nicht harmonisch mit den Einzelsubjekten des Kapitals zusammen. In einfachen Worten: das Kapital ist nicht mehr das einzige Subjekt, zu ihm tritt der Staat hinzu.

Ich gehe nicht auf die fraglos bedeutsamen Widersprüche ein, die im neuen Verhältnis der beiden Subjekte sich ergeben, von denen ein jedes souverän sein will. Die Dialektik liegt allerdings deutlich vor, denn beide sind Subjekte der Reproduktion, die aber keine Einheit darstellen, sondern sich gegenüberstehen. Miteinander verbunden sind sie nach wie vor, aber eben funktionell und auf verschiedenen Wirkungsebenen. In diesem Zusammenhang können zumindest drei große Indikatoren der aktuellen Krise angezeigt werden, die weniger den Staat betreffen (der Staat ist ohnehin nicht „betroffen“, sondern Subjekt), als vielmehr auf jeder Ebene und direkt Euch alle, das heißt, auch die Gewerkschaften.

Es handelt sich zum einen um die innere Krise des Kapitals. Das ist vielleicht der bekannteste Punkt, über den alle Zeitungen im Wirtschaftsteil berichten. Darunter sind weniger die sonst viel zitierten Verwertungsschwierigkeiten zu verstehen, die von der internationalen Konkurrenz herrühren, als vielmehr die enorme Entwicklung der Produktivkräfte und der technologische Fortschritt. Ihnen ist keine äquivalente Entwicklung auf dem Markt gefolgt. Der technologische Fortschritt hat bezeichnende Unterschiede zwischen den einzelnen Gesellschaften mit sich gebracht - zum Beispiel eine unterschiedliche Entwicklung der gesellschaftlichen Konfliktualität in bereits disziplinierten, bereits autoritären Gesellschaften einerseits und in den viel offeneren Gesellschaften in Westeuropa andererseits. Genau diese Zusammenwirkung von internationaler Konkurrenz und technologischem Fortschritt, die eigentümliche Verbindung von Konkurrenz auf dem internationalen Markt und technischem Fortschritt, der zur Arbeitslosigkeit führt - diese erste Schwierigkeit ruft die Gewerkschaften auf den Plan. Ihre Lage ist überaus vertrackt. Sie sehen sich mit den vom Kapital hervorgerufenen Problemen konfrontiert; zugleich aber - provokatorisch gesagt - werden sie vom Kapital zwecks Bewältigung der Probleme zur Partizipation aufgefordert. Ohne ihre Beteiligung ist keine Lösung in Sicht. Eine gewerkschaftliche Teilnahme aber, die auf einer freien, autonomen Konfliktebene bleibt, entspricht nicht den kapitalistischen Bedürfnissen. Es wird dagegen eine Partizipation verlangt, die mit einer Disziplinierung der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital einhergeht. Hier fallen Indikator der Krise und Möglichkeit ihrer Bewältigung zusammen.

Ein zweiter Widerspruch kommt hinzu, auch dieser dem Kapital immanent, jedoch nicht innerhalb der Kapitalbewegung, sondern im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander. Eine

Vertiefung des Arguments wäre nötig, ich beschränke mich jedoch auf einige Beobachtungen. Was Automation ist, ist bekannt. Bei den damit verbundenen Strukturveränderungen im Produktionsprozeß nimmt das variable Kapital ab bei einem gleichzeitigen Zuwachs des konstanten Kapitals. Das Letztere aber setzt für die eigene Reproduktion eine Bedingung voraus, die durch die endemische Krise ebenso wie durch die Arbeitskämpfe in Frage gestellt wird: die Voraussetzung, daß der Gang der Produktion und die Möglichkeit zur Programmierung in den einzelnen Unternehmen nicht durch irgendwelche soziale Störelemente behindert werden.

Das ist sicher für das Kapital kein unbekanntes Problem. Der Versuch, soziale Hemmnisse gleich welcher Art zu überwinden, hat in Italien der 20er und 30er Jahre zum Experiment des korporativen Systems geführt. Es war die erste große „Probe“ der staatlich vorgenommenen gesellschaftlichen Planung (wenn auch mit geringem Erfolg). Es ging dabei um die Institutionalisierung einer, wenn nicht gerade harmonischen Zusammenarbeit, so doch einer funktionalen Annäherung zwischen Arbeit und Kapital. Die Annäherung vollzog sich nicht auf der unmittelbaren Fabrikebene zwischen Arbeitern und padroni (wie etwa im nazistischen Deutschland mit dem Konzept der Fabrik als „Gemeinschaft“), sondern - und das war schon sehr „modern“ - auf einer auch gewerkschaftlichen organisatorischen Ebene, auf der die Vertretung der Arbeiter, die Vertretung der Unternehmer und die des Staats zusammenwirken sollten. Das nannte man „Trepiedi“ (Dreifuß). Nebenbei bemerkt, haben inzwischen italienische Historiker die Bedeutsamkeit, wenn man so will, die Zukunftsträchtigkeit (gewiß nicht in einem emanzipatorischen Sinne) dieses Versuchs erkannt. Die Tätigkeit des Staats umfaßte allerdings nicht die Totalität des Verhältnisses, wie etwa in den Systemen, die sich sozialistisch nennen. Zumindest formell galten die Verhandlungs-„Partner“ als gleichberechtigt, auch wenn materialiter zwischen Staat und Unternehmer es immer zu Interessensymbiosen kam. Der ganze Verhandlungsmechanismus unterstand übrigens genauen gesetzlichen Regelungen, die für die Lösung möglicher Konfliktsituationen sorgen sollten - bis hin zum Arbeitsgericht als letzter Schiedsinstanz.

Eine derart rechtlich systematisierte Lösung der Konflikte im gesellschaftlichen Produktionsverhältnis kennt Deutschland bestimmt nicht. Tendenzen dazu liegen, wie schon gesagt, zweifellos in allen Ländern vor; vom vollverwirklichten Korporativismus kann jedoch nicht gesprochen werden. An dessen Stelle erfand die politische Phantasie in Deutschland eine andere Lösungsmöglichkeit, die ich die Ritualisierung des Streikrechts nenne. Dabei geht es nicht etwa darum, Arbeitskonflikte auszuschalten, als vielmehr sie für die jeweilige Unternehmensführung kontrollierbar und ihre Folgen planbar zu machen. Ich erwähne nebenher, daß die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, anders als die italienische Verfassung das Streiken nicht als Grundrecht anerkennt. Daher fällt in Deutschland der spontane Streik, der ohne Einhaltung genauer Vorbereitungsregeln ausbricht, aus der Normalität heraus. Denn für die Rechtmäßigkeit des Streiks kommt es eben darauf an, vom Beginn der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden bis zu deren möglichen Scheitern, sich an rechtlich gültige Schritte zu halten. Erst nach dem Scheitern der Verhandlungen kann der rituelle Weg eingeschlagen werden (Befragung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Beratung der Gewerkschaftsführung, Streikbeschluß, Abstimmung der organisierten Arbeiter über den Streikbeschluß), der zum offenen Kampf führt. Die rechtliche Relevanz, und das bedeutet: die Präsenz des Staats als Rechtsinstanz bei diesem Ritus liegt darin, daß bei Nichteinhaltung der einzelnen Schritte durch die Gewerkschaftsführung die wirtschaftlichen oder sonst finanziellen Nachteile des Streiks von den Unternehmern einklagbar sind. Das ist der eine Punkt. Nicht minder wichtig ist aber, daß durch diese Ritualisierung und die damit verbundene zeitliche Verzögerung die Möglichkeit planender Abhilfe seitens der Unternehmer

gegeben wird. Man kann also von einer kapitalistischen Planbarkeit des Streiks sprechen, die vom internationalen Charakter des Kapitals zusätzlich verstärkt wird. Es besteht etwa die Möglichkeit, im Fall eines lange andauernden Arbeitskamps die Produktion in ein anderes Land zu verlagern. Soweit ich mich erinnern kann, nahm Ford diese Möglichkeit wahr und verlagerte bei einem Streik türkischer Arbeiter in Köln die Autoproduktion nach England und Luxemburg. Vielleicht auf diese Form des institutionalisierten Streiks verweist die berühmte Disziplinierung, von der man in Italien so häufig spricht und die im Namen eines kundengerechten Betragens herbeigesehnt wird. Jedenfalls: die Ritualisierung des Streiks ist eines der effizienten Mittel gegen unkontrollierbare und plötzliche Produktionsstörungen.

Den dritten Aspekt finden wir in einer Konfliktform, die schwieriger unter Kontrolle zu bringen ist. Sie zeigt sich in einer etwas aufsehenerregenden, auch folkloristischen Art bei den alternativen Bewegungen. Sie ereignet sich also nicht im permanenten Konflikt auf Fabrikebene, sondern in einem allgemeinen gesellschaftlichen konfliktualen Zustand, der die kapitalistische Gesellschaft - häufig ohne genauere Zielsetzung - negiert und sich in „alternativen“ Organisationsformen, Protesten und Aktionen ausbreitet. Ob langfristig dabei eine radikale Transformation der sozioökonomischen Strukturen und der politischen Form angestrebt wird, bleibt eine große Frage. Vorsichtshalber jedoch versucht die wirtschaftliche und die politische Rechte diese alternativen Tendenzen zu bremsen und zurückzuweisen, um die vorgeblich gefährdeten „ewigen Werte“ der bürgerlichen Gesellschaft zu festigen und zu retten. In der Tat könnte das Problem immer akuter werden, wenn die Möglichkeit bestünde, die kritische Situation auf dem internationalen Markt und die dem Arbeitsmarkt eigenen Schwierigkeiten mit der diffusen sozialen Spannung zu verlöten. Es käme zu einer Entwicklung, die sich verselbständigt, freie Räume schafft und sich weder unter die Akkumulationslogik, noch unter die Logik des Staats subsumieren ließe.

Aber auch dem kann institutionell abgeholfen werden, zum Beispiel durch eine umfassende Parlamentarisierung und die damit gekoppelte, fortschreitende Neutralisierung der gesellschaftlichen Autonomie. Auch hier findet ein alter Spruch seine moderne adäquate Fassung. Es heißt dann wohl nicht mehr: Stimmzettel statt Gewehrkugeln; es heißt nunmehr: Stimmzettel statt Blockaden. Dieser Trend gehört zu einem Verstaatungs-prozeß des Sozialen. Es handelt sich um ein vielschichtiges Phänomen. Es beschränkt sich nicht auf die Machtausweitung des Apparats und auf die Verstärkung der Exekutive. Diese sind eher Sekundärererscheinungen. Verstaatung geht mehr in die Tiefe und bedeutet nicht, daß der Staat breiter wird, sondern daß die Gesellschaft in ihren Beziehungen und inneren Strukturen immer mehr die sonst dem Staat eigene politische Form annimmt, sich nach den Verfahrensmerkmalen und den Ordnungsregeln des Staats organisiert. Kurz gesagt: sie formalisiert sich. Dazu nur ein Beispiel, zwar aus einem Randbezirk, aber emble-matisch. 1969/70 wurde in Deutschland eine große Universitätsreform unter der Bezeichnung „Demokratisierung“ durchgeführt. In den Hoffnungen der Studentenbewegung bedeutete Demokratisierung etwas anderes als in einem eng konstitutionellen Verstand des Wortes. Gemeint war schlicht der Einbruch von Studenten und von dem sonstigen Universitätspersonal in die Entscheidungszentren auf Massenebene. Selbst der Ausdruck „Vermassung“ wurde in einem affirmativen Sinn gebraucht. Die Universitätsreform indes führte lediglich zur Parlamentarisierung der akademischen Gremien. Man verpflanzte also die typischen Vorgehensweisen des parlamentarischen Staats in die Universität. Vielleicht war der Ausdruck „Parlamentini“, der in Italien im Zusammenhang mit der Schulreform immer benutzt wurde, ungewollt sehr treffend: die Schule als kleiner bürgerlicher Verfassungsstaat.

Offensichtlich liegt dieser Praxis nicht nur der äußere Angleichungsprozeß der Gesellschaft an den Staat zugrunde, sondern -innerhalb der Vorgaben der Verfassung - der Versuch, negative Elemente zu neutralisieren, die in das anfällig gewordene Schema einzubrechen drohen. Dahinter mag sich allerdings eine viel weitergehende Tendenz verstecken, die demokratische Substanz des Staats zu reduzieren. Darüber schreibt sogar die italienische Presse in ihren Berichten aus Bonn. Diese Reduktion schränkt die gesellschaftliche Teilnahme an den Staatsgeschäften normativ ein; sie klammert die Kräfte aus, die sich der institutionellen Strategie entziehen („verfassungsfremd“ sind); oder aber fügt sie funktional in die politische Form ein (zum Beispiel eben durch Parlamentarisierung). Diese Perspektive findet ihre wissenschaftliche Weihe im Werk eines Soziologen, der auch in Italien zu recht bekannt ist, auch wenn er politisch mißverstanden wird: Niklas Luhmann. Seine systemische Theorie widerspiegelt zum Teil wirkliche Zustände, zum Teil bietet sie sich als Vorschlag an, solche Zustände zu schaffen. Sie mag in beiden Fällen als Emblem des „Modell Deutschland“ gelten. Man kann es den Versuch nennen, wirkliche Konfliktualität durch ein konfliktuales Regelverfahren zu ersetzen. Und das heißt letztlich: aus der Konfliktualität eine Kontraktualität zu machen; aus einem Kampf ein Schattenboxen.

Nur sind in Italien diese Gedanken nicht gerade neu. Cia-netti, Staatssekretär im Korporationsministerium, nahm schon in den 40er Jahren die systemische Einordnung der Klassenkämpfe voraus: in ihnen läge der Motor des Fortschritts und sie seien insofern notwendig; nur solle man sie rechtlich domestizieren, in eine Friedensordnung einbauen.

Die Vorherrschaft des Verfahrens geht im Grunde mit dem Befugnis des Staats einher, legale Abgrenzungen zu errichten und sie kraft Gewaltmonopol auch durchzusetzen. Davon ist die Gewerkschaft stark betroffen. Sie wird durchweg als Verhandlungspartner auch in der Politik anerkannt und kann sich als Protagonist der Gesellschaft betrachten. Sie ist aber weniger Protagonist des gesellschaftlichen Konflikts als der juristisch bestimmten, staatlich vorgeformten Befriedung. Sie wird also Protagonist nicht so sehr als Gegenmacht; vielmehr innerhalb einer politischen Operation, die ihrer Führung den Zugang zu den Schalthebeln der Macht zu eröffnen scheint - und die leibhaftige Arbeiterklasse wirklich außen vor läßt. Die Gewerkschaft verwandelt sich derart in ein Organ, das die Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft sichert. Eine „Staats“gewerkschaft wird sie dadurch gewiß nicht. Es macht gerade die Vorzüge des bürgerlichen Verfassungsstaats aus, diese Form der Verstaatlichung nicht nötig zu haben.

In den deutschen Zuständen finden wir zwei Beispiele der Verstaatung, die Modellcharakter haben können. Es handelt sich nebenbei um zwei Fälle, die in Italien viele Bewunderer gefunden haben und häufig zur Nachahmung empfohlen werden.

Das erste betrifft die Entsozialisierung und zugleich Verstaatlichung der politischen Parteien durch eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen. Vor der Gründung der BRD bildeten wie in jedem anderen europäischen Land auch in Deutschland die Parteien eine Schaltstelle der Willensbildung sozialer Gruppen. Selbst als „interklassistische“ Parteien wollten sie unterschiedliche und divergierende Interessen ausgleichen und unter einem einzigen politischen Organisationspakt vereinigen. Die Parteien waren also immer Ausdruck der Gesellschaft und nicht des Staats. Nach dem Grundgesetz hingegen und noch mehr in der Regelung des Parteiengesetzes transformierten sie sich in „Verfassungsorgane“ - im Klartext Organe des Staats. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil über die öffentliche Parteienfinanzierung diesen Sachverhalt bestätigt: da die Partei ein Organ der Verfassung ist und damit Teil des Staats, ist es grundgesetzlich richtig, sie im Vollzug bestimmter Handlungen (zum Beispiel Wahlen) mit öffentlichen Geldern zu finanzieren. Eine Staatspartei also? Im Deutschen erfand man eine elegantere Wendung: die „staatstragende Partei“.

Damit wir uns verstehen: dies entspricht in etwa der italienischen Vorstellung von den Parteien des „konstitutionellen Bogens“.

Schwieriger gestaltet sich die Sache beim zweiten Beispiel, den Gewerkschaften. Eine Verstaatung findet zwar statt, aber in schleichender Weise. Mit schleichend meine ich, daß sie nicht in der Form einer unmittelbaren Beteiligung am Staatsapparat oder an den Verwaltungsstrukturen des Staats erfolgt, sondern als Subsumption der gewerkschaftlichen Arbeit unter eine Regelung, für deren Einhaltung der Staat Aufsichtskompetenz hat.

Dies scheint der grundgesetzlich garantierten Tarifautonomie zu widersprechen: in die Vertragsverhandlungen darf sich der Staat nicht einmischen. (Verhandlungen für den öffentlichen Dienst stellen selbstredend einen Sonderfall dar, da der Staat einer der Tarif„partner“ darstellt). Formell und in direkter Art bleibt in der Tat der Staat außen vor. Daß er informell am Verhandlungstisch sitzt, ist eine andere Sache. Ebenso wenig tangiert die Tarifautonomie, daß er gegebenenfalls als Schlichter herbeigerufen wird. Er meldet sich dennoch in doppelter Form an. Er setzt den Verhandlungen normative Grenzen und schreibt bestimmte Auswege vor - zum Beispiel mit der gesetzlich geregelten Schlichtung; und er wacht über Gültigkeit und Ausführung der Verträge. Einmal abgeschlossen, fällt der Tarifvertrag bis zu seiner, ebenso geregelten Kündigung nicht mehr unter die alleinige Zuständigkeit der beiden autonomen Gruppen (Gewerkschaft und Unternehmerverband), sondern in die der Rechtsordnung. Ich sprach schon davon: Vertragswidrigkeiten können eingeklagt werden. Ein bekanntes Beispiel bildete der Abbruch der Verhandlungen zwischen der IGM und den Stahlindustriellen 1956 in Norddeutschland. Da nach Ansicht der Unternehmer Streikabstimmung und Streikaufrufung gegen die rituelle Prozedur verstießen, riefen sie das zuständige Gericht um Entscheidung an. Sie erfolgte denn auch - aber eine Gerichtsentscheidung ist nun einmal Staatssache.

Von Staats wegen wird auch das innerbetriebliche Verhältnis von Arbeit und Kapital geregelt, mit dem auch in Italien diskutierten Gesetz über die Mitbestimmung. Das Gesetz gibt dem Betriebsrat das Recht, in genau umschriebenen Fällen den Entscheidungsprozeß des Unternehmens mitzugestalten, und ist insofern „progressiv“, wird sogar als emanzipatorisch beurteilt. Gleichzeitig holt das Gesetz die emanzipatorische Wirkung der Mitbestimmung wieder ein: es koppelt das Recht zur Partizipation mit der betrieblichen Friedenspflicht. Das gewerkschaftliche Subjekt der Mitbestimmung, also die Arbeitervertretung wird für die Befriedung der Arbeitskonflikte in der Fabrik verantwortlich gemacht.

Wenn durch diese Verrechtlichung, die jedes autonome Element in der Gewerkschaftstätigkeit abschneidet, die Form Staat sich auf der gewerkschaftlichen Ebene zu Wort meldet, so wundert es nicht, daß die gewerkschaftliche Führung in der Verstaatung noch einen Schritt weiter geht. Sie verlangt von den Gewerkschaftsmitgliedern nicht nur die Einhaltung der Verträge, sie fordert von ihnen auch Staatstreue an.

Und damit komme ich zum Schluß. Ich habe versucht, Euch das Modell Deutschland zu erklären. Wahrscheinlich habe ich zuviel kritisiert. Andererseits aber und angesichts der Faszination dieses Modells: wenn man nicht hart kritisiert, läßt sich ein vernünftiges Gleichgewicht nicht finden.

Aus der Diskussion

Frage: „Wozu gibt es die Gewerkschaften in Deutschland, wenn der Staat alles erledigt? Es wäre das gleiche, wenn sie nicht existierten.“

Agnoli: Ich habe mich anscheinend nicht klar genug ausgedrückt. Ich nutze aber die Gelegenheit, um noch einmal die Verstaatung zu charakterisieren. Zunächst: bei der BRD handelt es sich nicht um einen totalitären Staat, der alles absorbiert. Ich sagte schon, daß es keine Staatsgewerkschaften gibt; und ebensowenig gibt es eine einzige Staatspartei. Eher imprägniert der Staat das soziale Gewebe mit Staatlichkeit. Er ist der Staat, der pluralistische Organisationen nicht nur zuläßt, sondern auch will; sie aber an vorgeschriebene Regeln und an ein festes Wertsystem bindet. Dabei ist die Gewerkschaft ebenso notwendig wie die Parteien. Man könnte auch fragen, warum Parteien notwendig seien. Die Antwort ist nicht schwierig. Auf der einen Seite gibt es effektiv eine Pluralität von Interessen und Meinungen in der Bevölkerung, die eine adäquate politische Artikulation verlangt; andererseits ermöglichen die Parteien, daß sich diese Pluralität in staatspolitische Gruppen übersetzt, sonst könnte sich eine destruktive Konfliktsituation entwickeln. Nun die Gewerkschaften: ich erlaube mir eine Provokation. Wenn wir die Gewerkschaften beseitigen und das Kapital sich allein um seine Verwertung kümmert, wer kontrolliert dann die Arbeiter? Das Kapital selbst braucht „vernünftige“ Gewerkschaften, damit sie die Arbeiter kontrollieren, so wie der bürgerliche Staat die Parteien zur Organisation des Konsenses braucht. Die deutsche Bourgeoisie kann nur froh sein über eine Sozialdemokratie, die den Konsens zwischen Arbeitern und Staat herbeiführt. Eine schwache Sozialdemokratie wäre zu nichts nütze. Das ist auch das Dilemma, mit dem sich die KPI konfrontiert sieht. Sie organisierte lange Zeit den Dissens, und nicht immer im institutionellen Sinn; nunmehr beginnt sie, die Organisation des Konsens der abhängigen Massen zum Staat hin zu werden. Spricht man von der Sozialdemokratisierung der KPI, meint man genau dies: im Kontext des bürgerlichen Staats die Aufgabe zu übernehmen, für den institutionell zugelassenen Dissens zu sorgen - einen Dissens, der nicht mehr die fundamentale Alternative anstrebt, sondern sich als Vehikel der reziproken Alternanz der Parteien an der Macht darstellt. Nun gab es ein ähnliches Problem in Deutschland mit der Alternativbewegung, solange sie sich als radikale und durchgängige Opposition verstand. Sie galt denn auch nicht als „koalitions- und regierungsfähig“. Sie wird es aber in dem Maße, in dem sie sozusagen institutionelle und bürgerliche Respektabilität sich zulegt. Die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft will denn auch eine institutionell respektable Gewerkschaft. Daher kommt in Italien die Ratlosigkeit gegenüber der sich autonom nennenden Gewerkschaftsbewegung, die sich um Regeln und Vorschriften wenig schert und damit aus dem „Ordnungsgefüge“ hinausstrebt. Eine autonome Gewerkschaft lehnt es ab, als Ordnungsfaktor zu fungieren - mit den bekannten, sich daraus ergebenden alltäglichen Unannehmlichkeiten.

(In der weiteren Diskussion wurden Probleme angeschnitten, die ich in meiner Abhandlung über Rechtsstaat und Kapitalismus hinlänglich behandelt habe.)

Aus dem Italienischen von Ruth Schneider

Der Strukturwandel des Staaten-Spätkapitalismus

(Ein Vortrag, gehalten in Neapel am 11. Dezember 1977 bei einem Internationalen Seminar)

Die heute morgen gehaltenen Referate haben mich in eine schwierige Lage gebracht. Sie polarisierten in bedenklicher Weise die Diskussion über die politische Antwort auf die Strategie des gegenwärtigen, bürgerlich-kapitalistischen Staats. Zwei Positionen standen sich schroff gegenüber: auf der einen Seite wurde die Perspektive einer bedingungslosen Verteidigung der „bewaffneten Kämpfer“ der revolutionären Linken vertreten; auf der anderen Seite sprach man sich für die Verteidigung und die Wiederherstellung des Rechtsstaats gegenüber allen Formen einer repressiven Politik aus. Es mag sein, daß diese Positionen miteinander vermittelt werden können. Mir schienen sie sich durchgängig zu widersprechen. Der „bewaffnete Kampf für die Revolution“, um dieses Schlagwort zu gebrauchen, setzt nicht eine bloß funktionale Fehlentwicklung des Staats voraus, sondern den offenen Ausbruch eines neuen Faschismus. Dieser ließe in der Tat keine andere Möglichkeit zu, als den bewaffneten Widerstand. Eine andere politische Artikulation gäbe es nicht. Setzt man sich dagegen die Verwirklichung des Rechtsstaats oder seine Verteidigung zum Ziel des politischen Handelns, so bedeutet dies gerade den Versuch, die Möglichkeit freier politischer Artikulation zurückzugewinnen. In dieser Sicht wäre der bewaffnete Kampf absurd; noch mehr: schädlich für einen Emanzipationsprozeß.

Dies ist der eine Grund, der mich veranlaßt, das vorbereitete Schema meines Referats beiseite zu schieben und sofort in die Debatte einzusteigen. Das ist allerdings mit einigen Folgen verbunden, für die ich im voraus um Nachsicht bitte. Spricht man aus dem Stehgreif, dazu noch zu einem so verwickelten Thema, läßt sich der unstrukturierte Gedankengang, lassen sich Sprünge und Wiederholungen nicht ganz vermeiden. Der zweite Grund hängt eben und geschrieben. Ich wiederhole es hier, weil ich die von einigen Seminarteilnehmern vorgeschlagene, reinliche Trennungslinie zwischen einem autoritären Staat und dem Verfassungs- und Rechtsstaat für das Ergebnis eines Denkfehlers halte. Oder eines Gedächtnismangels. Der alte deutsche Staat zum Beispiel, der die Akkumulation des Kapitals begleitete: das Kaiserreich vor dem ersten Weltkrieg, war äußerst autoritär im gesellschaftlichen Alltag, in der Erziehung, in den politischen Zuständen. Er war kein demokratischer Staat - nicht einmal der Form nach. Aber er war eindeutig ein Verfassungsstaat rechtsstaatlichen Charakters. Aus diesem Grund finde ich es verblüffend, wenn bei diesem Seminar von den Gefahren einer „autoritären Demokratie“ die Rede ist, gegen die es gelte, den Verfassungsstaat zu verteidigen. Hier scheinen die Begriffe völlig durcheinanderzugehen. Soll die institutionelle Strategie zumindest gebremst werden, die sich auf die Normen des Rechtsstaats stützt, so liegt die politische Aufgabe gewiß nicht darin, sich schließlich am Rechtsstaat zu orientieren; vielmehr darin, die Demokratie voranzubringen. Mit einem anderen Wort: wir müssen gegenüber, manchmal gegen den Rechtsstaat das Prinzip der unmittelbaren Teilnahme der Massen an den politischen, ökonomischen und kulturellen Entscheidungen vertreten - ironischer und verblüffender Weise im Sinne der italienischen Verfassung, wonach es Aufgabe des Staats sei, alle Hindernisse zu beseitigen, die die politische, ökonomische und kulturelle Beteiligung des Volks an Entscheidungen begrenzen. Keine leichte Aufgabe in einer Situation, in der die Repression nicht nackt hervortritt, sondern sich den weiten und schönen Mantel der Legalität anzieht. Bekanntlich gilt in dieser Situation die „Demokratisierung“ als verfassungswidrig.

Es ist gleichwohl keine bloße terminologische Änderung, wenn wir aufhören, vom Rechtsstaat im altliberalen Sinn zu reden und stattdessen das Wort Gesetzesstaat verwenden. Nur hat der Übergang des Rechtsstaats in den Gesetzesstaat seine eigentümliche Folge. Wenn sich der Rechtsstaat im wesentlichen durch eine Form politischer Machtausübung auszeichnet, die gesetzlich lückenlos kontrolliert wird, so ist den Hagiographen der deutschen Zustände zuzustimmen: er existiert in Deutschland ungebrochen. Man kann dabei einen Unterschied zwischen Italien und Deutschland ausmachen. Die italienischen mit dem Gegenstand unserer Verhandlungen zusammen. Auf einem internationalen Seminar, das von einem Komitee für die Verteidigung politischer Gefangener veranstaltet wird, stehen selbstredend dieses Problem, das Problem der Kriminalisierung politischer Bewegungen und daher auch das Problem ihrer Verteidigung vor Gericht im Mittelpunkt. Auch die Frage des Rechtsstaats wird daher unter dem einseitigen Gesichtspunkt betrachtet, ob heute die Rechte eines Angeklagten, eines Häftlings oder des Verteidigers eingeschränkt werden. Wie wichtig diese Ebene für unsere Diskussion auch immer sein mag, wie sehr sie auch sich auf eine unmittelbare Aufgabe bezieht, einfach weil in der Tat Genossen im Gefängnis sitzen, ist es meines Erachtens doch notwendig, den engen Rahmen zu verlassen und einige Überlegungen allgemeinerer Art anzustellen.

Wenn man den Kampf gegen den Imperialismus in den bewaffneten Gruppen konzentriert sieht, in der RAF in Deutschland, den Brigade Rosse und in den Nuclei Armati Proletari (NAP) in Italien, so wird die antiimperialistische Front unzulässig verkürzt. Man übersieht die wahren Protagonisten dieses Kampfes, der - das dürfen wir nicht vergessen - auch ein Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise ist. Die wahren Protagonisten sind nicht die bewaffneten Gruppen. Diese können vielleicht unmittelbare Bedürfnisse der Massen und ihre Unduldsamkeit zum Ausdruck bringen. Hauptträger des Konflikts sind aber diejenigen, die gegen den Kapitalismus unmittelbar auf der Ebene der Mehrwertproduktion antreten. So waren zum Beispiel in Turin die Protagonisten des Antiimperialismus nicht die Rotbrigadisten, die auf den Journalisten Casa-legno geschossen hatten, sondern die FIAT-Arbeiter, die die politische Steuerung ihres gesellschaftlichen Verhaltens durch die Gewerkschaft, durch die Partei oder durch die öffentliche Meinung nicht hingenommen haben. Sie setzten auf eine autonome Selbststeuerung ihrer Kämpfe.

Die Repression, oder genauer: die institutionelle Strategie, die nicht nur in der Repression im engeren Sinne besteht, sondern auch in den Integrationsmechanismen, in der Massenmanipulation, in den Überzeugungsversuchen, nimmt einen immer umfassenderen Charakter an und kann nicht mehr punktuell durch einzelne und vereinzelte Aktionen zurückgewiesen werden. Sie bezieht die gesellschaftliche Totalität ein. Sie geht von der Form Staat nicht nur als repressivem Apparat in der Gestalt von Polizei, Gericht und Gefängnis aus, sondern von der Form Staat als der Synthese der bürgerlichen Gesellschaft. Es handelt sich um eine Synthese im doppelten Sinn: einerseits zwischen sich gegenüberstehenden Klassen; andererseits aber auch Synthese und Vermittlung innerhalb der bürgerlichen Klasse selbst, der auf dem Markt die eigene Vereinheitlichung nicht gelingen will. Gerade wenn man diese Totalität angreift, scheinen mir die Vorschläge, wie sie Pieter Bakker Schut heute morgen entwickelt hat - ich will nicht sagen, völlig irrig, zumindest aber unzulänglich. Wenn er von den bekannten Berufsverboten sagt, daß sie lediglich kleine intellektuelle Bereiche treffen, so zeigt er (ich, muß es etwas hart ausdrücken), daß er einfach nicht begriffen hat, daß die Strategie der Berufsverbote für die Verteidigung einer kapitalistischen Gesellschaft viel wichtiger und einschneidender ist als die Repression in den Gefängnissen. Es handelt sich ohnehin nicht nur um die Disziplinierung einiger intellektueller Bereiche, vielmehr um eine Praxis, die in der BRD bereits das gesamte soziale Leben durchdringt. Es handelt sich also nicht um wenige betroffene Genossen. Das Berufsverbot, genauer: der Radikalenerlaß bedeutet, daß massenhaft Menschen der polizeilichen

Observation und Ermittlung unterworfen und aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden können, darunter auch Arbeiter, Beschäftigte der Bundesbahn, Krankenpfleger, sogar Gärtner. Es ist deshalb keine Randerscheinung; es geht um das Handeln eines Staats, der in viel bewußterer Weise als vor etwa 30 Jahren die Aufgabe wahrnimmt, die Gesellschaft organisatorisch zu fassen und dabei alle Versuche und Möglichkeiten zunichte zu machen, ihn selbst in Frage zu stellen oder die Reproduktion des Kapitalismus („das geordnete Leben der Bürger“) zumindest zu stören. Es scheint mir daher angebracht, von der Klage über die Repression, so verständlich sie auch immer sein mag, überzugehen zu einer weitergreifenden Überlegung zu der institutionellen Strategie, die heutzutage in Zeiten zyklischer und nicht nur zyklischer Krisen eine konstitutionell bürgerlich und ökonomisch kapitalistische Welt absichert.

Beginnen wir mit dem Rechtsstaat, weil die institutionelle Strategie auch mit dem allgemeinen und idealen Charakter des Staats zusammenhängt - und Ferrajoli möge mir verzeihen, wenn ich den Rechtscharakter des gegenwärtigen Staats als allgemein und ideal bezeichne. Das soll nicht mißverstanden werden. Für mich heißt dies nicht, den Staat als bloßen Überbau anzusehen. In diesem Punkt bin ich entschieden kein orthodoxer Marxist und erkläre glattweg, daß der Staat keine Überbauerscheinung ist; der Überbau-Charakter der Politik beschränkt sich auf Aspekte verfassungsmäßiger, kultureller und ideologischer Art. Verfassungstexte gehören allemal dazu. Der Staat als Instanz der Organisation der Gesellschaft und der Ökonomie im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus bringt sozusagen das elementare Verhältnis zwischen Basis und Überbau zum Tanzen, wie es noch von der II. Internationalen definiert und auch von der Ideologie der III. Internationalen aufgenommen wurde. In diesem Kontext sollte die Diskussion um den bürgerlichen Verfassungsstaat neu aufgenommen werden, nicht hinsichtlich seiner Normen (ich meine hier die subjektiven Rechte), die gegebenenfalls in die emanzipatorische Bewegung gehören; sondern indem man seinen organisatorischen Auftrag ins Auge faßt. In dieser Sicht entfällt die Priorität der Rechtsgarantien als sein Kennzeichen, und es bleibt nur die schiere Form von Staatlichkeit, die eine bestimmte Gesellschaft ordnet. Ich stelle damit nicht in Abrede, daß bürgerliche Errungenschaften - um es einmal so zu formulieren - von der emanzipatorischen proletarischen Bewegung, von der Linken also aufgegriffen und noch erweitert werden müssen. Das bedeutet für unser Problem nicht, daß der Verfassungsstaat, so wie er existiert, ein geschichts-loses Produkt wäre: eine ahistorische Setzung, eine schlechthin menschliche Errungenschaft. Denn er verkörpert bestimmte Erfordernisse eines Bürgertums, das historisch an die Macht gekommen ist und das in ökonomischer Absicht ein bestimmtes politisches Regelsystem braucht, um seine Macht zu erhalten. Der Prozeß der Akkumulation wurde unter dem Schutz der neuen Staatlichkeit vorangetrieben; er vollzog sich nur scheinbar automatisch, in Wirklichkeit aber unter generellen Rahmenbedingungen auch staatspolitischer Art, ohne die eine kapitalistische Entwicklung nicht staatfindet. Um zu akkumulieren braucht das Kapital nicht nur Arbeitskraft, die es kauft; sondern Arbeitskraft, die bereit ist, sich zu verkaufen. Nicht nur das: es benötigt auch einen, keineswegs nur ideologischen Apparat, der in welcher Form auch immer den Arbeiter dazu bringt, das den Kapitalismus auszeichnende besondere System objektiver Zwangsarbeit zu akzeptieren. In der heutigen Lage kann der klassische, liberale Verfassungsstaat damit nicht fertig werden. Nicht, daß seine Regeln und seine Normativität vormals falsch gewesen wären oder keine bestimmte historische Funktion gehabt hätten. Nur entsprach er in seinem historischen Dasein einem Stadium der Kapitalakkumulation, des Kampfes des Bürgertums gegen feudale und absolutistische Reste und auch des Kampfes der Arbeiterschaft für ihre Emanzipation, das endgültig vorbei ist.

Eines will ich, vielleicht zu scharf provozierend, betonen. Wer heutzutage einen defensiven oder offensiven, jedenfalls instrumentellen Gebrauch bestimmter Regeln der bürgerlichen Politik verfißt, um eine revolutionäre Praxis voranzutreiben, mag Richtiges und Mögliches anstreben. Wer hingegen den Verfassungsstaat im klassischen Verstande des Wortes wiederherstellen, seine altliberale Eigenschaften wiedereinführen oder erneuern möchte, ist im Grunde ein Reaktionär in einem sehr präzisen geschichtlichen Sinn. Er versucht zu einem Typus des Staats zurückzukehren, der funktionsfähig war und sozusagen auftragsgemäß handelte am Beginn der Kapitalakkumulation. Ich will damit nicht sagen, daß der bürgerliche Verfassungsstaat gänzlich ungeeignet sei als Instrument einer fortschrittlichen Politik. Es ist nur notwendig, sich dabei bewußt zu machen, daß er keine emanzipatorische Perspektive mehr kennt, dafür über institutionelle Elemente verfügt, emanzipatorische Bewegungen, die ihm zuwiderlaufen, in sein eigenes Prinzip der Legalität zu integrieren und damit zu neutralisieren.

Um dieses Phänomen zu begreifen, um zum Beispiel zu verstehen, warum denn die Deutschen (man sagt es so dahin: die „Deutschen“, sie existieren nur nicht), also die herrschende Klasse Deutschlands, die großen kulturellen Verbände, die große Presse immer behaupten, der gegenwärtige deutsche Staat sei der Rechtsstaat schlechthin, muß erkannt werden, daß der Rechtsstaat als Emblem des bürgerlichen Verfassungsstaats immer eine ambivalente Sache gewesen ist. Sicherlich entstand er im Zeichen des Kampfs um individuelle Freiheit, um die Freiheit der Konkurrenz, um die Vertragsgleichheit. Zugleich bildete er und bildet nach wie vor als Synthese der bürgerlichen Gesellschaft den Grund für die Gleichheit der Konkurrenz der Kapitale auf dem Markt und für die vertragliche Regelung der Ungleichheit zwischen Arbeitskraft und Kapital. Sicherlich meint all dies auch das grundsätzliche Ziel, den Einzelnen gegenüber dem Staat, gegebenenfalls gegen den Staat (siehe Verwaltungsgerichtsbarkeit) zu verteidigen. In bürgerlicher Absicht aber geht es nicht um den Konflikt zwischen dem Individuum und dem bürgerlichen Rechtsstaat, sondern um einen Kampf gegen mögliche Rückfälle in die Form vorliberaler, willkürlicher Staatsmacht.

Heutzutage entfällt diese Aufgabe in dem Maße, in dem Rückfälle in Willkürherrschaft abgeblockt werden können. Das Bürgertum verlangt heute nach etwas anderem. Es denkt primär nicht mehr an Freiheitsprobleme, sondern an klar erkennbare Entscheidungen und an die garantierte Freiheit, über die Verwertung seines Reichtums verfügen zu können. Das nenne ich das andere Gesicht des Verfassungsstaats: nicht mehr durchgängige Vertretung der Freiheit (und die Gleichheit wollen wir auch nicht vergessen) gegen Machtmißbrauch; vielmehr Regelwerk, transparente Organisation, System der „Spielregeln“ der Machtausübung.

Dieses andere Gesicht spiegelt die Zustände der Produktionsweise wieder: die „Wechselwirkung“, zumindest die Parallelität von Ökonomie und Politik liegt hier offen zutage. Das Kapital richtet sich nach der Marktforschung und sondiert die Bedürfnisse der Konsumenten, weist jedoch die direkte Einmischung der Konsumenten in seine Produktionsplanung ab. Derart ereignet sich auf dem Markt die „Demokratie“, denn das Kaufvolk stimmt täglich über das plurale Warenangebot ab. In der Ideologisierung des Marktes wird die Souveränität des Kaufvolkes hervorgehoben: „Bei uns ist der Kunde König“. Allein an der Kasse wartet die Guillotine. So in dem Staat, in dem bekanntlich alle alles frei sagen dürfen; nur wenige haben das Sagen. Der Staat braucht die Sondierung des Volkswillens, seine Politiker die Abstimmung der Wähler. Seine „Spielregeln“ aber lassen Volk und Wähler aus dem Spiel. Dieses System von Regeln nennt sich Repräsentativsystem: die stoffliche Seite des Verfassungsstaates, der Parlamentarismus.

Davon habe ich oft und für einige bis zum Überdruß gespro Orderungskräfte tun, was sie wollen auch ohne gesetzliche Rückendeckung; die deutschen Orderungskräfte tun ebenfalls, was sie wollen,

fordern aber zugleich die gesetzliche Handhabe dafür ein. Nicht von ungefähr wandten sich im Zusammenhang mit dem Radikalenerlaß die Einwände deutscher Gewerkschafter keineswegs gegen die Entfernung kommunistischer Arbeiter, Angestellter und Beamter aus dem öffentlichen Dienst, sondern dagegen, daß die Verwaltung das Berufsverbot ohne jede gesetzliche Grundlage praktizierte. Selbst liberale Zeitungen hatten gegen diese Praxis wenig einzuwenden. Umso entschiedener bestanden sie auf der rechtlichen Regelung der Entlassungen.

So kann autoritäre Politik betrieben werden, ohne „den Boden der Verfassung“ zu verlassen. Das Prinzip der Verfassungsmäßigkeit weist wiederum die Ambivalenz auf, die wir am Prinzip der Rechtsstaatlichkeit feststellen konnten. Verstehen wir uns recht: wie wichtig die Verfassungsmäßigkeit für den Einzelnen und für einen einigermaßen sorglosen gesellschaftlichen Alltag ist, weiß jeder. Das hat nicht nur der Faschismus gezeigt, sondern ebenso klar und deutlich die sogenannten Übergangsgesellschaften des verbalen Sozialismus. Der verbale Sozialismus hat e contrario bewiesen, daß die Verfassungsmäßigkeit eine Garantie für die freie Artikulation des Einzelnen und der Massen sein kann. An diesem Punkt sind wir uns einig. Aber dies ist nicht die Verfassungsmäßigkeit, die uns in der Strategie des Kapitals begegnet, vor allem wenn es in die Krise gerät. Da bedeutet sie vielmehr den Versuch, jeden gesellschaftlichen Prozeß, jede politische Tätigkeit in die Grenzen einzubannen, die wie ein Schutzwall die Existenz des Kapitals sichern.

In der deutschen Politikwissenschaft rechter Observanz spricht man von der Filterfunktion, die die konstitutionellen Organe besitzen. Man weist offen darauf hin, daß es in einer instabilen Gesellschaft wie der heutigen für eine langfristige politische und ökonomische Planung notwendig ist, zwischen den Ansprüchen und Bedürfnissen der Massen einerseits und der politischen Entscheidungsgewalt andererseits institutionelle Filter einzubauen. Ideologisch gehört dazu auch der so genannte „Pluralismus“, der bekanntlich etwas anderes meint als die wirklich vor handene und überdies erfreuliche Pluralität. Zum Pluralismus gehört, den vertikalen Konflikt, also den Klassenkampf, durch den horizontalen Konflikt zu ersetzen, das heißt: die fundamentale gesellschaftliche Spaltung in einen alltäglichen Verteilungsstreit zwischen einzelnen Gruppen zu transformieren. Es gäbe also nicht mehr die Arbeit und das Kapital, aber auch nicht mehr Verfügende und Verfügte auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, sondern nur unzählige Gruppen, Interessenverbände, Sektoren, die auf der gleichen Ebene die „Teilung des Kuchens“ besorgen. Sicher ist es freilich nicht, ob die Filterfunktion auch richtig funktioniert und den vertikalen Konflikt am Durchbruch hindert.

Trifft das auch auf Italien zu? Bei einem Vergleich soll die Verschiedenheit zwischen den beiden Ländern wieder beachtet werden - immer unterstellt, es gäbe eine einzige deutsche Gesellschaft und ebenso eine unterschiedslose italienische - in Turin wie in Neapel, in Battipaglia wie in Pordenone, im mafiosen Sizilien und im ordentlichen deutsch-italienischen Südtirol. Wir müssen jedenfalls klar zusehen, ob in Italien die strukturellen und kulturellen Bedingungen vorliegen, eine institutionelle Konfliktlösung auf Massenebene durchzusetzen. Eine Sache ist der hie und da sich meldende politische Handlungswille, Italien zu „germanisieren“ (davon war in diesem Seminar häufig die Rede; es handelt sich aber um einen etwas unanständigen Ausdruck); eine andere Sache die Anfälligkeit für solche Operationen. Und eine dritte Sache endlich, wie die überall gleichen Schwierigkeiten kapitalistisch produzierender Gesellschaften unter der Firnis nationaler Ungleichmäßigkeit sich auswirken.

Damit komme ich zu einem anderen wichtigen Punkt. Ich will in aller Kürze versuchen, die historischen Gründe aufzuzeigen, die die Ausweitung und Potenzierung der institutionellen Strategie erforderlich machen. In vermittelter Weise hat das auch mit dem Thema der Beschneidung

politischer Rechte, auch des Rechts auf Verteidigung vor Gericht zu tun. Ich sagte bereits, daß diese Gründe nicht in besonderen Gesellschaften anzutreffen sind. Dennoch halte ich es für korrekt, von einer Analyse deutscher Zustände auszugehen, werden sie doch mehrfach als Vorbild angesehen - Vorbild für ein gefestigtes, krisenfreies „Ordnungs“gefüge. In ihm scheinen sozioökonomische Strukturen, politische Mechanismen, juristische Regelungen ausgereift zu sein: nicht gerade die beste aller möglichen Welten; aber eine bessere findet man angeblich nicht.

Vorbildlich ist Deutschland auf zwei Ebenen. Auf der einen Ebene haben wir es mit der Ökonomie und mit ihren gesellschaftspolitischen Begleiterscheinungen zu tun. Nur kehren sich in der Ökonomie die Fronten um. Nicht das Ausland schaut nach dem Vorbild; das Vorbild bietet sich an. Deutschlands Ökonomie, die seit geraumer Zeit den Weltmarkt mitbeherrscht, befindet sich in einer schwierigen Lage. Sie lebt, wie allgemein bekannt, vom Export. Und nicht nur vom Kapitalexport nach Übersee, sondern auch vom Warenexport und Investitionen in jenem erweiterten Binnenmarkt, den man Europa nennt. Das deutsche Kapital - und das ist beileibe keine Vermutung, sondern nur das, was deutsche Unternehmerverbände täglich verlautbaren, wenn es um Auslandsinvestitionen geht - das Kapital also verlangt entschieden, daß die europäische Erweiterung des Binnenmarkts von der Verwirklichung gesicherter und sichernder Rahmenbedingungen begleitet sein muß. Im Grunde eine legitime Forderung. Das deutsche Kapital wünscht sich daher in Europa das gleiche System von Stabilisierung und Disziplin, das in Deutschland selbst herrscht. Dem Angebot entspricht allerdings, den Marktgesetzen gemäß, auch eine Nachfrage. Aus bestimmten Äußerungen von Vertretern der italienischen und französischen Wirtschaft können wir entnehmen, daß die strukturelle europäische Angleichung in der Tat zur Europäisierung der deutschen Methode führen soll. Freilich ist die Stabilität auf der Ebene eines im deutschen Sinne internationalisierten Binnenmarkts ein ziemlich altes Unterfangen. In Italien verbindet es sich in den 50er und zu Beginn der 60er Jahre mit bekannten Namen, mit Politikern wie Tambroni und auch mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Saragat.

Das Gleiche findet auf der Ebene der Politik statt. Bereits Mitte der 50er Jahre, als noch niemand von einem „Modell Deutschland“ sprach, forderte der Florentiner Politologe Mara-nini, in das politische Leben Italiens jene, im Grundgesetz enthaltenen Elemente einzuführen, jene Klauseln, die das „konfuse“ Andrängen der Wähler in vorbereitete Bahnen lenken und - in meiner Sprache - den Einbruch der abhängigen Massen in die Machtzentren eindämmen oder, wie er es ausdrückte, „bremsen“.

Vorschläge zur Nachahmung deutscher ordentlicher Zustände kursieren in Italien also schon seit längerer Zeit, von der Ökonomie und der Politik gemeinsam gemacht. Welcher Seite nun die Priorität zukommt (die obligate Frage nach Basis und Überbau), lasse ich beiseite. Wichtiger ist ihre Symbiose. Und in diesem Zusammenhang nehme ich die Überlegungen zum Verfassungsstaat wieder auf.

Wenn wir davon ausgehen, daß der Verfassungsstaat Ausdruck des Bürgertums in einer bestimmten historischen Situation und einer historisch ebenso bestimmten Stufe der Kapitalentwicklung ist, dann folgt daraus, daß mit der Veränderung der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse auch die Form Staat sich transformiert. Nehmen wir zum Beispiel den Vorschlag, die Macht des Parlaments zu festigen oder seine sogenannte Zentralität wiederherzustellen. Man nimmt offensichtlich an, daß das Parlament eine reine Idee oder eine reine Instanz, eine übergelagerte Institution jenseits der ökonomischen Struktur ist. Der Vorschlag ist gängig, beinahe eine Herzenssache mancher Ideologen, aber absurd. Die Funktion des Parlaments ändert sich gemäß der Transformation der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse - also zusammen mit dem Wandel des Staats. Sobald in diesen Verhältnissen die Arbeiterklasse als organisierte Gruppe auftritt,

zum Beispiel im England des vorigen Jahrhunderts, und durch die Einführung des entsprechenden Wahlrechts sich parlamentarisch zu Wort meldet, verschieben sich auch die institutionellen Machtverhältnisse. Die Zentralität des Parlaments im Entscheidungsprozeß wird allmählich abgebaut; die Macht geht in die Exekutive über. Die wesentlichen Gründe dieser Verschiebung finden sich nicht in dem immanenten Funktionswandel der Institutionen (so die bürgerliche Politikwissenschaft), sondern in der neuen Fassung des politisch gewordenen Klassenverhältnisses. Es wäre übrigens ebenso einseitig, die Transformation nur als automatische Konsequenz der bloßen Kapitalbewegung zu begreifen: des Übergangs vom Konkurrenz-zum Oligopolkapital; oder der Vorherrschaft des Monopolkapitals oder des staatsmonopolistischen Kapitalismus (so mancher orthodoxe Marxist). Auch das Verhältnis zwischen dem Kapital selbst und seiner Negation, also die Klassenbewegung spielt entscheidend in den Wandel des bürgerlichen Staats hinein. (Es wurde im Vortrag in Neapel an dieser Stelle Genaueres über den Zusammenhang von Kapitalbewegung, Klassenentwicklung und politischer Form berichtet. Zu den komplexen Ursachen, die zur Transformation des bürgerlichen Staats führen: Verschiebung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals; Erfordernisse des Produktionsprozesses hinsichtlich der Ritualisierung des Arbeitskamps; das Auseinanderschren von gesellschaftlicher Autonomie und Form Staat - nur um einige zu nennen - habe ich mich anderswo ausführlich geäußert. Ich brauche daher die entsprechenden Überlegungen hier nicht wieder anzuführen. Ich verweise auf meine Abhandlungen über den Staat des Kapitals, über Klasse und Staat in Deutschland und Rechtsstaat und Spätkapitalismus.)

Eingangs sprach ich davon, daß die wesentliche Qualität des heutigen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Systems nicht in der Repression besteht, auch nicht in der Intervention des Staats in die Ökonomie. Zum letzten Punkt muß ich anmerken, daß die Situation sich in Italien anders darstellt als in Deutschland, wo die Intervention des Staats sich in den engen Grenzen der traditionellen Wirtschaftspolitik hält. Umso massiver ist die gesellschaftliche Intervention, die Ausbreitung der Kontroll-, Kanalisierungs- und Neutralisierungsinstrumente. Dazu gehört nicht die offene polizeiliche Repression. Da hat Deutschland keine Vorbilder zu bieten. Andererseits unterscheiden sich die beiden Länder in der Repression des sich so nennenden bewaffneten Kampfs nur formal. Stammheim liegt in Deutschland; dafür liegt Asinara in Italien. Gewiß hat Deutschland eine äußerst modern ausgerüstete Polizei; dafür gibt es in Italien, soweit ich weiß, die Eingreifbrigaden der Carabinieri. Was in Deutschland eher Bedenken und manchmal auch eine Art gesellschaftlicher Beklemmung hervorruft, resultiert aus einem weiterreichenden System, das die gesellschaftliche Totalität umfaßt. Es handelt sich um das, was ich den totalen Konsens nenne. Eine menschliche Gesellschaft, die man in Italien in irrtümlicher Übersetzung von Hegel und Marx „società civile“ nennt, braucht allgemeine und allgemein akzeptierte Wert- und Verhaltensregeln. Dazu gehören auch die Spielregeln der politischen Organisation. Über diesen Punkt kann man sich durchaus einigen. Der Fall liegt anders, wenn die Spielregeln eine qualitative Ausweitung erfahren, die den ideologischen Wertcharakter abstreift und zur rechtlichen Disziplinierung führt. Dadurch -und das ist in Deutschland der Fall - entwickelt sich der allgemeine formale Konsens zu einem totalen inhaltlichen. Wer aus dem totalen Konsens also ausscheidet, verweigert sich einer Gesellschaft, die sich für lückenlos „zivilisiert“ hält.

Der Kapitalismus ist in dieser Sicht keine Produktionsweise; der bürgerliche Staat keine politische Organisationsform. Beide mutieren in Elemente eines übergeordneten „Wertesystems“, das im Verfassungsstaat seine öffentliche Gestalt gefunden hat. Man hat also nicht nur seine Normen zu beachten, man soll ihn lieben. Untreue gegenüber der Verfassung ist selbst im Alltäglichen verpönt. Auch Gewerkschaften und Kirchen bemühen sich um dieses Liebesverhältnis und gehen gegen lieblose

Mitglieder vor. Die Grenze zum Lächerlichen ist aber durchlässig: vor zwei Jahren baute eine, soweit ich mich erinnere, Frankfurter Immobiliengesellschaft in ihre Mietverträge einen Passus ein: „Hiermit erkläre ich meine Treue zur Verfassung“.

Im Katalog der Grundrechte kommt also das Recht auf Dissens vor allem auf Massenebene nicht vor. Sicherlich gibt es auch in Deutschland einen zugelassenen Dissens. Er gilt einer Konfliktualität, die auf der Distributionsebene beschränkt bleibt. Da es auf ihr keine fundamentale Absage gibt, kehrt dieser Dissens ohne Brüche in die Zustimmung zur konstituierten Ordnung wieder ein und erkennt sich in ihren Repräsentanten wieder. Er institutionalisiert sich im parlamentarischen Gegenüber von Regierung und Opposition.

Noch einmal zum Eingang dieses improvisierten Referats: viel umfassender und verhängnisvoller als die polizeiliche und gerichtliche Repression seitens eines Staats, der den Boden der Verfassung nicht verläßt und normativ immer korrekt handelt, ist diese Tendenz zur totalen Kontrolle. Eine so verfaßte Gesellschaft scheint mir heutzutage die *conditio sine qua non* für die Reproduktion des Kapitals selbst zu sein.

Aus dem Italienischen von Clemens Nachtmann

Der Rechtsstaat im Spätkapitalismus und deutsche Erfahrung

Aus der Tageszeitung „Deutsche Tagespost“: „Die Schwarzen Südafrikas haben nicht in vollem Umfang das Wahlrecht und sind Formen von Diskriminierung unterworfen, die jeder überzeugte Demokrat bedauert und verurteilt. Jedoch besitzen sie als Staatsbürger der Republik Südafrika zum Ausgleich ein kostbares Allgemeingut: den Rechtsstaat. Und das ist der ausschlaggebende Gesichtspunkt“. (*Frankfurter Rundschau*, 23. Oktober 1976: „Aufgespießt“).

Vorbemerkung

Auf einer Tagung über „Ausnahmegesetze und Staatskrise im fortgeschrittenen Kapitalismus“, die 1978 an der Universität Ca-merino stattfand, setzte man sich engagiert und sehr offen mit dem Problem der Bürgerrechte und ihrer vom Staat garantierten Verwirklichung (dem sogenannten Garantismus) auseinander - beides als konstitutive Elemente des Rechtsstaats verstanden. Der Rechtsstaat selbst wurde auf eine Weise gewürdigt, die meines Erachtens Ergebnisse und konkrete Erscheinungen der historisch-politischen Entwicklung außer achtließ. Er wurde als Ideal dargestellt, das es zu retten oder wiederherzustellen oder endlich in die Praxis umzusetzen gelte. Es schien mir bedenklich, daß solche anerkannten Wissenschaftler wie Federico Stame und Luigi Ferrajoli aus einem durchaus verständlichen, von mir übrigens gänzlich geteilten Bestreben nach Freiheit und Gerechtigkeit, in ein quid pro quo gerieten und eine dem Prinzip nach richtige, aber in der Wirklichkeit nicht vorhandene Institution mit den Strukturen und den tatsächlichen Machtinstrumenten verwechselten, die die Gesellschaft im modernen bürgerlichen Staat als dem real existierenden Rechtsstaat zusammenfassen. Das heißt, sie bezeichnen etwas als Krise, die es zu beheben und abzuwenden gelte, was wahrscheinlich nur die einfache logische Entfaltung eines bestimmten, der kapitalistischen Ökonomie verbundenen Typus von Politik darstellt. Und dies, obwohl beide die inhärenten Widersprüche einer rechtlichen Institutionalisierung des Staatsschutzes durchaus eingesehen hatten: Stame mit Rekurs auf Ulrich Preuss und dessen kritische Analyse des Verhältnisses zwischen subjektivem Recht und objektivem Staatsrecht; Ferrajoli mit seinen präzisen Hinweisen auf die Wirklichkeit des deutschen Rechtsstaats, der in den bloßen Gesetzesstaat ausläuft. Nach Ferrajoli scheint eine solche allgemeine Verrechtlichung die deutsche Version der Krise des Rechtsstaats darzustellen. Meiner Ansicht nach liegt gerade in der ins Politische übersetzten Vorherrschaft der Form Recht die Eigentümlichkeit des Problems.

Aktualisierend stelle ich hier meine Sicht der Dinge erneut zur Diskussion. Die angesprochenen Fragen betreffen ohnehin die italienische Gesellschaft in immer größerem Maße. Sie werden aufs Tapet gebracht von den Befürwortern weitreichender materieller und Verfassungsreformen, die den italienischen Staat endlich an die spätkapitalistische Entwicklungsstufe anpassen sollen.

Ist aber heute der Kapitalismus „spät“ oder „reif“ oder „fortgeschritten“? Ich würde hieraus weder eine Frage des Prinzips noch eine der politischen Philologie machen. Der Ausdruck „fortgeschritten“ scheint mir nur geprägt worden zu sein, um die Entfernung zu einem irgendwie rückständigen Kapitalismus zu fassen. Oder er bezeichnet einfach ein anderes Akkumulationsniveau,

ohne vorgängige Bewertung. Die beiden anderen Ausdrücke sind parteilich und doppeldeutig. „Reif“ unterstellt eine positive Gültigkeit und Effizienz, könnte aber auch den Niedergang meinen. Das „spät“ weist offenkundig auf eine Endphase hin (und wird deshalb von mir gewählt), ohne jedoch brauchbare Indikatoren ihrer Dauer und Entwicklung zu liefern.

Einige Bemerkungen über Recht und Macht

Ob als Rechtsstaat oder nicht, immer übersetzt der Staat den objektiven Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion in politische Form.¹ In Zeiten von Krise und sozialer Unruhe tritt dies krude und unverbrämt zu Tage; es zeigt sich darüberhinaus in den Präventivstrategien, die darauf gerichtet sind, die Krise einzudämmen oder besser zu verwalten. Aber es gilt auch für den „Normalfall“ einer friedlichen und befriedeten Reproduktion, die innerhalb und vermittels der Institutionen vor sich geht: der Staat besitzt in jedem Fall das Monopol der legitimierten Gewaltausübung (das Webersche Gewaltmonopol) und überträgt auf seine öffentlichen Handlungen sein eigenes spezifisches Merkmal, rechtlich zu handeln. In den sogenannten Zivilgesellschaften hat keine andere Instanz die Macht, die Möglichkeit und die Erlaubnis, durch Anwendung von Gewalt zum Gehorsam zu zwingen (Max Weber), ohne sich ins Abseits aller Regeln des Zusammenlebens zu stellen und einfach eine Verbrecherbande zu bilden; sie erleidet dabei weder Verlust noch Beeinträchtigung der ihr zugeschriebenen Qualität, ein „kostbares Allgemeingut“ (Deutsche Tagespost) zu sein, sondern sie reklamiert im Gegenteil: „Es liegt im Wesen des Rechtsstaats, daß der Staat die ausschließliche Berechtigung zur Gewaltanwendung besitzt“. So Genscher anlässlich von Straßendemonstrationen und ähnlichen Aktionen.² Womit wir bei unserem zentralen Problem wären. Die Legitimitätskriterien der Macht sollen hier aber in einem anderen Licht gesehen werden.

Es stellt sich nicht so sehr die normative Frage, ob und aus welchem Gründen (historischen, demokratischen, moralischen oder einfach bürokratisch-funktionalen) der Staat die Legitimation besitzt, seine Macht (die konstitutionelle „Staatsgewalt“) auch mit den Mitteln der Gewalt (mit gewalttätigen Mitteln) zu entfalten - gleichgültig, ob gegen Terroristen, Umstürzler oder Steuerhinterzieher. Das Problem zeigt sich eher in seiner Befugnis, die Gewaltanwendung prozedural zu gründen: ob er das Recht der Gewaltanwendung erwirbt und überdies das Vorrecht dazu erhält, sie in eine gewöhnliche Verwaltungsmaßnahme (also diesseits allen Ausnahmezustands) zu verwandeln, bloß weil er sich an genau bestimmte, kodifizierte Regeln, an legale und legalisierende Vorgehensweisen hält: also an die Korrektheit des Verfahrens als letzten Grund der Legitimität (Luhmann). Dar aus ergäbe sich die Möglichkeit, durch einfache Reformen im Verfahren eine neue Stufe der Legitimität zu erreichen; oder in Grenzfällen sich die Legitimität nachträglich zu besorgen. Wenn - objektivistisch gesagt - das staatliche Handeln der institutionellen Reform vorausseilt, kann die vorübergehend suspendierte Normativität wieder herbeigeführt werden durch eine Neufassung der nunmehr der Praxis angeglichenen Norm. Hier für bietet uns die Bundesrepublik Deutschland ein bezeichnendes Beispiel. Nach der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer verbot das Bundeskriminalamt jeden Kontakt zwischen den Angeklagten und ihren Anwälten, ohne hierfür eine verfassungsadäquate Grundlage zu haben. Der Protest blieb sporadisch, dennoch herrschte in der öffentlichen Meinung eine gewisse Ratlosigkeit. Doch der Bundestag beeilte sich, in kürzester Zeit eine entsprechende Gesetzesvorlage zu verabschieden und so genau jene Rechtsstaatlichkeit zu rekonstruieren, die an einem Lebensnerv verletzt war. Eine solche Methode ist durchaus von Vorteil, und zwar nicht nur für die Macht. Wenn man unterstellt, daß die deutsche Praxis die Gefahr von bloßen

Ermessens- oder Willkürmaßnahmen ver ringert, ja sogar eliminiert, und den polizeilichen und gerichtli chen Handlungsspielraum einschränkt, so könnte man mit Ferra- joli sagen, daß der Rechtsstaat in Deutschland sich zusätzlich gefestigt habe. Dabei wäre allerdings zu präzisieren, daß hierin weniger die subjektiven Rechte umfassendere Gültigkeit und Bestätigung finden, als vielmehr der Staat selber. Die Form Staat festigt sich, indem sie ihre legalistische Ausgestaltung be stätigt; und sie legitimiert sich durch die gewissenhafte Befol gung der verfaßten Strukturen (Legitimität durch Verfahren), die von Fall zu Fall nach dem Opportunitätsprinzip erneuert und „reformiert“ werden. Dies ist gleichwohl etwas anderes als die formale Transformation des Rechtsstaats, die (wenn ich Stame richtig verstanden habe) eine bestimmte Form der Anpas sung der Spielregeln an neue techno- politische Erfordernisse mit sich bringen soll; wobei der spezifische Inhalt: die Rechtsgaran tien unversehrt blieben. So gesehen, stellte die Änderung des Verfahrens in der Machtausübung einen erweiterten Schutz des Rechts in Zeiten der Krise dar. Leider bewegt sich der reale Prozeß in ganz anderen Bahnen. Werden die Strukturen von Regierung und Verwaltung modernisiert und der Entscheidungsapparat gestärkt, so verändert der Staat seinen Inhalt, ohne Wechsel oder Verlust der Rechtsförmigkeit. Er läßt jenen verfallen, um diese im höchsten Maße zu steigern. Sie setzt sich schließlich als das eigene Recht des Staats durch.

Die Stärkung, auf die Ferrajoli hinwies, vollzieht sich also auf einer politischen Machtebene, die die konstitutionellen Normen nicht überschreitet: der Staat bleibt Rechtsstaat. Und wenn das obrigkeitliche Ermessen fortbesteht, so artikuliert es sich sicherlich nicht als Durchbrechung der Schranken und als Riß im Ordnungsgefüge, sondern genau als die Erneuerung des gesetzlichen Daches, die immer im Bereich der vorgesehenen Regeln vor sich geht. Keine noch so einschneidende Veränderung des Verfahrens kann diesen Rahmen sprengen. Ich komme später mit einem Beispiel aus der deutschen Erfahrung auf dieses Thema zurück. Um aber Mißverständnisse zu vermeiden, sei vorerst unterstrichen, daß alle Maßnahmen und Anordnungen, die die Bundesregierung oder die einzelnen Länderregierungen treffen, wie verhängnisvoll sie sich auch für die Freiheit auswirken mögen, nicht nur in der Macht, sondern ebenso sehr im Recht gründen.

Auf den ersten Blick scheint es sich um eine rein terminologische Unterscheidung zu handeln: was die italienischen „Ga-rantisten“ unter Rechtsstaat verstehen, deckt sich nicht mit dem real existierenden Rechtsstaat; oder um eine Unterscheidung geschichtlichen Charakters, bedingt durch die anders verlaufene soziale und ökonomische Entwicklung Deutschlands, die eine andere Art von Normenverständnis hervorgebracht haben könnte - ein bekanntes Faktum, das gewiß berücksichtigt werden muß. Die Unstimmigkeit könnte sich also nur als das gewöhnliche Mißverständnis historischer Analogien herausstellen. Jede Vergleichbarkeit zwischen Italien (einem bekanntermaßen liberalen, demokratischen Land ohne autoritäre Versuchungen und sozusagen ohne eine faschistische Vergangenheit) und Deutschland, welches ist, wie es ist, verböte sich also von selbst. Nun liegt hier keineswegs ein Mißverständnis vor. Die Unstimmigkeit ist das gut begründete Resultat einer unterschiedlichen Bewertung der Geschichte. Das will heißen: wenn von deutschen Erfahrungen gesprochen wird, in Wirklichkeit „de italicis rebus fabula narratur“. Sicherlich haben wir es mit zwei historisch verschiedenen Formationen zu tun, da die Akkumulationsstufe des Kapitals, die Klassenentwicklung und die Bildung der entsprechenden politischen Form anders sind. Aber auch die italienische Gesellschaft entwickelt sich zur kapitalistischen „Reife“ hin. Die Geschichte kennt ohnehin keine substanziellen (oder gar ethnischen) Unterschiede, sondern nur die Übersetzung der fortschreitenden Stadien in die ökonomische, gesellschaftliche und politische Sprache schon gefestigter Produktions- und Reproduktionsverhältnisse.³

Fassen wir das Problem zusammen. Hat der Rechtsstaat, der in den Gesellschaften der Gegenwart die Form der verfassungsmäßigen Ordnung annimmt, in all seinen Varianten eine gemeinsame Grundlage in der kapitalistischen Produktionsweise und in der bürgerlichen Gesellschaft; oder behauptet er sich als institutionelles System, das seine eigene ökonomische und gesellschaftliche Basis transzendiert, seine universale Norm durchsetzt und sich nicht in den Dienst irgendwelcher Gruppen oder Klassen stellen läßt? Gehen wir zum „Fall“ Italien über. Wird sich die italienische bürgerliche Gesellschaft (nicht die sogenannte Zivilgesellschaft) auf der Grundlage spätkapitalistischer Akkumulation entwickeln, ohne daß ein Zusammenprall von (subjektivem) Recht und (objektiver) Macht stattfände; ließe sich somit die Staatlichkeit aus der sozio-ökonomischen Formation heraushalten und eine Art demokratischer Verfassungsstaat verwirklichen - gewissermaßen ein Staat von Allen und für Alle, eben der Staat als Rechtsgarant? In diesem Punkt scheint mir die garantistische Perspektive „Ideal und Leben“ (frei nach Friedrich Schiller) zu verwechseln und einen Staat vorauszusetzen, der nicht nur Klassen- und Gruppeninteressen ausgleicht, sondern in voller Unabhängigkeit von der Ökonomie über den gesellschaftlichen Widersprüchen steht. Die Frage läßt sich noch einfacher und provokatorischer fassen. Ist der real existierende Rechtsstaat wirklich eine ewige, nicht an bestimmte historische Bedingungen gebundene Errungenschaft der Menschheit? Bedeutet er ein endgültig erreichtes Ziel jenseits aller Brüche, also die siegreiche Idee auf dem Weg zu immer höheren Zivilisationsstufen; oder verkörpert er ein spezifisches Instrument bürgerlicher Macht, fraglos mit humanen Elementen und unverzichtbaren Institutionen ausgestattet, die leider in ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis und ein organisatorisches System eingekeilt sind, das die subjektiven Rechte nur insoweit schützt und garantiert, wie dies dem Schutz des Kapitalismus funktional ist?

Solche Streitfragen, Schwierigkeiten und Probleme übersteigen die zufällige Dimension dieser oder jener national begrenzten Gesellschaft. Und sie betreffen nicht länger die Verteidigung von Bürgerrechten gegen die Erweiterung der politischen und die Willkür der ökonomischen Macht, sondern die „garantierende“ Natur des Staats selbst. Der vermutlich nicht mehr der Staat ist, dem man die Verteidigung seiner Rechte überlassen soll und dem man wirklich trauen kann.

Gründe zu zweifeln gibt es genug. Sei es in der deutschen Erfahrung des Legalismus, sei es in der italienischen des Gewährenlassens und der politischen Machtparzellierung verflochten sich das Prinzip des Gewaltmonopols mit den vielfältigen Problemen der politischen Gewaltanwendung, die keineswegs unparteilich ist. Sie konkretisiert sich in Standpunkten und Handlungsanweisungen, die durch eine klar bestimmte und klar erkennbare Strategie den Status quo konsolidieren - und dabei immer die Gültigkeit des Rechtsstaats beteuern. Nehmen wir dennoch an, der Staat sei Rechtsgarant. Bedeutet ein solches Attribut in der Wirklichkeit die Garantie einer Freiheit, die auch und vor allem als Befreiungsprozeß begriffen wird und sich gegen konstituierte Machtpositionen, gegen die verallgemeinerte Warenform und die Allgemeinheit des Tausches, gegen die Subsumtion des Menschen unter entfremdete, aufgezwungene Zweckbestimmtheit wendet; oder manifestiert es sich schlicht und brutal als Garantie der Klassenherrschaft?

Eine paradoxe Gegenüberstellung: der Staat bleibt so oder so in der Tat Rechtsgarant.

Auch wenn die Positionen umgekehrt werden, bleibt es eine vexata quaestio. Gegenüber einem System der Klassenherrschaft schiene die Verteidigung von Bürgerrechten und mit ihr der Rekurs auf den Rechtsstaat zu einer emanzipatorischen Strategie zu gehören, die die Klassengegenmacht meint.

Ich nehme an, daß sich hier die Position Ferrajolis verorten läßt, d. h. der Entwurf eines Bruchs, der über den bekannten „alternativen Gebrauch“ der Verfassung und über die freie Verfügbarkeit bürgerlicher Institutionen hinausreichte. Der alternative Gebrauch bleibt bekanntlich im Bereich

bloßer Reformen und der Anpassung befangen, vermutlich auch der Modernisierung und Auffrischung von Apparaten und Verfahren, die in der kapitalistischen Entwicklung disfunktional geworden sind (generell die sozialdemokratischen Vorschläge). Der - sagen wir es ruhig - revolutionäre Gebrauch hingegen gälte einem qualitativen Sprung: er verfügte über eine bürgerliche Errungenschaft (um die es sich, historisch gesehen, handelt) zugunsten eines Subjekts, das die bürgerliche Gesellschaft abschaffen und eine andere aufbauen will. Hic Rhodus, hic saltus. Das braucht den hohen Wert der Menschenrechte nicht zu schmälern, noch die damit verbundene soziale Sicherheit und Annehmlichkeit.

Was bedeutet in diesem Kontext die „Krise des Rechtsstaats“? Gerät er in die Krise, weil er seine Aufgabe nicht mehr erfüllen kann; oder weil er auf die Probleme eines Kapitalismus stößt, der ihn schon längst instrumentalisiert; oder schließlich, weil die politische wie auch die herrschende Klasse (im Marx-schen Sinne des Wortes) seinen eigentlichen Sinn entstellt und, unbekümmert um die Erhaltung der Normen, entschlossen auf Ausnahmelösungen und Notstandserklärungen zusteuert?

Es scheint mir durchaus nützlich, zwischen der italienischen Diskussion und der deutschen über diese Krise zu differenzieren. In Deutschland werden weder die normative Geltung des Rechtsstaates noch seine reale Existenz, also dessen Prinzipientreue in der praktischen Politik bestritten; noch wird bezweifelt, daß er sich unterdessen auf die neuen Aufgaben eingerichtet hat, zum Beispiel gegenüber dem Widerspruch zwischen freier politischer Artikulation subjektiver Bedürfnisse und den Erfordernissen einer der Öffentlichkeit entzogenen Produktionsplanung, zwischen Autonomiebestrebungen und industrieller Disziplin usw. Vielmehr spricht man von einer Krise, die von außen den Rechtsstaat bedroht, von einem Angriff durch Gruppen und Kräfte, die außerhalb der Verfassung stehen: Terrorismus, Umsturzpläne, Subversion, aber auch industrieller Dissens, alternative Bewegungen, fundamentale Opposition. In Italien scheint der Notausgang aus der Krise eher in der Wiederherstellung eines „gesunden“ und garantierenden Staatsgefüges zu liegen, in der Erneuerung einer politischen Form, die von paradoxen Zuständen erschüttert ist und in die traditionelle Gestalt zurückgeführt werden soll. Folglich sucht man in Deutschland die Krise durch Identifikation und Bekämpfung des Elements zu meistern, das in der Sprache eines Carl Schmitt als innerstaatlicher Feind definiert wird. Keine Eingriffe in die Institutionen also, sondern die Auffindung eines korrekten Wegs, den inneren Feind auszuschalten, ohne legale Strukturen zu durchbrechen, ohne die Verfassungsform zu verletzen - ein Weg, der auch der Gefahr entgeht, „das Spiel des Feindes zu spielen“.⁴ Derart behauptet der Staat sich als „Rechtsstaat“.

Der „Rechtsstaat“

Wir kommen an einen Punkt, der für das Verständnis des Problems recht wichtig ist: der Staat gerät in die Krise, wenn seine Befehlsgewalt den inneren Feind nicht erfaßt, den ich oben als fundamentale Opposition bezeichnet habe - die Opposition, die nicht nur Regierungsmehrheiten oder die nationale Einheit negiert, sondern in die Tiefe geht und die ökonomisch-sozialen Strukturen sowie konsequenterweise auch deren politische Vermittlung trifft. Nicht ohne Grund weitete sich die Praxis der Berufsverbote immer mehr aus und galt am Ende - entlang der eigenen, gegen jede Art von Dissens gerichteten Logik - zuweilen auch harmlosen linken Sozialdemokraten.

Sicher scheint eine solche Methode auf den ersten Blick der deutschen oder auch der mitteleuropäischen Tradition zu entsprechen, sich an der abstrakten Identifizierung von Recht,

Gesetz und Gerechtigkeit zu orientieren. Ihre Wurzeln reichen weit hinab in die Vergangenheit, zu den alten vorindustriellen Allianzen von Thron und Altar, die sich später schmerzlos in den „preußischen Weg zum Kapitalismus“ einfügten - in einem Land, wo Kants mahnende Frage, „ob das, was Rechtens ist, auch recht sei“ (Metaphysik der Sitten), ungehört blieb.

Auch die Weimarer Republik stellte sich ohne Unterbrechung der Kontinuität in die Tradition des „Ordnung muß sein“ (der deutschen Version des fiat justitia, pereat mundus). Sie wurde in den Anfängen der ersten deutschen Republik durch die problematische Gestalt des sozialdemokratischen Ministers Noske repräsentiert, in gewisser Hinsicht Retter der Verfassung gegen den Aufstand des Spartakusbundes und - wenn auch nicht direkt - mitverantwortlich für den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. („Einer von uns“, soll Noske gesagt haben, „muß der Bluthund sein“). Selbst der Nazismus brach bei der „Machtergreifung“ formal nicht mit der Linie institutionell geregelter Herrschaft. Um Mißverständnisse zu vermeiden und die Bedeutung des 30. Januar nicht zu verharmlosen: zweifellos brach der Nazismus gleich nach der Regierungsübernahme mit dem Garantieelement der Weimarer Verfassung und ließ das Machtelement des Staats nackt hervortreten, nahm also eine gewalttätig-willkürliche Qualität an und schob normative Regelungen herkömmlicher Art beiseite. Dies im Gegensatz zum italienischen Faschismus, der bis Mitte der 30er Jahre die Linie strikter bürgerlich-kapitalistischer Funktionalität einhielt. (Regimegegner wurden bekanntlich weitgehend durch Gerichtsverhandlungen und gesetzlich gedeckte Maßnahmen ausgeschaltet, nicht durch Nacht und Nebel-Aktionen). Andererseits ist es nichts weniger als zufällig, daß der Nazismus nach dem traditionellen Denkmuster auf der „Legalität“ seiner Machtergreifung bestand (die sogenannte legale Revolution). Hitler hätte ohne weiteres Mussolini nachahmen und die Drohung wiederholen können, die „sorda aula“ des Reichstags in ein Lager für seine SA zu verwandeln. Aber er unterließ dies und war im Anfang zynisch um die Spielregeln und um den Respekt gegenüber der bestehenden Ordnung besorgt. So verneigte er sich erstens vor Hindenburg und ersuchte dann den Reichstag parlamentarisch korrekt um die Erteilung der Vollmacht. In paradoxer Weise hielt er sich also an die Weimarer Verfassung.

Es scheint mir jedoch angebracht zu präzisieren, worin dieser Rechtsstaat sozusagen deutschen Typus eigentlich besteht; umso mehr, als er immer häufiger als Lösungsmodell für institutionelle Krisen, als Vorbild für die staatliche Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten angesehen wird. Diese Präzisierung gilt in erster Linie für die wissenschaftliche Diskussion um den Garantiestaat. Es könnte deutlich werden, daß ihr ganzer, auf die gesicherte Verteidigung der subjektiven Rechte gerichteter Ansatz sehr bald mit einer ganz anders gearteten Wirklichkeit aneinandergerät. Das Wesen, oder konkreter: die Funktion des gepriesenen Systems entzaubert sich. Sie findet sich in dem Auftrag, die Bürgerrechte nicht zu garantieren, sondern sie einzugrenzen. Der Staat umschreibt sie und engt somit Inhalt und Reichweite ihrer Realisierbarkeit ein. Mit seinen Gesetzen „bestimmt er sie näher“. Auch in diesem Fall gilt Spinozas Satz: omnis determinatio est negatio, die Negation des zwangsfreien Gebrauchs der Freiheit, kurz gesagt, die Negation der Autonomie.

Damit wir uns recht verstehen: es geht hier weder um einen abstrakten Zustand noch um einen idealen Sachverhalt, sondern um konkrete Erfordernisse im Reproduktionsprozeß unserer Gesellschaft. Ich meine etwa die freie Ausübung des Streikrechtes, die Handlungsautonomie von Abhängigen, aus der konstituierten Ordnung, aber auch aus den Ritualisierungen der Konflikte auszuscheren, insofern Rituale und Ordnung selbst sich als unfähig erweisen, Forderungen nach Emanzipation und -warum nicht - nach dem Brechtschen Wohlstand angemessen zu befriedigen.

Wenn es zur Aufgabe des Verfassungsstaates gehört, die Freiheit zu garantieren, und er sich zu diesem Behufe als Rechtsstaat definiert, so meint er gleichzeitig auch seine Funktion, den sozialen

Räumen durch Gesetze und Institutionen wieder die Autonomie zu nehmen; er meint seine Befugnis, jeden Dissens auszugrenzen. Seine Berechtigung dazu holt er sich aus einem unterstellten, generellen Konsens sowie aus einer unbestimmten, vagen Zustimmung der Bevölkerung zu seiner durchgängigen Regelungskompetenz. In diesem Zusammenhang gewinnt ein in Deutschland geltendes, informelles Gebot eine spezifische Eigenbedeutung, die aber ohne weiteres für die Vorschläge der italienischen Modernisierer gelten kann: „Es darf keine rechtsfreie Sphäre geben“ - was soviel heißt wie: alle gesellschaftliche Autonomie ist verboten. (Zur Ergänzung: Diese Aussage aus dem Jahre 1982 fand 10 Jahre später eine Bestätigung. „Autonome Zonen dürfen nicht geduldet werden“. So der gelehrte Kollege Thomas Würtenberger, *Beständigkeit im Wandel. Unser Rechtsstaat und der Zeitgeist*, in: *Politische Studien*, Sonderheft 5/1993, S. 16). Alles wird der juristischen Disziplinierung unterworfen, sei es erzwungen, sei es freiwillig. Es geht aber keineswegs um bloße teutonische Absonderlichkeit, die der italienischen Gesellschaft, ihren Traditionen und Tendenzen fern läge. Ein solcher Ausspruch fügt sich problemlos sowohl in die, in Italien noch breiter angelegte, Ausweitung der juristisch geregelten Materie, wie auch in die Totalisierung des Legalitätsprinzips (womit man wieder bei Luhmann wäre, der neugekürten Autorität auf dem rechten Flügel der italischen Linken).

Es liegt jedenfalls kein Zufall vor, wenn sich die öffentliche Meinung in Deutschland nicht sonderlich um die Garantie der Bürgerrechte sorgt. Abgesehen von der Ratlosigkeit und der Verblüffung der intellektuellen und teilweise auch der gewerkschaftlichen Linken sowie der direkt betroffenen alternativen Bewegungen: die Massenmedien, die verfassungstreuen Parteien und die sogenannten „tragenden gesellschaftlichen Kräfte“ (christliche Kirchen und sonstige religiöse Gemeinden, Sportvereine, Automobilclubs, Universitäten, Bundeswehr und Bundesverband der Deutschen Industrie) sehen in diesem Bereich keine Probleme. Für die Mehrheit, nicht die schweigende, die eher skeptisch ist, sondern die geschwätzige der Tageszeitungen und Illustrierten, des Fernsehens und der zahllosen Lokalblätter ist die Bundesrepublik identisch mit einem Staat, in dem die Grundrechte genau und umfassend verwirklicht sind. Sie ist „der freieste Staat der deutschen Geschichte“, wie der unvermeidliche Genscher schon sagte. Dies klänge ohne weiteres überzeugend, wenn es nicht verlegene Zweifel an der Qualität der deutschen Geschichte aufkommen ließe. Ob die Behauptung übrigens der Wahrheit entspricht, wäre noch zu untersuchen. Die Weimarer Republik war sicherlich „freier“ als die Bonner, so daß gesagt wurde, sie sei an einem Übermaß an Freiheit zugrundegegangen. Sogar das Kaiserreich zeigte in einigen Aspekten liberalere Züge und einen größeren Respekt für bestimmte verfassungsrechtliche Grundpfeiler als Bonn. Man denke an das Verbot der SPD durch Bismarck, das die Sozialdemokraten weder von der Teilnahme an Wahlen ausschloß noch ihnen ihre Reichstagsmandate suspendierte. Das KPD-Verbot in dem „freiesten Staat der deutschen Geschichte“ untersagte hingegen den Kommunisten jede Beteiligung am öffentlich-politischen Leben und kassierte die Parlamentssitze ein, die die KPD in freien und geheimen Wahlen gewonnen hatte. Schon wegen dieser Erbsünde zieht das staatspolitische Deutschland es vor, über Hindernisse im Gebrauch der Freiheit, über deren Reduktion auf ein bloßes Verfassungspostulat und auf politische Ritualisierung zu schweigen.

Umso lebhafter ist das Interesse an der, für die Rechtsstaatlichkeit als notwendig erachteten, Begrenzung der Grundrechte. Damit verbindet sich im politischen Alltag eine beachtliche juristische Verschiebung. Um ihre Reichweite zu begreifen, genügt es, in den konservativen Tageszeitungen die Leitartikel zu lesen, die sich gegen Vorschläge und Arbeitshypothesen aus dem Spektrum des Dissenses wenden. Es steht außer Frage, daß dahinter die brennende Sorge um die gebotene Verteidigung der Verfassung gegen innerstaatlichen Feind steckt. In diesem Sinne fragt man sich

etwa, ob nicht schon die Veröffentlichung der radikalen Kritik die verfassungsmäßig gesetzten Grenzen der freien Meinungsäußerung überschreite, sich damit außerhalb des Erlaubten und Legalen stelle. Die freie politische Meinungsäußerung würde derart ohne alle Befangenheit zum Gegenstand legitimer rechtlicher Verfolgung: ein verallgemeinerter 7. April, ein zur historischen Würde einer Charaktermaske des Rechtsstaats erhobener Calogero.⁵

Die Perspektive ändert sich, wenn man zum Problem des Rechts der Subjekte übergeht und dabei die Identität von legitimer und legaler Machtausübung näher betrachtet. Um die Sache selbst noch einmal zusammenzufassen: Der Staat ist Rechtsstaat nur insoweit, als seine Macht nicht *legibus soluta* ist, sondern sich an allgemeine Gesetze rückkoppelt. (Da fügt sich die mitteleuropäische Tradition, wenn auch zuweilen in einseitiger, „moderner“ Weise in die geschichtliche Entwicklung des Westens ein). Nicht nur Exekutive und Verwaltung werden im voraus funktional gebunden und unterliegen der Formbestimmtheit streng kodifizierter Regeln (Max Webers großartige Konzeption, neuerdings von Luhmann aufs Mittelmaß gebracht). Die gleiche Gebundenheit gilt auch für die Legislative, die nicht „beschließen kann, was sie will“ - wie es für das frühere englische Parlament hieß. Daraus erklärt sich auch die übermäßige Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts im politischen System der Bundesrepublik. Da dieses Gericht sowohl in den Gesetzgebungsprozeß wie in die Beschlüsse der Exekutive in entscheidendem Maße eingreifen kann (indem bekanntlich mit dem Instrument des Verfassungsurteils der Inhalt einer künftigen Gesetzesregelung im voraus geklärt wird), gewann das Verfassungsgericht allmählich die Qualität eines „zweiten politischen Systems“ und transzendierte legislative wie exekutive Befugnisse.

Derart finden eigenmächtige Maßnahmen und Ausnahmeentscheidungen ohne konstitutionell abgesicherte Gesetzesförmigkeit in der Bundesrepublik einfach nicht statt. Sie gelten als illegitim und illegal und verschwinden von der staatlichen Bühne. Damit steht allerdings gegen alle Mißverständnisse und Kritik fest: bei aller Geringschätzung der subjektiven Rechte und bei aller Reduktion der Freiheit ereignet sich Willkürherrschaft im konkreten Verstand des Wortes im Regierungssystem der Bundesrepublik nicht. Auf dieser Ebene vollzieht sich aber in formell unanfechtbarer Weise die Transformation des Rechtsstaats in den Gesetzesstaat. Es handelt sich dabei freilich nicht um einen Übergang, der auf den Bereich rein rechtlicher Problematik sich beschränkte und daher rein ideologischer, belangloser Natur wäre. Die Transformation bildet den normativen Teil einer komplexen Wirklichkeit und eines die Ideologie umfassenden Rahmens in dem wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfordernisse in Normativität gegossen werden und sich auf diese Weise eine ideelle Würde zulegen. Das will heißen: in dieser Transformation findet die Verdinglichung als Verrechtlichung der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse ihre eigene staatliche Form der Zusammenfassung. In ihr werden alle Beschlüsse, Regeln, alle Politik als interessenunabhängig ausgegeben - wie die Ware sich auf dem Markt jenseits allen Verdachts des Profits und des Betrugs zu bewegen scheint.

Die Annahme, der ganze Prozeß vollzöge sich - übrigens der gesellschaftlichen Neutralität des Staates entsprechend - in der Immanenz des Gesetzes, ergibt sich genau aus dem normativen Schein, das Gesetz selbst sei materialiter an das *bonum comune* zurückgebunden. Dieses gilt aber formell (*per definitionem*) als von allem Partikularwillen frei und erhebt sich über das „System der Bedürfnisse“ (des alten Hegel, um uns recht zu verstehen). Das Gesetz ist notorisch für alle gleich: eine universelle Bindung, vor der auch die Macht sich verantworten muß. Also eine im Begriff verkürzte, beinahe aristotelische Konzeption.⁶ Ein gleichwie bestimmtes System der Macht erkennt sich im Gesetz und beansprucht für sich die Legitimität einer lückenlosen Legalität. In der Tat: wenn das Gesetz und nicht ein Einzelner, eine Gruppe oder eine Klasse im politischen Gemeinwesen die

Herrschaft ausübt, vermählen sich Legalität und Legitimität in unauflöslicher Weise - geradezu katholisch.

„Norm“ und „Wirklichkeit“

Die Kritik der politikwissenschaftlichen Schule Wolfgang Abendroths am Bonner Regierungssystem versucht in erster Linie, die Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit aufzuzeigen.⁷ Politisch ist das Vorhaben sicher nützlich; es trifft auch ein wichtiges Problem. Bei den Politikern herrscht heimlich das reine, unbekümmerte Machtkalkül vor, dem Konstitutionalität wenig bedeutet. In Abendroths Sicht indes bleibt die Übereinstimmung der beiden Pole eine ideale Zielsetzung. An ihr sollten die Handlungsweise der Politiker und der institutionelle Alltag gemessen werden. Dadurch gelingt es ihr nicht, in der funktionalen Einheit von Norm und Wirklichkeit das Wesenselement, den harten Kern der Politik eines Verfassungsstaats zu erkennen. Der regelgebundene, normative Charakter der Staatsführung und -Verwaltung setzt sich meist in die wirkliche Ausübung politischer Macht um. Und der wirkliche Gebrauch der Gewalt findet auf einer anderen Ebene seine Begründung in der Verfassungsnorm des Gewaltmonopols. Für diese Art von Politik charakterisiert den Rechtsstaat nicht so sehr der Inhalt (die Garantie der Grundrechte), für den die politische Macht eingesetzt wird, sondern die Form: die Form Recht. Die allgemeine Form wird nicht angeschlagen, geschweige denn gebrochen von einem, nur dem Staat eigenen Recht, das von der Politik wahrgenommen und ausgeübt wird. Wichtig ist dabei, daß sie mindestens intentional (die Intention wird aber fast durchweg verwirklicht) die Norm nicht verläßt. Der politische Wille wird also nicht - wie Abendroth annahm - von der Indifferenz der Norm gegenüber bestimmt, sondern von dem Auftrag, sie zu wahren; sie freilich auch zu ändern, falls sich dies (wie oben ange merkt) als notwendig erweisen sollte, um die substantielle Dimension der Norm aufrechtzuerhalten. Im Grunde geht es um eine altbekannte politische Aufgabe: um den Versuch, zwischen realen Erfordernissen und mehr oder weniger heiligen Prinzipien zu vermitteln. Und bürgerliche Gesellschaften wissen diese Aufgabe vortrefflich zu erfüllen.

Die Vermittlung spielt sich auf der Basis der zweideutigen Identität des (idealen) Rechtsstaats mit dem (realen) System ab. Daß sie auch dazu dient, sporadische und vorübergehende, obzwar wichtige Ungereimtheiten in die Ordnung zurückzuführen, wurde seinerzeit von Alfred Dregger, dem vormaligen Fraktionsführer der CDU im Bundestag, offen und vielleicht naiv demonstriert. Dregger schlug vor,⁸ im Kampf gegen den Terrorismus zu harten Ausnahmeregelungen zu greifen, die mit dem Grundgesetz kaum zu vereinbaren gewesen wären. Er erkannte gleichzeitig an, daß derlei Methoden die normative Glaubwürdigkeit des Staats schwer kompromittiert hätten. Wie ließ sich das Knäuel nur entwirren, wie ein Ausweg finden, eine Ausnahme in eine normgerechte Regel zu übersetzen? Nach dem bisher Gesagten handelte es sich offensichtlich darum, die entsprechende Verfahrensmethode zu finden.

Ich muß etwas weiter ausholen, um verständlich zu machen, daß es hier nicht um bloße Ideologie geht, sondern um praktizierte Politik mit Alltagscharakter. So erregte es beispielsweise nicht weiter Erstaunen,⁹ daß das vom Land Baden-Württemberg angerufene Verwaltungsgericht zu Mannheim einen Journalisten wegen Verunglimpfung des Staates verurteilte, weil es ihn für schuldig befand, die Politik des Ministerpräsidenten des Landes, des „furchtbaren Juristen“ Filbinger, kritisiert zu haben.¹⁰ Die Urteilsbegründung entsprach dem sogenannten allgemeinen Rechtsempfinden: da in der Bundesrepublik Übereinstimmung zwischen der Idee der Demokratie und den

liberaldemokratischen Prinzipien auf der einen Seite, der Verwirklichung von Idee und Prinzip auf der anderen Seite existiere, die auch weithin von der Bevölkerung anerkannt sei, bedeute jede Kritik vorhandener politischer Verhältnisse, Maßnahmen und Motivationen de facto einen Angriff gegen den demokratischen und rechtsstaatlichen Charakter der Republik. Nun zurück zu Dregger und zu seinem Problem, ein für den Rechtsstaat unerträgliches Ausnahmegesetz in den Rang der Verfassungsmäßigkeit zu heben. Die Dreggersche Lösung beugt weder das Prinzip der Normengebundenheit, noch versucht sie sich in jenen transformistischen Winkelzügen und institutionalisierten Hinterhältigkeiten, mit deren Hilfe Italiens politische Klasse ihre Schwierigkeiten meistert. Sie hält sich strikt an die Verfassung und folgt dem Verfahren für mögliche Grundgesetzänderungen peinlich genau. Das Grundgesetz kennt und definiert eine Grenze zur Verfassungswidrigkeit der Änderungen. Material geschützt und mit „Ewigkeitswert“ versehen sind bekanntlich nur Art. 1 und Art. 20 GG, also der ideelle Zweck des Staats und seine formale Gestalt: Föderalismus, soziale Rechtsstaatlichkeit, die Gebundenheit der drei Gewalten, die Volkssouveränität und ihre repräsentative Entmachtung. Alle anderen Bestimmungen stehen zur Disposition. Ihr Schutz, der Schutz vor beliebigen Änderungen durch beliebige Regierungsmehrheiten, liegt einzig in den Händen der qualifizierten Zweidrittelmehrheit des Bundestags - liegt also im parlamentarischen Quorum. In Dreggers Sicht hängt die Verfassungsmäßigkeit der Integration einer Ausnahme in die Regel nicht mit dem Inhalt der Ausnahme zusammen, sondern von der Erzielung des Regelquorums ab. Da derart die Form Recht sich durchsetzt, findet die Wirklichkeit zur Norm; und die Norm ihre Verwirklichung.

Mit dem instrumentell-taktischen Charakter der Dregger-schen Vorschläge halte ich mich nicht weiter auf;¹¹ ihre Bedeutung liegt eher in einem anderen Aspekt. Auf den ersten Blick scheint sich in den Argumenten, die die westdeutsche Krisendiskussion bestimmen, eine Art theoretische Verwirrung zu manifestieren, ein Mangel an konzeptueller und kategorialer Genauigkeit. Dahinter steckt indessen die klare, genau bestimmte Bezugnahme auf eine konkrete historische Situation. Auf der ideologischen Ebene der Konsensbildung trägt diese Verfahrensweise einerseits zur politischen Stabilität bei, andererseits zur besseren Identifizierung des inneren Feindes. Nicht nur vollziehen sich Entscheidungsprozesse streng nach der Verfassung und ergibt sich aus dieser Einheit von Norm und Wirklichkeit die demokratische Glaubwürdigkeit der politischen Kräfte. Darüberhinaus, wie der Fall des Mannheimer Urteilsspruchs zeigt, wird die durchgängige Identität der Politik mit dem Ideal zur gegebenen Faktizität. Und genau daraus folgt, daß der Verdacht, sich außerhalb des Rechtsstaats zu stellen, unvermeidbar den trifft, der außerhalb des Machtsystems gesellschaftspolitisch handelt. Das Außerinstitutionelle wird zum Synonym der Feindschaft gegen die Freiheit - eine interessante Umkehrung der Fronten, in der der konsequenten Opposition auch moralisch vorgeworfen werden kann, Bürgerrechte, Menschenrechte, die Demokratie, das Zusammenleben, alle Schöne und Gute zu bekämpfen. In dieser Verkehrung sehen die Vertreter der bestehenden Ordnung keine Spur einer Krise: weder der Normativität, noch der Wirklichkeit, noch weniger des Gewissens.¹² Das heißt: die Bundesrepublik Deutschland, so wie sie leibt und lebt, so wie sie in voller Achtung vor dem Gesetz für sozialen Frieden, für Ausgewogenheit und Interessenausgleich sorgt und ihre präventiven und defensiven Mittel gegen den inneren Feind entwickelt und einsetzt, ist der Rechtsstaat.

Steht in diesem Zusammenhang fest, daß der Rechtsstaat sich als Einschränkung der Demokratie darstellt, vor allem als Einschränkung der Volkssouveränität, so mag dies vordergründig der „tedescheria“, der Deutschtümelei, zugewiesen werden. Deutschland ist jedoch kein Sonderfall. Wir haben es hier mit dem verborgenen, historisch und logisch gültigen Sinn der Verfassung eines

bürgerlichen Staats zu tun, in dessen normgerechte Wirklichkeit die Volkssouveränität sich in bloße Annahme oder Fiktion verflüchtigt.¹³

In der Feststellung, der Rechtsstaat beschneide die Souveränität des Volkes und setze sich selber als Souverän, liegt nichts Neues oder Ungewohntes. Sie trifft einfach zu und weist auf keinen Normenbruch hin. Dies bedeutet ein Schlichtes: der Rechtsstaat weist sich in Übereinstimmung mit sich selber als eine Instanz aus, die zwar die Ordnung, aber nicht die subjektiven Rechte (die Grundrechte) garantiert.

Doppeldeutigkeit der Verfassung

Auf der brüchigen Ebene der von der Macht gesicherten individuellen Spielräume ereignen sich förmlich die Verschränkung und zugleich der Zusammenstoß zweier materiell getrennter Prinzipien, die jeden Verfassungsstaat aufspalten - genauer: die Form Staat als solche, sofern sie durch eine freiheitliche Verfassungsordnung gestaltet wird, die sich ständig in institutionelle Herrschaftsmechanismen umsetzt. Der Zusammenstoß erfolgt entlang des inzwischen geklärten Gegensatzes zwischen dem subjektiven und dem objektiven (Staats)Recht. In ihm widerspiegelt sich die Widersprüchlichkeit, aber ebenso die strategische Doppeldeutigkeit in der historischen Politik des Kapitalismus. Auf der einen (ideologischen) Seite konstituierte und rekonstituiert sich der bürgerliche Staat als Erfüllung allgemein menschlicher Bestrebungen; auf der anderen Seite als (materiale) in Gesetze gegossene Herrschaft „des Menschen über den Menschen“. Nun: „Nur das Gesetz kann uns die Freiheit geben“, meinte schon Goethe (obwohl es auch nach Schiller klingt). Zweifellos hängt bürgerliche Herrschaft mit Freiheit zusammen. In der Geschichte befreite die Bourgeoisie sich selbst, als sie die politischen Zwangsbahnen des Absolutismus und die korporativen Schranken der vorkapitalistischen Zeit durchbrach. Nach wie vor tritt sie für unbegrenzte Akkumulation ein, das freie Tauschverhältnis, die Wettbewerbsfreiheit des Marktes - alles gekoppelt mit den Freiheitsrechten und der Rechtsgleichheit, worin wir das wiedererkennen, was ich vorhin das eine Prinzip der Verfassung nannte; und worin auch das großartige Verdienst der bürgerlichen Revolution liegt. Allerdings taucht schon hier ein Grundelement des anderen Prinzips auf: der „freie Arbeitsvertrag zwischen Gleichen“, der für die kapitalistische Produktion konstitutiv und für die bürgerliche Verfassung emblematisch ist. Bekanntlich werden von Seiten des Kapitals immer nur die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft zum Gegenstand des freien Vertrags, nicht aber die vertragliche Regelung der ökonomischen Beziehungen selbst und eines auf Gleichheit beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisses. Einfach ausgedrückt: beide Teile schließen einen Vertrag über den Preis der Arbeit; die Struktur der Befehlsgewalt über die Arbeit bleibt unangetastet. Damit baut die Bourgeoisie das System der eigenen Macht aus, ihrem eigenen Interesse und der Logik ihrer Freiheit gemäß. Nachdem sie die Rechte aller Menschen proklamiert hat, „macht sie sich zum Staat“ und konstruiert gewissermaßen das zweite bestimmende Verfassungsprinzip. Bestätigung und Kodifizierung der Freiheitsrechte werden durch Zwangsnormen ergänzt und umstrukturiert, die die Organisation und Reproduktion der Gesellschaft regeln und die Weiterexistenz des Kapitals selbst sichern. Eine notwendige konstitutionelle Bestimmung, da das Kapital über eine Mehrheit des Geldes, nicht aber der Stimmen verfügt.

Eigentümlicherweise haben wir hier schon das ganze Problem, das den Rechtsstaat in eine denkbar heikle Position bringt. Das gilt vor allem in Zeiten, in denen die politische Klasse sich mit der endgültigen Perspektivwahl konfrontiert sieht: entweder genügt sie ihrer ideellen Aufgabe und

verteidigt die subjektiven Rechte (der zahlenmäßigen Mehrheit gegen die zahlungskräftige Minderheit); oder sie erfüllt ihren sozialen Auftrag, die Reproduktion einer bestimmten Art gesellschaftlicher Verhältnisse zu organisieren und eine bestimmte ökonomische Zweckbestimmtheit zu gewährleisten.

Was tun? Die Sphäre der Autonomie, der individuellen und kollektiven Freiheit ausdehnen; oder den Sicherheitsapparat verstärken und die Kontrolle über die Gesellschaft intensivieren? Mehr Emanzipation oder mehr Ordnungskräfte? Zugegebenermaßen ist es Rhetorik, dem bürgerlichen Staat mit der Alternative von Akkumulation oder Emanzipation zu kommen. Ihm - der Form Staat überhaupt - gilt Emanzipation bekanntlich nur als auflösendes Element, das nur Kontrolle und Einsperrung verdient. Dennoch gibt es auf einer mittleren Linie eine Vermittlung: Jedem Zugeständnis in Sachen Autonomie entspricht eine neue Umdrehung der Schraube der Macht. Diese frißt gegebenenfalls die Konzessionen wieder auf, zieht gewissermaßen fiskalisch die subjektiven Rechte wieder ein und gibt den Leuten zu verstehen, daß der Rechtsstaat jederzeit befugt ist, das Gewaltmonopol in die Festlegung alltäglicher Strukturen von Einordnung und Unterordnung zu übersetzen, innerhalb derer nur der Bürger seine eigene Existenz genießen kann.¹⁴ Also: „Alles im Staat, nichts außerhalb des Staats“, wie es bei Mussolini hieß? Aber die historische Reminiszenz kann in die Irre führen,¹⁵ auch wenn in der Bundesrepublik die Lage der politischen Kritik allemal unsicher bleibt. Freilich wurde sie inzwischen scheinbar durch die „grünen“ Erfolge stabilisiert, das heißt: durch die institutionalisierte Präsenz eines zwar nicht gerade radikalen Dissenses, aber wenigstens eines diffusen Unbehagens.

Darüber jedoch schwebt die Drohung des wenig bekannten Artikels 18 GG, der eine radikale Opposition ins Außerhalb des sorgfältig gehüteten Verfassungsrahmens befördern könnte. Und es erscheint mir reichlich bezeichnend für die strategische Doppeldeutigkeit der Verfassung, daß gerade Art. 18 so selten in politischen Diskussionen, aber auch in wissenschaftlichen Analysen berücksichtigt wird.¹⁶ Dabei legt er den Verlust der Grundrechte für „Feinde der Verfassung“ fest und dekretiert, wohlgermerkt durch eine Verfassungsnorm, die Möglichkeit, jene Rechte zu verwirken, die das Grundgesetz selbst in der Präambel als unveräußerlich deklariert hatte. Art. 18 bietet im Grunde den Beweis einer Dominanz der Macht über die Garantie im Rahmen der Verfassung selbst. Er ist die normative Demonstration dafür, daß dem real existierenden Rechtsstaat die immer wieder unablässig betonten Rechte letztlich als Zugeständnis gelten und also widerruflich sind. Ich füge allerdings zur Klärung hinzu, daß die Vorherrschaft des Staates als des Organisators der Gesellschaft zwar zu einer solchen Einschränkung subjektiver Rechte führt; daß diese Einschränkung aber mit dem freiheitlich sein wollenden Charakter des subjektiven Rechts übereinstimmt, wenn der Einzelne sich ihr freiwillig unterwirft.

Wiederum: ich spreche nicht von einem theoretischen Konstrukt, sondern von der Wirklichkeit eines als Modellfall geltenden Deutschland. Diese Situation dürfte sich bei einem Regierungswechsel ebenso wenig ändern wie bei einer Hinwendung der Grünen zu einer entschiedeneren Opposition.¹⁷ Das Problem ist im Kontext unserer Fragestellung ohnehin ein anderes. Wenn die Bürgerrechte in den Dienst der konstituierten Macht gestellt und für die Verfahrenskorrektheit der Institutionen funktionalisiert werden, fallen ihre Verteidigung (die Rechtsgarantien) und die Verteidigung des verfaßten Staats zusammen. Sie werden zu einem Element des Staatsschutzes. Ich werde noch einmal darauf zu sprechen kommen. Halten wir zunächst fest, daß auch hier der Staat sich durchaus als Rechtsgarant behauptet: er garantiert förmlich sich selbst, gewiß nicht als totalitäre Wesenheit, als Hegeische objektivierte Idee oder als Spinozische Substanz. Vielmehr gewährleistet er in seiner

technischen, sozioökonomischen und normativen Formbestimmtheit die materiellen Strukturen, deren Funktionär er ist.

Der materielle Aspekt selbst braucht nicht weiter erörtert zu werden. Er soll auch nicht in einer Richtung vertieft werden, die auf den „Staat des Kapitals“ zurückweist.¹⁸ Der Genauigkeit halber sei aber daran erinnert, daß nicht alle Angriffe und alle Kritik der „Bürger“ an Politik und Machtmißbrauch, an Widrigkeiten des Marktes und an ökonomisch-politischem Schwindel als direkt staatsgefährdend gelten, sondern nur solche Formen der Kritik, des Angriffs und des Protestes, die sich unbefangen und unverhohlen gegen Kapital und Staat wenden. Nicht zufällig trafen die Berufsverbote, die amtlich beide Extremismen (von rechts und von links) meinen sollten, in Wirklichkeit vor allem die Linke. Dies aus gutem Grund, einer politischen Logik folgend, die sich bruchlos in die Logik des Kapitals einfügt. Denn faktisch greift die Rechte, vor allem die offen faschistische (die Lipset übrigens soziologisch als „Extremismus der Mitte“ bezeichnete) fraglos bestimmte Regeln der Politik und des institutionellen Spiels, also die berühmten „Spielregeln der Demokratie“ an. Sie versucht sich in der totalen Wachablösung und will im Kontext einer durchgängigen Auswechslung innerhalb der politischen Klasse an die Stelle der bisherigen Machthaber treten. Und sie „macht“ ihre institutionelle Revolution, wie andere ihre Reformen „machen“.

Bei aller noch so extremen Änderung der politischen Form (und im historischen Faschismus trotz des Übergangs zu terroristischen Maßnahmen) läßt die Rechte die Produktionsweise unangetastet und will sie sogar durch einen lückenlosen sozialen Frieden, das heißt durch Ausschaltung sprengender Konflikte zusätzlich sichern. Die Rechte läßt die „Form der Zusammenfassung“ der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur in Ruhe. Sie zementiert sie überdies. Kein Faschismus setzt sich je ein Ende des allgemeinen Tauschverhältnisses zum Ziel und führt einen radikalen Kurswechsel im Produktionszweck selbst herbei, geschweige denn das Ende der Herrschaftsstrukturen. Er will also von einer Aufhebung des Staates nichts wissen und negiert selbst die Möglichkeit einer sofortigen oder allmählichen Überwindung des objektiven Zwangscharakters gesellschaftlicher Prozesse.

Der Bürger verteidigt die Macht

Ich umgehe allen Zwang zur korrekten Staatsableitung und setze die Problematik der Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik als bekannt voraus. Uns interessiert hier die Fassung des Problems, die der Form Staat eigen ist. In der behandelten Perspektive, während die Verdinglichung als allgemeine Qualität durchschlägt und sich die Produktionsweise samt ihren Erfordernissen hinter den Institutionen versteckt, gewinnt die Verteidigung des Staats durchgängige Priorität. Die Bürgerrechte verwandeln sich (um es mit Parson oder Luhmann zu sagen) in systemische Funktionen der Stabilität. Eine beispielhafte konstitutionelle Übersetzung dieses Sachverhalts finden wir im Grundgesetz, das im vollen Umfang (also nur zur Hälfte, nämlich in den Grenzen entsprechender Gesetze)¹⁹ das Koalitionsrecht „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen“ (Art. 9 GG) anerkennt. Obwohl diese Norm nun in der Konsequenz auch den gewerkschaftlichen Arbeitskampf zuläßt, wird das Streiken nicht als Verfassungsrecht sanktioniert - anders übrigens als in anderen vergleichbaren Staaten. Der Streik wird vielmehr (so in den Urteilen des Bundesarbeitsgerichts) als ultima ratio betrachtet, die schon am äußersten Rand der Legalität angesiedelt ist. Damit stellt jeder spontane, von den vorgegebenen Ritualien

abweichende Streik einen beinahe kriminellen Akt dar, der rechtlich verfolgt werden kann - zumindest eine Übertretung mit zivilrechtlichen Folgen.²⁰

Im Zuge der Funktionalisierung vollzieht sich eine weitere Transformation. Das subjektive „Bürgerrecht“, Emblem des freien politischen Wollens des Einzelnen im Staat und gegebenenfalls gegen ihn, wird zu einer Funktion des Staats: zur Pflicht des Bürgers, sich selbst in der Verfassung wiederzuerkennen und sie zu verteidigen. Die Verteidigung des Staats, so wie er existiert - also um Mißverständnisse zu vermeiden: als verfassungsmäßige Ordnung, und nicht als totalitäres Gebilde - übersteigt die bloß moralische Dimension und wird zur „Gewißheit des Gesetzes“. In der Bundesrepublik verwandelt sie sich für den öffentlichen Dienst sogar in die präzise Pflicht, die Verfassung „auch außerhalb der Berufsausübung“ zu schützen. So verfügte es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Begründung der Legitimität des Radikalenerlasses.

Im Zusammenprall von Verteidigung des Rechtsstaats und Wahrung des eigenen Handelns verkehren sich die Begriffe. Dies läßt sich in jenem, die Wirklichkeit allerdings zuweilen trübenden Spiegel der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse erkennen, den die Verfassungsentwicklung darstellt. Ich beziehe mich hier auf eine der bedeutendsten Änderungen des Grundgesetzes, die 1968 mit dem Einbau der Notstandsgesetze verabschiedet wurde - einem wahren Meisterstück der Politik, das auch dem bekannten Dreggerschen Vorgehen den ideologischen Boden bereitete. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze wurde durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Opposition zu den Entwürfen Adenauers ermöglicht. Der Zustimmung der SPD gingen langwierige Verhandlungen voraus, die auch unter dem Druck der außerparlamentarischen Opposition standen. Sie erfolgte schließlich durch die Übernahme eines sozialdemokratischen Vorschlags, zusammen mit dem Notstandsrecht auch ein Widerstandsrecht konstitutionell zu verankern. Wahrlich ein historischer Kompromiß: die Sozialdemokraten stimmten also den Notstandsgesetzen zu nur bei gleichzeitiger Bestätigung des Rechts, Widerstand zu leisten. Aber: wogegen denn? Der Kompromiß erwies sich einzig als hoffnungslose Kompromittierung der Sozialdemokraten mit dem Machtsystem - vermutlich das Schicksal aller historischen Kompromisse.

Ich will die ganze Problematik des Widerstandsrechts nicht wieder aufgreifen. Es sei nur daran erinnert, daß in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (aber auch fortgeschrieben in eine zukünftige Gesellschaft der Emanzipation) das Widerstandsrecht in der Möglichkeit gründet, sich in legitimer Weise gegen die legale Macht zur Wehr zu setzen, gegen die Anmaßungen des Staats, der Staatsorgane, der Herrschenden.

Kurz gesagt: ein Recht „in tyrannos“. Es ist nicht nötig, Marat zu bemühen, und ein denkbare Grundrecht der Rebellion und Revolution zu postulieren, das immer dann in Kraft träte, wenn der Staat elementare Bedürfnisse der Bürger nicht befriedigte. Solche Vorstellungen trieben schon über die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft hinaus, die durchaus andere Sorgen hat als die „Bedürfnisse“ der Einzelnen oder der Massen. In gewisser Hinsicht hat Marat aber doch etwas damit zu tun. Tatsächlich bildete sich das Widerstandsrecht schon seit seinem Anfang mit antistaatlichen Merkmalen heraus. Es bedeutete die Ablehnung einer blinden Unterwerfung unter die bestehende Macht ebenso wie die Legitimität des Aufstands gegen Übermacht und Depravation der Institutionen. Um die Frage zuzuspitzen: im Fall einer Nichterfüllung klar bestimmter Aufgaben, wenn der Staat historisch nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, beispielsweise seinen Rechtsgarantien nachzukommen; wenn die politische Klasse sich in Geplauder über Moral, Anstand und Gerechtigkeit ergeht, ohne konkret zu handeln, hat der Bürger Möglichkeit und Recht, sich das Monopol auf den Gebrauch von Macht und Gewalt wieder anzueignen und -um argumentativ in den Grenzen der bürgerlichen Ideologie zu bleiben - die vertraglichen Ursprungsbedingungen der

Staatlichkeit wieder herzustellen²¹. Genauer, konkreter und stärker klassenbezogen verstanden, tritt dabei die Macht des Volkes wieder in Kraft, die nur widerruflich an die staatliche Politik delegiert worden war und nunmehr zu ihrem materiellen Subjekt zurückkehrt, wenn sich die Politik gegen den Mandante tellt. Hier ist die (linke) Gretchenfrage zweitrangig, ob es sich um ideale oder idealistische oder materialistische Vorstellungen handelt; wenngleich ihre materialistische Basis recht deutlich zu sein scheint. Ich beschränke mich auf die Feststellung, daß die ursprüngliche Beziehung zwischen „Volk“ und „Staat“, zwischen Citoyen und Macht durch die Normierung des Widerstandsrechts im Grundgesetz buchstäblich umgekehrt wird. Gewährt wird in der Tat dem einzelnen Bürger oder sozialen Gruppen das Recht, auch gewaltsamen Widerstand zu leisten, weder gegen Mißbräuche der Staatsordnung noch gegen Nichterfüllung ihrer Aufgaben, sondern „gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen ..., wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (das heißt in Abwesenheit gleichwie gearteter legaler Ordnungsorgane).

Ein Einwand wird gewiß kommen: das traditionelle Widerstandsrecht richte sich eben in tyrannos, hätte also mit der besonderen Situation frei gewählter Regierungen und durch allgemeine Zustimmung abgesegneter Staatsformen nichts zu tun. Indessen: die von den Monarchomachen der Ausgrenzung und der Ermordung freigegebenen Könige galten nur ihren Widersachern als Tyrannen. In der normativen Wirklichkeit, in der Objektivität der damaligen Ordnung herrschten sie in aller Form und im Inhalt der religiösen Fundierung legitim. Gottesgnadentum und allgemeine Zustimmung der Untertanen stellen keine bloß legale Begründung dar. Das macht auch den tieferen Sinn und die philosophische Dignität des Widerstands aus, sich gegen eine mit Legitimität ausgestattete und abgesicherte Macht zu richten. Gegen sie erhebt sich die subjektive Wirklichkeit des Aufstands.

Kehrt man dieses Verhältnis um, so betreibt man geschichtlich, politisch und selbst rechtsgeschichtlich Unfug. Eben diesen Unfug machte der Bonner Gesetzgeber zur Verfassungsnorm. Es kommt dabei etwas Merkwürdiges hinzu. Widerstandsrecht bedeutet offensichtlich die Delegation des Gewaltmonopols an die „Bürger“ zu dem Zweck, den Staat, und paradoxerweise auch dessen Gewaltmonopol, zu verteidigen. Es wird also gegen alle europäische Tradition zu einer Funktion des Staatsrechts, mit einer solchen Sorglosigkeit und Unbefangenheit, daß sogar die heilige Kuh der bürgerlichen Politik geopfert wird: die ausschließliche Befugnis des Staates, Gewalt anzuwenden. Erstaunlicherweise wurde in der Öffentlichkeit diese Kapitulation des Staats gar nicht wahrgenommen. Zusammenfassend: Zweck des Widerstands ist nach dem Grundgesetz die Verteidigung der verfassungsmäßigen Staatsmacht; Objekt der zivilen Gewaltausübung sind deren Feinde. Und nur ein Feind des Staates könnte auf den Gedanken kommen, die normative Gültigkeit dieser überaus einmaligen Lösung zu bestreiten.

Der Vorrang des Rechts und die Vormacht des Staats

Die Gewaltanwendung von freien Bürgern gegen andere mit einer rechtlichen Absegnung auszustatten ist keine Kleinigkeit. Daraus einen Verfassungsartikel zu machen²² bedeutet, ihrer Vorbereitung und Ausführung die Qualität eines allgemeinen Gesetzes zu verleihen. Die Verteidigung des Staats wird nicht anbefohlen. Sie ist geboten. Ihr liegt also keine bloße Verordnung, aber auch keine zwingende Verfügung zugrunde: keine Maßnahme, die die Gewaltanwendung freigäbe. Carl Schmitt und der Faschismus bleiben gänzlich außen vor; die Verfassungsänderung schafft es: der Staat bleibt Gesetzesstaat²³ und das Recht behauptet seinen Vorrang. Nicht Zerrüttung ist also die Folge

der Reduzierung garantierter Freiheiten, sondern das Gegenteil: die sich voll durchsetzende Ordnung und das gesicherte Wertesystem.

Eines ist aber klar: der Bürger, der sich als Freier verflüchtigt und in einen Polizisten verwandelt; der klassische Schutzwall gegen die Herrschaft in sein Gegenteil verkehrt - all dies entstammt nicht der Unbekümmertheit der Wirklichkeit gegenüber der Norm, deren Geringschätzung seitens der Macht. Dagegen steht das Recht als Macht, als Herr der Gesellschaft. Freilich kommt es darauf an, was sich in ihm selbst - keineswegs hinter seinem Rücken - abspielt. Sein Vorrang kommt nicht von ungefähr, ist genauso wenig wie Vicos Heroen „coelo demissus“. Er fügt sich vielmehr in die anscheinend unumgängliche, nüchterne und irdische Tendenz unserer heutigen Gesellschaft, den Bereich der juristisch geregelten Materie auszuweiten. Also die Tendenz zur Verrechtlichung. Hatte Marx erkannt, daß in bürgerlichen Gesellschaften alle Zustände und Vorgänge „eine politische Form annehmen“, so können wir dies heute präzisieren: alles wird in rechtliche Regelung überführt. Selbstredend auch die Politik. Daher der häufige Kurzschluß, in der Ausweitung der juristischen Materie eine Stärkung des Rechtsstaats zu sehen.

Es findet also sowohl eine Verringerung, eine Einkreisung rechtsfreier Räume für die Bürger statt, wie auch eine Einkreisung der Handlungsspielräume der Staatsmacht. Gäbe es kein Stück Dasein mehr, das sich der Normierung durch ein übergeordnetes Prinzip entzieht, gäbe nur heteronome Zonen, verlöre auch der Staat seine Autonomie. Und in der Tat heißt es im Grundgesetz, der Gesetzgeber sei an Recht und Gesetz gebunden.

Anders gesagt: das Recht erhält die sonst dem Staat zugeschriebene totalisierende Macht und überträgt - gewissermaßen als Gegenleistung - dem Staat seine „aristotelische“ Eigenschaft, unparteiisch und desinteressiert zu sein. Der Rechtsstaat ist kein Klassenstaat, weil der Herr der Gesellschaft keine Klassenschranken kennt. Ob das Recht sich auch als Herr über die Ökonomie behauptet, ist marxistisch gesehen ohne Zweifel die wesentliche Frage. Aber sie gehört nicht hierher.

Nur trägt der Schein der Desinteressiertheit. Er trägt auch uns oft über die wirkliche Bedeutung und die strategische Reichweite des Phänomens. Die legale Ordnung gibt der Macht die formbestimmte Richtung, richtet sich aber nicht gegen sie. Von ihr verlangt sie nur den legitimatorischen Kernpunkt der prozeduralen Korrektheit. Der Vorrang des Rechts gilt der Gesellschaft: sie wird in Zucht genommen, nicht der Staat.

Solche Überlegungen gehen offensichtlich über die Thematik berechtigter subjektiver Ansprüche hinaus und betreffen auch nicht die Probleme des Ausnahmezustands. Der Zusammenprall von gesellschaftlicher Autonomie und Form Staat findet im Normalzustand statt und tangiert die objektive Seite der Reproduktion.

Ich will es kurz erläutern. Was ich (mit einem nicht sonderlich eleganten Begriff) Verrechtlichung nenne, stellt eine komplexe strategische Operation dar, die über die rein juristische Welt hinausgeht und auf herkömmlich-gängige Weise nicht gefaßt werden kann. Sie versucht, das gesellschaftliche Gewebe wieder zusammenzunähen, das durch Interessenkonflikte, Klassenseinandersetzungen und durch die negative, teilweise destruktive Handlungsweise neuer sozialer Subjekte zerrissen und überdies von ökonomischen Krisen zersetzt wird. Daß dieser Versuch nicht durch willkürliche Aktionen vorangebracht wird, sondern in institutionell abgesicherter Weise erfolgt, vermindert allerdings seinen Zwangscharakter nicht. Das muß betont werden, weil man angelegentlich und gerne den Zwangscharakter mit offener oder versteckter Despotie zu verbinden und derart die Normalität eines bürgerlichen Staats davon freizusprechen pflegt.²⁴ Im Gegenteil: Zustände und Vorgänge gründen sich auf Zwang, auch wenn dieser die Form der allgemeingültigen

und allgemein akzeptierten Disziplinierung annimmt. Darin liegt gerade der Triumph des Rechts, dem Zwang den Anschein der Unterdrückung zu nehmen.

Das Erfordernis der Verrechtlichung kennt nun wieder keine nationalen Grenzen. Was in Deutschland schon längst vollzogen ist, meldet sich auch in Italien an. Nicht, daß Form und Formel sich bereits hinlänglich durchgesetzt hätten. Aber im Zusammenhang mit Streikregulierung und Marktderegulierung, mit Neufassung des Parteiensystems und Umpolung der gewerkschaftlichen Aufgaben, mit fiskalischer Umverteilung und Neuordnung der sozialen Ausgaben wächst die Versuchung, den gesellschaftlichen Antagonismus und die Konfliktualität gesetzlich zu steuern. Nicht ohne Lärm kündigt sich eine „große Wende“ zum modernen Staat hin an: die Wandlung eines nicht ganz in den Fugen gebliebenen bürgerlichen Staats in einen legalen, legalisierenden, fugengerechten. Es ist eine Versuchung oder ein Projekt, vielleicht ein Traum - oder vermutlich der Ausdruck eines politischen Machtbedürfnisses zur ideologischen Überfahrt von Locke zu Luhmann²⁵, nicht ohne zuerst den Weber-schen, sodann folgerichtigerweise den Schmittschen Engpaß zu durchqueren. Schwierig dürfte sich die Überfahrt nicht gestalten. Was in Italien das Kapital in ökonomischer Absicht braucht, wünschen sich die Leute in alltäglicher Absicht: einen Staat, der endlich seinen Namen verdient, endlich effizient ist, mit wirksamer Führung und geklärter Machtverteilung, weniger gebeutelt durch Regierungskrisen und dunkle Obstruktionen - einen Staat ohne Lächerlichkeit; einen Staat jedenfalls, der nach soviel Mühen endlich eine modern-kapitalistische, fortschrittliche Häutung erfährt. Nur möchten die Leute einen Garanten der sozialen Rechte, des ruhigen mehr denn des geordneten Zusammenlebens, und einer bedürfnisgerechten Verteilung; das Kapital hingegen fordert die staatliche Absicherung der Akkumulation, des freien Markts, der freien Verfügungsgewalt, nebenher auch der gewerkschaftlich nicht gestörten Freiheit des Arbeitsvertrags - alles im Zeichen des vorrangigen Rechts.

Ich kehre zur deutschen Erfahrung und zu unserem Problem zurück. Die ausgeweitete Herrschaft des Rechts führt, oder soll führen, auch zur Lückenlosigkeit der sozialen Kontrolle. Sprichwörtlich heißt es: „Nichts entgeht dem Auge des Gesetzes“ - in der eindeutigen Zweideutigkeit des Wortes, das mit dem Auge die Rechtsordnung, aber auch die gerichtliche Verfügung; die lückenlose Normativität, aber auch den höchstalltäglichen Blick eines Polizisten meint.²⁶

Daß übrigens das Auge des Gesetzes wie die Augen des Gerichts in Fragen möglicher Dissidenz nach links schielen, ist bekannt und wird auch stets kritisch betont, bleibt aber sekundär. In der angestrebten oder behaupteten Identität von Rechtsstaat und realem Staat ist die Frage wichtiger, ob sich aus dem Vorrang des Rechts wirklich eine Unterordnung der Staatsmacht ergibt. Wer ist also der wahre Kaiser? Entweder sind Rechtsstaat und Vorrang des Rechts lediglich Herrschaftsformeln, die Forderung nach erweiterter juristischer Regelung und nach allgemeingültiger Bindung nur ideologische Vorwände, und dann bliebe dem leibhaftigen Kaiser seine volle Macht. Oder wir nehmen die Rechtsordnung ernst, erkennen ihre Machtvollkommenheit in der und für die Gesellschaft, dann müßte das Recht selbst der Kaiser sein und bräuchte keine Rücksicht auf andere Instanzen zu nehmen. Ihm wäre ein Jeder und Alles unterworfen.

Die Sache steht jedoch anders. Das Recht ist sicher kein bloßer ideologischer Überbau, mit dem der Kaiser (der ökonomische oder der politische) nach Belieben verfahren könnte. Dazu greift es zu spürbar in die Verhältnisse ein und kann sie formen. Seine Wirklichkeit und Wirksamkeit aber gründet in der Instanz, die ihm erst die juristische Qualität verschafft und die Kraft zur eigenen Durchsetzbarkeit verleiht; die also dafür sorgt, daß tatsächlich und tagtäglich „quisque jure subjicitur“²⁷. Dem Vorrang des Rechts eignet nichts Originales, nichts Ursprüngliches. Er borgt seine Überlegenheit über Einzelne und Kollektive von der Form Staat. Das Recht besitzt keine Eigenmacht

und bleibt ohne staatliche Autorität willenlos: die Willen-losigkeit der UNO, der (wie Hegel sagen würde) kein eigener „praetor“ zur Verfügung steht. Das macht die Vormacht des Staats aus und bedingt die Verwandlung des Rechts vom Herrn über die Gesellschaft, ich will nicht sagen zum Knecht, doch zum Diener des Staats. Womit auch das Geheimnis der grundgesetzlichen Verkehrung des Widerstandsrechts enthüllt wäre. Dies bedeutet letztendlich: indem die Verrechtlichung kraft Staatsmacht die Reproduktion in ein ausgedehntes System hinein kanalisiert, geht sie über die einfache Formalisierung der Verhältnisse hinaus und bahnt den Weg für die umfassendere Verstaatung der Gesellschaft.²⁸

Damit ist nicht gesagt, daß dies Schicksal, dieser Kurs schon festgelegt und das Orwellsche Ende, wenn auch verspätet, unvermeidlich wäre. Dagegen steht mindestens in Teilaspekten das Aufbrechen alternativer Projekte, auch wenn deren Träger auf dem sogenannten Parkett der großen Politik schüchtern und unsicher sich bewegen und immer Gefahr laufen, mit den ersten öffentlichen Erfolgen der Anziehungskraft bürgerlicher Institutionen zu erliegen und deren klebriger Faszination auf den Leim zu gehen. Diese Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen. Nicht nur in Deutschland übt die Vormacht des Staats eine aufsaugende Wirkung aus, läßt die Anpassung an ihre Spielregeln als normales politisches Verhalten und als normativ richtiges Handeln erscheinen - erleichtert also den Übertritt von der radikalen Alternative zur systemimmanenten Alternanz. Vermutlich liegt dies an den Folgen eines theoretischen Mangels, kennzeichnend für Kräfte, die noch auf der Spur zu sich selber sind. Aber der Mangel läßt sich beheben. Nur muß es ihnen gelingen, die eigene, besondere, unvergleichliche Aufgabe, ihre eigene historische Qualität zu erkennen. Die Sache, die sie vertreten, hängt nicht von der Verwirklichung der Arbeitshypothese einer besserungsfähigen Staatsmacht ab, die sich für die Verbesserung der Welt in die Pflicht nehmen ließe; sondern mit der strukturellen Schiefheit und der Inhumanität der Gesellschaft zusammen. Kultur, Politik, Ökonomie, Weltreichtum und Weltmisere stehen nicht abstrakt nebeneinander; sie sind nicht einzeln zur Lösung abrufbar, sobald man an der praktizierten Politik, an der täglichen Aktualisierung der Staatsmacht teilhat. Da hilft der Rekurs auf den Vorrang des Rechts und auf die verbrieftete Berechtigung zur gepriesenen Partizipation nicht viel.

Diese Lage scheint auf einen Umstand hinzuweisen, der selbst zur ideologischen Schiefheit gehört und die klare Sicht auf das Problem trübt. Da die Vormacht des Staats - und hier liegt wieder ein Unterschied zum Recht vor - immer personalisiert erscheint, läßt sich das Denken leicht zu einer „Verschwörungstheorie“ verführen. Gelegentlich habe ich schon davon gesprochen. In Wirklichkeit liegt nichts weniger als Konspiration vor: ein Komplott ideologischer, politischer, wirtschaftlicher Machtgruppen (z. B. der dafür stets bemühten multinationalen Konzerne) zur lückenlosen Manipulation und zur durchgängigen Herrschaft. Verrechtlichung und Verstaatung entspringen keinen dunklen Herrschaftsplänen, sie ergeben sich aus objektiven Bedingungen und scheuen das Licht der Öffentlichkeit nicht. Im Gegenteil: sie bilden sich öffentlich und bilden Öffentlichkeit. Damit ist nicht gesagt, daß es nirgends Absicht gäbe: keine hintergründigen Entwürfe, kein persönliches Streben und keine entsprechenden Praktiken. Es wäre absurd, ausgerechnet auf der Ebene der Staatsmacht den subjektiven Faktor abzustreifen, den man sonst auf der Ebene radikaler Veränderungen (zu deutsch: der Revolution) in den Vordergrund rückt. In der Vormacht des Staates kann jederzeit ein Wille handeln, der die Vormacht als Vollmacht usurpiert. Daher auch Phänomene wie politische Korruption und Mafia. Ihm fehlt aber in heutigen Zeiten das Merkmal der universalen Anmaßung (*l'etat c'est moi*), des rücksichts- und inhaltslosen Strebens, der reinen Despotie. Leider gerät die Verschwörungstheorie zum Mittel einer Kritik der Politik, die sich an der Personalisierung und der entsprechenden Psychologisierung festrennt, die Expansion der Staatsmacht parallel setzt

mit der Expansion des Kapitals und beides dem individuellen Begehren zuordnet. Selbstredend bedarf die institutionelle Strategie der Personen, der Machtträger; gewiß bringen diese ihre eigenen Interessen und Ziele ein. Davon wird die Strategie selbst aber nicht strukturell bestimmt. Dem kann sich auch die Bourgeoisie nicht entziehen. Ich sehe in ihren Positionen, Entscheidungen, in ihrer Zielstrebigkeit keinen reinen „Willen zur Macht“ am Werk, sondern das Durchschlagen einer listigen, objektiven Nötigung. Nach dem geschichtlichen Anlauf zur eigenen, ungehemmten Freiheit in der Herrschaft findet sie sich selbst in einer seltsamen Zwangslage wieder. Sie muß sich als herrschend durchsetzen, sonst verschwände sie von der weltgeschichtlichen Bühne. Allerdings, und Marx variierend: in dieser Zwangslage, in der spezifisch politischen Form der Entfremdung fühlt sie sich wohl.

In gewisser Hinsicht liegt auch bei der Verstaatung eine Zwangslage vor. Die Ausweitung der staatlichen Vormacht fällt mit einem Prozeß zusammen, in dem die Schwierigkeiten der Reproduktion zum Ausdruck kommen: mit der Erweiterung der Staatsfunktionen im Bereich der gesellschaftlichen Organisation und Regulierung - wobei paradoxerweise selbst die Deregulierung, die poetisch besungene, von Staats wegen besorgt wird. Da braucht man sich durch neoliberale Ideologismen nicht verwirren zu lassen, ebensowenig über die vorgeblich wiederentdeckte Zurückdrängung des Staats zugunsten eines freien Tauschverhältnisses, das als „selbstheilendes“ Mittel für die von ihm selbst verursachten Defizite wirken soll. Den modernistischen Strömungen der Neuen Rechten wird es sicher nicht gelingen, den längst verstorbenen Nachtwächterstaat ins Leben zurückzubefördern, der sich offiziell nur um die öffentliche Ruhe kümmerte, zugleich seine Truppen gegen Streikende losschickte. Vermutlich wird es nur Unbedarften gegenüber gelingen, die Wirklichkeit eines starken Staats zu verschleiern und als historischen Endzustand allgemein menschlicher Art ein politisches System auszugeben, das nur für Existenz und Fortdauer der kapitalistischen Gesellschaft sorgt - sie „regierbar“ macht.

In diesem organisatorisch-normativen Zusammenhang vollzieht sich der Übergang von der liberaldemokratischen Rechtsstaatsfiktion zu dem, was man die „autoritäre Demokratie“ genannt hat. Ein Begriff, genauer: ein Wort, dessen Vieldeutigkeit eindeutig den Legitimationszweck hat, die wirkliche Transformation zum autoritären Rechtsstaat zu verdecken. Bekanntlich dient das Wort Demokratie heutzutage zur Rechtfertigung einer jeden Staatsmacht und aller politischen Unternehmungen, ob verfassungsgebunden oder nicht. Und in der Umkehrung gilt jede Kritik an der konstituierten Ordnung als „demokratiefeindlich“. Um uns recht zu verstehen: falsch ist der Vorwurf nicht, wenn die Identität Demokratie - real vorhandener Staat zutrifft. Trifft sie nicht zu, ist der Vorwurf kraftlos. Er läßt sich bestimmt nicht aus der Welt schaffen. Aber er läßt sich gelassen ertragen.

Nicht bloß auf der Ebene theoretischer Überlegungen, sondern auch in der täglichen Gesetzgebungsarbeit hat eine Entwicklung begonnen zu dem Ziel hin, das System durch einen totalen Konsens langfristig zu stabilisieren. Auch hier liegt in gewisser Hinsicht eine Notlage vor. Erst der totale Konsens bildet die Voraussetzung für die Akzeptanz von reduzierten individuellen und kollektiven Freiheiten, der neuen, sozusagen disziplinierten Form subjektiver Rechte. Nehmen wir als Beispiel das Parteiengesetz der Bundesrepublik. Es untersagt in keiner Weise, politische Gruppen zu gründen und tätig werden zu lassen. Es erkennt sie jedoch nur als Parteien an, als Verfassungsorgane mit den entsprechenden Rechtsprivilegien²⁹, soweit sie Konsensparteien sind und als solche nicht nur die „Spielregeln“ der Verfassung bejahen, sondern auch die einzelnen institutionellen Vorschriften, die die Freiheit programmatischer Entscheidungen inhaltlich bestimmen und also (siehe oben) eingrenzen. Dies gilt auch für die mehrfach diskutierte Frage, ob bestimmte Organisationstypen oder Verfahrensweisen, die aus der Normalität heraustreten (zum Beispiel das Rotationsprinzip), mit der

Verfassung übereinkommen.³⁰ Selbst die Teilnahme einer Partei an den Wahlen erfolgt nicht nur aus einer frei getroffenen politischen Entscheidung heraus; das Gesetz verlangt die Teilnahme, soll der juristische Status der Partei nicht verloren gehen. Das Parteiengesetz gehört in exemplarischer Weise zur Einzäunung, die die Stabilität und Sicherheit des politischen Systems gewährleistet. Tatsächlich wird die Teilnahme an Wahlen genau zu dem Zweck vorgeschrieben, das organische, langsame Wachsen neuer Parteien mit neuen, alternativen Forderungen von Anfang an zu behindern. Wie man weiß, ging die Regelung von der Annahme aus, solchen Parteien gelänge es nicht, die 5 %-Klausel zu überspringen und sich somit eine institutionelle Basis langfristiger Wirksamkeit zu verschaffen.

Es wäre Aufgabe einer wirklich alternativen Bewegung, diese Verfassungsmauer zu durchbrechen, ohne sich dabei von der Vormacht des Staats in die Institutionen einfahren zu lassen.³¹

Spätkapitalismus und Transformation des Staates

An dieser Stelle ist es angebracht, zur Transformation des Staats und zu ihren jenseits psychischer Motivationen wirkenden Gründen einige Überlegungen anzustellen. Die sachlichen Zwänge, die zur Ausweitung und Perfektionierung der staatlich durchherrschten Organisation der Gesellschaft führen (unter anderem in den Bereichen Technologie und Information), lassen sich mit zahlreichen Methoden und von vielfältigen Ansätzen her beschreiben. Ich beschränke mich auf einige Hinweise, die auf jeden Fall zu vertiefen wären.

Ein erster faktischer Hinweis bezieht sich unmittelbar auf die Produktionsweise, genauer gesagt auf das unmittelbare Innenverhältnis des Kapitals (die „Kapitalbewegung“) und seine Übersetzung in die Form der Politik.³² Der formalen und materiellen Veränderungen des Kapitalismus gibt es viele. Sie reichen von der partiellen Umkehrung in den Beziehungen zwischen den Kapitalen und ihrem Staat bis zu dessen Präsenz auf dem Markt als Einzelkapital in der Sprache bürgerlicher Ökonomie, als Unternehmer. Darüber findet eine geradezu buntscheckige wissenschaftliche Diskussion (an der ich mich anderswo beteiligt habe) statt nebst ideologischen Einfällen. Im Grunde kreist alles um die Möglichkeit immanenter Verschiebungen: ob die Präsenz des Staats im Akkumulationsprozeß und in der Mehrwertproduktion das „Wesen“ des Kapitalismus schon übersteige; oder ob sie zumindest den Ausgangspunkt für Reformen bilde, die in der völlig staatsfreien Marktwirtschaft nicht möglich wären. Als Beispiel kann hier Umberto Cerronis interessanter Aufsatz „Demokratie als Problem der Massengesellschaft“ genommen werden, schon weil dieser Autor sich ausdrücklich um den „Rechtsstaat und reifen Kapitalismus“ sorgt - also um unser Thema. Sein Beitrag ist auf jeden Fall einschlägig, handelt er doch - wie Cerroni schreibt - vom „Übergang des Staates des Kapitals, wie jemand das ausdrückte“ (dieser jemand wäre ich) „vom kapitalistischen Staat, vom Nachtwächterstaat zum Unternehmerstaat.“³³ Nur bleibt Cerroni die Natur dieses Übergangs unerklärlich, da er verkennet, daß sich zwischen den beiden „Staaten“ in Wirklichkeit nur eine Verschiebung in der Form, keineswegs jedoch eine Veränderung in der Funktion feststellen läßt. Der Staat als Unternehmer deckt sich in keiner Weise mit dem Staat, der die Gesellschaft organisiert (dem Staat des Kapitals). Er reformiert den Kapitalismus nicht, geschweige denn, daß er ihn überwände. Er kann es gar nicht, da er in diesem Fall überhaupt nicht mehr Staat, sondern nur ein Unternehmer neben anderen ist: staatlicher Eigentümer im Unterschied zum privaten Eigentümer; auf italienisch noch prägnanter: padrone di Stato statt padrone private Seine, meist schlecht

geführten, Unternehmen gehören schlicht zur Realität des freien Markts und dienen nicht einer gleichwie gearteten Planung der Wirtschaft. Es ist zumindest mir nicht bekannt, daß in Italien Staatsbetriebe oder Unternehmen mit staatlicher Beteiligung eine Preis- und Produktionspolitik mit antiinflationären Tendenzen je gefördert hätten; noch hat der Staat als Unternehmer jene „neue Produktionsformen“ ermutigt, von denen 1969 (in jenem schrecklich heißen Herbst, den man gerne aus der Geschichte streichen möchte) die Mirafiori-Arbeiter träumten. Noch weniger wurde und wird eine gebrauchtwertorientierte Zweckbestimmtheit (die bekannte „Finalität“) der Produktion eingeleitet.³⁴

Weit bedeutsamer als der „Staat als Unternehmer“ schlagen jene Veränderungen durch, die aus der oligopolistischen Zentralisierung und der Bildung multinationaler Konzerne herrühren. Es braucht hier nicht sonderlich betont zu werden, daß alle diese neuen Formationen auch einen Wandel der staatlichen Strukturen und der rechtlichen Verfahren mit sich bringen. Ich meine damit nicht nur den Bedeutungsverlust der Nationalstaaten und die damit verbundene Notwendigkeit, andere politische Formen zu finden. Eher ist an das Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften einerseits, andererseits zwischen Kapital und Arbeit zu denken, das auf internationaler Ebene sich anders stellt als im Rahmen nationaler Märkte und auch anders geregelt werden muß - nach Rechtsnormen, die bisher niemand erfand oder erdichtete.³⁵

Dies hat noch nichts mit einer inneren Veränderung zu tun: im Innern einer jeden Form des Kapitals, der oligopolistischen wie der mittleren und kleinen, der verstaatlichten wie der multinationalen Form. Im Innern, das bedeutet: nicht in der Zirkulationssphäre (in der sich Monopole, Oligopole, Konzerne und dergleichen bilden), sondern in der Produktionssphäre selbst.

Auch wenn ohne genaue Begrifflichkeit darüber viel geredet wird, vor allem im technologischen Zusammenhang. Es geht dabei um die Restrukturierung der ausgenutzten Arbeitskraft, um Automation, um neue Arten und Möglichkeiten industrieller sowie tertiärer Wertschöpfung. Im gegenwärtigen Kapitalismus (und hier entfällt jede Unterscheidung zwischen privatem und staatlichem Kapital, zwischen Agnelli und dem IRI³⁶) wächst der Anteil der informatisch arbeitenden, computerisierten Maschinerie in immer schnellerem Rhythmus gegenüber der lastenden Langsamkeit und der technischen Nutzlosigkeit des variablen Kapitals. Die Komplexität des industriellen Apparats führt zu andersgearteten Beziehungen zwischen den Produktionsfaktoren und erfordert eine Neufassung des Verhältnisses zwischen Unternehmensleitung und ausführender Arbeit. Wie Marx in seiner Analyse der Kapitalentwicklung vorausgesehen hat, provoziert in einem reiferen Stadium des Akkumulationsniveaus jede unkontrollierte, der Unternehmensleitung nicht anmanchmal zerstörerische Situationen. Das nicht steuerbare Verhalten der Arbeitskraft, das heißt: jede Form der Autonomie abhängig Arbeitender, die sich nicht um die Kapitalbewegung und ihre Profitrate schert, bedroht das Produktionssystem und schlägt hinüber in die Zirkulationssphäre. Da scheint es zwischen dem sekundären und tertiären Sektor keine Unterschiede mehr zu geben, was sich umso schärfer auswirkt, als jene goldene Zeit der Akkumulation mit ihren belebenden, in novativen zyklischen Krisen anscheinend der Vergangenheit angehört. Sie ist längst durch eine Krise endemischer Art abgelöst worden, die nicht mehr auf der Ebene der Ökonomie und mit den Mitteln des Marktes zu lösen ist.³⁷ Ich muß hier dem Präsidenten der Confindustria (dem italienischen Dachverband der Unternehmer), Merloni, beipflichten: „Wir wissen fast sicher, daß die ökonomischen Zyklen beendet sind. Es gilt nicht länger, daß auf eine Phase der Krise eine des Wachstums folgt“.³⁸ Nur muß das ergänzt werden. Es kann heute ein Wachstum der Produktion eintreten, ohne daß es zur Überwindung gesellschaftlicher Defizite wie Arbeitslosigkeit, Armutsgrenze, Marginalisierung beitrüge.

Ist die Krise nicht länger zyklisch und gibt es keinen ökonomischen Aufschwung auf höherem gesellschaftlichem Niveau mehr, so können freie unternehmerische Entscheidungen, Investitionen, Innovationen und sonstige selbstheilende Kräfte des Marktes den Weitergang der Akkumulation und die geordnete Reproduktion nicht mehr leisten. Die Krise fordert nichtökonomische, präventive Interventionen, die vielleicht marktgerecht sind, aber nicht vom Markt ausgehen. Der Staat muß sich einschalten.³⁹

Damit kehren wir zum komplexen Zusammenhang von objektiven Kapitalerfordernissen und gesellschaftlichen Bedürfnissen zurück. Was letztlich eine totale, wenn auch manchmal ideologisch maskierte Konfrontation darstellt: das Zusammentreffen endemischer Verwertungskrisen und neuer Technologien auf der einen Seite, mit dem autonomen Wiederaufleben einer Reaktion abhängig Arbeitender auf der anderen Seite (die immer gefürchtet wird, selbst in den bleiernen Jahren durchgängiger Anpassung und unterwürfig scheinender Integration) läßt sich am Ende nur dadurch bewältigen, daß alle Formen der Insubordination und der Unbotmäßigkeit in die produktive Disziplin zurückgeholt werden - selbst die unscheinbare alltägliche Form der Trägheit und der Nachlässigkeit beim Arbeiten. Der Kapitaleigner faßt zu Recht dieses Verhalten als Sabotage auf, weil das Kapital sich als einziges historisches Subjekt der produktiven Prozesse begreift, als Inhaber des „Kommandos über die Arbeit“ (Marx), dem einzig und allein das Verfügungsrecht über die produktive Arbeit und also auch die Kontrolle über ihre Unterbrechung zusteht - wie der Staat der einzige Inhaber des Rechts auf Gewaltanwendung und des Kommandos über die Bevölkerung ist. So können wir auch verstehen, weshalb die Mailänder Richter Canosa und Santosuosso mit ihrem Urteil, die auf Arbeitslosengeld gesetzten Arbeiter seien bei Alfa wieder einzustellen, eine skandalöse Situation heraufbeschworen. Der wahre Skandal besteht keineswegs (wie mehrfach behauptet) darin, daß Canosa und Santosuosso den Vertretungsanspruch der Gewerkschaften in Sachen Entlassung beiseite geschoben, oder die Berechtigung eines Einverständnisses zwischen Gewerkschaft und Unternehmensleitung abgewiesen hätten. Alle Kritik dieser Stoßrichtung versucht nur, die wirkliche „Missetat“ der beiden Richter zu verbergen oder jedenfalls zu verharmlosen. Ihre Urteile bestritten schlichtweg das Recht des Kapitals, eben als einziges Subjekt des Handelns einer Klasse gegenüberzutreten, die sich weigert, nur Objekt restriktiver, vom Gesetz ökonomischer Rentabilität diktierter Maßnahmen zu sein; und die es ablehnt, in ihren eigenen Organisationen nur das institutionelle Instrument des eigenen Zustands von Objekthaftigkeit und Verfügbarkeit zu sehen. Sich auf die Seite derer zu stellen, die der ökonomischen oder politischen Macht widerstehen, ist offenkundig eine unverzeihliche Sünde. In einem Rechtsstaat, der sich ernst nimmt, wären Canosa und Santosuosso ihrerseits vermutlich selber Objekte geworden: eines Radikalenerlasses - nicht nur wegen ihrer juristischen Ansichten, sondern auch wegen der offen zu Tage tretenden professionellen Unfähigkeit zu erkennen, was eine wohlgeordnete Gesellschaft von ihren Richtern erwartet. In diesem konkreten Fall trug ihr Urteil überdies zur Vertiefung schon vorhandener gesellschaftlicher Widersprüche bei. Aber Widersprüche, Zusammenstöße, Kontraste und eine ausgeprägte Konfliktorientierung können in einer sogenannten Industriegesellschaft nicht geduldet werden.⁴⁰

Dieser Sachverhalt weist also auf die Notwendigkeit eines Eingriffs mit planendem Charakter hin - nicht Planung des Marktes, sondern der gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion, zum Beispiel des Arbeitsmarktes. Daraus folgt nicht, daß die in eine endemische Krise geratene Produktionsweise das Verbot der Konfliktualität erforderlich machte (das wäre unmöglich, denn wir befinden uns in einem Rechtsstaat). Erforderlich ist ihre Regulierung (sind wir nun in einem Rechtsstaat oder nicht?). Die Permanenz und der selbstbestimmte Charakter des Konflikts sollen gezügelt, alle seine Möglichkeiten gekappt werden, zum offenen und bewußten Antagonismus

durchzubrechen. Vorhin erwähnte ich den Korporatismus. Sicher nicht aus wissenschaftlich abgehobenen Gründen kehrt derzeit das korporativistische Modell ins Rampenlicht zurück, angelegentlich verharmlost in dem Ausdruck „new corporatism“, also „Neokorporatismus“. Mit diesem Neologismus versucht man wohl die Nabelschnur zu den historischen Ursprüngen der Sache terminologisch zu durchtrennen.

Die korporativistische Versuchung enthüllt genau die schroffe Grenze, die die ökonomische Zwangslage des Spätkapitalismus der freien Artikulation von Konflikten setzt. In einer Krisensituation wie der heutigen kann sich der Kapitalismus im weltweiten Bereich seiner Geltung weder „Abweichungen“ leisten, noch, daß sie von Rechtsstaats wegen gefördert werden. Er ist allerdings inzwischen um eine Erfahrung reicher geworden, die uns allen zugute kommt. Um Bruchsituationen zu schlichten und zu neutralisieren, um gerade auch aus ihnen sozusagen systemisch Elemente einer normalen und normalisierten Entwicklung zu machen, braucht er den historischen Faschismus nicht. Es kann auch ein korporatives System „ohne Mussolini“ geben.⁴¹

Von einem negativen Blickpunkt her gesehen (im dialektischen Verstand, negativ also zum Kapital) erhebt sich dagegen eine andere Art von Widerspruch, die die allgemeine Perspektive ergänzt und teilweise auch ändern kann. Konfliktualität, erst recht in der radikalen Fassung, ist kein Dauerzustand. Schon aus diesem Grund gilt ihr die Vorsorge des Staats, ihr zuvorzukommen - die präventive, es versteht sich: streng institutionelle Konterrevolution. Der Konfliktualität vorgelagert und eher dauerhaften Charakters sind Protestformen, die sich nicht gegen Ausbeutung und Herrschaft im Kapitalismus richten, sondern aus Unbehagen und Überdruß an seinen Zwecken entstehen. Allerdings schaltet sich auch hier das spezifische Problem der Arbeitswelt ein. Der Überdruß bekundet sich bei den Arbeitern in Italien auch in den bekannten Formen von Absentismus und Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit; in Deutschland übersetzt sich diese spezifische Art von Verweigerung in den Untergang des Mythos vom ruhigen, rührigen und gehorsamen Arbeiter.⁴² Diese Art der Absage greift aber auch auf die Sphäre der Reproduktion über und wird von den sogenannten „neuen sozialen Subjekten“ vorangetrieben. Im Grunde tendieren alle abhängigen Klassen ohne beruflich-traditionelle Festlegung oder Diskriminierung dazu, die harte Schale der Waren-förmigkeit ihres täglichen kollektiven Lebens zu sprengen, wie bequem und verlockend Waren auch sein mögen. So kümmern sie sich nicht um moralische Vorhaltungen und Appelle, in denen von ihnen Opfer und Austerität eingefordert werden. Paradox klingt es schon, wenn hier die Verweigerung der Austerität mit der Absage an die Warenform verbunden wird. Aber unter dem Firnis einer Bedürfnisbefriedigung, die sich um ökonomische Krisen nicht kümmert, kommt deutlich ein kritischer Gedanke zum Vorschein. Nur intellektuelle Leichtfertigkeit, vielleicht auch Heuchelei will als Indifferenz und Wurstigkeit (menfreghismo) in der italienischen, als Egoismus in der deutschen Version hinstellen, was in Wirklichkeit den Protest gegen einseitig diktierte Opfer mit dem legitimen Streben vermählt, die Gebrauchswerte, die die eigene Arbeit geschaffen hat, auch zu genießen. (Es lohnt sich, Vergeßliche daran zu erinnern, daß die Politik der Austerität nie die oberen Ränge der Gesellschaft trifft; jene also verschont, die von Opfern reden, seit Jahrhunderten aber in der Befriedigung ihrer Wünsche und Bedürfnisse leben).

Die Tendenz zur Bedürfnisbefriedigung (ein Wort, dessen mögliche Eignung zur konservativen Verwendung und Interpretation ich hier unberücksichtigt lasse)⁴³ koppelt sich manchmal mit konkreteren Inhalten an das allgemeine Unbehagen. Sie kann dem Kapitalismus, wenn auch in Grenzen, gefährlich werden, sofern sie - wie ansatzweise in Deutschland - alternative Produktionsformen und -typen vorschlägt oder versucht. Daß dahinter auch eine bloß ideologische Dimension stecken kann, braucht nicht in Abrede gestellt zu werden. Sie läßt sich ohnehin leicht in die

schiere institutionelle Logik einer Ökonomie und eines Staats einbauen, die Randerscheinungen ohne umfassende soziale Wirksamkeit durchaus vertragen können. Wichtiger erscheint mir die Tatsache, daß der Beweggrund der „Bedürfnisse“ einen intensivierten Bewußtseinsprozeß auf Massenebene bewirken kann. Treffen dabei, und vernünftigerweise, die Kritik an der Zweckbestimmtheit des Kapitalismus und die Kritik am bürgerlichen Staat zusammen, so kann es am Ende zur Bildung und politischen Konkretisierung der gesellschaftlichen Negation kommen. Dazu kann allerdings mit Goethe nur gesagt werden: „Ich lasse euch hoffen“.

Die ökonomische Forderung des Kapitals nach autoritären Strukturen und die unmittelbar institutionell-politische Dimension des autoritären Rechtsstaats geraten in diesem Fall in die Defensive. Sie wollen den totalen Konsens gerade in einer geschichtlichen Phase, in der der Konsens schon zerfällt. Widersprüche des Kapitals und Widersprüche des Staats münden also in eine gemeinsame Krise, Ausdruck ihrer existenziellen Gemeinsamkeit. Da kann der Rechtsstaat sich den Luxus nicht leisten, Garant subjektiver Rechte zu sein. Wie gesagt: auf die mögliche Absage der Masse an die Staatlichkeit, auf ihre Verachtung gegenüber den Machthabern antwortet der Staat mit den institutionellen Mitteln der Massenentmachtung.

Abermals zum real existierenden Rechtsstaat

Wer die Grundrechte als bloße Embleme einer bürgerlichen Ideologie betrachtet, der sei daran erinnert, daß ihre Inhalte (wenngleich heute ausgehöhlt und zum Teil fiktiv geworden) doch Elemente der konkreten Utopie einer kommunistischen Zukunft bilden. Wer hingegen noch immer davon ausgeht, es sei Aufgabe des Staats (bürgerlich oder nicht), ihnen zu Diensten zu stehen, der versteht offensichtlich nicht, was der Staat ist und wozu er da ist. Die Frage nach dem sogenannten notwendigen Übel wollen wir hier ausklammern. Den Verteidigern des idealen Rechtsstaats aber ist über seine Wirklichkeit Mitteilung zu machen.

In einem Wirtschaftssystem, das von inneren und äußeren Krisen, von Verweigerung, verfehlten Produktionsplänen, von einer erbarmungslosen Konkurrenz auf Weltmarktebene gebeutelt wird - was sollen da subjektivrechtliche, gar moralische Forderungen an die Politik? Was soll der Staat, was soll die Wirtschaft mit Emanzipationsehnsüchten und übertriebenen Konsumwünschen anfangen, wenn das andrängende Japan (auch ein Rechtsstaat) den Markt seiner Kollegen durcheinander bringt? Und wie steht es mit dem sakrosanktem Recht auf Kritik, wenn es in das sancta sanctorum ökonomischer und politischer Prozesse störend eindringt? Staat und Recht stehen - poetisch gesprochen - in der geschichtlichen Pflicht, losgelassene anarchoide Erscheinungen einer „permissiven“ Gesellschaft⁴⁴ wieder zur garantierten Ordnung zu rufen (hier haben wir den Rechtsgarant), die frei (und hier kommt der freie Staat wieder) zu halten ist von Übergriffen und Unbotmäßigkeiten.⁴⁵ Eine Entscheidung gilt im wirklichen Staat einer wirklich bürgerlichen Gesellschaft nur dann als frei, wenn von Rechts wegen den Unzuständigen (das ist so gut wie die ganze gemeine Bevölkerung) der freie Zugang zu den entscheidenden Zentren verwehrt wird.

Um ein Beispiel aus der Bundesrepublik (dem Titel der Abhandlung gemäß) zu nennen: In den umfangreichen Restrukturierungsplänen der Industrie ist nicht nur vorgesehen, die Betriebsgröße neu zu dimensionieren und zu strukturieren, sondern in bestimmten Wachstumssektoren auch die Produktionsanlagen zu erweitern. Das macht auch eine Ausweitung der Infrastrukturen nötig. In diesem Zusammenhang wurde nun in der Region Frankfurt eine umfassende Kapazitätserhöhung des Flughafens vorgenommen, die die Zerstörung weiter Waldgebiete mit sich brachte. Abgesehen von

der Destabilisierung der Umwelt, wurde das Wochendausflugsziel für hunderttausende Arbeiter und Angestellte zerstört. Dagegen erhob sich ein massenhafter Protest: das Wohlbefinden der Leute harmonierte in keiner Weise mit den Plänen der Industrie. Der Staat, als Rechtsstaat (Landtag, Verwaltungsgericht, Verfassungsgericht) von den Protestierenden zur Entscheidung gerufen, reagierte der Königslinie seiner historischen Funktion entsprechend. Das Land Hessen stellte sich gegen die Bürgerinitiativen auf die Seite technisch-industrieller Expansionszwänge und handelte nach dem schlichten Prinzip der Identität von Profit und Wohlfahrt, von „Ford“ und der „amerikanischen Nation“. Hinzu stellte es fest, daß Bürgerinitiativen, die sich den von legitimierte staatlichen Organen gefällten Urteilen nicht beugen, letztlich mit ihren Störaktionen einen Angriff gegen die Demokratie und einen Versuch der Subversion unternehmen.⁴⁶

Die politischen Konsequenzen bringen uns zum Thema zurück. Ich fasse die Kernpunkte kurz zusammen. Aus einem ökonomischen Notstand kommt es zur Bildung eines neuen Typus politischer Macht, der sich jedoch weiterhin im normativ traditionellen Rahmen bewegt. Dieser schränkt weder die Hand-lungs- und Expansionsmöglichkeit der herrschenden ökonomischen Gruppen sonderlich ein noch beschneidet er ihre Umsetzung in politisches Handeln. Aber er schafft in institutionell korrekter Weise die ideologisch sonst in den Vordergrund gerückte Souveränität des Volkes im Grunde ab, in dem er sie ritualisiert und zur Fiktion degradiert.⁴⁷ Auf diese Weise bestimmt sich die Verfassungswirklichkeit. Haben wir es mit dem berühmten Leviathan zu tun? Wenn die Legalität des Verfahrens gewahrt und die Normativität des Handelns nicht angetastet wird, ist und bleibt diese Art von modernem Leviathan ein Rechtsstaat.⁴⁸

Daß ideologisch die Haupttendenz sich in Richtung des von mir so genannten Systems des totalen Konsenses bewegt, soll nicht zu Kurzschlüssen und zu voreiligen Rückgriffen auf histo rische Erinnerungen führen. Ein autoritärer Rechtsstaat ist kein „faschistischer Staat“. Abgesehen von der auch strategisch un heilvollen, nicht nur wissenschaftlich unhaltbaren Analogie: es liegt ohnehin ein nicht gerade belangloser Unterschied vor, der die Absurdität einer Angleichung zwischen aktueller Situation und historischem Faschismus zeigt. Nebenher lehrt er uns übr i gens auch die Komplexität der geschichtlichen Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften besser verstehen. In der verglei chenden Sicht muß schon Bekanntes noch einmal betont wer den, sonst gerät die Analyse aus den Fugen. Im Gegensatz zu den Verfassungsänderungen im heutigen bürgerlichem Staat zerbrach die Verfassungsreform des eigentlichen Gründers des faschistischen Regimes (Alfredo Rocco und sicher nicht Musso lini) die vormalige politische Form an entscheidender Stelle. Sie ersetzte das Primat des Verfahrens durch das Primat des Wol- lens. Nun: gewollt wird in allen Staaten nach wie vor viel. Und dezisionistisches Begehren meldet sich in der Politik immer wie der zu Wort, ändert aber an der Sachlage wenig. Wissenschaft lich erweist sich weder Pareto noch Schmitt als Trumpfkarte, sondern Max Weber. Allerdings eben: Max Weber.⁴⁹

Ich selbst stelle an diesem Punkt die Grenze meines kritischen Geschäfts fest. Ich laufe Gefahr, keine Kritik der Politik und des bürgerlichen Staats überhaupt zu liefern, sondern in bestimmten Entwicklungen verwickelt zu bleiben, die in einer relativ begrenzba ren Situation stattfinden. Es stellt sich das Problem, ob es zulässig ist, Aspekte zu verallgemeinern, die wirklich vorliegen, denen wir aber nur im Besonderen, in diesem Fall in der deutschen Erfahrung begegnen. Es handelt sich nicht um eine wesentliche Fragestellung, um eine Entdeckung, tiefsinniger philosophischer Reflektionen würdig. In jeder Art von Verallgemeinerung stecken Widersprüche. Bei der Klärung dieser vertrackten Sache halte ich es mit der Widersprüchlichkeit eines italienischen Sprichworts: daß jedes einzelne Dorf eine eigene Geschichte, eine eigene Erfahrung und eigene Sitten kennt; daß zugleich jede politische Erfahrung allgemein gilt, da die ganze Welt ein einziges Dorf ist. „Paese che vai, usanza che

trovi; ma tutto il mondo paese". In italischen Gefilden jedoch betrachtet man nördlich-transalpine Sitten und Gebräuche als völlig landfremd. Damit wären - auf unseren Fall bezogen - die Gefahren der politischen Germanisierung Italiens ausgeschlossen. Diese Haltung hat Methode. So wird auf listige Weise zum Beispiel gelegentlich vergessen, das der Faschismus in Deutschland zwar ins Extrem getrieben, in Italien aber erfunden wurde.⁵⁰

Ferrajolis Ansatz, der - im Kontrast zum Zuwachs des „Gesetzesstaats“ in Deutschland - von einer „Rückbildung der Legalität“ in Italien spricht, halte ich daher für verfehlt. In einem Punkt behält Ferrajoli recht: die Rückbildung findet tatsächlich statt und geht bekanntlich mit einer beispiellosen Zerrüttung der öffentlichen Moral und der politischen Verantwortung einher. Aber eben aus diesem Grund, und weil ein solcher Niedergang sich langfristig akkumulationswidrig auswirkt, verstärkt sich in Italien die Tendenz, nach neuen Lösungen angeblich „deutscher Art“ zu suchen und die politische Form autoritär zu verschärfen. Das hieße aber, Satan mit Beelzebub austreiben zu wollen. Es wird sich zeigen, ob der Antagonismus und die in der italienischen Gesellschaft nach wie vor vorhandenen Konflikte es fertigbringen, diese Tendenz zu blockieren und sowohl Satan wie Beelzebub zu vertreiben. Im Zusammenhang mit den nötigen Änderungen ist in Italien sehr viel von der „moralischen Frage“ die Rede. Modernisierungspläne werden auch in diesem Sinne als notwendig bezeichnet. Ich bestreite aber solchen Plänen jeden idealistisch-moralischen Grund; sehe sie vielmehr durchaus eingebaut in die Logik kapitalistischer Reproduktion unserer Epoche. Diese Logik kann nicht alternativ ausgenutzt, sondern nur aufgebrochen werden.

Zum Schluß dieses kurzen Rundblicks zeigt sich - gleichgültig, in welchem Land man lebt - erneut: immer de nobis fabula nar-ratur. Der Sonderfall Italiens liegt auf einer anderen Ebene. Der Versuch, gegen die Autonomie der Gesellschaft und die Souveränität des Volks das Recht des Staats und seine Souveränität zu behaupten; materialiter gesprochen: der Versuch, die totalisierende Gültigkeit der Akkumulation gegen die widerspenstige Emanzipation (die andere Logik) durchzusetzen, kann auch in der ideologischen Anmaßung einer Oppositionspartei Gestalt gewinnen, die nicht nur transformistisch zu den Schalthebeln der Macht vordringt, sondern die eigene emanzipatorische Zielsetzung abstreift und sich selber „zum Staat macht“.

Aus dem Italienischen von Ulrike Hoffmann Anmerkungen

Anmerkungen

1 Objektiver Zwangscharakter, wenn auch scheinbar abgemildert durch individuelle oder kollektive Formen von Einverständnis - die sogenannte Akzeptanz.

2 Auch für Oskar Schneider (CSU) besteht das Wesen des Rechtsstaats im staatlichen Gewaltmonopol (vgl. Was bleibt vom staatsbürgerlichen Grundkonsens? in: Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll 70, 1981, S. 45 ff.). „Gewalt“ ist bekanntlich zweideutig, bedeutet sowohl Macht (Ausübung der Staatsgewalt) wie Gewalttätigkeit (staatliche Gewaltanwendung). Das Gewaltmonopol bezieht sich auf das Recht auf Gewaltanwendung.

3 Ich sehe nicht, worauf sich die in Italien gängige Annahme stützen ließe, daß „bestimmte Dinge bei uns nicht vorkommen“. So gesehen, hätte es in Italien keinen Faschismus geben dürfen. Mutatis mutandis gab es gerade in Sachen Faschismus in Deutschland Ähnliches. Ein bekannter deutscher Soziologe der Weimarer Zeit, Franz Borkenau, bewies mit wissenschaftlicher Strenge, daß der Faschismus in Deutschland nie an die Macht kommen würde (Zur Soziologie des Faschismus, in:

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 68/5, Februar 1933. Der Aufsatz wurde also einen Monat nach Hitlers Aufstieg zur Macht veröffentlicht).

4 In der Tat eine emblematische Sorge. Das, auch in parlamentarischen Debatten zu diesem Thema meist gebrauchte Argument, meint nicht die mögliche Demontage der Verfassungsgarantien, sondern die Gefahr, dem inneren Feind Mittel für seine Kritik zu liefern.

5 Am 7. April 1979 startete der Paduaner Staatsanwalt Calogero eine umfassende Aktion gegen Autonomia Operaia und gegen die gesamte radikale Linke.

6 Nebenbei bemerkt: das Wiederauftauchen alter Denkmuster ist europaweit verbreitet, durchaus bedeutsam, wenn auch alles andere als eindeutig. Aristoteles (und damit Thomas von Aquin) wird in unbekümmerter Weise mit Heidegger und mit Carl Schmitt (als katholischem Denker) gekoppelt. Auch Nietzsche kommt wieder zum Vorschein. Hauptgegner ist allemal der Marxismus.

7 Die Unterscheidung gibt es auch im Italienischen, freilich in der Umkehrung: „paese legale“ und „paese reale“.

8 Es war kurz vor der Tagung in Camerino.

9 Ausnahmen gab es natürlich auch, beispielsweise bei der „radikal-demokratischen Frankfurter Rundschau.

10 „Und doch gibt es in Preußen noch Richter“, wie man zu Zeiten des zweiten Friedrich (genannt „der Große“) zu sagen pflegte. Ein anderes Verwaltungsgericht urteilte, es sei keine strafbare Handlung, Filbinger einen furchtbaren Juristen zu nennen, da dies mit der Wirklichkeit übereinstimme.

11 Es gibt auch eine andere Version für Dreggers Taktik. Er habe geglaubt, daß die Ablehnung seines Vorschlags durch die SPD sicher sei; habe also darauf gesetzt, die SPD der heimlichen Duldung gegenüber dem linken Terrorismus zu bezichtigen.

12 Für die Rechten in der deutschen Politologie von Hennis zu Sontheimer (beide Anti-Achtundsechziger) ist die berühmte „Legitimitätskrise“, die Offe und Habermas (beide zumindest Ex-Achtundsechziger) diagnostizierten, in der Bundesrepublik überhaupt nicht vorhanden - nichts anderes als eine Erfindung der intellektuellen Linken.

13 Ein Vorwurf, der nach abgründiger Feindschaft klingt, nach einer Marxschen Kritik der Politik, nach Destruktivität. Ich zitiere jedoch nur Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen 1929, S. 25 und 30: die repräsentativ-demokratische „Fiktion“. Im übrigen verweise ich bei dieser Gelegenheit, der wissenschaftlichen Eitelkeit entsprechend, gerne auf meine Transformation der Demokratie.

14 Die Form Staat existiert nicht außerhalb der Geschichte. Insofern ist sie immer bürgerlicher Staat. Als allgemeine Form gibt es keinen anderen Staat, auch wenn er sich manchmal der „des Volkes“ oder sogar „proletarisch“ nennt.

15 Durch sie wurde Antonio Negri in einem seiner Faschismusaufsätze irregeführt, mindestens hinsichtlich einiger Elemente von mehr als bloß zweitrangiger Bedeutung. Das ändert jedoch nichts daran, daß Negri Dinge zu sagen hat, nach denen man in den bekannten Fabrikationsstätten des Zeitgeistes vergeblich suchen würde.

16 Sogar Carlo Amirante erfaßt in seiner grundlegenden Studie *Diritti fondamentali e sistema costituzionale nella RFT* (Lerici 1980), die Bedeutung und Reichweite dieses Artikels nicht.

17 Letzteres schien für die BRD problematisch zu werden. Nicht zufällig wurde das Verbot der Grünen Partei gefordert.

18 Ich verweise im Sinn der Anmerkung 13 auf meine Überlegungen zum bürgerlichen Staat (1975) und darin insbesondere auf den Aufsatz *Der Staat des Kapitals* (in diesem Band).

19 Hier sind wir erneut bei Marx angelangt, für den jeder Artikel bürgerlicher Verfassungen in zwei Teile zerfällt: der zweite Teil nimmt zurück, was der erste gewährt hat. In diesem Sinne: „Eine Zensur findet nicht statt“, aber die Verbreitung schädlicher Schriften wird eingeschränkt oder verboten.

20 Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat dies eindeutig sanktioniert.

21 Hobbes und Locke unterscheiden sich in diesem Punkt nicht. Ähnliche Überlegungen können auch für den antifaschistischen Widerstand gelten.

Die Sache zeitigte einige Ratlosigkeit. Dem fraglichen Absatz wurde die „ewige“ Bestandsgarantie durch das Bundesverfassungsgericht zumindest informell nicht gewährt.

Eine Ausnahme davon bildete der Radikalerlaß, tatsächlich eine klassische „Maßnahme“ ohne verfassungsmäßige Grundlage. Die „Entscheidung“ (im Schmittschen Sinn des Wortes) für die Berufsverbote erfolgte auf einen Vorschlag Willy Brandts durch die Regierung der Länder. Die verfassungsrechtliche Grundlage wurde im Nachhinein geliefert.

Ich werde nicht darin nachlassen, vom objektiven Zwangscharakter der kapitalistischen Gesellschaft zu sprechen - ob privat- oder staatskapitalistisch hat dabei nur zweitrangige Bedeutung. Ohne ein genaues Bewußtsein dieses Faktums wird jede Strategie der Befreiung in jene gesellschaftlichen Verhältnisse zurückfallen, die sie überwinden will. Das trifft sowohl auf der materiellen Ebene der zwangsmäßigen Tauschwertproduktion zu wie auf der institutionellen der hier behandelten Staatsordnung.

Luhmann ist in Italien eine eigentümliche Fortuna widerfahren. Selbst „Il Manifesto“, umsichtiger Wächter über Tugenden und Laster der italienischen Linken, fällt auf ihn herein. Luhmann selbst trifft wahrhaftig keinerlei Schuld daran, daß seine Systemtheorie als Beitrag zu einer gesamtgesellschaftlichen Alternative angesehen wird.

Ich denke hier an die vom Standpunkt der Sozialkontrolle aus gesehen ziemlich wirksame Einrichtung des Berliner Kontaktbereichsbeamten. Gian Vincenzo Gravina (1664 - 1718), Vicos Lehrer, in: *Oratio de jurisprudentia*. Wir stehen an den Anfängen des bürgerliche Aufstiegs zur Macht. In dem Aufsatz *La statizzazione del sociale in: Fenomenologica e società*, V, Giugno 1982, habe ich versucht, dieses Problem zu vertiefen und einzelne Aspekte detaillierter zu untersuchen.

Besonders radikal sich gebende, kompromißlose ML-Parteien zur Wahlbeteiligung zu zwingen, um nicht verwaltungsgerichtlich oder gar verwaltungsamtlich verboten zu werden, ist ein Meisterstück politischer Ironie. Für die italienische Literatur zu diesem Thema s. C. Amirante, a.a.O., S. 244 ff. Noch wichtiger ist das imperative Mandat, das unvereinbar mit dem freien Mandat ist, verfassungsrechtlich einem Herzstück der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

Bestimmte Erscheinungen bei den grünen Listen lassen an einen Transformismus denken, der der Parlamentsbeteiligung zu verdanken ist. Es wird von einem „grünen Reformismus“ gesprochen, der die Grünen gewissermaßen koalitionsfähig macht.

Ich setze „Kapitalbewegung“ in Anführungszeichen, um auf die Einseitigkeit des Ausdrucks hinzuweisen. Sie berücksichtigt staatliche Interventionen in die Gesellschaft nicht. „Kapitalbewegung“ ist so eine Art Kennwort für die Orthodoxie von links geworden, so wie die „wissenschaftlich-technische Revolution“ das Kennwort der traditionellen Orthodoxie ist. Umberto Cerroni, *La democrazia come problema della società di massa*, in: *Critica marxista* 4, 1982. Besonders verblüffend das Kapitel „Stato di diritto e capitalismo maturo“, S. 67 ff. Cerronis „stato guardiano“ entspricht genau dem Nachtwächterstaat.

34 Cerroni scheint zu übersehen, daß es in der Geschichte nur einen wirklichen und nachprüfbaren Fall des Übergangs vom Staat des Kapitals zum Unternehmerstaat gab, jedenfalls

wenn dieser Begriff ernst genommen werden und den Staat als Herrn über Produktion, Distribution und Planung bezeichnen soll - nämlich als Ergebnis der Oktoberrevolution, mit all den daraus resultierenden Folgen gerade hinsichtlich des Staats und der Verstaatung.

35 Beratungen zwischen Regierung und Gewerkschaften zwecks Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik, in Italien dauernd auf der Tagesordnung, sind in anderen kapitalistischen Ländern unüblich.

36 IRI: Istituto per la Ricostruzione Industriale. 1933 als staatliche Holding-Gesellschaft gebildet; ab 1948 Dachgesellschaft für Staatsbetriebe und für Betriebe mit staatlicher Beteiligung.

37 Die Legende von den selbstheilenden Kräften des Marktes und vom freien Tausch als Allheilmittel wird häufig propagiert, paradoxerweise jedesmal, wenn aus dem freien Markt selbst die Krise entsteht.

38 Interview in La Repubblica, vom 14. September 1982, S. 11.

39 Aus jeder Form von Staatsintervention wird ein Hinweis auf den real existierenden Sozialismus gemacht.

40 Ein sozusagen heilsames Verständnis für Industriegesellschaften findet die Systemtheorie mit ihrer Funktionalisierung der sozialen Konflikte.

41 Ich verweise noch einmal auf meine Überlegungen zum bürgerlichen Staat. Inzwischen wäre eine Erweiterung auf die neuen sozialen Probleme notwendig, obwohl die allgemeine Sicht der rechtlich-politischen Disziplinierung der gesellschaftlichen Negation gültig bleibt. Das korporative System „ohne Musso lini“: so Dott. Zirano, Pressesprecher der Confindustria, in einem Interview mit dem Verfasser (17.07.1967 in Rom). Zirano: „Im Faschismus hat es zuviel Direktiven von oben gegeben. Wir werden aber auf jene Organisationsschemata zurückgreifen müssen“.

42 Ernst Jüngers Werk Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt (1932) kanonisiert diesen Mythos. Der Arbeiter wird als Subjekt einer nachbürgerlichen Welt dargestellt, das technologisch zum soldatischen Objekt wird.

43 In die grüne Bewegung hat vor längerer Zeit eine Form des Konservatismus Eingang gefunden, der teilweise von entschieden restaurativen, romantischen Zügen geprägt ist.

44 Der moralische Angriff gegen gesellschaftliche Permissivität, die die weit schlimmere Permissivität von Staat und Sicherheitsorganen ungeschoren läßt, ist von seltsamer Widersprüchlichkeit. Denn die permissive Gesellschaft ist nichts anderes als die Übertragung der Prinzipien der freien Wirtschaft auf die Ebene des Alltagsverhaltens.

45 Daher soll die Lektion aufs Neue verinnerlicht werden, daß „der Vorteil Fords der Vorteil der gesamten amerikanischen Nation ist“ (siehe weiter unten).

46 So der sozialdemokratische Ministerpräsident Börner in einer Erklärung vor dem Hessischen Landtag. Wer sich weiter für dieses Thema interessiert, dem seien die faszinierenden Berichte in der Frankfurter Rundschau und - um zwei unterschiedliche Glocken läuten zu hören - in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zur Lektüre empfohlen.

Es ist ein beachtenswertes Phänomen, daß die Parteien die Versprechungen der Wahlkampagnen nicht ernst nehmen. Was in Wahlversammlungen gesagt wird, bindet die Politiker nicht. Seltsam, wenn wir bedenken, daß die Wahlen das zentrale Stück der Volksherrschaft sein sollten, selbst in einem repräsentativen System.

Der moderne Staat als „neuer Leviathan“ - das ist keine Übertreibung meinerseits. „Leviathan“ lautet der Name einer der angesehensten politiktheoretischen Zeitschriften Deutschlands. Sie zeichnet sich durch eine scharfe Kritik der staatlichen Wirklichkeit aus. Eine Zeitschrift gleichen Namens und gleichen Anspruchs erscheint auch in Athen.

Es soll hier ein wesentlicher Unterschied zwischen der italienischen und der deutschen Version des Faschismus angemerkt werden. Erstere setzt mit größerer Eindeutigkeit die institutionelle Strategie an die Stelle des terroristischen Systems als die letztere. Und hierin liegt der Grund dafür, daß der italienische Faschismus für eine Analyse der neueren Entwicklung von bürgerlichem Staat und bürgerlicher Gesellschaft unvergleichlich relevanter ist als der Nazismus. Korporatives System „ohne Mussolini“ weist in diese Richtung.

Ich erinnere nebenher an ein höchst banales, aber kennzeichnendes Beispiel der italienischen Vergeßlichkeit. Anläßlich der Fußballweltmeisterschaft in Spanien veröffentlichte // Manifesto eine kräftig-deftige Kritik an den Erfolgen der deutschen Mannschaft. Der „Marxist Breitner“ (der bekannte Fußballspieler) solle nicht vergessen, daß ein deutscher Endsieg möglicherweise ungute Erinnerungen an die deutsche Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg wecken könnte. // Manifesto war es gänzlich entfallen, daß ein italienischer Sieg den Einsatz italienisch-faschistischer Milizen ins Gedächtnis hätte zurückrufen können. Am Ende gewann Italien die Weltmeisterschaft. Vielleicht annullierte dieser Sieg die Misere der italienischen Intervention auf Seiten Francos.

Die Logik des Staates und das Recht auf Rebellion

(Zunächst eine Vorbemerkung. Dieses Referat hielt ich am 8. Oktober 1983 in Rom bei einer Tagung über „Das politische Verbrechen“. In einer vorangegangenen Diskussion wurde der Gegenstand meines Themas näher bestimmt. Es geht bei meinen Überlegungen zur Rebellion nicht um die „Trilussische Revolution“ (nach dem Trasteverinischen Dichter Trilussa, alias Carlo Alberto Salustri: „Revolution ist, wenn ich sage: ‚Räume den Sessel, ich will selber drauf‘). Ich meine damit also nicht den Kampf gegen die Machttträger zwecks Eroberung der nämlichen Macht. Gemeint ist allein die Rebellion als Absage an die Macht, als Aufstand gegen ihre Willkür und ihren Mißbrauch - bis hin zum Aufstand gegen die Existenz von Herrschaftsverhältnissen. In diesem Kontext rückte bald ein Problem in den Vordergrund, das auch nach dem Referat wieder aufgegriffen wurde: die Gewaltanwendung in der Politik. In einem Punkt waren wir uns alle einig, obzwar der Eindruck einer ritualisierten Übereinstimmung sich durchaus einstellte: in der Politik dürfe erstens keine Gewalt angewendet werden; zweitens brächte die Gewalttätigkeit die Gefahr ihrer Perpetuierung mit sich, ganz gleich was das Ziel des Handelns sei. Keine Einigung ließ sich hingegen in der ebenso wichtigen Frage erzielen, ob dabei nicht nach dem Ziel, dem Täter, dem Opfer differenziert werden sollte. Wenn Gewaltanwendung an sich verwerflich ist, soll denn kein Unterschied bestehen zwischen - um hierfür ein deutsches Beispiel anzuführen - Attentat und Attentäter gegen Hitler und der Ermordung Thälmanns? Ist beides über den gleichen Kamm zu scheren? Oder gilt am Ende doch der sonst inkriminierte Satz, daß es nicht das Gleiche ist, wenn zwei aus entgegengesetzten Motiven das Gleiche tun. Ich lasse die Frage gar nicht offen; ich mache mir den Standpunkt der wesentlichen Unterscheidung zu eigen. Die Gewalttätigkeit eines Aufstands der Freiheit gegen die Unterdrückung und die Gewalttätigkeit der Unterdrückung gegen die aufgestandene Freiheit sind nicht die zwei Seiten der gleichen Medaille. Sie sind Lichtjahre voneinander getrennt.)

Ich behandle das angekündigte Thema, dem ich einen beinahe poetischen Namen gegeben habe, nach einer unüblichen Methode. Sie ermangelt nicht nur jeder politologischen Kategorisierung; sie überschreitet auch alle juristischen Ideen und Begriffe, die in dieser Tagung über politische Kriminalität vorherrschen. Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen und versuche, das Problem auf eine andere, historisch-politische Dimension zurückzuführen. Es handelt sich dabei um eine Dimension, die keineswegs von einer bestimmten Form des Widerstands oder gar von dem politischen Terrorismus der letzten Jahre geprägt wird.

Diese Dimension eröffnet uns den Zugang zu einer Problematik, die schon seit Beginn der theoretischen wie der praktischen Auseinandersetzung zwischen Staat und Rebellion besteht. Sie erfaßt auch die entscheidende Frage der Legitimität im wechselseitigen Verhältnis der beiden Pole. Üblicherweise werden die Parameter der Auseinandersetzung und ihrer Ausdrucksformen immer von der immanenten Logik der staatlichen Macht bestimmt. Das sehen wir in der gegenwärtigen deutschen Diskussion über das „Recht auf Widerstand“ gegen die nuklear strategischen Entscheidungen einer Regierung, die dazu verfassungsmäßig legitimiert ist. Eine solche Situation charakterisiert auch den historischen Beginn des Problems - bei den Monarchomachen.¹

Das Recht, sich gegen die Macht aufzulehnen, entwickelt sich als Philosophie wie als politisches Projekt gleichzeitig mit der Bildung (und der theoretischen Begründung) eines souveränen Staats, der sich als die einzig vernünftige Form gesellschaftlicher Organisation versteht. Die „Sechs Bücher über

die Republik“ von Jean Bodin erschienen 1576. Keine zwei Jahre später verkündete Buchanan in seinem „De jure regni apud scotos“ das Recht, gegen jede Unterdrückung auch durch legitime Herrscher zu rebellieren. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts unterstrich der Jesuit de Mariana in seinem Buch „De rege et regis institutione“ (1599) - eine Schrift, die der amerikanische Historiker George H. Sabine als „infam“ bezeichnet² - ohne jeden Vorbehalt die Legitimität des Königsmordes und die historische Würde einer Tat, die schon immer als politisches Verbrechen galt und gilt.

Diese Reminiszenzen werden sicherlich den gewöhnlichen Seelenfrieden eines Menschen kaum verunsichern, der mani-chäisch selbstzufrieden genau zwischen Gut und Böse zu unterscheiden weiß. Sie machen aber Jedem eine andere Sicht der Dinge klar, der an der sakrosanten Eigenschaft einer einmal konstituierten Macht ebenso zweifelt, wie an der immer betonten kriminellen Eigenschaft aller „vindiciae contra regentes“ (die „vindiciae contra tyrannos“ erschienen schon 1579). Mag auch die Macht im Rebellen einen politischen Verbrecher sehen, der Zusammenprall zwischen Rebellion und Macht findet auf einer beiden gemeinsamen Ebene statt. Die Parität ist gewiß nicht juristischer Natur, bleibt doch die staatliche Autorität „Herr des Rechts“ (nach Carl Schmitt, der aus einem korrekten Begriff falsche theoretische und politische Schlußfolgerungen zog). Ebenso wenig spielt hier eine moralische Gleichheit herein. Diese enthielte eine bequeme Rechtfertigung des Verbrechens überhaupt und brächte zudem in die Diskussion die Erörterung persönlicher Gefühle und Affekte ein. Es handelt sich vielmehr um eine historische Parität, in der Staat und Rebellion, Gesetz und Gesetzesbruch von gleicher Dignität sind. Der Begriff „politischer Verbrecher“ hingegen unterstellt, daß nur der Staat mit seinem Recht immer und überall das einzig würdige historische Subjekt sei, während der politische Verbrecher selbst zu einem bloßen Objekt degradiert wird - Objekt der Verhaftung, der Anklage, der Verurteilung; ein „Krimineller“, der nur Verachtung verdient. Niedriger Beweggründe bezichtigt, nützt es ihm vor Gericht wenig, seine Staatsfeindschaft, seinen Kampf gegen die Macht als Daseinsweisen seiner Subjektivität zu behaupten. Daß die Wirklichkeit ganz anderen Regeln folgt, kann aus dem Verlauf des Prozesses gegen den „7. April“ gelernt werden.³ Und vielleicht besteht der geheime Beweggrund dieser unserer Veranstaltung genau in dem verzweiferten Versuch, eine solche durch und durch faule Wirklichkeit, diese „faule Existenz“, wie Hegel gesagt hätte, zu verändern.

Wenn wir - ein gewagtes Unterfangen - den Staat und das politische Verbrechen auf eine gleiche Ebene stellen, dann fällt die so bequeme Mauer, die das traditionelle, verordnete Denken errichtet hat zwischen der vorgeblich rationalen, allgemein anerkannten Logik des Staats auf der einen Seite und der ebenso vorgeblichen Irrationalität und Antilogik des Ungehorsams auf der anderen Seite. Man findet sich also mit zwei sich geschichtlich gegenüberstehenden Positionen konfrontiert. Dies wiederum heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß es keineswegs nur eine einzige Logik: die Logik des Staats gibt und ihr gegenüber die bare, allen gesellschaftlichen und geschichtlichen Sinns beraubte Delinquenz. Und in der Folge entfällt der bequem-behagliche Grund, den „Kampf gegen den Terrorismus“ als Allheilmittel aller politischen Schwierigkeiten hochzuloben; erstaunlicherweise seitens einer Regierung propagiert, die ansonsten weder moralische noch rechtliche Skrupel bei der Installierung von Mordwaffen kennt, die die Bevölkerung nun tatsächlich terrorisieren.

Derart treten der ganze Widerspruch und die dialektische Bewegung zwischen Regel und Bruch, zwischen Gesetz und Gesetzeswidrigkeit, zwischen Staat und Aufstand als gleichgestellten Größen nackt hervor. Zugleich werden beide entzaubert: der Staat verliert seinen Strahlenkranz des Sakrosanten; die Aufständischen verlieren ihre unbewußt bewunderte Dämonie. Ich füge hinzu, daß die Anerkennung sowohl der juristischen Subjektivität wie der historischen Würde des „Staatsfeinds“ so aberwitzig und verblüffend doch nicht ist, wie es beim ersten Blick zu sein scheint. Und in der Tat

vermochte selbst die deutsche Bourgeoisie, wenn auch innerhalb ihrer Klassengrenzen, 1848 politische Täter (ihre Gegner) als Kriegsgefangene anzuerkennen.

Daß die Geschichte die „Geschichte der Sieger“ ist, daß die Geschichtsschreibung vom bornierten Aspekt des Machterhalts der Herrschenden bedingt wird, hatte ich schon angedeutet. Aber das „vae victis“ hat sein eigenes Schicksal und verursacht mitunter Verwirrung. Denn der Aufstand gegen die legitime oder gegen die konstituierte Macht wird nur dann als Verbrechen und als Rebellion angeprangert, wenn er nicht siegreich gewesen ist. Darüber müßten wir alles neu denken. Der letzte Zar war das monarchische Subjekt, das die Anarchisten und die Revolutionäre solange bis zur Belanglosigkeit schlug und zu Objekten der Liquidierung machte, bis die Revolution den Zaren traf. Als Lenin sich zum Staat machte, war der Zar plötzlich der Verbrecher und wurde zum Objekt. In jeder Revolution ereignet sich ein Umschlag zwischen Siegern und Besiegten. Auch Jean Paul Marat begriff es, als er vor dem Chatelet-Ge-richt die „Verbrecher“ verteidigte, die die Bastille erstürmt hatten. „Der Tag wird kommen“ - so schrieb er in seinem „Ami du Peuple“ am 22. Mai 1790 - „an dem der 14. Juli zum Nationalfeiertag erklärt werden wird“. Und das ist der 14. Juli denn auch geworden und bis heute geblieben.

Hier bricht die Rationalität des Gedankens deutlich durch: sine ira et studio können wir feststellen, daß das reine Machtverhältnis und das abstrakte Rechtsverhältnis (das heißt: der Staat als Subjekt und zugleich Vollstrecker des Rechts; der Rebell als Objekt der Verfolgung und Bestrafung) verschwinden; und an ihre Stelle tritt das Verhältnis zweier historischer Kräfte. Halten wir diese Schlußfolgerung durch, so bringt sie uns sehr weit. Entweder erkennen wir zwei Subjekte mit bestimmten Eigenschaften und Funktionen an, von denen keines unter den Begriff des Verbrechens zu subsumieren ist (denn die Logik des Staats hat ebenso ihr repressives Recht, wie das Recht auf Rebellion seine eigene legitime Logik besitzt); oder wir sehen uns genötigt, die kriminelle Qualität gleichermaßen unter den beiden zu verteilen. Die Staatsmacht wäre das Verbrechen der Herrschaft des Menschen über den Menschen; die Rebellion das Verbrechen des Aufstands gegen die legale Herrschaft. Es handelte sich also nur um zwei unterschiedliche kriminelle Vereinigungen.

Die Behauptung sieht nach einer Provokation aus, besonders in einem Land, das hektisch sich bemüht, aus dem Notstand der bleiernen Zeit herauszukommen. Kann man, darf man denn überhaupt mit dem gleichen Maßstab sowohl den Angriff auf den Staat wie auch die Verteidigung des Rechts, der Unversehrtheit der Bürger, des sozialen Friedens beurteilen? Gleichwohl geht es nicht um eine Provokation, sondern um die Folge einer schlichten historischen Überlegung. Ossip K. Flechtheim stellte beim Nachdenken über die mehrtausendjährige Entwicklung der Gesellschaft fest, daß dem „Staat“, das heißt der politischen Macht die grauenhaftesten Verbrechen und Straftaten der Geschichte anzulasten sind. Um ein bekanntes Wort von Bert Brecht zu variieren: „Was sind schon die Verbrechen der Subversion gegen die Verbrechen, die im Namen und zugunsten des Staats begangen werden“.

Ein zweiter Aspekt betrifft die besondere kriminelle Qualität des politischen Verbrechens. Auch hier argumentiere ich in einer Richtung, die vermutlich befremdlich erscheint und uns außerhalb der formal juristischen Korrektheit führt. Das politische Verbrechen wird bekanntlich als bössartiger bewertet als die gewöhnliche Kriminalität und daher schwerer geahndet. Dies nicht nur, weil der Staat als ein höheres Rechtsgut gilt und einen besonderen Schutz verdient; auch und nicht zuletzt deswegen, weil die gewöhnliche Kriminalität durchaus in die Logik der bürgerlichen Gesellschaft fällt. Diebstahl und Raub bestätigen das Prinzip des Eigentumsrechts; und ebenso ist der Mord aus privaten Motiven, im Unterschied zum politischen Mord, Bestätigung und nicht Ablehnung des

Prinzips der körperlichen Unversehrtheit. Der gewöhnliche Dieb oder Räuber und der gewöhnliche Mörder sind sich des verbrecherischen Charakters ihrer Tat sehr wohl bewußt.

Es könnte also eine vordergründig vernünftige Forderung sein, die politische Straftat auf das Niveau der gewöhnlichen Kriminalität zurückzustufen. Diese von Einigen vorgeschlagene Strategie gewönne auch eine Art moralischer Gültigkeit als Versuch, die Pönalisierung der politischen Straftäter auf das niedrigere, „normale“ Maß einer leichteren Strafe zu bringen. Es könnte also der Fall nicht mehr sein, daß ein Terrorist zu einer jahrelangen Haftstrafe verurteilt wird wegen einer Tat, die dem gewöhnlichen Kriminellen eine weit geringere Bestrafung einbrächte.

Ich halte es hingegen für vernünftiger und auch würdevoller und geschichtlich angemessener, genau das Gegenteil zu fordern: erstens zu bestreiten, daß das politische Verbrechen überhaupt zur Kriminalität im landläufigen Sinne gehört; und überdies dafür einzutreten, daß ihm die Qualität der politischen Handlung jenseits aller Kriminalität zuerkannt wird. Nur wenn man von dieser Grenzsituation ausgeht und also auch die schwersten politischen Taten entkriminalisiert (was keineswegs Straferlaß, Begnadigung oder Annulierung bedeutet), kann die schleichende Kriminalisierung selbst des politischen Protestes verhindert werden. Ich meine eine politische Operation, die in Italien und anderswo schon längst im Gange ist, Gesetze und Maßnahmen gegen den Terrorismus nach und nach zu Repressionsmitteln gegen jede Fundamentalopposition zu machen - zum Schutz der bestehenden Ordnung, oder bestimmter politischer Machtprojekte; oder schließlich der Strukturen und der Zweckbestimmtheit bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften.

Die bleierne Zeit ist anscheinend, sozusagen von Amts wegen abgeschlossen. Aber die staatlichen Ausnahme-Maßregeln finden ihre Fortsetzung in der Anwendung von „Ausnahme“ metho-den gegen all diejenigen, die sich dem allgemeinen Konsens verweigern. Ein Versuch oder eine Versuchung, die man nicht nur in der Politik antrifft: jede Regelverletzung, politisch motivierte Verstöße und Übertretungen gelten nicht mehr als Ordnungswidrigkeiten oder als einfache Delikte. Sie werden öffentlich verfolgt als Bestandteil eines geheimen terroristischen Projekts - als Tat eine „Sympathisanten“.

Damit komme ich zum dritten Punkt, zur strittigen Frage des Unterschieds zwischen Legalität und Legitimität. Ich halte mich bei der vielbeschworenen Notwendigkeit, angesichts objektiver gesellschaftlicher Erfordernisse die Grenzen des subjektiven Rechts zu bestimmen, hier nicht weiter auf.⁴ Indessen: in einer Periode der sozioökonomischen Krise, wenn der Staat soziale Infrastrukturen abbaut und Grundrechte einschränkt, muß man die vor einigen Jahren abgebrochene Analyse der Legitimität der Staatsmacht wieder aufnehmen. Man könnte sich diese Aufgabe erleichtern, indem - wie hierzulande (Italien) üblich - man die Frage der Legitimität mit den Werten der Resistenza verlötet; vorausgesetzt allerdings, ihre geschichtliche Bedeutung wird genauer bestimmt. Sie kann nicht länger sich auf den Widerstand gegen den äußeren Feind und seine Kollaborateure im Lande beschränken. Die Resistenza verstand sich als demonstrative Ausübung des weit umfassenderen Rechts des Volkes, sich gegen jedes Regime und jedes System repressiver, verhaßter Herrschaft zur Wehr zu setzen. Unser Problem bleibt dabei immer noch ungelöst. Die Frage gilt dem konkreten Unterschied zwischen dem Widerstand gegen ein faschistisches Regime einerseits und andererseits dem Protest und der Rebellion gegen eine Ordnung, die im Wortsinne sich auf das allgemeine Wahlrecht gründet; sich also wenigstens formal auf einen Konsens der Mehrheit stützt.

Bevor ich auf diese Aspekte eingehe, schicke ich eine stilistisch-terminologische Präzisierung voraus. Die in unserer Tagung behandelten Themen: politisches Verbrechen, Terrorismus, staatliche Repression und Staatsschutz legen bekanntlich einen behutsamen Diskussionsstil, eine vorsichtige Argumentation voller Denkvorbehalte und sorgfältiger Rückversicherung nahe - gewissermaßen als

Bestätigung der verunsicherten Situation, in der wir uns befinden; und um unerfreuliche Auseinandersetzungen zu vermeiden. Man spricht da von „heiklen Dingen“; und man richtet sich vielleicht unabsichtlich nach dem Sprichwort: „le cose delicate non devo essere toccate“, um heikle Dinge soll man einen weiten Bogen machen. Ich bin da der entgegengesetzten Ansicht. Es ist nicht nur eine Pflicht, diese Dinge zu „berühren“ (toccare). Es geht vielmehr um Fragen von so roher Dramatik, daß sie keine vorsichtige, sondern eine offene und harte Analyse verlangen.

Dies zuvor geklärt, komme ich zu einer ersten Bemerkung über den Rechtsstaat. In unseren Diskussionen zeigen sich in der Substanz keine nennenswerten Differenzen, was die Positivität und die politische Nützlichkeit (und die ästhetische Schönheit) der bürgerlichen Rechtsgarantien betrifft. Keiner von uns will, denke ich, auf diese Errungenschaften der bürgerlichen Revolution verzichten. Sie hat doch ziemlich viel Gutes verwirklicht, auch wenn die Institutionen, in denen sie sich niederschlug, sich mit einer Produktionsweise und einem System gesellschaftlicher Reproduktion verbünden, die tendenziell die Errungenschaften selbst zurücknehmen. Unterschiede und Widersprüche unter uns bestehen hingegen über die grundsätzliche Einschätzung der Form Staat und über die, den „Garantisten“ so teure Hypothese, der Rechtsstaat sei etwas ganz anderes als die klassische Staatlichkeit, wie sie von Bodin begründet und von Max Weber auf klassische Begriffe gebracht wurde. Der Rechtsstaat stelle eine Überwindung der nackten „Staatsraison“ und ihrer eigentümlichen Logik dar.

Einige hier scheinen der Ansicht zu sein, die Staatsraison wende sich ganz bewußt gegen das Recht und nehme sich vor, die Zerstörung der konstitutionellen Ordnung in zynischer Weise zu rechtfertigen. Dem liegt die schlichtweg irrtümliche Voraussetzung zugrunde, die konstitutionelle Ordnung habe selbst keine originäre Staatsraison; sie sei also nicht das Produkt einer bestimmten, sozioökonomischen Gesellschaftsformation, sondern das Ergebnis eines unbestimmt-menschlichen Fortschritts und transzendiere somit jedes Partikularinteresse. Wenn man von „Garantien“ spricht, dann soll man genauer zusehen, was denn der Staat gewährleistet - und zwar nicht anhand von Verfassungstexten, sondern in der politischen Wirklichkeit (die allerdings auch aus den Verfassungstexten hervorlugt). Rebus sic stantibus, in der geschichtlichen Situation, die wir Tag für Tag erfahren, liegt die wichtigste Funktion des Staats nicht darin, vorstaatliche Menschenrechte zu sichern, sondern die Existenz einer Gesellschaft, die diese Rechte fraglos erfunden oder entdeckt hat, sich aber in erster Linie als kapitalistisch produzierende Gesellschaft konstituiert. Gerade weil dies der historische Auftrag des Staats ist, versucht man zur Zeit die politische Kriminalität inhaltlich auszuweiten. Und während wir Theoretiker darob einigermaßen überrascht sind und naiv den Begriff des politischen Verbrechens auf die terroristische Tat im engeren Sinn reduzieren und die Verteidigung auf die politische und nicht kriminelle Motivation der Terroristen abstellen, hat der Staat uns schon längst aus dem Felde geschlagen. Er betrachtet schon den zivilen Ungehorsam als eine kriminelle Handlung: die Straßenblockade, der Boykott der Institutionen, die Publikation kritischer Schriften zur Legitimität der Macht.⁵ (Günter Grass wurde übrigens als Gesetzesbrecher bezeichnet, weil er zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen aufrief).

Wir stehen erneut vor einem Dilemma. Müssen wir die Ausdehnung des Terrorismusbegriffs durch den Staat zurückweisen, oder müssen wir sie theoretisch akzeptieren und praktisch ertragen. Genau gesehen aber, unterwerfen sich beide Möglichkeiten der Logik des Staats, erkennen seine uneingeschränkte Kompetenz an. Geht man von einer gründlicheren Analyse aus, die die oben erwähnten Logiken zusammenfaßt; geht man also von der Prämisse aus, daß eine allein kompetente, totale Instanz nicht existiert (der Staat als einziger Organisator und Richter über organisierbare und verfolgbare Objekte), daß es vielmehr eine Konfrontation sich gegenseitig in Frage stellender

Instanzen gibt, dann entfällt unser Dilemma. Gegenüber der Ausweitungsoperation des Staats besteht die rationale und uns weiterbringende Antwort in der Erweiterung des Rechts des anderen Subjekts. Versucht der Staat allen Protest auf illegalen Terrorismus zu reduzieren, wird im Gegenzug das subjektive Recht in die erweiterte Legitimität der Rebellion zurückgeführt. Gewiß eine schwierige Sache, theoretisch gesprochen Teil eines umfassenden Projekts der Kritik der Politik als praktischer Ergänzung der Kritik der politischen Ökonomie.

Damit ist das Problem nicht geklärt. Unsere größte Schwäche sehe ich in der Diskrepanz zwischen unserer wissenschaftlich kritischen Sicht des Staats einerseits und der einfachen Tatsache andererseits, daß dieser Staat weithin als endgültige, demokratische Lösung des Legitimitätsproblems gilt - eben für eine anders geartete, ebenso wissenschaftliche Sicht. Unter uns gesagt, könnten wir über dieses Problem auch hinweggehen, unterscheidet sich doch die Voraussetzung von einer vermeintlichen, allgemeinen Zustimmung und der damit gesicherten Legitimität nicht so sehr von der ideologischen Unterstellung, jede wahre Autorität sei göttlichen Ursprungs, daß die Helden, um mit Vico zu sprechen, vom Himmel geschickt seien; oder von der Anmaßung, eine Partei sei aus vorgeblichen geschichtlichen Gründen jedenfalls im Besitz der Wahrheit und deshalb zu jeder Entscheidung imstande und berechtigt. Das wirkliche Problem des allgemeinen Wahlrechts liegt nicht in der „Inkompetenz“ der Massen; vielmehr in dem Widerspruch, daß es emanzipierte Massen voraussetzt, deren Emanzipation genau von den Institutionen blockiert wird, die aus dem allgemeinen Wahlrecht ihre Macht und Übermacht ableiten. Aber was soll's. Wir müssen immer mit propagierten und veröffentlichten Meinungen rechnen.

Noch einmal zur Diskrepanz: die Diskussion über das Recht auf Rebellion betrifft keine „heiklen Dinge“ und bringt keine besonderen Schwierigkeiten mit sich, solange es sich um „vindiciae in tyrannos“ handelt. Von den Monarchomachen bis zum Antifaschismus ist es einfach und überzeugend, vom Aufstand, ja sogar von bewaffnetem Kampf gegen absolutistische und barbarische Herrschaft zu sprechen. Wir hingegen sind heute im besten aller politischen Systeme buchstäblich eingetaucht. Die Antwort, die dieses System dem Umsturz, der „Umwerfung aller Verhältnisse“ (Marx) erteilt, findet sich nicht in der Wissenschaft, sondern im Strafgesetzbuch. Sie wird deshalb weit und breit akzeptiert, weil wir nicht in einer freien Gesellschaft leben, sondern in einer Konsensgemeinschaft. Aus diesem Grund befinden wir uns in einer wahrhaft fatalen Situation, wenn wir energisch die Legitimität der vorhandenen Ordnung und ihr Verhältnis zur Legalität immer wieder anzweifeln. Die „Legitimität“ -das heißt, recht verstanden, nicht die eines idealen Staats und seiner ideologischen Prinzipien, sondern die Legitimität des real existierenden Staats, der unser Leben tagtäglich aus der Zweckbestimmtheit gesellschaftlicher und ökonomischer Gruppeninteressen bedingt.

Das scheint mir, um zum Anfang zurückzukehren, eine unverzichtbare politische Aufgabe, zugleich ein unvermeidliches Forschungsprojekt zu sein, die erfolgreiche Vermählung der staatlichen Legalität mit der historischen und gesellschaftlichen Legitimität zu scheiden. Darin liegt auch der Ansatz, Staat und Rebellion als gleichberechtigt zu erkennen.

Ich sage ausdrücklich Rebellion und nicht Revolution, um den allgemeinsten, gewissermaßen ursprünglichen Grad von Widerstand zu bezeichnen, der auch die Tat eines Einzelnen sein kann. Den exemplarischen Bericht, das klassische Beispiel der Rebellion eines Einzelnen gegen eine legale Herrschaft, die ihn in seiner beruflichen Unversehrtheit und in seinem Wohlergehen verletzte, finden wir in Heinrich von Kleists „Michael Kohlhaas“. Die ebenso tragische wie pathetische Figur des Michael Kohlhaas, eines „der rechtschaffensten zugleich und entsetzlichsten Menschen seiner Zeit“, der „bis in sein dreißigstes Jahr für das Muster eines guten Staatsbürgers“ hätte gelten können, und

der durch einen privilegierten Junker zum bewaffneten Terrorismus getrieben wurde, ist ein literarisches Denkmal der Legitimität, die sich gegen die Legalität erhebt.

Aber Kohlhaas kann uns auch als Emblem der Grenzen einer Rebellion dienen. Sie wandte sich gegen einen übermächtigen Gegner, ohne daß es ihr gelungen wäre, eine eigene inhaltliche Dimension, einen originären Entwurf zu entwickeln. Nur so könnte die Rebellion zu einer genuinen Argumentation kommen und dadurch die anfängliche Sympathie zur umfassenden gesellschaftlichen Zustimmung erweitern. Aber das wäre schon mehr als nur Rebellion. So ist Michael Kohlhaas Warnung und Mahnung zugleich. Das deutsche Sprichwort, jemand sei ein „Michael Kohlhaas“, zeigt uns die verlierende Gerechtigkeit des vereinzelt Rebellen gegen die kodifizierte, siegreiche Gerechtigkeit an. Michael Kohlhaas endete auf dem Schafott.

Wie steht es also mit der Gewaltanwendung, mit der Rebellion, mit dem Aufstand? Ich beschränke mich darauf, einige Fragen zu stellen, ohne sie angemessen und gültig selber beantworten zu können. Vielleicht sind Juristen, Justizbeamte und Politiker dazu in der Lage. Es geht dabei übrigens nicht um den bewaffneten Eingriff des Staats gegen den bewaffneten Aufstand, denn bei diesem Aspekt, über den ebenso viel diskutiert wird wie über die Berechtigung des Kampfs gegen die Staat, sehe ich überhaupt kein Problem. Gerade wenn man vom Prinzip der doppelten Legitimität ausgeht, hat man dem Staat das Recht zuzubilligen, gegen die Subversion einzuschreiten. Anderenfalls gäbe es kein Recht auf Rebellion, sondern nur den einfachen Fall des Rebellen, seien seine Absichten nun gerecht oder ungerecht. Wenn man dem Staat das Interventionsrecht in Sachen Aufstand abspricht, kehrt man zum alten manichäischen Schema zurück und dieses nur um: der Staat als das Böse, die Rebellion als das Gute. Dadurch wird die Rebellion am Ende historisch entmachtet. Beiläufig: ich habe in diesem Sinne das Verhalten jener Genossen (wenn diese mittlerweile für überholt gehaltene Bezeichnung gestattet ist) nie verstanden, die allen Ernstes über die Repressionsmaßnahmen eines Gebildes klagen, dem sie doch den Krieg erklärt haben - eine ziemlich nichtssagende und eigentlich lächerliche Klage. Sie entspricht auch nicht der vernünftigen und durchdachten Strategie, die bürgerlichen Freiheiten auszunutzen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und gegen das Kapital, die, wenn auch durchweg in zweideutiger Absicht, diese Freiheiten historisch hervorgebracht haben. Der Staat hat also das Recht, auf die Gewalt des Aufstands mit Gewalt zu antworten. Und *muta-tis mutandis* gilt das gleiche: auf die bewaffnete Repression des Staats antworten, wie die Metapher heißt, „die Gewehre“ - sehen wir einmal ebenso metaphorisch vom Nutzen der Gewehre im Zeitalter der Informatik und der Nucleartechnologie ab.

Ich sehe aber ein Problem auf einer ganz anderen Ebene: wenn die Gegenseitigkeit nicht mehr wirklich gegeben ist. Der Staat, auch der sogenannte „schwache Staat“, ist immer bewaffnet; das Gewaltmonopol ist Bestandteil seiner Verfassung; dieses Recht wahrzunehmen, ist das wahre Recht des Staats. Und das trifft für den Rebellen nicht zu; das historische Gleichgewicht stellt sich nicht ein. Was sagen wir also und was tun wir, wenn der Staat mit Gewalt gegen eine friedliche Demonstration vorgeht, wenn er mit Waffengewalt auf unbewaffnete Proteste reagiert? Es müssen ja nicht immer Feuerwaffen zum Einsatz kommen. Auch das Gefängnis ist eine Waffe.

Ich war nicht in der Lage, die Antwort auf diese beunruhigenden Fragen allein zu finden. So habe ich sie in der Geschichte gesucht und - wie ich annehme - dort auch gefunden, und zwar in einer gewissermaßen vorproletarischen Periode. Sie ist daher eine vormarxistische Antwort, uns von genau der bürgerlichen Revolution geliefert, die uns auch die repräsentative Demokratie, die Entmachtung des Volks und die Legitimität der staatlichen Gewalttätigkeit bescherte. Aber die bürgerliche Revolution hatte ihre eigenen Widersprüche, ihre Dialektik. Und so gibt uns die französische Verfassung von 1793 eine erste Antwort - der wahrscheinlich einzigen demokratischen

bürgerlichen Verfassung, die bisher verkündet wurde; der einzigen, die die mögliche Illegitimität einer frei gewählten Regierung erkannte und daraus die Konsequenzen zog. Im Artikel 35 heißt es: „Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, ist für das Volk und jeden Teil des Volkes der Aufstand das heiligste seiner Rechte und die unabdingbarste seiner Pflichten“.

Eine zweite Antwort erteilt uns ein Kantianer, einer der wenigen deutschen Aufklärer mit revolutionärem Impuls, der fast unbekannte, wiewohl große Johann Benjamin Erhard in seinem Essay „Über das Recht des Volks zu einer Revolution“ im Jahre 1794. Erhard wußte schon Aufklärung, Emanzipation und Aufstand gegen Ausbeutung zu vereinigen. Inmitten einer gesamteuropäischen Revolutionsangst schrieb er: „Will man also das Volk hindern, sich aufzuklären, so tut es recht, sich zu erheben,

und wenn diese Hindernisse aus der Konstitution entspringen, die Konstitution aufzuheben... Wenn die Arbeiten des Volks so drückend sind, daß ihm gar keine Zeit gelassen wird, etwas Menschliches zu unternehmen, sondern alles vielmehr angelegt wird, es in der Stupidität eines Lasttiers zu erhalten, so hat es das Recht zu einer Revolution“.⁶

Aus dem Italienischen von Ute Holl und Joachim Bruhn

Anmerkungen

¹ Zu den Monarchomachen und den weiter unten angeführten Zitaten und Werken siehe die vorzügliche Arbeit von Udo Bermbach, *Widerstandsrecht, Souveränität, Kirche und Staat*, in: Pipers Handbuch der politischen Ideen, München 1985, Band 3, S. 101 ff.

² George H. Sabine, *A History of Political Theory*, New York 1951,3, XIX. Zitiert nach der italienischen Ausgabe: *Storia delle Dottrine Politiche*, Milano 1959. S. 310. Dasselbe auch über Buchanan.

³ Am 7. April 1979 startete der Paduaner Staatsanwalt Calogero eine umfangreiche Verhaftungsaktion gegen „Autonomia Operaia“, eine linksradikale Bewegung, unter der Anklage der Mitwirkung an den Taten der „Roten Brigade“. Die in den Jahren danach erfolgte Welle von Gerichtsverhandlungen wurden eigentümlicherweise „Prozeß gegen den 7. April“ genannt.

⁴ Ich habe mich dazu und zu den damit zusammenhängenden Fragen anderswo ausführlich geäußert. Vgl. meinen Aufsatz „Rechtsstaat und Spätkapitalismus“ in diesem Band.

⁵ Dazu lese man die „Die Berliner Erklärung über das Recht auf Widerstand im Demokratischen Staat“, verfaßt von der CDU/CSU.

⁶ Johann Benjamin Erhard, *Über das Recht des Volks zu einer Revolution*, Jena und Leipzig 1795, S.181 ff. Neudruck herausgegeben von Hellmut G. Haasis, *Über das Recht des Volks zu einer Revolution und andere Schriften*, Syndikat, Frankfurt a.M. 1976, S.92 ff.

Restaurative Tendenzen in der BRD

Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen und Präzisierungen, und zwar zu vier Punkten. Erstens zum Thema selbst, zu restaurativen Tendenzen in der BRD, zweitens zur Problematik des Grundgesetzes; das erscheint mir deshalb wichtig zu sein, weil man in der Tat im Zuge der Kriminalisierung versucht, uns in die verfassungsfeindliche Ecke zu drängen: Zur Problematik des Grundgesetzes also - zur Realität und zur materiellen Seite des bürgerlich verfaßten Staates. Drittens will ich versuchen, eine materialistische Einschätzung der gegenwärtigen Unterdrückungspolitik des bürgerlichen Staates zu geben. Viertens einige Bemerkungen, sehr flüchtig, sehr unvollständig, zur Frage einer organisatorischen Seite der Kampfperspektive.

Die restaurative Tendenz in der BRD

Das Thema selber ist seltsam gegenstandslos und in sich sehr brüchig; ein Thema der 50er Jahre, als Adenauer noch in der BRD zu herrschen schien. Restaurativ und Restauration, materialistischer gefaßt, bedeuten keineswegs Wiederherstellung einer politischen Willkürherrschaft, vielmehr bedeutet die Restauration, daß die punktuell 1945 in die Brüche gegangene kapitalistische Produktionsweise wiederhergestellt worden ist. Was es damals zu restaurieren gab, war also nicht etwa nur ein Staat, der funktionsfähig war im Sinne der Verfassung, im Sinne der bürgerlichen Demokratie, sondern waren in erster Linie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das System der Mehrwertproduktion und damit verbunden dessen politische Organisationsform, eben der bürgerliche Staat; so gesehen, kann man nicht von restaurativen Tendenzen in der BRD heute sprechen, sondern man muß feststellen: die Bundesrepublik Deutschland war von Anfang an ein restaurativer Staat! Und das bedeutet, daß in der strategischen Einschätzung unseres Widerstandes wir nicht etwa uns mit Appellen zur Wiederherstellung eines erneut demokratischen Zustands begnügen dürfen.

Nachdem nach einigen Jahren der Stabilität die Krisenanfälligkeit des Kapitals sich erneut erweisen hat und die immanenten Widersprüche seines Verhältnisses und seiner eigenen Entwicklung deutlich geworden waren, hat sich, bei uns gerade in der Studentenbewegung, die Einsicht in den Klassencharakter von Staat und Gesellschaft zwar verschärft, und es ist auch zur Bildung eines erhöhten politischen Bewußtseins gekommen; es ist auch dazu gekommen, daß ansatzweise eine revolutionäre Bewegung sich organisiert und sich betätigt hatte. Aber dieser Prozeß der Negation berührte die Politik im Grunde nicht, sodaß man sagen könnte, daß unter dem Druck dieser ansatzweise revolutionären Bewegung, auch Protestbewegung genannt, der Staat sich so verändert hätte, in einem fortschrittlichen Sinne, daß jetzt der Staat sich wieder rückbilden würde oder rückbilden müßte ad origines der Anfänge der BRD. Heute zeigt die BRD keine restaurativen Tendenzen, sondern - das müssen wir eindeutig sehen, weil dadurch bestimmte Appelle hinfällig werden - was heute wieder auftaucht, in die Reaktion, die ganz offene Reaktion, die hier bei uns in Berlin in der doch etwas schäbigen Gestalt der Notgemeinschaft, der liberalen Aktion, ihr altes Haupt erhebt, das seit Metternichs Zeiten politisch einen Namen, eine Bezeichnung hat, nämlich schmutzig.

Die Diskussion um das Grundgesetz

Diese werden wir ausnahmsweise etwas kurz fassen. Ich habe heute dem Genossen Wäsche die Frage gestellt, ob man nicht berücksichtigen und mitreflektieren müßte, daß das Grundgesetz, zu dessen Verteidigung wir uns hier aufschwingen wollen, geschaffen wurde von politischen Vertretern des Kapitals. Für unsere politische Position, um uns nicht in die berühmte verfassungsfeindliche Ecke drängen zu lassen, wagen wir eine verfassungsrechtlich-politologische Bemerkung dazu: keiner von uns ist verpflichtet, ja zum Grundgesetz zu sagen: es genügt, ja zu sagen zu Artikel 79 des Grundgesetzes. Artikel 79 sagt lediglich, daß der Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und der Artikel 20, die Regelung also des parlamentarischen Wegs der Politik, nicht verändert werden dürfen. Alles andere am Grundgesetz darf verändert werden, und es ist für die Entwicklung in der BRD von großer politischen Bedeutung, daß diese Veränderung seit 1949 schon begann und immer weiter gegangen ist, aber nicht nach links, sondern nach rechts. Sodaß in diesem Zusammenhang auch etwas anderes feststeht: auch das Rekurren auf diesen berühmten Sozialisierungsartikel des Grundgesetzes hat politisch, machtpolitisch hinsichtlich der Machtverhältnisse, wenig Sinn, nicht nur etwa, weil die Machtkonstellation es nicht erlaubt, daß heute sozialisiert wird - das ist durchaus nicht der Fall, auch in Italien kann eine christdemokratische Regierung verstaatlichen, wenn das Kapital in bestimmten Sektoren seine Profite nicht mehr einheimsen kann und also die Verlustbetriebe gerne an den Staat abtritt. Wichtiger ist, daß das Grundgesetz, so wie es aufgebaut ist, daß gerade die im Grundgesetz vorgesehenen Institutionen die Passivität der Massen, selbst noch bei Vergesellschaftungsvorgängen in der Produktion, in der Ökonomie, sanktionieren und also unmöglich sich eignen können für einen Weg zum Sozialismus, sofern nämlich der Weg zum Sozialismus immer verbunden ist mit einer Mobilisierung und Aktivierung der Massen. Im Grunde ist die Einführung des Sozialismus per Bundestagsgesetz genauso eine Revolution von oben, wie andere Revolutionen von oben in anderer Weise im Laufe der Weltgeschichte gemacht worden sind.

Zur Kriminalisierung

Gewiß ist die Kriminalisierung auch als Vorstufe des polizeilich dann exekutierten Mordes da, und die offene Unterdrückung ist auch da. Das Berufsverbot gehört auch zur Unterdrückung. Mandel ist übrigens ein Fall und kein Symbol, wie Genosse Seifert heute sagte, und das Ausbildungsverbot, das jetzt hinzukommt, hier an unserer Universität - all das scheint durchaus geeignet, Anlaß zu geben zur Schaffung einer breiten Front, die sich eben auf dieses Grundgesetz bezieht. Aber wir müssen sehen, daß das Grundgesetz zwei klar geschiedene Teile hat. Ein Teil, zu dem wir uns alle ohne Schwierigkeiten bekennen können, enthält den Katalog der Grundrechte. Der zweite Teil aber, der übrigens viel schlechter geraten ist als etwa die italienische Verfassung, weil dieser zweite Teil kein Resultat des Klassenkompromisses gewesen ist, wie etwa die italienische Verfassung von 1948 - der zweite Teil des Grundgesetzes, von Artikel 21 abwärts bis Artikel 114, 116 usw. hat mit Demokratie, mit der Chance einer Demokratisierung nichts zu tun. Er enthält vielmehr die - übrigens grundgesetzlich veränderbare, zulässig veränderbare - Form, die die kapitalistische Gesellschaft zusammenfaßt und -hält; d. h., er enthält Mechanismen der politischen Machtausübung, die im Grunde die im Katalog der Grundrechte vorgesehene Möglichkeit der „freien Entfaltung der Persönlichkeit“ usw. politisch wieder zurücknehmen. Und es ist auch gerade die Funktion dieser Mechanismen, diese Grundrechte zurückzunehmen, denn diese Mechanismen und die Institutionen

des bürgerlichen Staates haben keine andere Funktion und auch keine andere historische Legitimation, als diejenige, die äußeren Bedingungen der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion zu organisieren und zu garantieren. Die Legitimation des bürgerlichen Staates besteht also nicht darin, daß periodisch das ganze Volk oder die Wahlbevölkerung den Staatsorganen und Parteien ihre Zustimmung gibt, sondern seine historische Legitimation ist, steht und fällt zusammen mit der Fähigkeit, diese kapitalistische gesamtgesellschaftliche Reproduktion zusammenzuhalten. Ökonomisch ist heute durch die Konzentration in der Ökonomie, durch die Bildung der großen Monopole umso wichtiger, daß der Staat diese seine Funktion erfüllt. Was ich darunter verstehe, kann ich ganz kurz erwähnen: gerade die große monopolistische Planung verlangt staatliche Institutionen, die in der Lage sind, die politische, ökonomische und soziale Artikulationsmöglichkeit der Massenbedürfnisse soweit wie möglich zurückzudrängen und einzudämmen. Das ist also die Funktion des zweiten Teils des Grundgesetzes, und diesen zweiten Teil - ganz gleich wie - zu ändern, das ist wirklich eine Aufgabe und nicht etwa, diesen zweiten Teil zu verteidigen. Wir befinden uns hier schon in der Nähe des Versuchs, der Idee eines Versuchs, die Unterdrückung, die politische Unterdrückung materialistisch abzuleiten. Genosse Seifert hat etwas sehr Richtiges gesagt: man muß nicht nur die kulturelle Seite und die Ebene des Bewußtseins berücksichtigen bei den Problemen der Unterdrückung, sondern man muß berücksichtigen, daß der Rückgang der Wachstumsrate das Kapital gewissermaßen nach dem Staat als dem großen politischen Garanten hat in stärkerem Maße ausrufen lassen. Wir wissen ja, daß der Rückgang der Wachstumsrate oder- um in der zum Teil verdinglichten Sprache unserer Linken zu sprechen -die Schwierigkeit in der Verwertung des Kapitals - zunächst zwar eine Lähmung in der Arbeiterklasse verursacht, weil jeder Arbeiter befürchtet, einfach seinen Arbeitsplatz zu verlieren, aber dann, bei der Wiederankurbelung der erneuten Zyklus, dazu führen kann, daß tatsächlich sich Klassenkämpfe entfalten. Hier hat die Unterdrückung eine spezifische, präventive Funktion, und sie kann sich, wie Genosse Seifert mit Recht sagte, durchaus richten gegen die Möglichkeit der Bildung eines revolutionären Bewußtseins; daher Berufsverbot, daher Ausbildungsverbot, daher Mandel als Testfall, den zu verlieren wir übrigens gerade im Begriffe sind. Aber: die rein ökonomische Bewegung des Kapitals produziert allein die Verschlechterung der Existenz- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, aber noch nicht den Klassenkampf und ruft auch die Unterdrückung nicht unmittelbar hervor. Es ist also keineswegs so, daß automatisch und unvermittelt durch die ökonomische Entwicklung des Kapitals - eines Kapitals, das die Arbeitskraft zur Passivität verdammt und total subsumiert - der Klassenkampf und also die Notwendigkeit der Unterdrückung und der Präventionsmaßnahmen sich einstellen wird. Anders ist es mit einer ganz anderen Gefährdung, nicht etwa der Profite durch eine zyklische Krise, sondern konkret der Gefährdung der Reproduktion des Kapitals in besonderen Situationen. Wir müssen jetzt sehen, wann sich diese besonderen Situationen heute nicht mehr als eine Besonderheit darstellen, sondern Situationen sind, die sich in Permanenz reproduzieren mit der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft.

Wir müssen davon ausgehen, glaube ich, daß, wie Marx in den Grundrissen richtig analysierte, mit dem Wachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals, d. h. mit dem Wachsen, grob gesagt, der Maschinerie, des Maschinenparks gegenüber der lebendigen Arbeit der Arbeiter, für das Kapital sich eine erhöhte Notwendigkeit ergibt, den Produktionsfluß aufrecht zu erhalten. Je mehr Geld in die Maschinen gesteckt wird, um so notwendiger wird es, daß diese Maschinen auch arbeiten. Das bedeutet, daß die Kontinuität des Produktionsflusses, und zwar die planbare Kontinuität - die auch einschließt die Planbarkeit der Unterbrechung der Kontinuität, z.B: durch einen wochenlang vorangekündigten Streik - daß die Kontinuität des Produktionsflusses heute die unumgängliche, die erste Bedingung für die Möglichkeit des Kapitals ist, sich zu reproduzieren. Gerade diese Kontinuität

des Produktionsflusses ist im Laufe der letzten Jahre im ganzen kapitalistischen Westeuropa dadurch hart und permanent unterbrochen worden, daß ökonomisch normal sich entwickelnde Kapitalverhältnisse gestört wurden durch den brutalen Einbruch des Klassenverhältnisses in dieses Kapitalverhältnis, des sozialen Kampfes in die Entwicklung der Ökonomie; d. h.: Diese Kontinuität des Produktionsflusses und damit die Möglichkeit des Kapitals, weiter zu existieren und sich zu reproduzieren, wird dann gefährdet, wenn die Arbeiterklasse sich nicht mehr total unter die Verwertung des Kapitals subsumieren läßt, sondern zur Negation, zur Desintegration der Mehrwertproduktion übergeht, und es ist gerade das, was in Westeuropa in den letzten Jahren geschehen ist. Gerade dies, das wir ruhig das Erstarken des subjektiven Faktors nennen können - die Klasse an sich tritt auf den Plan und bricht in das Kapitalverhältnis hinein - dieses Erstarken des subjektiven Faktors bedroht die Weiterexistenz des Kapitals mehr als zyklische Krisen, mehr als die bloße Wirtschaftskrise, die, wie Marx zeigte, falls das Proletariat subsumiert bleibt, durchaus als Regenerationsmoment für einen erneuten Zyklus des Kapitals dienen kann.

Der reale Prozeß, der heute den bürgerlichen Staat dazu zwingt, seine historische Funktion in stärkerem Maße wahrzuhaben, liegt also darin, daß es durch diesen Einbruch des Klassenverhältnisses zu einer permanenten Störung der Mehrwertproduktion gekommen ist. Und wenn die Mehrwertproduktion permanent gestört wird, hört die Wirksamkeit des friedlich sich gebenden Verfassungsstaates notwendigerweise auf. Denn diese friedliche Art, die Disziplin der Arbeiter zu gewährleisten, liegt nur auf der Ebene der Integration und der Manipulation; eine Klasse aber, die sich anschickt, die Mehrwertproduktion zu stören und tendenziell zu zerstören, läßt sich integrativ und manipulatив nicht mehr ohne weiteres bändigen. Gerade die Explosion der Produktivkräfte - und ein Teil dieser Explosion hat sich in ganz Westeuropa geäußert, in der Tat als studentische Explosion, als „studentische Revolte“ -, diese Explosion bedroht die Kräfte und Möglichkeiten der monopolistischen Planung, derjenigen Planung, die schon glaubte, diese Zerstörungsmöglichkeiten sich vom Halse geschaffen zu haben auf dem institutionellen Wege, nämlich durch den Einbau der Arbeiterklasse in das Verfassungswerk. Gerade diese permanente Störung aber und tendenzielle Zerstörung der Mehrwertproduktion enthüllt nicht nur in Deutschland, sondern noch mehr in den Ländern, in denen die Klassenkämpfe am heftigsten waren, die Funktion des bürgerlichen Staates, präventiv und in Permanenz die Konterrevolution zu erklären.

So gefaßt, scheint mir, daß wir uns weder in einer faschistischen noch in einer konstruierbaren Phase des Polizeistaates oder des autoritären Staates befinden, sondern wir sehen uns konfrontiert mit einer permanenten Konterrevolution, die verschiedene Erscheinungsformen haben kann und die nur in bestimmten Situationen tatsächlich zu offenen Repressionen übergeht. Diese offenen Repression ist emblematisch: Es ist richtig, daß heute die Repression sich gegen die Individuen richtet; aber wir dürfen den terroristischen Charakter dieser Repression gegen Individuen nicht vernachlässigen. Dieser terroristische Charakter liegt gerade darin, daß nicht nur etwa die Bevölkerung eingeschüchtert wird, nicht nur etwa, daß viele Genossen eingeschüchtert werden, die dann lieber den Frieden mit diesem Staat schließen und sich unter das Kapital ohne weiteres passiv subsumieren lassen, sondern ebenso in der Tatsache - das haben wir in Berlin gerade häufig erlebt -, daß die bewußte halbillegale Anwendung z. B. der Polizeigewalt die Bevölkerung manipulatив daran gewöhnt nicht nur, daß die Polizei so vorgeht, sondern daß sie sogar so vorgehen darf.

Zur organisatorischen Seite des revolutionären Prozesses

Es ist umso schwieriger, diese Frage zu behandeln, zumal, wie immer nach historischen Niederlagen, heute eben vor allem die Konterrevolution blüht und gedeiht. Mir scheint das eine wichtig zu sein: daß diese Frage nur aus dem Zusammenhang zwischen konkret vorangebrachter permanenter Störung der Mehrwertproduktion in den Betrieben, wo gestreikt und gekämpft wird, und den konterrevolutionären Präventivmaßnahmen zu klären ist; nur in diesem Zusammenhang ist die Organisationsfrage zu entwickeln, wobei ich gleich sagen muß, ich kann jetzt nicht etwa, da gebe ich Brückner recht, sagen, wie Ihr Euch zu organisieren habt. Konsumentenhaltung hin und her, das ist eine Frage, die ein einzelner in keiner Weise lösen kann. Gerade deshalb scheint es mir besonders wichtig zu sein, was die Klassenkämpfe dort, wo sie sich wieder voll entwickelt haben, uns zeigen können, was also diese Erfahrung der Klassenkämpfe, die bei uns in ganz Westeuropa stattgefunden haben, uns sagt hinsichtlich der Organisationsfrage. Ich greife zwei Punkte heraus, die meines Erachtens den Kern der Sache treffen.

Erstens: Wenn wir uns die Kämpfe in Norditalien, die für mich allerdings eine exemplarische Bedeutung haben, betrachten, sehen wir also, daß der dezentrale, von autonomen Kadern geführte Kampf sowohl unmittelbar der Planungsstrategie des Monopols widerspricht als auch sich der politischen und polizeilichen Kontrolle durch den Staatsapparat entzieht. Wir haben also die erste Erfahrung, daß mindestens eine erste Phase der Rekonstruktion der Klasse, der dezentrale Kampf von autonomen Kadern, die Voraussetzung dafür ist, daß zum einen die Monopolplanung durcheindergebracht wird und daß zum anderen der Staat dagegen sehr wenig unternehmen kann, denn der Staat, gerade der übermäßig organisierte Staat, mit dem wird es heute zu tun haben, hat es besonders leicht, wenn revolutionäre Bewegungen sich identifizieren und konzentrieren in einer politischen Führungsgruppe, die man staatlicherweise ebenso identifizieren und sofort zerschlagen kann.

Zweitens: Dieser Kampf vollzieht sich organisatorisch in Formen, die auf der einen Seite die kapitalistische Mehrwertproduktion zerstören, zugleich aber versuchen, wie es in den italienischen Kämpfen hieß, eine andere Weise des Produzierens und eine andere Weise der gesamtgesellschaftlichen Organisation zu antizipieren. Das bedeutet, daß, ganz gleich, wie eine Organisation, sagen wir technisch, aufgebaut wird, von der inhaltlichen Seite her die Befreiung der Arbeiterklasse und der Inhalt der gesamtgesellschaftlichen Emanzipation von der Organisationsform nicht getrennt werden kann. Anders gesagt: wenn eine Organisationsform sich entwickelt nur an der Zielsetzung der Machtergreifung und der Zerschlagung des bürgerlichen Staates, was an sich sehr wichtig ist, wird dieser Organisationsform das zweite wichtige Element fehlen, nämlich die Rekonstruktion einer freien Gesellschaft nach dem Vollzug des revolutionären Aktes. Es läßt sich also materialistisch wegen der Notwendigkeit des dezentralen Kampfes gegen die planenden Monopole eine Absage an jede Führungsrigidität ableiten: eine Absage an die Führungsrigidität, die sich verbindet eben mit der Einsicht, daß die Befreiung der Arbeiterklasse, die zugleich die Bedingung ist für die gesamtgesellschaftliche Emanzipation, in dem - sonst immer wieder zerrissenen - Zusammenhang stehen muß, zugleich das System der Ausbeutung zu zerstören sowie die Tendenz zur erneuten Bildung von verfestigten politischen Führungsgruppen zu stoppen.

Das, was die kämpfenden Arbeiter eingesehen haben, scheint mir, liegt in der immanenten Verbindung, in dem immanenten Verhältnis zwischen der kapitalistischen politischen Form der Organisation und der Bildung von verselbständigten Parteiführungsgruppen der Arbeiterklasse. Damit verbindet sich in diesen Kämpfen auch eine andere Form der Absage, die für uns zwar in dem

universitären Bereich keine Bedeutung zu haben scheint, die aber für die Ausarbeitung einer revolutionären Strategie zentrale Bedeutung hat, nämlich die Absage an die klassische, traditionelle Trennung von ökonomischem und politischem Kampf.

In der Klassenanalyse darf man auch eines nicht vergessen: Daß in der heutigen Situation - und das läßt sich geradezu empirisch nachweisen - in der BRD, wo der Klassenkampf und die Massenbewegung noch nicht so weit entwickelt sind, wo man diese Massenbewegung erst initiieren muß -, daß gerade in unserer Situation die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf in ganz eindeutiger Weise kleinbürgerliche Züge zeigt, denn die Träger des politischen Kampfes sind dann gerade Kleinbürger, denen gegenüber die Massenorganisationen dann funktionsfähig werden sollen. Das, was also eingesehen wurde und was übrigens auch geschichtlich sonst bestätigt wird, ist, daß, wenn man diese Erfahrungen nicht berücksichtigt, wir wiederum Gefahr laufen, daß aus der politischen Klassenführung mit dem Anwachsen der Bewegung sich erneut ein Klassenparasit herausbildet.

Jetzt kurz zur Notwendigkeit, den Widerstand zu organisieren, denn wir sind in der Defensive, das ist heute häufig gesagt worden, wir müssen die Offensive, also den Widerstand, organisieren. Mir scheint, daß die Organisation des Widerstandes, ganz gleich wie es vor sich gehen soll, nicht getrennt werden kann von dem Versuch - der für uns eine geschichtliche Nötigung darstellt, wenn wir weiterexistieren wollen - eine politische Massenbewegung zu initiieren, die jenseits aller Ansprüche von sich sichernden Gruppen und Gremien jene autonome Bewegung weitertreibt und weiterentwickelt, die den substantiellen Kern der revolutionären konkreten Bewegung seit 1968 im ganzen kapitalistischen Europa darstellt. Und das, um wieder auf mein Thema zurückzukommen, und das hat wirklich alles nichts mit Problemen der Verfassung zu tun. Wir sollten uns auf die Diskussion über die Verfassungstreue gar nicht einlassen, denn, was hier zur Diskussion steht, ist letztendlich, über alle Unterdrückung im Universitätsbereich, über alle Zurücknahme der Grundrechte hinaus, nicht etwa die Verfassung, sondern die kapitalistische Produktionsweise.

Anhang: Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition

Diese Thesen dienen der Erläuterung meines Buches „Transformation der Demokratie“ und der Richtigstellung einiger falscher Zitate auf der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS. Im übrigen bin ich der Meinung, daß Revolutionäre nicht Texte interpretieren, sondern die Verhältnisse verändern sollten.

Gemessen an den wirklichen Machtverhältnissen des Staates und an den wirklichen Herrschaftsverhältnissen der Gesellschaft, stellt der geläufige Ausdruck für den modernen bürgerlichen Staat - „parlamentarische Demokratie“ - eine Paradoxie dar. William Borm fragte vor einiger Zeit den Vorstand des Republikanischen Clubs, ob der Club noch auf dem Boden der „klassischen parlamentarischen Demokratie“ stünde. Der Vorstand des Clubs konnte darauf nur eine undeutlich-unsichere, wenngleich politisch kluge Antwort („Wir schon, aber die Parlamentsparteien nicht mehr“) geben. Denn die klassische parlamentarische Demokratie gibt es schon längst nicht mehr. Nicht nur entsprachen ihre soziale Funktion und ihre institutionelle Struktur einer vergangenen Periode der Geschichte. Der liberale Staat war die öffentlich-rechtliche Organisationsform der Herrschaft in einer Gesellschaft, die zwar kapitalistisch produzierte (und daher sind einige seiner Institute noch vorhanden), jedoch mit der Kraft der Dampfmaschine arbeitete. Mit einem solchen Staat kann unsere Gesellschaft, die Atomkraft produziert und mit Atomkraft produzieren wird, sehr wenig anfangen. Überdies aber: Die klassische parlamentarische Qualität des früheren bürgerlichen Staates - die Vormacht des Parlaments, seine politische wie legislative Entscheidungskompetenz - ist selbst verfassungsrechtlich überwunden. Das Grundgesetz postuliert die Vormacht der Exekutive gegenüber der Legislative, sei es in der Frage der Richtlinienkompetenz, sei es in der Frage der Kontrolle der Regierung über das Parlament.

Sehr viel kann indessen unsere Gesellschaft immer noch mit den Konventionalformen und Konventionalinstituten des parlamentarischen Regierungssystems nicht anfangen. Pareto hatte 1922 Mussolini den Rat erteilt, um der Stabilisierung der Macht willen das Parlament in gewandelter Form weiter am Leben zu lassen: Massen, die demokratischen Gefühlen zuneigen, seien am besten durch ein Organ neutralisierbar, das ihnen die Illusion einer Beteiligung an der staatlichen Macht vermittelt. Nicht die gänzliche Abschaffung des Parlaments mache den Neuen Staat stark, sondern die Verlegung der Entscheidungsbefugnisse vom Parlament in den engeren Kreis nicht öffentlich tagender „Eliten“.

Darin lag nach Pareto auch der historische Sinn und der bürgerliche Klassenauftrag der faschistischen Transformation des Staates.

I

Nach der Niederlage des Faschismus stand die Restauration des parlamentarischen Regierungssystems in den westeuropäischen Ländern im Zeichen des gleichen Problems, das der historische Faschismus nicht hatte erfolgreich lösen können: Die - ohnehin in Bewegung geratenen - Massen der Abhängigen im Zustand der Abhängigkeit zu halten, ihre Emanzipation zu verhindern, die als Umwälzung der Produktionsverhältnisse beginnen sollte.

Die Schwierigkeit lag - und liegt - in dem ambivalenten Charakter, den das Parlament unter Umständen annehmen kann. In einer dynamisch gewordenen bürgerlichen Gesellschaft, die ebenso durch den Antagonismus der Produktion gekennzeichnet ist wie durch die Interessenpluralität der Distribution, können sich Vertretungskörperschaften als Instrumente bieten, den Antagonismus staatlich zum Ausdruck zu bringen und so den (gesellschaftlichen) Klassenkampf zum politischen Herrschaftskonflikt zu potenzieren.

So gesehen kann das parlamentarische Regierungssystem nur dann die bürgerliche Herrschaft garantieren und den Kapitalismus schützen, wenn es gelingt, seine Ambivalenz zurückzudrängen. Es muß als Mechanismus funktionieren, der antagonistische Konflikte so weit wie möglich politisch „irrelevant“ macht und plurale Interessenkonflikte staatlich kontrolliert und befriedet. Die von Friedrich Engels entwickelte Perspektive kehrt sich derart um; die „bürgerliche Republik“, nach Engels die beste Form für die offene, unter Umständen sogar friedliche Austragung des Klassenkampfes und des Herrschaftskonflikts, versucht bürgerlich zu bleiben und transformiert sich zur besten Form, die abhängige Klasse in das kapitalistische System der Produktion und in das bürgerliche System der Herrschaft zu integrieren. Das „Volk“ wird zur bloßen Manövriermasse im Konkurrenzstreit politischer Führungsgruppen degradiert. Beispielhaft, durchaus vorbildlich für andere „parlamentarisch“ regierte Länder vollzog sich diese Transformation in der Bundesrepublik.

II

Zu den wichtigsten Aspekten dieses Versuchs, den Kapitalismus stabil zu machen und politisch zu sichern, gehören:

die Auflösung der Klasse der Abhängigen in einem pluralen System von Berufskategorien. Sie erwies sich schon in der *faschistischen* Fassung als geeignet, der objektiven Polarisierung der Gesellschaft von der subjektiven, organisatorischen und bewußtseinsmanipulativen Seite her entgegenzutreten. Dem organisierten Kapitalismus stehen hier wirksamere Mittel zur Verfügung als dem früheren Konkurrenzkapitalismus. Und aus den Fehlern des faschistischen Pluralismus hat der demokratisch genannte schließlich auch gelernt.

In der staatlichen Reproduktion der Gesellschaft schlägt dies um in die Formulierung der Parteienpluralität. Gemeint ist, daß zwar mehrere, den Herrschaftstendenzen nach allerdings am besten zwei Parteien, um den Machtanteil konkurrieren, die einzelnen Parteien dabei aber weitgehend sich angleichen. Sie verzichten darauf, konkrete gruppen- oder klassengebundene Interessen zu vertreten, werden zur allgemeinen Ausgleichsstelle und stehen in einem nach außen hin unterschiedslosen Austauschverhältnis mit allen realen Gruppen und allen idealen Positionen - ausgenommen die an Strukturveränderung interessierten Gruppen und die revolutionären Ideen. Solche Parteien trennen sich von der eigenen gesellschaftlichen Basis und werden zu staatspolitischen Vereinigungen: zu Amtsträgern des staatlichen Ausgleichs.

die verstaatlichten Parteien entwickeln eine neuartige gesellschaftliche Qualität, die mit ihrer eigenen materiellen Interessenlage verbunden ist: Sie sind an der Aufrechterhaltung der Verhältnisse interessiert, die ihre eigene Verstaatlichung und feste Etablierung an der Macht ermöglichen. Dadurch koppeln sie sich - ganz gleich, ob sie Massenparteien sind oder nicht - mit den Interessen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, denen ebenso an der Konservation der gegebenen Strukturen gelegen ist. Insofern ist die alte Frage müßig, ob die politisch herrschenden Gruppen Handlanger der herrschenden Klasse sind oder ob sie eine selbständige gesellschaftliche Klasse (die politische Klasse) darstellen. Sie sind selbst ein Teil, nämlich der politische, der herrschenden Klasse. Genauer: sie sind deren staatliche Funktion. Auf diese Weise wird der

gesellschaftliche Antagonismus im Parteiensystem nicht mehr widerspiegelt. Im staatlichen Herrschaftsapparat findet nur die Reproduktion des einen Pols der Gesellschaft statt, der sonst antagonistisch in Frage gestellt wäre. Das heißt: die Trennung der Parteien von der gesellschaftlichen Basis trifft nicht alle Klassen und Gruppen gleich, da von der Vertretung auf der Ebene der staatlichen Macht nur die Gruppen ausgeschlossen werden, die potentiell die Verhältnisse ändern wollen: die Abhängigen. Sie finden bei politischen Grundsatzentscheidungen kein Sprachrohr, so sehr sie auch in Marginalproblemen der politischen Pragmatik mit der einen oder der anderen Partei besser fahren mögen.

Ideologisch bezeichnen sich gerade solche Parteien, die sich den breiten Massen entfremdet haben, selbst als Volksparteien. Die Volksparteien entwickeln einen neuartigen, durch die Zusammenarbeit der eigenen Führungsstäbe bedingten Herrschaftsmechanismus, in dem verdinglichte, obrigkeitliche Machtzentren in sich zirkulierend ein Konkurrenzverhältnis eingehen. Nur ist dieses Konkurrenzverhältnis oligokratisch organisiert und hat mit dem Prinzip der freien Konkurrenz ebenso wenig zu tun wie die organisierte Marktaufteilung des modernen Oligopolkapitalismus mit dem freien Wettbewerb. Die offene Konkurrenzzirkulation politischer Führungsgruppen, die sich gegenseitig bekämpfen und ausschließen, wird abgelöst von einer assimilativen Zirkulation, die in letzter Konsequenz zur Selbstauflösung treibt: Zur durchgängigen Assimilation der (schein)konkurrierenden Parteien und ihrer gemeinsamen Beteiligung an der Staatsgewalt - sei es im Zusammenspiel und im Wechselmechanismus von Mehrheits- und Minderheitsfraktion, sei es in der Form der Großen Koalition. So kämpfen die Parteien untereinander um die Regierungsmacht und bilden dennoch eine symbiotische Einheit, in deren Kreis ein abstrakter Führungskonflikt ausgefochten werden kann. Sie bilden die plurale Fassung einer Einheitspartei.

III

Die Transformation im Parteiensystem hängt mit den Veränderungen zusammen, die das Parlament selbst im Laufe der letzten Jahrzehnte funktional und strukturell erfahren hat. Bei diesen Veränderungen darf allerdings eines nicht vergessen werden, sonst läuft man Gefahr, den „Funktionsverlust“ des Parlaments gegenüber früheren Formen des Parlamentarismus zu mystifizieren: als gesellschaftlicher Machtfaktor stellt das Parlament geschichtlich *vom* Anfang an in der Absicht der bürgerlichen Gesellschaft die *Fiktion* der durch Volksvertretung verwirklichten Volksfreiheit dar. „Von allen... die Idee der Freiheit und sohin der Demokratie einschränkenden Elementen ist der Parlamentarismus das Bedeutsamste ... (Es ging um den Schein), als ob im Parlamentarismus die Idee der demokratischen Freiheit... ungebrochen zum Ausdruck käme. Diesem Zweck diene die Fiktion der Repräsentation“ (Kelsen).

Tatsächlich erweist sich das parlamentarische Repräsentationsprinzip (freies Mandat - frei von dem Willen der Wähler, versteht sich, nicht von den Anordnungen und Aufträgen der Führungsstäbe -, Nicht-Abberufbarkeit während der Legislaturperiode usw.) als wirksames Mittel, die Massen von den Machtzentren des Staats und - durch die staatlich-rechtliche Vermittlung - von den Entscheidungszentren der Gesellschaft fernzuhalten. Gewiß erwächst dem einzelnen Abgeordneten, sofern er nicht zum engeren Führungskreis gehört, aus dem RePräsentationsprinzip keine eigene Macht. Zur parlamentarischen Fiktion gehört auch die Leibholzsche Ideologisierung, der Abgeordnete sei der Herr, und nicht der Diener des Volkes. Sofern aber - und darin ist Pareto zuzustimmen - teils auch durch das politische Monopol der Parlamentsparteien die Bevölkerung sich an der parlamentarischen Politik und am Zusammenspiel Regierung - Parlament einerseits, an der parlamentarisch veröffentlichten Auseinandersetzung Regierung -Opposition andererseits orientiert,

wird aus dieser Fiktion eine reale Herrschaftskomponente. Der Bundestag ist weder Herr des Volkes noch volksvertretender Gesetzgeber.

Er betätigt sich aber als verfassungsmäßig unumgängliches Instrument der Veröffentlichung von Beschlüssen, die durch das Zusammenwirken von Staatsapparat und gesellschaftlichen Machtgruppen zustandegekommen sind. Er fungiert also als Transmissionsriemen der Entscheidungen oligarchischer Gruppen. *Diese* (die Führungsgruppen der Produktionssphäre - Oligopol -, aber auch der kulturellen Sphäre - die Kirchen z. B.) finden sich im Parlament durchaus konkret vertreten; insofern fungiert und funktioniert das Parlament als Repräsentation der Herrschaft. Nur als solche ist es für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft interessant und annehmbar. Dort, wo es sich dem Einbruch emanzipatorischer Gegenmacht bietet, weil die Transformation nicht gelingen will, greift die herrschende Klasse zu härteren Mitteln der Eigenrepräsentation. Beispiel Griechenland.

IV

Das bedeutet: Die Perspektive einer „systemimmanenten“ Evolution des Parlamentarismus scheitert an seiner eigenen, systembedingten, d. h. durch seine *Herrschaftsfunktion* bedingten Involutionstendenz. Wie diese Involutionstendenz langfristig stärker durchschlägt als die Möglichkeit, das Parlament *vertretungsfunktion*al auszunutzen, zeigt die Entwicklung in noch desintegrierten Gesellschaften. Die fundamentaloppositionellen Parteien, die sich auf das parlamentarische Spiel einlassen und den außerparlamentarischen Kampf nicht mehr als das wesentliche Mittel des Herrschaftskonflikts praktizieren, drohen ihre emanzipatorische Qualität zu verlieren und sich in bürokratische Integrationsapparate zu verwandeln. Anders gesagt: Der politische und (warum denn nicht) auch moralische Niedergang der Sozialdemokratie (ein historischer Verrat an der Befreiung des Menschen) ist ein Warnzeichen für die sozialistischen und kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern.

Jede Parlamentsreform, die in involutiv gerichteten Staaten verwirklicht wird, dient nicht dazu, die Möglichkeit der Beteiligung der Massen an den Entscheidungsprozessen auszuweiten, sondern dazu, sie durch Steigerung der Herrschaftsfunktionalität des Parlaments einzudämmen. Wo eine politisch artikulierte freie Öffentlichkeit besteht, findet sie im Parlament kein Werkzeug, praktisch zu werden.

Das trifft nicht nur für die antagonistische Öffentlichkeit zu, sondern zuweilen selbst für die kritische. Beide müssen ihre politische Vermittlung in außer-, im weiteren Verlauf der Umfunktionalisierung des Parlaments in antikapitalistischen Organisationen und Organisationsformen suchen. Es kann diskutiert werden darüber, ob die Transformation der Demokratie rückgängig zu machen ist. Zu dieser Auffassung tendieren heute die meisten Gruppen der außerparlamentarischen Opposition.

Zweierlei muß jedoch dabei beachtet werden:

1. eine eingehende Analyse des Grundgesetzes müßte zunächst klären, ob und in welchem Ausmaß die Entdemokratisierung der Bundesrepublik schon grundgesetzlich intendiert wurde;
2. Weder der Machtwille der Politiker und deren Korruptionierbarkeit noch die Entpolitisierung der Massen sind die *Ursachen* der Transformation. Diese ist vielmehr notwendig für einen Kapitalismus, der sich zum Versuch eigener Rettung staatlich organisiert. Die Rückkehr zur Reinheit des Grundgesetzes wäre Rückkehr zu den Anfangsbedingungen der Transformation selbst. Es mag sein, daß die Wiederherstellung oder die Verteidigung der Grundrechte eine wesentliche Voraussetzung für den Kampf gegen Herrschaft und Ausbeutung bildet. Grundrechte emanzipieren

aber die Massen nicht, solange wir eine bürgerliche Gesellschaft und eine kapitalistische Produktionsweise haben, deren Staat genau für den nicht emanzipatori-schen Gebrauch der Grundrechte sorgt.

In den staatlich befriedeten und integrativen Zustand des organisierten Kapitalismus ist vielmehr die politische Wiederherstellung des Antagonismus - und das ist die Aktualisierung des Klassenkampfes und die Desintegration der Gesellschaft - der erste Schritt für die Verwirklichung von Demokratie.

V

Die politische Wiederherstellung des Antagonismus ist die aktuelle Aufgabe der außerparlamentarischen Opposition. Einige Erklärungen sind hier notwendig:

Außerparlamentarische Opposition ist grundsätzlich - der Sache und dem Begriff nach - nicht gleich antiparlamentarisch. Sie ist vielmehr die normale Form der Beteiligung unzufriedener Gruppen am politischen Leben gerade der parlamentarischen Demokratie, und zwar als Stütze und zugleich Verlängerung der Politik oppositioneller Parlamentsparteien. Sie stellt also die gesellschaftliche Potenzierung der Parlamentsfronten dar, freilich, sofern diese vorhanden sind, das heißt, sofern die Parlamentsfronten ihrerseits gesellschaftliche Fronten effektiv widerspiegeln.

Da gesellschaftliche Oppositionsgruppen und parlamentarische Vertretung sich nicht durchgängig decken, kann es jederzeit zu Konflikten zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition kommen (wie übrigens genau so gut zwischen Herrschaftsgruppen und Mehrheiten mit der jeweiligen Parlamentsmehrheit, praktisch mit der jeweiligen Regierung). Ein solcher Konflikt dann sich auf das ganze Parlament ausdehnen, wenn er zu Auseinandersetzungen zwischen Öffentlichkeit und Staatsorganen führt: In solchen, seltenen Fällen, übt die Öffentlichkeit, als Gesamtopposition zu den Verfassungsorganen (zu denen auch die Parteien gehören), einen Druck aus, der durchaus als „Parlamentsnötigung“ funktionieren kann. Beispiel: In der Spiegel-Affäre zwang nicht der Bundestag den Minister Strauß zum Rücktritt, sondern die mobilisierte Öffentlichkeit erzwang die Distanzierung vom Minister und am Ende dessen unrühmlichen Abgang. Ein weiteres Beispiel von Parlamentsnötigung: in der Telefongebühren-Affäre wurde der Bundestag von der „Bild-Zeitung“ aus den Parlamentsferien zurück - und praktisch „einberufen“.

Es kann aber im Verlauf bestimmter politischer Prozesse zu einem Umschlag des außerparlamentarischen Kampfes kommen. Daß die solcherart antiparlamentarisch gewordene Opposition als antidemokratisch bezeichnet wird, hängt teils mit der keineswegs gerechtfertigten Identifikation von Demokratie und parlamentarischem Formalismus zusammen, teils mit der Methode der Parlamentsparteien, sich selbst zu alleinigen Fundamenten des demokratischen Staats zu ernennen. Vielmehr: sofern Parlamente trotz demokratischer Wahlakte, aus denen sie hervorgehen, antidemokratisch funktionieren, muß der Kampf für die Demokratie in antiparlamentarischer Praxis geführt werden. Dies kann sich zuweilen auch auf Teilaspekte der Politik der Parlamentsparteien richten: ein Parlament muß als Ganzes kritisiert, im Falle der Passivität angegriffen werden, wenn z. B. sein Präsident öffentlich lügt, ohne dafür parlamentarisch zur Rechenschaft gezogen zu werden. Hier zeigt sich übrigens, daß der Umschlag ins Antiparlamentarische eng verknüpft ist mit dem Scheitern parlamentarischer Oppositionsparteien.

Ist die Involution des parlamentarischen Regierungssystems zur autoritären Herrschaftsform schon weit gediehen (wie etwa in der Bundesrepublik), so gewinnt die außerparlamentarische Opposition die neue Qualität, die sich aus dem Konflikt mit der neuen Qualität des Parlaments ergibt. Diese besteht - negativ - in dem Verlust an der auch verfassungsmäßig vorgesehenen Volkssvertretungsqualität, an der Kontrollfunktion und an der Öffentlichkeitsfunktion; positiv

besteht die neue Qualität in der Wandlung des Parlaments zu einem Repräsentationsorgan der Herrschaft. Das nicht mehr vertretene Volk, zumindest die nicht mehr vertretenen Gruppen und Klassen, müssen um der Demokratie willen zur Selbsthilfe greifen. Es ist ihr Recht, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Wird das Parlament zu einem Instrument, dieses ihrer Rechte zu beschneiden, so bildet sich aus der außerparlamentarischen Opposition als Begleiterscheinung eines noch demokratisch sein könnenden Parlamentarismus das Gegengewicht zum antidemokratisch gewordenen Parlamentarismus.

5. Die Möglichkeiten der politischen Praxis sind für die außer parlamentarische Opposition von Gesellschaft zu Gesellschaft verschieden. Man denke an das Gewicht und an die Bedeutung der politischen Clubs in Frankreich, die sich inzwischen als anerkannte Gegner und Gegenspieler der offiziellen Organe etabliert haben, und den Republikanischen Club in West-Berlin, der zuweilen von den Vertretern der offiziellen Organe (und von der offiziellen Pressemacht) als Organisator des „Terrors“ und - neuerdings - als Spionagezentrum bezeichnet wird. In vielen westlichen Ländern hat sich als Arbeitsprinzip der außerparlamentarischen Opposition durchgesetzt, in Zentralkampagnen solche politischen Ziele und Ideen zu vertreten, die in den Parlamenten kein Gehör finden oder von den Parlamenten bekämpft werden. Eine Zentralkampagne dürfte in der Zukunft sich mit der Anerkennung der DDR beschäftigen.

Solche Zentralkampagnen haben indessen eine Schwäche: Sie propagieren allgemeine Ideen und können nur allgemeine politische Interessen ansprechen und mobilisieren. Sie werden nur dann erfolgreich sein und konkrete Gegenmacht gegen antidemokratische Involutionstendenzen bilden, wenn sie sich mit der Vertretung materieller besonderer Interessen der Abhängigen verbinden. Auch hier geht der Weg der Idee zunächst den Weg der Bedürfnisse. Auch hier blamiert sich die Idee, wenn sie das Bündnis mit den materiellen Interessen scheut. Die Herrschenden scheinen dieses Verhältnis besser zu kennen als die „Rebellen“ von West-Berlin. Während einige Gruppen der außerparlamentarischen Opposition sich immer noch an Marcuses Thesen der Marginalgruppen orientieren und die Arbeiterschaft politisch abgeschrieben haben, verlangt der Bundesvorstand der Deutschen Industrie (BDI) für seine Investitionsbereitschaft, daß der West-Berliner Senat die Solidarisierung von Studenten und Arbeitern verhindere.

6. Und schließlich eine Bemerkung zu den Methoden der außer parlamentarischen Opposition. Gelingt es ihr, Massen in Bewegung zu setzen und dadurch zeit- und teilweise den Staatsapparat lahmzulegen oder zu irritieren, so wirft man ihr schnell vor, sie würde „die Straße“ mobilisieren. Der „Druck der Straße“ gerade auf freigewählte Parlamente gilt bekanntlich als schweres Vergehen gegen Verfassung und Demokratie. Es fragt sich nur, wann ein Druck zulässig ist und akzeptabel erscheint. Jede Bevölkerungsgruppe muß mit den ihr eigenen Mitteln versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Schreibt die außerparlamentarische Opposition an den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin einen Brief, so wird sie nicht beachtet. Keine Beachtung finden Studenten, die durch Petitionen parlamentarische Behandlung und Verwirklichung der Hochschulreform verlangen. Beachtung und Beantwortung findet aber jederzeit ein Brief des Herrn Fritz Berg oder eine Eingabe des BDI. Politisch ist aber der Druck eines BDI-Briefes (im Grunde ein postalisches Go-in) auf das Abgeordnetenhaus von West-Berlin ungleich stärker und einschneidender als ein Go-in von einigen Dutzend Studenten und sonstigen „Drahtziehern“. Es gehört mit zur Perfidie des Herrschaftsmechanismus, Druck der Oberschichten als noble Empfehlung, Druck von unten als pöbelhafte Nötigung auszugeben.

Der „Druck der Straße“ ist das legitime Mittel einer außerparlamentarischen Opposition, deren geschäftsordnungsmäßig korrekte Eingaben permanent im Papierkorb des Parlaments und der Regierung enden.

Nachweise

„Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit“, zuerst in: *konkret* 2/1990, S. 40-43

„Zivilgesellschaft“ oder bürgerliche Gesellschaft, zuerst unter dem Titel *Premessa all' edizione italiana* als Vorwort in: Johannes Agnoli, *Lo Stato del capitale*, Milano (Feltrinelli) 1978, S. 7-12. Aus dem Italienischen von Johannes Agnoli.

„Der Staat des Kapitals“, zuerst in: Johannes Agnoli, *Überlegungen zum bürgerlichen Staat*, Berlin (Wagenbach) 1975, S. 60-111

„Revolutionäre Strategie und Parlamentarismus“, zuerst als *Strategia rivoluzionaria e Parlamentarismo*, in: *Sviluppo economico e rivoluzione*, Bari (De Donato) 1968. Unser Druck folgt der deutschen Fassung in: *Überlegungen zum bürgerlichen Staat*, a.a.O., S. 112-139

„Klasse und Staat in der BRD. Die Rolle des modernen Staates in der Planung von sozialen und Arbeitskämpfen“, zuerst erschienen unter dem Titel *Classe e Stato in Germania Federale. Ruolo dello stato moderno nella pianificazione delle lotte sociali ed operaie* in: *Sindacato, stato, società. Il sindacato oggi, tra movimento e istituzioni* (Materiali UIB/UIIL), 1982, S. 9-30. Aus dem Italienischen von Ruth Schneider

„Der Strukturwandel des Staates im Spätkapitalismus“, zuerst erschienen als *Mutamenti strutturali dello stato nel tardo capitalismo*, in: Gian Paolo Paladino/Saverio Senese (Hrsg.), *La trasformazione autoritaria dello stato. Atti del seminario inter-nazionale di Napoli*, Bari (Tullio Pironti) 1978, S. 61-81. Aus dem Italienischen von Clemens Nachtmann.

„Der Rechtsstaat. Spätkapitalismus und deutsche Erfahrung“, zuerst erschienen als *Stato di diritto: tardo capitalismo ed esperienza tedesca* in: *Critica del diritto. Stato e conflitto di classe*, Nr. 27/28 (8./9. Jg 1982/83), Roma (Angelo Ruggieri) 1982, S. 83-114. Aus dem Italienischen von Ulrike Hoffmann.

„Die Logik des Staates und das Recht auf Rebellion“, zuerst erschienen als *La logica dello stato e il diritto alla ribellione*, in: „*Il delitto politico dalle fine dell'ottocento ai giorni nostri*“ (Critica del diritto, Quaderno 3) Roma (Angelo Ruggieri) 1984, S. 105-115. Aus dem Italienischen von Ute Holl und Joachim Bruhn.

„Restaurative Tendenzen in der BRD“ wurde im April 1972 als Referat auf dem „Kongreß gegen politische Unterdrückung“ gehalten und zuerst in: *Kongreß gegen politische Unterdrückung an der Freien Universität Berlin vom 24. - 26.4.1972. Referate und Diskussionen*, Berlin (merve) 1972, S. 52-58 veröffentlicht.

„Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition“, zuerst erschienen als hektografiertes Papier des Republikanischen Clubs Berlin, sodann in: *Grundprobleme der Demokratie*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1973. Unser Druck folgt: *Neue Kritik* (Hrsg. vom Bundesvorstand des SDS) Heft 47/April 1968, S. 24-33.